

Stenografischer Bericht

15 ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 02. Februar 2021

Beginn: 10:00 Uhr

Entschuldigungen: LTAvg. Mag. Dr. Dolesch, LTAvg. Forstner, MPA, LTAvg. Mag (FH) Hofer

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

D1. Einl.Zahl 1106/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrätin Dr. Bogner-Strauß

Betreff: *Corona-Management in den PflEGEwohnheimen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAvg. Krautwaschl (2700)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2706)

Wortmeldungen: KO LTAvg. Krautwaschl (2711), LTAvg. Triller, BA MSc (2714), LTAvg. Karelly (2716), KO LTAvg. Klimt-Weithaler (2718), KO LTAvg. Riener (2721), LTAvg. Zenz (2724), KO LTAvg. Krautwaschl (2725), KO LTAvg. Kunasek (2727), Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2728)

Beschlussfassung: (2731)

D2. Einl.Zahl 1108/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl

Betreff: *Rekordarbeitslosigkeit und drohende Pleitewelle – wo bleibt das Maßnahmenpaket der Landesregierung?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAvg. Kunasek (2731)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl (2737)

Wortmeldungen: KO LTAAbg. Swatek, BSc (2747), KO LTAAbg. Kunasek (2751), Landesrätin Mag. Kampus (2753), LTAAbg. Mag. Hermann, MBL (2755), LTAAbg. Dr. Murgg (2758), LTAAbg. Mag. Kerschler (2761), LTAAbg. Mag. Pichler-Jessenko (2763), LTAAbg. Royer (2768), LTAAbg. Mag. Pinter (2769), LTAAbg. Izzo (2771), LTAAbg. Mag. Hermann, MBL (2772), LTAAbg. Dipl.-Ing. Kinsky (2773), Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl (2777)

Beschlussfassung: (2779)

D3. Einl.Zahl 1109/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der KPÖ an Landesrätin Dr. Bogner-Strauß

Betreff: *Steiermark im Planungschaos um die Corona-Impfungen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Dr. Murgg (2781)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2784)

Wortmeldungen: LTAAbg. Triller, BA MSc (2793), LTAAbg. Schwarzl (2797), KO LTAAbg. Klimt-Weithaler (2799), LTAAbg. Dr. Pokorn (2802), LTAAbg. Reif (2804), LTAAbg. Dr. Murgg (2807), KO LTAAbg. Kunasek (2807), LTAAbg. Dirnberger (2810), LTAAbg. Mag. Hermann, MBL (2813), Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2815)

Beschlussfassung: (2817)

D4. Einl.Zahl 1110/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der NEOS an Landesrätin Dr. Bogner-Strauß

Betreff: *Psychische Gesundheit unserer Kinder in der Steiermark endlich sicherstellen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Reif (2819)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2824)

Wortmeldungen: LTAAbg. Schwarzl (2831), KO LTAAbg. Klimt-Weithaler (2833), LTAAbg. Dr. Pokorn (2836), LTAAbg. Reif (2837), LTAAbg. Majcan, MSc BSc (2839), LTAAbg. Schweiner (2842), KO LTAAbg. Riener (2844), LTAAbg. Schwarzl (2845)

Beschlussfassung: (2846)

D5. Einl.Zahl 1111/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landesrätin Mag. Lackner

Betreff: *Amazon-Verteilerzentrum in Liebenau: Wieviel Verbauung kann Graz noch vertragen?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Klimt-Weithaler (2847)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Lackner (2853)

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (2855), KO LTAbg. Swatek, BSc (2860), LTAbg. Mag. Hermann (2863), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (2865), KO LTAbg. Schwarz (2868), Dritter Präsident LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (2871), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (2874)
Beschlussfassung: (2876)

D6. Einl.Zahl 1129/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrätin Dr. Bogner-Strauß

Betreff: *Verschiebung der Semesterferien als Gipfel des fortwährenden Bildungschaos*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann, MBL (2877)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2883)

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Hermann, MBL (2889), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (2892), LTAbg. Reif (2894), LTAbg. Schweiner (2896), LTAbg. Mag. Hermann, MBL (2898), Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (2901)
Beschlussfassung: (2901)

Erste Präsidentin Khom: Hohes Haus!

Es ist 10.00 Uhr und es findet heute die 15. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung innerhalb der Tagung.

Ich begrüße alle Anwesenden und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze und sage herzlich Grüß Gott zur heutigen Sitzung.

Entschuldigt sind für heute: LTAbg. Mag. Dr. Wolfgang Dolesch, LTAbg. Armin Forstner, MPA und LTAbg. Mag. (FH) Stefan Hofer.

Am 28. Jänner 2021 wurde von Abgeordneten der FPÖ und KPÖ beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark innerhalb der Tagung einzuberufen. Gemäß Art 15 Abs 5 L-VG iVm § 40 Abs 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Die Dringlichen Anfragen D1 bis D5 wurden jeweils am Donnerstag, dem 28. Jänner 2021, die Dringliche Anfrage D6 am Freitag, dem 29. Jänner 2021, in nachfolgender chronologischer Reihenfolge eingebracht:

D1: Von Abgeordneten der Grünen die Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1106/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Corona-Management in den PflEGewohnheimen“.

D2: Von Abgeordneten der FPÖ die Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1108/1, an Frau Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl betreffend „Rekordarbeitslosigkeit und drohende Pleitewelle – wo bleibt das Maßnahmenpaket der Landesregierung?“.

D3: Von Abgeordneten der KPÖ die Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1109/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Steiermark im Planungschaos um die Corona-Impfungen“.

D4: Von Abgeordneten der NEOS die Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1110/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Psychische Gesundheit unserer Kinder in der Steiermark endlich sicherstellen“.

D5: Von Abgeordneten der KPÖ die Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1111/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend „Amazon-Verteilerzentrum in Liebenau: Wieviel Verbauung kann Graz noch vertragen?“.

D6: Von Abgeordneten der FPÖ die Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1129/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Verschiebung der Semesterferien als Gipfel des fortwährenden Bildungschaos“.

Es wurden 13 Anfragen gemäß § 66 Abs. GeoLT eingebracht. Weiters wurden 6 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Dringliche 1:

Am Donnerstag, dem 28. Jänner 2021 wurde um 10.12 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1106/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „**Corona-Management in den Pflegewohnheimen**“ eingebracht.

Ich erteile Frau KO LTAbg. Sandra Krautwaschl das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.04 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen und vor allem, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Frau Landesrätin!

Wir haben ja schon im Mai schon zum ersten Mal mit einer Dringlichen Anfrage die Situation in den steirischen Pflegeheimen angesichts der Corona-Krise thematisiert, haben auch danach immer wieder bei wichtigen Punkten zum Schutz der Pflegeheime nachgefragt und natürlich auch zum Schutz der Gesamtbevölkerung. Ich möchte anfangs nur ein paar nennen. Wir haben immer wieder nachgefragt, ob genügend Schutzausrüstung vorhanden ist, ob die auch entsprechend der Vorschriften eingesetzt werden kann.

Wir haben auch bezüglich Hygienevorschriften in den Pflegeheimen immer wieder nachgefragt. Wir haben vorgeschlagen – finde ich sehr wichtig – eben auch zur Entlastung des Pflegepersonals, einen Personalpool für diese Krise zu gründen, der wirklich zur Verfügung steht, wenn Personal auf Grund eigener Erkrankungen ausfällt und wir haben vor allem immer wieder thematisiert diese alarmierende Überlastung des Pflegepersonals in dieser schwierigen Situation und, dass eben viel zu viel Arbeit auf viel zu wenigen Schultern lastet. Wir haben trotzdem und immer wieder auch gehört, dass die Situation in den Pflegeheimen sich nicht verbessert hat. Im Gegenteil, dass sie teilweise noch dramatischer geworden ist. Das haben wir dann nach dem Sommer auch erlebt. Jetzt haben wir aber die Situation und darüber sind wir sicher alle hier im Raum froh, dass durch die beginnenden Impfungen und auch dadurch, dass in den steirischen Pflegeheimen schon sehr viele Menschen jetzt, die wirklich zur hoch vulnerable Gruppe gehören, geimpft sind, eine gewisse grundsätzliche Entlastung bevorsteht. Gleichzeitig haben wir aber auch immer noch die Herausforderung auch diese Heime zu schützen vor allem, weil dort auch sehr viele Pflegekräfte arbeiten, die noch nicht alle geimpft sind und vor allem, weil natürlich auch nicht alle Menschen geimpft werden können, selbst in den Pflegeheimen. Die Landesrätin hat uns immer wieder auf unsere Nachfragen, Kritik teilweise auch, Antworten gegeben z. B. eine davon war, dass die Ausnahmeregelungen für die Personalausstattungsverordnung Unterschreitung eben nur für diese Krise jetzt, also für diese ganze akute Krise gedacht waren. Es ist allerdings jetzt, so zehn Monate nach Beginn der Pandemie, dass wir immer noch – und das weiß ich wirklich aus dramatischen Berichten von Menschen, die in Pflegeheimen arbeiten – die Situation haben, dass die Personalknappheit dazu führt, dass teilweise auch das Einhalten von Hygienevorschriften immer schwieriger wird und dass natürlich das Ganze auch damit dann fehleranfälliger wird. Es wurde auch immer wieder, wie gesagt, von uns angeregt und auch Frau Landesrätin hat es in ihren Antworten gesagt, dass Krisenpersonalpools aufgebaut werden und es gab dann vor allem eine Maßnahme des Landes, die wir ja grundsätzlich sehr begrüßen und auch laut Auskunft der Pflege- und Patientenombudsfrau Wlattnig sehr gut aufgesetzt war, das waren diese Sommerakademien. Das hat Frau Landesrätin in mehreren Anfragebeantwortungen auch immer wieder betont. Diese Sommerakademien wurden vom Land initiiert, um eben auch auf den Herbst vorzubereiten, um dort eben Pflegepersonal, Pflegeheimleitungen wirklich mit diesen ganzen Hygienemaßnahmen, mit dem richtigen Anwenden der Schutzausrüstungen, aber auch mit dem Umgang mit Personalressourcen zu schulen, um hier wirklich auf den

Herbst vorzubereiten, was grundsätzlich eine sehr gute Sache gewesen wäre oder sicher auch war. Das hat mir auch Frau Dr. Wlattnig bestätigt, dass die sehr gut funktioniert haben, inhaltlich sehr gut waren und dass auch die Rückmeldungen von denen, die dort teilgenommen haben, sehr gut waren. Gleichzeitig, und das ist die Situation, vor der wir jetzt stehen, haben wir im Herbst eben auch gemerkt – und in zahlreichen Medienberichten war das immer wieder Thema, dass offensichtlich diese Maßnahmen nicht ausreichend genutzt wurden bzw. ist es ja leider so, zehn Monate nach Beginn der Pandemie, dass die Steiermark, wie Sie wissen, mit 55 % der Verstorbenen in den Pflegeheimen eindeutig ganz vorne liegt, traurigerweise, im Bundesländervergleich. Also 55 % der Menschen, die in der Steiermark an Corona gestorben sind, sind in Pflegeheimen gestorben. Das ist mit Abstand der höchste Wert, weil als nächstes kommen dann Kärnten und Salzburg mit 48 % – der Österreichschnitt ist 43 %. Das heißt, wir haben hier in der Steiermark tatsächlich eine faktisch sehr traurige und aus meiner Sicht beleuchtenswerte Situation in den Pflegeheimen gehabt. Was mir an der Stelle sehr wichtig ist – ich werde das heute noch ein paar Mal sagen, weil es wirklich darum geht jetzt aus diesen Dingen zu lernen – es nutzt uns nichts, wenn wir das alles erst irgendwann ganz am Ende der Pandemie beleuchten. Wir müssen jetzt daraus lernen. Es ist noch nicht absehbar, wann wirklich das Ende dieser Pandemie erreicht sein wird. Wir müssen jetzt hinschauen, wo sind Fehler passiert, wo gab es Schwachstellen und wie können wir für die Zukunft vermeiden, dass das wieder passiert. Jetzt ja, wir haben die Impfungen, das ist eine große Erleichterung. Wir hoffen alle, dass damit alle, zumindest diese Bereiche, möglichst gut abgedeckt sind, aber diese Pandemie hat uns laufend vor Herausforderungen, vor neue Situationen, vor unerwartete Dinge gestellt, und auch jetzt wissen wir nicht ganz genau, wie das weitergeht. Wir wissen nicht, wie sich die Mutationen auswirken. Wir wissen nicht, wie sich die Bereitschaft sich impfen zu lassen von den Bediensteten in den Pflegeheimen entwickeln wird usw. usf. Es ist definitiv für die Pflegeheime wichtig, nämlich auch für die Menschen, die die Pflege dort machen, dass nicht nur die Menschen, die dort wohnen und betreut werden, geimpft oder geschützt sind, sondern auch die Menschen, die dort arbeiten. Insofern ist das ein Thema, das uns weiterhin begleiten wird. Sie wissen, leider ermittelt auch in einigen Fällen die Staatsanwaltschaft, weil eben in steirischen Pflegeheimen massive Mängel durch die Patienten- und Pflegeombudsfrau festgestellt wurden – leider eben auch trotz der erfolgten Schulungen. Genau dort kommt jetzt ein Punkt dazu, den wir eben auch wichtig finden in unserer Dringlichen Anfrage zu beleuchten.

Der für mich ein bisschen der Auslöser war, da noch einmal hinzuschauen, weil wir eben von einem Schreiben der Wirtschaftskammer Steiermark, der Fachgruppe Gesundheitsberufe, Kenntnis genommen haben, wo diese Fachgruppe an jedenfalls die Pflegeheimleitungen, für die sie zuständig ist, ein Schreiben im Sommer geschickt hat, wo diese Sommerakademien wörtlich als „denkbar kontraproduktiv“ bezeichnet werden und eigentlich den Pflegeheimbetreibern im Grunde abgeraten wird in irgendeiner Weise dort daran teilzunehmen. Ich glaube, das muss man wirklich ehrlich beleuchten und hinschauen und auch da wieder den Fokus darauf lenken, wie kann so etwas in Zukunft vermieden werden. Wir haben, wie Sie wissen, in der Steiermark eine sehr kleinteilige Pflegeheimstruktur mit den allermeisten Heimen überhaupt im Bundesländervergleich und da kann so etwas und darf so etwas in Zukunft jedenfalls nicht mehr vorkommen, dass Bestrebungen des Landes, hier für Sicherheit zu sorgen, hier für den bestmöglichen Schutz zu sorgen, dann auf diese Art und Weise unterwandert werden. Wie gesagt, das ist der Grund oder einer der Auslösungen für diese Dringliche Anfrage, immer mit dem Fokus aufs Lernen, auf die Zukunft und darauf, dass wir alle gemeinsam, und vor allem die Menschen in den Heimen und auch die Menschen, die dort arbeiten, jetzt ganz besonders auf unsere Solidarität angewiesen sind und darauf, alles, was jetzt schon bekannt ist, wie man hier Schutz zur Verfügung stellen kann, wirklich eingehalten wird und wirklich von den Menschen, die Verantwortung tragen, auch aktiv betrieben wird und nicht dagegen gearbeitet wird.

Ich komme jetzt einmal zu unseren sehr ausführlichen Fragen. Ich weiß, dass die ein bisschen eine Herausforderung sind, aber ich glaube, es sind wichtige Fragen.

Es sind wichtige Fragen, die uns helfen können, in Zukunft wirklich auch was besser zu machen:

1. Von wem wurden die elf Veranstaltungen der „COVID-19-Sommerakademie“ in Graz und den Bezirken veranstaltet?
2. Welche Themen wurden in welchem Stundenausmaß von welchen Vortragenden vermittelt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Themen, Stundenausmaß und Vortragenden)
3. Wer legte die Themen anhand welcher Kriterien fest?
4. Wurden in den elf Veranstaltungen die gleichen Inhalte vermittelt oder unterschieden sich die Inhalte?
5. Wann fanden die elf Veranstaltungen statt?

6. An welchen Teilnehmer_innenkreis richteten sich die Veranstaltungen? (Bitte um Erklärung, ob nur an Führungskräfte in den Pflegeheimen oder auch an die übrigen Mitarbeiter_innen)
7. War die Teilnahme für Mitarbeiter_innen bzw. Führungskräfte verpflichtend oder freiwillig?
8. Wenn freiwillig, weshalb wurde von einer verpflichtenden Teilnahme abgesehen?
9. Wenn verpflichtend, welche Konsequenzen hatte die Nichtteilnahme?
10. Nahmen aus allen Pflegeheimen Mitarbeiter_innen teil?
11. Wenn Frage 10 mit Nein zu beantworten ist, wie viele Pflegeheime entsandten keine Mitarbeiter_innen?
12. Wie viele Corona-Infektionen traten in den Pflegeheimen bisher auf?
13. Ist Ihnen das an Pflegeheime ergangene Schreiben der WKO Steiermark, Fachgruppe der Gesundheitsberufe, Berufszweig Pflegeheime, vom 25.06.2020 bekannt, in dem seitens der WKO Fachgruppe klargestellt wird, dass sie nicht in das Vorhaben Sommerakademie 2020 – Covid-Workshop eingebunden war, eine Hilfestellung für Pflegeheime zur Reflexion der Covid-Situation grundsätzlich ein positives Angebot sei, die Fachgruppe eine physische Zusammenkunft vom Heimleitung und Schlüsselarbeitskräften in geschlossenen Räumen und über mehrere Stunden für denkbar kontraproduktiv halte und die Adressaten nach dem dezidierten Hinweis, dass eine Verpflichtung zur Teilnahme an den Workshops nicht bestehe, darum bat, sich gut zu überlegen, ob sie sich und ihre Mitarbeiter_innen diesem erhöhten Ansteckungsrisiko aussetzen wollen?
14. Falls Ihnen dieses Schreiben bekannt ist, wie haben Sie auf dieses Schreiben reagiert?
15. Welche konkreten Schritte wurden seit dem ersten Lockdown zur von Ihnen in der Anfragebeantwortung vom 04.01.2021, EZ 910/2, dargelegten „Generierung eines permanenten, schnell einsetzbaren Personalpools“ gesetzt? – also diese Krisenpersonalpools, die ich vorher gemeint habe.
16. Wurden die Pflegeheimbetreiber aufgefordert, einen Pflegepersonalpool aufzubauen und wenn Ja, in welcher Form?
17. Welche konkreten Schritte wurden von den Pflegeheimbetreibern zu welchem Zeitpunkt gesetzt, um Pflegepersonalpools aufzubauen und wie wurden Sie darüber informiert?

18. Wurden vom Land Steiermark Stellen ausgeschrieben, um selbst einen Pflegepersonalpool aufzubauen und wenn Ja, wann? Wenn Nein, warum nicht?
19. Ist unabhängig von der Pandemie geplant, einen Personalpool aufzubauen, um die PH angesichts des chronischen Personalmangels im Bedarfsfall zu unterstützen?
20. Wie viele Pflegebetten gibt es in der Steiermark aktuell?
21. Wie viele in der Steiermark lebende Pflegeheimbewohner_innen haben sich mit dem Corona-Virus angesteckt?
22. Wie hoch ist der Anteil der in der Steiermark lebenden Pflegeheimbewohner_innen, die mit dem Corona-Virus infiziert wurden?
23. Wie viele in der Steiermark lebende, mit dem Corona-Virus infizierte Pflegeheimbewohner_innen sind verstorben?
24. Wie hoch ist der Anteil der in der Steiermark lebenden Pflegeheimbewohner_innen, die mit dem Corona-Virus infiziert verstarben, gemessen an den steirischen Pflegeheimbetten?
25. Wie hoch ist der Anteil der in der Steiermark lebenden mit dem Corona-Virus infizierten Pflegeheimbewohner_innen, die infiziert verstarben, gemessen an den mit dem Corona-Virus infizierten Pflegeheimbewohner*innen
26. Wie hoch ist der Zahl jener mit dem Corona-Virus infizierten Personen, die infiziert verstarben und nicht in Pflegeheimen lebten?
27. Wie viele Pflegeheime erfüllen derzeit die personelle Mindestausstattung nicht?
28. Wie wird im Hinblick darauf, dass die Landesregierung mangels diesbezüglicher Ermächtigung im Gesetz keine Kompetenz dazu hat, eine (ausnahmsweise) Unterschreitung des Personalschlüssels per Verordnung zu erlassen, rechtlich begründet, dass eine derartige Regelung dennoch am Verordnungsweg erlassen wurde?

Wie gesagt, mir geht es prinzipiell darum Dinge aufzuklären, um in Zukunft etwas zu verbessern. Ich würde auch das so sehen, dass das ein Beitrag der Landesregierung ist, um hier wirklich zu schauen, wie wir diese höchst vulnerable Gruppe angesichts der besonderen Situation in der Steiermark in Zukunft bestmöglich schützen können und ich bitte in diesem Sinne auch um die Beantwortung der Fragen, um mögliche Verbesserungen in der Zukunft, die ich dann auch noch per Entschließungsantrag extra einbringen werde. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.20 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich erteile Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (10.20 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, liebe Kollegin, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren zuhause oder vor Ihren Bildschirmen, wo immer Sie sind!

Zu Frage 1: Die COVID-19-Sommerakademie mit elf Workshops steiermarkweit wurde vom Land Steiermark veranstaltet.

Zu Frage 2: Die Workshops der COVID-19-Sommerakademie begannen jeweils mit Vorträgen des Referatsleiters für Pflegemanagement, Christian Schwarz, und der Patienten- und Pflegeombudsfrau Dr. Michaela Wlatnig. Beide referierten gemeinsam ca. eine Stunde zum Thema „Was uns COVID-19 in Pflegeheimen lehrt“: der Leiter des Referates, Christian Schwarz, aus der Perspektive der Verwaltung und die Pflegeombudsfrau aus der Sicht der Ombudschaft. Weitere Vortragende waren Hannelore Genseberger und Barbara Feiertag, beide Amtssachverständige im Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Sie sprachen in etwa eineinhalb Stunden über die Thematik der „Zehn kritischen Kontrollpunkte zur Aufrechterhaltung der betrieblichen Organisation bei epidemischen Ausbrüchen – aktuell COVID-19“.

Einige dieser zehn kritischen Kontrollpunkte darf ich hier erwähnen, z.B. Dienstorganisation – Präventivpläne erstellen, Hygienemanagement, SARS-CoV-2 Einschleppungen verhindern und Risiken minimieren, Beiziehung von Palliativteams sowie psychologische Begleitung von Bewohner_innen, Angehörigen und Mitarbeiter_innen.

Anschließend folgte ein Vortrag sowie Ideen- bzw. Erfahrungsaustausch zum Thema „Besuche sicher und kreativ gestalten“ von Hannelore Genseberger gemeinsam mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dauer etwa eine Stunde.

Über die Aufgabenverteilung der Behörde gemäß dem Epidemiegesetz und dem Pflegeheimgesetz referierten Vertreter der Landessanitätsdirektion sowie des Referates Pflegemanagement und diese haben natürlich auch in dieser Stunde Fragen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beantwortet. Beschlossen wurden diese Workshops dann mit einem rund eineinhalbstündigen Tagesordnungspunkt zum Thema „Einsatz einer adäquaten Schutzausrüstung, deren korrekte Anwendung und einem praktischen Teil“.

Das heißt, es gab zuerst eine Live-Präsentation unter Anleitung von Frau Genseberger und Frau Feiertag, wo das sichere An- und Ausziehen der Schutzausrüstung dann auch noch geübt werden konnte.

Zu Frage 3: Die Themen wurden im Referat für Pflegemanagement gemeinsam mit den ausgewählten Referentinnen und Referenten anhand der praktischen Relevanz festgelegt. Ziel dieser Workshops war es, dass Informationen und Wissen natürlich über alle Teilnehmenden sozusagen als Multiplikatoren in die Pflegeheime und Sonderkrankenanstalten hinausgetragen werden und sozusagen Erfahrungen ausgetauscht werden von jenen, die bereits Covid-19-Infektionen haben in Form von „Lessons Learned“.

Zu Frage 4: Es wurden die gleichen Inhalte vermittelt, allerdings wurde natürlich angepasst und zwar, wenn es Erkenntnisse von vorangegangener Veranstaltungen gab bzw. auch Anmerkungen in den Feedbackbögen bzw., wenn die Rechtslage inzwischen eine Änderung erfahren hat.

Zu Frage 5: Steiermark weit zwischen 09. Juli und 11. August 2020.

Zu Frage 6: Es wurden die Mitglieder des internen „COVID-Krisenteams“ - bestehend aus Geschäftsführung, Heim- sowie Pflegedienstleitung und interner Hygienebeauftragten, COVID-Beauftragten der steirischen Pflegeheime – eingeladen sowie jene der Sonderkrankenanstalten, die Klienten im Auftrag des Landes Steiermark pflegerisch versorgten. Wie schon gesagt, Ziel war es, das Wissen, das dort in den COVID-19 Workshops weitergegeben wurde, in den Pflegewohnheimen und Sonderkrankenanstalten weiterzugeben und zu multiplizieren. Aufgrund der COVID-Beschränkungen und Sicherheitsvorkehrungen, der Möglichkeiten zu Diskussionen und auch der praktischen Anleitungen waren pro Pflegeheim max. drei Personen zur Teilnahme an der Veranstaltung vorgesehen. Wenn es aber noch Platzkapazitäten in diesen Workshops gab, konnten sich Zusätzliche aufgrund des gesteigerten Interesses der teilnehmenden Institutionen – es wurde dem Wunsch nach Teilnahme weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegengekommen – anmelden.

Fragen 7 bis 9 beantworte ich gemeinsam: Die Teilnahme war freiwillig, da es keine rechtliche Grundlage für eine „Verpflichtung“ gibt.

Zu Frage 10: Nein. Eine Workshop-Reihe der COVID-Sommerakademie wurde aber auf Video aufgenommen und kann jederzeit allen, die es sehen möchten/haben möchten, zur Verfügung gestellt werden.

Zu Frage 11: Von 223 Pflegeheimen und fünf Sonderkrankenanstalten nahmen 104 Pflegeheime und zwei Sonderkrankenanstalten nicht an der COVID-Sommerakademie teil. Von den 106 nicht anwesenden Einrichtungen teilen sich diese in 54 privat-gewerbliche, 42 privat-gemeinnützige und zehn öffentliche. Um das noch einmal zusammenzufassen, das heißt: 62 % der Privat-Gemeinnützigen haben nicht teilgenommen, 44 % der Privat-Gewerblichen haben nicht teilgenommen und 27 % der Öffentlichen haben nicht teilgenommen.

Zu Frage 12: Seit Jänner 2020 haben sich 4.453 Bewohnerinnen und Bewohner infiziert. Aktuell sind 199 Bewohnerinnen und Bewohnern aktiv infiziert. Übrigens, das ist die Datenlage von gestern. Laut Eintragung in der COVID-Datenbank gab es in Summe 883 infizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 200 davon sind aktiv infiziert. Wobei ich dazu sagen muss, dass die Eintragungen in der COVID-Datenbank von den Pflegeheimen getätigt werden und wir von diesen Zahlen sozusagen ableiten können, wie viele Infektionen es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gibt, während es bei den Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem EMS sozusagen ableitbar ist und über die Statistik berechnet werden kann. Bei 66 von den 106 nicht teilnehmenden Pflegeheimen ist nach Abschluss der COVID-Sommerakademie ein COVID-Infektionsgeschehen aufgetreten. Das heißt, bei 40 der nicht teilnehmenden Pflegeheime ist kein COVID-Infektionsgeschehen aufgetreten.

Zu Frage 13 – die gliedert sich in 1, 2, 3, 4 – möchte ich die Punkte gemeinsam beantworten: Ja. Allerdings darf darauf hingewiesen werden, dass das Schreiben der Wirtschaftskammer an die Pflegeheime und nicht an mich adressiert war und – das auch im Vorhinein, also bevor das Schreiben an die PflEGEWOHNHEIME hinausging – von der Wirtschaftskammer keine Kontaktaufnahme mit mir als Ressortzuständige stattgefunden hat, um eben mögliche Vorbehalte zu entkräften.

Zu Frage 14: Unabhängig von diesem Schreiben wurde die COVID-19-Sommerakademie mit einem umfangreichen Sicherheits- und Hygienekonzept geplant. Bei jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer wie auch bei den Referentinnen und Referenten wurde vor der Veranstaltung Temperatur gemessen, Desinfektionsmittel stand zur Verfügung, FFP-2 Masken wurden verteilt und diese mussten beim Verlassen des Sitzplatzes getragen werden. Bei den Sitzplätzen wurde natürlich auf den Mindestabstand geachtet und, um Infektionen in Kaffeepausen und beim Mittagessen zu vermeiden, wurden Lunchpaket und Kaffee und Getränke direkt zu den Sitzplätzen serviert.

Zu Frage 15: Ich darf in Erinnerung rufen, dass das Land Steiermark hier bereits während des ersten Lockdowns Freiwillige und Angehörige eingeladen hat, in dieser schwierigen Zeit in Pflegeheimen zu helfen bzw. zu arbeiten. Interessenten konnten sich bereits ab dem ersten Lockdown bei der Pflegehotline melden. Das Referat Pflegemanagement hat im Bedarfsfall bei der Vermittlung von Interessierten mit Pflegeeinrichtungen geholfen. Zudem haben sich auch die Lehrerinnen der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen bereit erklärt in Notfällen, zusätzlich zu ihrer Lehrverpflichtung, in stark betroffenen Pflegeheimen auszuhelfen. Weiters wurden Gespräche mit den Trägern der Mobilen Dienste bzgl. des „Einspringens im Pflegeheim“ geführt und vereinzelt auch Kooperationsverträge abgeschlossen. Darüber hinaus arbeitete das Land Steiermark mit privat initiierten Jobbörsen zusammen und es konnte in dieser Weise Pflegeheimen geholfen werden. Diese Möglichkeit besteht nach wie vor. Zusätzlich wurde seit der Anfragebeantwortung vom 04.01.2021 mit Unternehmen, die mit freiberuflich Tätigen der Gesundheitsberufe zusammenarbeiten, Kontakt aufgenommen und die Möglichkeiten, einen externen Personalpool aufzubauen, ausgelotet, da dieser im Gegensatz zu einem landeseigenen Personalpool rascher und flexibler umsetzbar ist. Wie Sie alle wissen, weil ich es schon einige Male erwähnt habe, im November 2020 hat das Land Steiermark zusätzliches Personal für das Besuchermanagement durch die Aktion „Impulse 50Plus“ umgesetzt: Hier geht ein großes Dankeschön an meine Kollegin Doris Kampus und an das AMS Steiermark – und mit diesem Besucherservice haben wir sowohl Mitarbeiterinnen als auch Mitarbeiter entlastet, aber vor allem auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeheimen geschützt.

Zu Frage 16: Die Notwendigkeit Personalreserven aufzubauen, war den Pflegeheimen von Anfang an bewusst und wurde natürlich seitens des Landes Steiermark verstärkt. Dies geschah sowohl telefonisch als auch schriftlich – und eben in den bereits ausführlich erwähnten elf Workshops der COVID-19-Sommerakademie wurde neuerlich darauf hingewiesen.

Zu Frage 17: Der Aufbau eines Personalpools durch die Pflegeheimen ist nicht Gegenstand der Vollziehung.

Zu Frage 18: Es wurden seitens des Landes Steiermark keine Stellen ausgeschrieben und darf auf die Antwort zur Frage 16 verwiesen werden.

Zu Frage 19: Derzeit nicht. Jedoch gibt es seit Mitte Jänner 2021 – das ist Ihnen sicher schon aufgefallen in den Medien, auch auf Plakatständern – seitens des Landes Steiermark eine Informationsoffensive „Zeit für Pflege“.

Denn vor allem in Zeiten wie diesen ist es mehr denn je wichtig und notwendig, die Aufmerksamkeit auf den Beruf und die Ausbildung zu lenken.

Zu Frage 20: Derzeit gibt es 14.999 bewilligte Pflegebetten, knapp 12.594 waren mit Stand gestern belegt.

Zu Frage 21: Insgesamt gab es 4.453 bestätigte Fälle bei Bewohnerinnen und Bewohnern. 199 sind davon, mit Stand gestern, aktiv infiziert.

Zu Frage 22: Rund 33 % – der Vergleich mit den anderen Bundesländern ist nicht Aufgabe der Vollziehung und es liegen uns auch nicht alle Daten vor.

Was ich aber zur Frage 22 bis 26 vorwegnehmen möchte: Dein Parteikollege, liebe Frau Klubobfrau, Herr Bundesminister Anschöber, hat alle Zahlen aus den Bundesländern und ich gehe auch davon aus, dass man sie bei ihm abrufen kann, denn es wurde gerade diesbezüglich eine GEOG-Studie in Auftrag gegeben.

Zu Frage 23: Laut der Statistik vom 01.02.2021 sind 862 Bewohnerinnen und Bewohner am Corona-Virus verstorben. Wie gesagt, was den Bundesländervergleich angeht, bitte die Zahlen beim Bund abrufen.

Zu Frage 24: Rund 5,7 %, auch hier der Bundesländervergleich – nicht Aufgabe der Vollziehung bzw. teilweise auch nicht möglich, weil uns nicht alle Zahlen zur Verfügung stehen.

Zu Frage 25: Rund 19 %, was den Bundesländervergleich angeht – wieder nicht Aufgabe der Vollziehung.

Zu Frage 26: 720 Steirerinnen und Steirer verstarben außerhalb von Pflegeheimen, das sind 58 Verstorbene pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Bundesländervergleich – weder Aufgabe der Vollziehung noch sind alle Daten vorhanden, also zumindest nicht bei uns eingemeldet.

Zu Frage 27: Von 223 Pflegewohnheimen erfüllen 64 Pflegehewohnheime laut der Datenmeldung November 2020 die personelle Mindestausstattung nicht. Von 122 privat-gewerblichen Pflegewohnheimen und 2 Sonderkrankenanstalten trifft dies auf 45 Pflegewohnheimen zu, von den 66 privat-gemeinnützigen Pflegewohnheimen erfüllen 18 Pflegewohnheime diese Vorgabe nicht und von den 35 öffentlichen Pflegewohnheimen erfüllt eines diese Vorgaben nicht.

Zu Frage 28: Die Verordnung wurde mit dem Hinweis auf § 8 Abs. 2, 3 und 5 des Steiermärkischen Pflegeheimgesetzes erlassen und darin die Kompetenzgrundlage gesehen.

Bis zum heutigen Tag wurde die von dir, geschätzte Frau Klubobfrau, genannte Rechtsansicht betreffend deine beiden Zitierungen von keiner anderen Person vertreten. Es gibt auch keine diesbezüglichen Verfahren, dass die Verordnung gesetzeswidrig sei, aber ich nehme deine Dringliche Anfrage sehr, sehr gerne zum Anlass, um diese Frage noch einmal – nicht noch einmal, sondern beim Verfassungsdienst prüfen zu lassen.

Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.36 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich eröffne somit die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.36 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Landesrätin!

Danke einmal für die Beantwortung. Ich muss schon sagen, dass nicht alle Antworten insofern sehr befriedigend waren für mich, weil speziell die Reaktion auf dieses Schreiben der Wirtschaftskammer, da es ja offensichtlich bekannt war, nur so zu schildern, dass man dann bei den Seminaren Hygienemaßnahmen logischerweise umgesetzt hat, das ist aus meiner Sicht zu wenig. Weil aus meiner Sicht – also so habe ich die Antwort verstanden, aber vielleicht habe ich die Frau Landesrätin falsch verstanden – wäre notwendig gewesen, wenn man das Schreiben kennt, dass man dann auch insofern reagiert, dass man die Wirtschaftskammer diesbezüglich unterstützt, die aus meiner Sicht sehr ungünstigen Aussagen auch zurückzunehmen, zu korrigieren – oder sicherzustellen, dass die Wirtschaftskammer, die Sektion, die betroffen war, die dieses Schreiben verfasst hat, auch weiß, dass hier alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden und dass das Ganze ja dem Schutz der Menschen dient. Nämlich dem Schutz der Menschen, die dort arbeiten, dem Schutz der Personen, die dort gepflegt werden und einer vorausschauenden, einer wirklich vorausschauenden Arbeit für den Herbst, wo wir alle ja gewusst haben, dass das schwierig sein wird und dass eine zweite Welle kommen wird. Insofern finde ich diese Reaktion halt dann jedenfalls, auch in den Auswirkungen, nicht ausreichend. Es wurden ja jetzt die Zahlen durchaus eindrücklich aufgelistet. Natürlich gibt es nicht nur immer einen Grund, wenn etwas passiert, aber es wäre absolut entscheidend gewesen, diesen Sommer zu nutzen. Das haben wir oft genug gehört, es sind überall Fehler auch passiert, aber diesen Fehler hätte man vielleicht, indem man dann noch einmal versucht hätte wirklich allen klar zu machen, dass es hier um die Vorbereitung auf den Herbst geht, dass man genau das, was ja vielfach passiert ist, was gerade in dem einen Fall, wo dann jetzt auch die Staatsanwaltschaft ermittelt, passiert

ist, dass nämlich die Pflegenden dort völlig überfordert waren, teilweise die Schutzausrüstung völlig falsch verwendet haben, völlig unzureichend ausgestattet waren, dass man das vermeidet. Also, das würde ich schon erwarten, dass man das jedenfalls wirklich ernst nimmt und in Zukunft sicherstellen kann. Wir werden weiterhin diese Pflegeheimlandschaft in der Steiermark haben. Wir können nur versuchen umzusteuern, wie schon so oft gefordert, dass es nicht noch viel mehr in diese Richtung geht und in Zukunft krisensicherere Pflege auch in der Steiermark zur Verfügung stellen. Und das ist dann einfach eine mobilere, eine andere Form der Pflege. Aber jetzt müssen wir schauen und das ist schon, denke ich, Aufgabe der Frau Landesrätin und es ist absolut auch die Kompetenz der Frau Landesrätin, dass wir das, was jetzt vorhanden ist, möglichst krisensicher in Zukunft gestalten. Das ist an dieser Stelle, denke ich mir, extrem wichtig, dass das alle wirklich ernst nehmen.

Was mir noch aufgefallen ist. Ja, Bundesländervergleich ist nicht möglich, ist auch nicht, ich glaube du hast gesagt, Aufgabe oder Kompetenz der Landesregierung. Es wäre aber schon absolut ein wichtiges Mittel zur Qualitätssicherung diesen Vergleich ernst zu nehmen. Ja, ich kann schon die Zahlen abfragen, aber das Entscheidende sind nicht die Zahlen, sondern es sind die Schlüsse, die man daraus zieht. Und das, würde ich nur bitten wirklich im Sinne der Qualitätssicherung jetzt ernst zu nehmen. *(Beifall bei den Grünen)* Ich glaube, die blanken Zahlen zeigen einfach, wir haben hier ein Problem und es ist einfach notwendig hier jetzt Schritte zu ergreifen und das ernst zu nehmen. Das ist wirklich etwas, was wir jetzt aus dieser Sache, aus dem, wie in der Steiermark halt auch in den Pflegeheimen gearbeitet werden musste, weil die Menschen dermaßen überfordert teilweise waren und auch teilweise allein gelassen in dieser Situation, dass man da jetzt wirklich Konsequenzen zieht und in Zukunft eine Form findet sicherzustellen, dass alle Pflegeheime bei solchen wichtigen Dingen in die Pflicht gerufen werden – das heißt, aufgefordert werden teilzunehmen, sicherzustellen, dass sich da auch alle sicher fühlen. Das ist schon klar, dass das in dieser Situation schwierig war. Aber das muss jetzt auf jeden Fall passieren. Was auch passieren muss, und das ist ja auch von allen Seiten immer wieder betont worden und ist jetzt besonders wichtig – wir haben jetzt wieder erste sanfte Öffnungsschritte, die auch notwendig sind, um den Menschen eine Perspektive zu geben, um die Menschen zuhause zu entlasten, die seit Wochen/Monaten mit ihren Kindern lernen und zuhause auch noch arbeiten müssen, aber dafür braucht es eben dieses viel zitierte Testen, Testen, Testen. Es braucht für alle Menschen in der Steiermark niederschweligen Zugang zu Tests. Das ist auch etwas, was den Pflegeheimen wieder nützt, was den Menschen, die dort arbeiten nützt und was den Menschen nützt, die seit Monaten ihre Angehörigen kaum besuchen können oder es sehr schwierig ist. Jetzt gibt es zwar diese

22 Teststationen, das ist gut, das befürworte ich, das ist super, aber es braucht eben mehr, es braucht das auch wirklich flächendeckend, möglichst in jeder Gemeinde und speziell und vor allem, weil wir in der Steiermark so viele Pflegeheime haben. Das ist auch Grund, wo die Menschen wirklich dann auch berechtigterweise sagen: „Jetzt muss ich erst einmal dort oder da hinfahren, bis ich meine Mutter endlich wieder besuchen kann.“ Ist ja richtig, dass nur Menschen reindürfen, die getestet sind – bin ich absolut dafür, aber dann muss man es auch deutlich mehr zur Verfügung stellen. Ein weiterer Punkt ist natürlich das Contact Tracing. Auch da wissen wir, das hat in der Steiermark sehr lange Zeit sehr schlecht funktioniert. Die Geschichten sind eh durch alle Medien gegangen. Jetzt wurde durchaus nachgebessert. Ich gestehe auch zu, dass das verbessert worden ist, aber es muss vor allem jetzt, und da haben wir nicht mehr zwei Wochen Zeit bis die Zahlen dann vielleicht wieder steigen, sondern es muss wirklich jetzt sichergestellt werden und deswegen ist das auch ein Punkt in unserem Entschließungsantrag, dass das so aufgebaut worden ist oder dann so rasch auch verfügbar ist, dass solche Fälle wie im November nicht mehr passieren, dass dann Menschen wochenlang auf irgendwelche Quarantänebescheide warten und dann auch noch Probleme mit Arbeitgebern bekommen. Und deswegen ist es mir wichtig, dass wir hier jetzt nachfragen und jetzt auch das einfordern, wo wir die Zeit wirklich nutzen müssen bzw. wo es eigentlich zur Verfügung stehen würde. Ich würde mir eben auch wünschen, ich lese es dann im Entschließungsantrag noch vor, dass wir da regelmäßig im Landtag auch Berichterstattung darüber bekommen. Und ganz entscheidend noch einmal: All das wird den Pflegeheimen nur dann auch wirklich helfen und die Menschen dort entlasten, wenn ausreichend viel Personal zur Verfügung steht. Und da finde ich auch wiederum diese Kampagne des Landes durchaus richtig und wichtig, aber es müssen, Frau Landesrätin, auch Schritte gesetzt werden, dass das Land unterstützt, einen Personalpool aufzubauen, wenn in einem Pflegeheim – und das ist nicht auszuschließen – einfach von Seiten der Mitarbeiter_innen wieder größere Ausfälle zustande kommen. Wir wissen, wie sehr die am Limit sind. Es sagen immer wieder viele, dass sie noch durchhalten, weil es gerade so notwendig ist, aber auf Dauer machen sie das nicht mehr. Und das werden wir nur verändern, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht und, wenn das Land da auch in die Verantwortung geht, da absolut mithilft und auch bereit ist, Geld dafür in die Hand zu nehmen. Jetzt habe ich leider etwas länger gebraucht, aber ich glaube, das Thema ist wichtig genug, dass wir uns dem auch ausführlich widmen.

Ich komme jetzt zu unserem Entschließungsantrag. Der lautet:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- konkrete Schritte zur Errichtung eines Krisenpersonalpools zu setzen, um Pflegewohnheime und Krankenanstalten im Bedarfsfall mit Pflegekräften unterstützen zu können,
- in allen steirischen Gemeinden Testmöglichkeiten zu schaffen, um so das Infektionsgeschehen überwachen zu können und vulnerable Personen – etwa in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Betreuungseinrichtungen etc. – bestmöglich zu schützen,
- die Ressourcen für das Contact Tracing weiter auszubauen, um für einen möglichen Anstieg der Infektionen gerüstet zu sein, und
- dem Landtag über diesbezügliche Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Ich glaube, das ist angesichts der Situation notwendig und ich bitte Sie um Annahme unseres Antrages. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 10.46 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Marco Triller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Triller, BA MSc – FPÖ (10.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Frau Landesrätinnen! Ich möchte mich bei den Grünen sehr herzlich auch für diese Dringliche Anfrage bedanken, weil es ein wichtiges Thema ist, was zu besprechen sich gehört und gerade der Bereich Pflege war ja in Zeiten der Pandemie wirklich ein Hauptthemenbereich. Frau Klubobfrau Krautwaschl hat immer wieder einiges auf den Punkt auch gebracht und auch angesprochen, dass ja Vorschläge gekommen sind. Es sind ja von allen Oppositionsparteien vor allem viele Vorschläge in diese Richtung zur Verbesserung gekommen. Wir Freiheitlichen haben ebenfalls immer eines angesprochen, dass besonders der Schutz der vulnerablen Gruppen ganz besonders wichtig ist. Wie wir alle wissen, ist gerade die ältere Bevölkerung ganz besonders von diesem Corona-Virus betroffen und das bestätigt auch die Todesrate – leider Gottes. In den Pflegeheimen war eben die Situation besonders dramatisch, wenn man jetzt z. B. das Pflegeheim in St. Lorenzen hernimmt, wo über 90 % der zu Pflegenden mit dem Corona-Virus infiziert waren, oder sei es Radkersburg, Semriach oder zuletzt auch in der Gemeinde Eisenerz ein Pflegeheim. Es war eine dramatische Situation, auch mit – leider Gottes – vielen Todesfällen. In St. Lorenzen hat unter anderem auch das Österreichische Bundesheer einrücken müssen, um den Heimhilfen dort zu helfen. Also eines muss man

schon auch sagen: Ohne das Österreichische Bundesheer würden wir diese Pandemie nicht so stemmen können, wie sie ist und dafür ein herzliches Dankeschön an alle Soldaten, die derzeit 24 Stunden/sieben Tage die Woche im Einsatz sind. (*Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP*) Es leisten alle Großartiges. Ohne Bundesheer, genauso wie ohne alle anderen Organisationen mit freiwilligen Helfern, wäre das nicht möglich. In den Pflegeheimen kam es eben zu Problemen – Kollegin Krautwaschl hat es angesprochen –, sei es jetzt die fehlende Schutzausrüstung oder auch fehlerhafte Schutzausrüstung, die falsche Anwendung von Schutzausrüstung. Die Anzahl der Verstorbenen war genauso dramatisch. Wenn man bedenkt, dass in den Pflegeheimen 55 % der Infizierten verstorben sind, in Graz-Umgebung waren es 60 %. Das ist eine sehr hohe und dramatische Zahl – ich will jetzt niemandem die Verantwortung für die Todesfälle hinschieben – aber es gibt eine Verantwortung, und das hat nun mal eine Regierung, dass man handeln muss. Ich möchte der Landesregierung auch nicht unterstellen, dass nichts gemacht wurde. Das stimmt auch nicht. Es wurde in Teilbereichen auch einiges getan, aber aufgrund dieser Fakten, die dort herrschen, haben wir Handlungsbedarf in der Steiermark aber auch im gesamten Bundesgebiet. Es sind Fehler passiert und eine Regierung, sei es jetzt die Landesregierung oder die Bundesregierung, muss auch zu diesen Fehlern stehen und diese Fehler zugeben. Und wenn Fehler passiert sind, dann muss man sich hinstellen und diesen Fehler zugeben und schauen, dass diese Fehler in Zukunft nicht mehr passieren. Ich denke, es wäre gut, wenn man jetzt externe unabhängige Persönlichkeiten hernimmt, eine Kommission auch bildet und diese Fehler, die begangen worden sind, aufzuarbeiten, aufzuklären und Verbesserungsvorschläge für die Zukunft zu schaffen. Nur dann können wir einerseits diese Pandemie bewältigen, aber andererseits auch weitere Pandemien. Und wenn man sich z. B. die Sicherheitsanalyse, die Bedrohungsanalyse auch des Österreichischen Bundesheeres anschaut, dann war die Pandemie immer schon ein hohes Szenario, was eintreffen kann. Jetzt ist es eingetroffen. Wenn man den Experten des Bundesheeres auch Glauben schenkt, und ich glaube das, dann schaut es für die nächsten zehn Jahre auch so aus, dass wir weiterhin von einer Pandemie bedroht sind in unserem Bundesgebiet. Und da ist es jetzt wirklich an der Zeit das aufzuarbeiten, Handlungen für die Zukunft auch zu setzen und, wie angesprochen, wäre es gut und würden wir uns wünschen, eine unabhängige Expertenkommission – beispielsweise aufgesetzt wie die damalige Stingl-Kommission, eingeleitet durch den Landesrat Drexler. Ich denke, wenn man da externe Experten zur Verfügung stellt – natürlich kostet das auch ein wenig was, aber ich glaube, das Geld ist gut investiert in so eine Kommission, dass man diese Fehler aufarbeitet, aufklärt und Verbesserung für die Zukunft einleitet.

Ich darf deshalb auch einen Antrag stellen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine aus externen Experten zusammengesetzte Untersuchungskommission, die sich mit der Aufarbeitung der zahlreichen Covid-19-Infektionen in steirischen Pflegeeinrichtungen befasst, einzusetzen und dem Landtag über deren Ergebnisse Bericht zu erstatten.

Ich bitte um Annahme des Antrages. (*Beifall bei der FPÖ – 10.52 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Silvia Karelly. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Karelly – ÖVP (10.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen Landesrätinnen – eine weibliche Regierungsbank da hinter mir, also volle Frauenpower hinter mir versammelt – liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hohen Landtag und liebe Steirerinnen und Steirer via Livestream!

Diese Dringliche Anfrage zu den Pflegeheimen, die geht tief ins Mark, denn diese Krise hat uns tief getroffen und betroffen gemacht. Da gibt es nichts schönzureden, jeder der 862 Todesfälle ist einer zu viel. Das ist zutiefst bedauerlich. Das hat niemand fahrlässig oder sorglos in Kauf genommen. Da sind durchaus auch Fehler passiert, das muss man schonungslos aufarbeiten und dort genau hinschauen, den Finger auch auf die Wunden legen, dort, wo wirklich mangelnde Sorgfalt, vielleicht auch Fahrlässigkeit, wie die Staatsanwaltschaft im Fall St. Lorenzen ermittelt, gegeben war, dann muss man da genau hinschauen. Aber ich glaube, alle haben in dieser Krise ihr Bestes gegeben und auch das Land Steiermark und unsere ressortzuständige Landesrätin hat sich nach Kräften bemüht, den Pflegeheimen hier unter die Arme zu greifen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wir haben jetzt fast ein Jahr Corona-Krise, Corona-Pandemie. Das ist mit unglaublichen Belastungen verbunden. Man lernt natürlich auch in dieser Zeit. Wir haben auch viel Geld in die Hand genommen, um die Krise zu bewältigen. So wurden vom Land Steiermark 200.000 Antigentests zur Verfügung gestellt, Verträge mit dem Roten Kreuz geschlossen, um notwendige PCR-Testungen durchzuführen, um möglichst dichte Testungen vorzunehmen und die Heime bestmöglich zu schützen, weil wir auch wissen, dass die Personen dort besonders vulnerabel und gefährdet sind. Diese Krise verlangt uns allen besonders viel ab, aber ich glaube, es ist heute auch der Tag, den Beschäftigten ein Dankeschön zu sagen, denn sie leisten in dieser Krise, in dieser Zeit Unglaubliches. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wenn

wir über Stunden hier mit FFP2-Masken sitzen, dann mag das der eine oder andere als belastend empfinden, es ist aber nichts im Vergleich dazu, was Pflegekräfte in den Pflegeheimen leisten. Über Stunden – zehn, zwölf Stunden am Stück – mit der FFP2-Maske praktisch vakuumverpackt in einem Ganzkörpervakuumanzug bei den pflegebedürftigen Menschen zu sein, die notwendige Pflege zu verrichten, die körperliche Pflege, aber auch die Zuwendung, die menschlich notwendig ist und die gerade in den abgelaufenen Monaten umso notwendiger war, diese zu leisten. Gerade, wenn es nicht möglich war, dass Angehörige ins Heim kommen konnten, wenn der Zugang erschwert war, weil man einfach genau schauen hat müssen, dass man keine Infektionen in das Heim einschleppt, waren die Beschäftigten noch umso mehr gefordert, den Menschen diese Wärme, diese notwendige Zuwendung zu geben. Und was sie da geleistet haben, das ist wirklich beispiellos und verdient unser aller Anerkennung und Wertschätzung. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ich habe bereits das letzte Mal von der großen Betroffenheit erzählt, die ich verspürt habe, als ich am Vormittag des Heiligen Abends die Pflegeheimen in unserem Oberen Feistritztal besucht habe und gerade in unserer Nachbargemeinde waren dort kurz vor Weihnachten zwei Drittel der Bewohner Corona infiziert mit mehr oder weniger schweren Verläufen, auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und das ist eine gewaltige Belastung gewesen für das Heim, für die Angehörigen, für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für die Gemeinde an sich und die ganze Dorfgemeinschaft. Alle habe da mitgelitten und mitgelebt. Da war es ein besonders schönes Zeichen auch des steirischen Zusammenhalts, der Zusammengehörigkeit, dass sich Menschen aus dem Dorf gefunden haben, die eingesprungen sind, die Hausmeistertätigkeiten verrichtet haben, die bei der Essensausgabe geholfen haben, die die Wäsche versorgt haben. Also ich glaube, gerade in dieser Pandemie – Sandra Krautwaschl hat es angesprochen – einen Personalpool zu schaffen. Es ist nicht so einfach, von heute auf morgen Ersatzkräfte herzuzaubern. Aber ich glaube, gerade da haben wir gespürt, wie viel Bereitschaft da ist. Denn das sind unsere Angehörigen, es sind unsere Großeltern, die Tanten, Onkeln, Angehörigen, engsten Angehörigen, Freunde, Bekannte, die dort gepflegt und versorgt werden und um deren Leben ist es gegangen. Gott sei Dank – ich habe diese Erleichterung beim Pflegedienstleiter auch verspürt, als am Heiligen Abend wirklich alle dann wieder gemeinsam sitzen konnten, gemeinsam den Aufenthaltsraum bevölkern sozusagen, gemeinsam Weihnachten feiern und endlich wieder zusammen zu sein. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl wieder zu stärken, denn nichts ist schlimmer, als die Isolation, jemanden in Quarantäne zu schicken und alleine in seinem Zimmer zu lassen. Ich glaube, das ist wirklich viel Positives auch in dieser Krise passiert. Ich glaube das macht mit

uns Menschen auch etwas. Wir können aus dieser Krise nur lernen. Lernen, sie besser zu bewältigen, aus den Fehlern lernen, aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, denn die Impfungen sind angelaufen. Wir haben die erste Phase der Impfungen vollendet. Wir sind bereits in der zweiten Phase mit der zweiten Corona-Schutzimpfung, mit der Teilimpfung. Am kommenden Wochenende wird z. B. in Birkfeld das zweite Mal geimpft und da möchte ich heute diese Gelegenheit auch nutzen, um ein Dankeschön zu sagen, den niedergelassenen Ärzten, die da zusammengehalten haben, die sich zusammengetan haben. Das sind Vertrauensärzte, Hausärzte unserer Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner. Sie waren vor Ort, sie haben die Menschen beraten, aufgeklärt – was ja auch notwendig ist, um diesen Aufklärungsbogen unterschreiben zu können. Es wird jeder freiwillig geimpft, nur wer das möchte wird auch geimpft, aber dann auch die Impfung zu verabreichen und einfach ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Und weil wir jetzt fast alle Pflegeheimbewohner durchgeimpft haben und auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf freiwilliger Basis, da bin ich doch sehr zuversichtlich. Unser Herr Landeshauptmann hat das auch angesprochen, es ist 2021 das Jahr der Zuversicht. Wir werden aus dieser Krise kommen. Wir müssen gestärkt daraus hervorgehen und wir werden alles daransetzen, die Menschen, die es besonders verdienen, die besonders gefährdet sind, bestmöglich zu schützen. Darauf geben wir, die steirische Landesregierung, unsere Landesrätin und auch wir Abgeordneten Ihnen unser Wort. Wir setzen uns für Sie ein, wir sind für Sie da! Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.59 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Kollegin.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.00 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende via Livestream!

Ja, das ist ein Thema, das wir schon bei der letzten Landtagssitzung auch besprochen haben und auch in einigen Sitzungen davor. Wenn Sie sich erinnern, wir haben vor – ich glaube, das war die letzte Landtagssitzung – auch eine Dringliche Anfrage vor allem zu der Situation in den steirischen Pflegeheimen eingebracht und auch die Frage gestellt, warum haben sich hier solche Hotspots entwickelt? Ich möchte mich auch bei den Grünen noch einmal für die Einbringung dieser heutigen Dringlichen Anfrage bedanken. Es sind ja auch dementsprechend Entschließungsanträge dazu da, wo ich von meiner Fraktion her auch gleich sagen kann, wir

werden beiden unsere Zustimmung geben. Warum tun wir das? Wir tun es deswegen, weil wir glauben, dass wir in einer Situation angekommen sind, wo wir wirklich jede Variante und jede Möglichkeit ausloten müssen, um zu schauen, wie können wir die Situation verbessern? Marco Triller hat es erwähnt, es sind Fehler passiert und das darf auch so sein, denn niemand von uns hat vorher schon so eine Situation erlebt. Auch wenn ich große Kritikpunkte an die Bundesregierung habe und auch Kritikpunkte an die Landesregierung habe, stellen wir uns hier sicher nicht her und sagen, dass alles falsch war oder dass alles nicht gut ist, was passiert ist. Aber wir können uns jetzt nicht herstellen und sagen, dass wir eh so viel getan haben und die Vorschläge, die von der Opposition kommen, reflexartig vom Tisch wischen. Das ist nämlich das, was in den letzten Wochen und Monaten ständig passiert. Wir haben schon vor dieser Pandemie sehr viel darüber diskutiert, wie man die Situation in den Pflegeheimen in der Steiermark verbessern könnte. Ich erinnere daran, wir haben schon sehr oft über eine prinzipielle Erhöhung des Personalschlüssels gesprochen – auch darüber, dass wir im Pflegebereich nach wie vor nicht sehr hohe Gehälter haben, was den Beruf nicht unbedingt attraktiver macht. Wir haben über die Arbeitszeitmodelle gesprochen, die in der Pflege gang und gäbe sind, die es halt auch nicht unbedingt sehr attraktiv machen zu sagen, dass ich nebenbei vielleicht auch noch Freizeit haben möchte oder ich habe auch noch eine Familie, um die ich mich gerne kümmern möchte, wenn ich sozusagen immer auf Abruf irgendwo bereitstehen muss. Das sind viele Dinge, über die hier schon sehr oft diskutiert worden ist. Aber letztendlich gewinne ich immer mehr den Eindruck, dass man von Seiten der Landesregierung sagt: „Wir haben ohnehin einen Plan und all das, was ihr euch da in der Opposition überlegt, dem schenken wir kaum bis keine Beachtung.“ Und Kollegin Karelly hat jetzt auch noch einmal schön aufgezählt, was schon alles passiert ist. Ich sage es noch einmal, ich stelle mich nicht her und sage, dass das alles falsch war. Aber man kann sich halt jetzt auch nicht nur auf dem, was alles passiert ist, ausruhen. Und ich nehme dir deine persönliche, tiefe Betroffenheit hundert Prozent ab, aber das hilft den Leuten halt nichts, wenn wir betroffen sind. Es hilft ihnen auch nichts, wenn wir ihnen tausendmal und aber-tausendmal danke sagen – wurscht, ob das jetzt das Bundesheer ist oder das Rote Kreuz oder die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das ist alles großartig, was hier geleistet wird, aber ich glaube, das ist jetzt genau der Punkt, wo wir sehr viele Steirerinnen und Steirer haben, die sich mittlerweile wahrscheinlich denken: „Geht mir nicht auf den Wecker. Ich habe es schon hunderttausendmal gehört, dass ihr das wertschätzt und euch bei uns bedankt, aber es geht nichts weiter, wenn man dort hinschaut, wo die Schrauben sind, an denen man drehen müsste.“ Ich kann es nachvollziehen und ich glaube, ehrlich gesagt, nicht, dass ich nur

Menschen, die sich mit der Situation nicht mehr wohlfühlen oder nicht mehr einverstanden sind oder die sagen, wann endlich jetzt die Hilfgelder kommen oder seien es die bessere Personalausstattung oder was auch immer wir schon tausendmal debattiert haben, was notwendig wäre. Ich sitze noch immer da und warte. Wie gesagt, nichts gegen deine persönliche Betroffenheit, Silvia. Das glaube ich dir zu hundert Prozent, aber Wertschätzung und Danke-Klatschen alleine wird uns nicht dazu führen, dass die Situation verbessert wird. Und du hast eines noch angesprochen, das teile ich zu hundert Prozent, wir müssen aus der Situation lernen. Aber dann frage ich auch, aus welchen Erfahrungen lernt denn die Landesregierung gerade? Was passiert denn mit diesen Dingen, die wir jetzt hier deponieren, was wird denn mitgenommen und wo wird denn weitergedacht? Es liegen heute wieder Vorschläge von Seiten der Opposition auf dem Tisch, wo ich befürchte – ich sage es, wie es ist –, dass sie niedergestimmt werden, weil ohnehin alles super ist. Nein, ist es nicht. Weil sie von der Opposition kommen? Eher ja! Und jetzt auch noch einmal in Richtung Herrn Landeshauptmann – jetzt sitzt er ja gerade leider nicht mehr da –, der uns ja immer wieder darauf einschwört, und das finde ich auch gut so, wir müssen in so einer Pandemie an einem Strang ziehen, wir müssen schauen, dass wir alle zusammenarbeiten. Das funktioniert in der Opposition eigentlich mittlerweile ganz gut, dass es hier Zusammenarbeit gibt, trotz aller Dinge, die uns ideologisch trennen oder vieler Themen auch, wo wir absolut nicht einer Meinung sind. Das würde ich mir auch von Seiten der Landesregierung wünschen. Vielleicht kann man sich die Opposition in der Zusammenarbeit als Vorbild nehmen und, wie gesagt, man nicht reflexartig alles vom Tisch wischen, was da kommt, weil es wird keinem Entschließungsantrag zugestimmt oder was auch immer. Das versteht draußen niemand mehr. Das versteht niemand mehr, warum Vorschläge nicht ernsthaft diskutiert werden. Sollte das nicht der Fall sein, dann glaube ich auch, dass wir in ein Jahr der Zuversicht gehen. Aber momentan höre ich eher nur „die Botschaft wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 11.06 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Riener – ÖVP (11.06 Uhr): Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich habe den Eindruck, mit der heutigen Dringlichen ist wieder einmal bestätigt und ich will das jetzt nicht abwerten, sondern durchaus zustimmend sagen, der Pflegebereich geht uns alle unter die Haut und ist der meistdiskutierte Bereich in unserem Haus. Ja, es bereitet Sorgen. Jeder/jede einzelne_r Corona-Tote ist tragisch und es tut weh. Ich denke, wir wissen inzwischen auch im Umfeld – ob Freundeskreis, ob Bekanntenkreis, ob Kollegenkreis – jemanden, der einen Corona-Toten beklagen muss oder ich habe ihn selber gekannt. Ja, wir müssen schauen, warum bei uns in den Pflegeheimen die Anzahl hoch ist. Das haben wir von Anfang an immer wieder auch gesagt. Und ja, es ist wichtig, dass gerade in Krankenhäusern und Pflegeheimen die Hygienevorschriften eingehalten werden müssen. Die Steiermark – und da schaue ich jetzt alle Gesundheitssprecherinnen und -sprecher an, die in der Gesundheitsplattform auch sitzen, die wissen sehr genau, dass die Steiermark seit Jahren ein Projekt über den Gesundheitsfonds hat, nämlich die „sauberen Hände“. Und das wurde zuerst in den Krankenhäusern aufgesetzt und ist seit Jahren auch in den Pflegeheimen als Projekt aufgesetzt. Das heißt, es wird nicht nichts getan. Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat das vorhergesagt, dass Vieles getan wird und das gehört auch wertgeschätzt, auch an diesem Pult. Wenn es gesagt wird, dann soll man es aber auch so meinen und nicht, wenn wir als Koalitionsparteien, als Regierungsparteien anderer Meinung sind, das gleich wieder als „gegen die Opposition vorgehen“ abstempeln. Ich bitte gut hinzuschauen, die Inhalte anzuschauen und wenn wir ehrlich diskutieren – ich habe euch versprochen, ich sage das jetzt jedes Mal, wenn ich herauskomme, im Unterausschuss „Pflege“ wird es diesbezüglich einen Diskussionsprozess geben. Ich bin gespannt, wie dann das Einbringen ist. Es geht nicht um Entschließungsanträge, um Selbstständige Anträge, die immer wieder – oft auch wortgleich – gemacht werden von Ihnen. Alles gutes Recht, keine Frage, aber wenn man sich inhaltlich auseinandersetzen will, dann bitte in den entsprechenden Gremien und nicht nur plakativ hier am Pult. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich beobachte schon seit Längerem so immer wieder auch die Anfragen – ich habe das bereits erwähnt, letztendlich hat Klubobfrau Sandra Krautwaschl das selber auch gesagt –, viele Anfragebeantwortungen haben wir geschrieben, viele Schriftliche Fragestellungen, Dringliche Anfragen – irgendwie habe ich den Eindruck, die Antworten wollen nicht gehört werden. Irgendwie habe ich den Eindruck, man ist immer wieder auf der Suche nach einer Antwort, dass vielleicht trotzdem die gewerblichen Pflegeheime die schlechteren sind. Das ist der Eindruck, der schön langsam erweckt wird und ich höre sehr, sehr genau zu. Sandra, du weißt das. Ich versuche immer auch fair abzuwägen,

aber das hat sich bis jetzt in keiner Weise bestätigt. Und wenn du dann in einem Atemzug eine dramatische Situation in der Obersteiermark, in der Hochsteiermark nennst, da wissen wir, dass das kein gewerbliches Pflegeheim war. Also, welche Schlussfolgerungen wollen wir ziehen? Und da ist es mir schon lieber, das, was der Bundesminister Anschöber vorhat, nämlich eine Studie zu machen und dann sind auch die Bundesländervergleiche sinnvoll, liebe Sanda. Die Bundesländervergleiche sind nicht nur in den Zahlen sinnvoll, weil wir wissen inzwischen z. B. in Niederösterreich zählt jemand, ein Bewohner/eine Bewohnerin, die im Pflegeheim wohnt, aber dann im Krankenhaus verstirbt, nicht als Corona-Tote von einem Pflegeheim. Wir zählen es so. Also insofern bitte auch da hinschauen und, das weiß bitte der Bund, wir müssen diese Zahlen wirklich differenziert im Vergleich dann anschauen. Dafür brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Es freut mich, dass Bundesminister Anschöber gesagt hat, er macht eine Studie und auf diese werden wir aufbauen. Ich möchte nämlich unterscheiden: Das eine ist Krisenmanagement und das andere ist Risikomanagement. In der Krise haben wir alle Hände voll zu tun. Es wird viel getan, es wird viel eingesetzt. Deswegen auch danke dafür. Ich glaube auch, danke einmal an unsere Frau Landesrätin, die Tag und Nacht arbeitet, um eben da auch etwas weiterzubringen und das einigermaßen in Lot hält. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ja, es braucht Kontrolle. Ja, es braucht einen richtigen Umgang mit Fehlern, aber nicht die Skandalisierung. Wir brauchen in Österreich eine Fehlerkultur und das brauchen wir auch in der Politik. Eine Fehlerkultur, ernsthaft hinzuschauen und eben Prozesse zur Verbesserung anzustoßen. Um eben Menschen ... – Sandra, du hast gesagt, dass die Menschen Unterstützung brauchen. Willst du behaupten, dass die Menschen von uns, von den Regierungsparteien, von unserer Frau Landesrätin keine Unterstützung bekommen haben? Genau die Sommer-Akademie beweist etwas Anderes. Nein, da zieht man wieder das, was vielleicht gerade nicht gepasst hat, hervor. Also insofern das bitte auch zu beachten. Für mich auch dann auch spannend, weil gesagt wird, die Verpflichtung, dass so etwas verpflichtet sein muss. Also ich habe eigentlich bei den Grünen in der letzten Zeit wenig gehört, was verpflichtend sein soll. Ich denke nur z. B. die Impfpflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflegeheimen wäre durchaus hilfreich. Wir haben inzwischen Zahlen, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner zu einem hohen Ausmaß impfen lassen, aber die Mitarbeiter_innen nicht so. Da haben wir noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Aber insofern, wann Verpflichtung – wann nicht? Nur als Fragestellung als Rückmeldung zur Reflexion. Die FPÖ fordert auch Fehlerkultur ein, zu Recht. Wir sind nur der Meinung, dass diese unabhängige Kommission nicht zu diesem Zeitpunkt der richtige Weg ist, weil wir vergleichen müssen, auch bei den Bundesländern.

Erstens einmal, die Zahlen richtigstellen, das Zweite ist die Frage, was ist vielleicht in anderen Bundesländern besser gelungen? Das geht nur in einem Dialog, das geht nur in der gemeinsamen Auseinandersetzung und deswegen baue ich zurzeit darauf – ich hoffe, dass das gelingt, sage ich jetzt einmal. Ich hoffe, dass es gelingt – ich bin ja durchaus ein optimistischer Mensch, der mit Zuversicht in die Zukunft schaut –, dass das auch mit dem Bundesminister funktionieren kann. Bei der FPÖ habe ich nämlich insofern, und heute haben es die Wortmeldungen auch gezeigt, immer wieder auch ein Problem, denn, wenn ich so zuhöre – „eigentlich sind wir gegen das Testen, eigentlich sind wir gegen das Maskentragen, eigentlich sind wir gegen das Impfen“ – wenn ich jetzt da fortfahre. Für was seid ihr dann? Der Umkehrschluss wäre nämlich, dass sich das Virus weiter ausbreitet. Wenn ich diese Maßnahmen nicht setze, breitet sich das Virus aus. Ich möchte euch das echt einmal aus ganzem Herzen sagen. Da müssen wir zusammenhalten. Wir wollen ja – niemand von uns, weil das unterstelle ich euch auch nicht, dass ihr die Gesundheit der Bevölkerung gefährden wollt, das unterstelle ich euch ja nicht. Aber bitte in eurem Tun denkt auch weiter, als bis zum nächsten Schritt. Das ist mir besonders wichtig. Ich weiß, gerade in sensiblen Bereichen, wo wir den Zugang haben – wir setzen auf Information, auf Unterstützung – auch auf die Abwägung, und da hat Frau Kollegin Karelly das sehr schön auch gesagt in ihrem persönlichen Erleben, die Mitarbeiter sind in einer Abwägung: „Lasse ich jetzt einen Besuch zu, auch, wenn ich schon weiß, dass da ein Corona-Infizierter da ist oder nicht. Wie mache ich das, damit das nicht zu einer unmenschlichen Art wird?“ Ja, darauf hat ja immer wieder auch die Patienten- und Pflegeombudsfrau Dr. Wlattnig hingewiesen. Für mich ist jetzt ... – nur eine kurze Anmerkung, weil die Zeit heute sehr davonrennt – eine kurze Anmerkung an Claudia Klimt-Weithaler, an die Frau Klubobfrau, bitte auch bei aller Kritik von deiner Seite nicht zu vergessen, dass der Personalschlüssel jetzt sukzessive in den letzten drei Jahren angehoben wurde, dass das unser in dieser Zeit zuständige Landesrat Christopher Drexler gemacht hat und die Frau Landesrätin Bogner-Strauß das auch weiter umsetzt bzw. sich natürlich auch Gedanken macht, wie wir in der Zukunft gut weiterkommen. Was hilft den Menschen? Es hilft nicht das parteipolitische Gezerre. Es hilft nur, wenn wir miteinander in so wichtigen sensiblen Fragen einen Weg gehen und ich darf euch noch einmal versprechen, im Unterausschuss Pflege werdet ihr es bemerken. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.17 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Klaus Zenz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Zenz – SPÖ (11.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätinnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, ich kann mich dem nur anschließen. Die Situation in den Pflegeheimen lässt niemanden von uns hier herinnen kalt. Ich wiederhole mich auch gerne am Rednerpult. Die Alten- und Pflegeheime sind die Achillesferse in dieser Pandemie. Das hängt damit zusammen, dass wir hier die gefährdetste Gruppe auf engem Raum in der gemeinsamen Lebenssituation haben und es ist nicht möglich zu sagen: „Wir sperren das jetzt zu. Wir machen das jetzt nicht mehr.“ Und all das, und auch hier wiederhole ich mich, es klingt eigenartig, aber, wenn sich das Virus ideale Laborbedingungen aussuchen könnte, dann würde es bedauerlicherweise wohl die Alten- und Pflegeheime wählen. Und genau aus diesem Grund ist es absolut richtig und wichtig und nach wie vor auch jetzt noch, alle diese Maßnahmen, diese strengen COVID-Maßnahmen, so schmerzvoll sie für die Menschen dort sind – ich bitte darum, das nicht zu vergessen, unter welchen schwierigen Bedingungen die Bewohnerinnen und Bewohner seit beinahe einem Jahr hier leben – und so schwierig sie auch sind für die Besucherinnen und Besucher, für die Angehörigen ist – sie können mir glauben, Unmengen an Schreiben bekommen wir wahrscheinlich alle per E-Mail, die sagen, dass sie das nicht mehr aushalten, wie schwierig diese Situation ist – und doch haben wir nach wie vor die Situation, dass jede Viruserkrankung, die in ein Pflegeheim kommt, zu einer exponentiellen Ausbreitung des Virus führt und dahingehend auch zu Todesfällen, die in einem wesentlich höheren Ausmaß vorhanden sind als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Es kann nur an uns liegen, diese strengen Maßnahmen auch nach wie vor umzusetzen, auch hier wiederhole ich mich vom letzten Mal – die Pflegeheime sind keine Insel, die wir abschotten können oder irgendwo hinschieben können. Das Geschehen in den Pflegeheimen widerspiegelt auch unser Geschehen in der Gesellschaft. Das heißt, wenn wir sorgfältig damit umgehen, spiegelt sich das auch in den Pflegeheimen. Und genau das sieht man auch. Jetzt ist eben die große Hoffnung und ich bin sehr, sehr froh und Gott sei Dank sagen diese Zahlen auch, dass diese Impfbereitschaft sowohl bei den Bewohnerinnen und Bewohnern wie auch beim Personal hoch ist. Übrigens auch hier spiegelt sich das, was wir in der Gesellschaft machen, auch in den Pflege- und Wohnheimen. Es wird nicht einfach per Zuruf geimpft und niemand lässt sich zurufen, so ist es jetzt! Auch hier spiegelt sich das wider und hier ist Gott sei Dank die Bereitschaft sehr hoch. Denn, wenn wir diese Gruppe immunisiert haben, dann ist uns Großes gelungen und dann denke ich mir, haben wir diesen schlimmsten Folgen der Pandemie einen Strich durch die Rechnung gemacht. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Mai haben die Grünen hier Anträge gestellt und ich verstehe auch, ich interpretiere das auch so in großer

Sorge um die Geschehnisse dort, aber allein mit dem Jonglieren von Zahlen, ob das jetzt die Infektionsraten sind im Vergleich zu diesem Punkt und zu diesem Punkt, das sind Zahlen, die ganz Europa jetzt diskutiert und auch weltweit noch diskutiert werden. Ich rufe in Erinnerung: Die Todesrate in den Pflegeheimen an Anteilen an allen Verstorbenen liegt zwischen 50 und beinahe zwei Dritteln und alle Länder setzen sich mit dieser Problematik auseinander. Die Impfung wird, Gott sei Dank, die Antwort darauf sein und ich hoffe, dass wir sie so schnell wie möglich durchführen können – sie sind, glaube ich, auch schon sehr weit fortgeschritten – und damit können wir dann wirklich auch dieses Thema, die Menschen, die dort sind, in Sicherheit haben. Weil das ist unser prioritäres Ziel und das ist das Wichtigste, das wir derzeit tun können. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.21 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.22 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Frau Landesrätinnen!

Vorerst einmal noch von meiner Seite auch danke für die sehr konstruktive Debatte. Ich glaube, dass das extrem wichtig ist. Ich möchte auf zwei, drei Punkte noch eingehen, die bei den letzten Wortmeldungen gekommen sind – nämlich „Fehlerkultur“, ganz etwas Wichtiges. Mir haben gestern oder vorgestern Mitarbeiterinnen einen sehr schönen Satz gesagt: „Fehler müssen passieren, weil sonst gibt es keine Entwicklung.“ Aber genau diese Entwicklung, die wir da jetzt brauchen, erfordert natürlich auch, dass man trotzdem auf die Fehler hinschaut und dann etwas verändert. Ich glaube – Barbara, vor allem an dich –, ich bin bekannt dafür, dass ich ein relativ fairer Mensch bin, weil du das direkt angesprochen hast. Ich komme nicht raus und haue auf irgendjemanden ein, sondern ich versuche, und das war von Anfang an bei der Dringlichen auch heute mein Fokus, zu sagen, dass man da hinschauen muss, da ist was nicht richtig gelaufen. Da tut es mir halt schon leid, habe ich die Antwort nicht so deutlich gehört – weil du gesagt hast, wir kriegen immer alle Antworten – weil, ich glaube halt also diese Antwort ist aus meiner Sicht nicht gekommen, was konkret passiert ist, um in diesem Fall noch einmal drauf hinzuweisen, dass dieses Schreiben vielleicht nicht die richtigen Dinge an den Tag gelegt hat, nämlich diesen Zweifel genährt hat bei vielen da teilzunehmen. Mir ist es da völlig egal wer. Es geht um die Menschen in den Pflegeheimen und denen ist es auch egal, ob sie in einem privaten oder gewinnorientierten oder gemeinnützigen Pflegeheim betreut werden. *(KO LTAbg. Riener: „Sehr gut, dass du das so siehst!“)* Das ist absolut

richtig, aber die große Überverantwortung für Pflege und für die Umsetzung der Pflege ist nun einmal eine Länderkompetenz. Wir haben das auch in dieser Debatte bei all diesen COVID-Dingen immer wieder gehabt. Es kann auch dann in einem föderalistischen System, das wir nun einmal haben, nicht mitten in einer Pandemie auf einmal eine Kompetenz oder eine Verantwortung so praktisch hin- und hergeschoben werden, wie es einem gerade passt. Und diese Verantwortung ist jetzt bei den Ländern, die muss man ernst nehmen, (*KO LTA*bg. *Riener*: „*Das tun wir eh nicht.*“) und da muss man jetzt daraus lernen. Das Gleiche gilt für die Zahlen. Wir haben aber auch wirklich sehr oft Zahlen auf Fragen gehört, die wir gestellt haben, wenn sie gerade genehm waren. Wenn das, was die Zahlen gerade ausgesagt haben, genehm waren. Auch jetzt war es für mich so, die Zahlen, die heute nicht gekommen sind – ich will gar nichts interpretieren –, die würden ja garantieren eine Qualität zu sichern, etwas zu verbessern. (*KO LTA*bg. *Riener*: „*Was ist nicht gekommen?*“) Man kann eben aus denen nur lernen, wenn man sich auch mit anderen letztlich vergleicht oder sagt, dort müssen wir hinschauen, was haben andere vielleicht besser gemacht. Und jetzt wurde einiges immer wieder angesprochen, auch von der Frau Landesrätin, es wurden Verbesserungen vorgenommen, es wurden diese Sommer-Akademien zur Verfügung gestellt und ich habe absolut lobend erwähnt, weil ich mich da intensiv informiert habe, dass die stattgefunden haben. Da waren hochqualifizierte Hygienefachleute des Landes vor Ort, die haben wirklich, und ich habe auch Rückmeldungen bekommen von Mitarbeiter_innen und von Menschen, die dort dabei waren, dass es wirklich absolut positiv war. Und deswegen wieder Fehlerkultur: Was nicht so positiv war, dass es halt dieses Schreiben gegeben hat, wo davon abgeraten wurde und das muss man auch sehen und das muss man auch in Zukunft in irgendeiner Weise bearbeiten. Weil wie gesagt, wir haben diese Pflegeheimlandschaft so wie sie ist und es muss dann auch in so einem Fall sichergestellt sein und auch weiterhin sichergestellt werden. Und da werden wir dann auch darauf schauen, dass solche Schulungen dann wirklich überall ankommen. Und zum Thema verpflichtend, also bitte, da kann man wohl nicht eine Impfpflicht, wo alle Expert_innen kritisch sehen, zu etwas beiträgt, was wir in dieser Form haben, mit einer Teilnahme an einer Hygieneschulung vergleichen, wo ich im Übrigen gar nicht gefordert habe, dass die verpflichtet hätte sein sollen. Ich habe Sie gefragt, ob sie verpflichtet waren. Ich hätte allerdings schon erwartet, dass sich alle Pflegeheimbetreiberinnen und -betreiber – alle, egal aus welchem Segment – verpflichtet fühlen, dort jemanden hinschicken, der diese wertvollen Inputs vom Land, von Hygienefachleuten, von der Patienten- und Pflegeombudsfrau auch wirklich dann in die Pflegeheime trägt. Und das, glaube ich, kann man schon erwarten, wenn wir schon eine

Pflegeheimlandschaft haben, die per se nicht sehr krisensicher ist. Und das ist mir wirklich noch einmal wichtig an dieser Stelle zu sagen auch, wenn klar ist, eine faktische Verpflichtung wäre nicht auszusprechen gewesen, rein rechtlich, aber hier hinzuschauen, hier einzuwirken, hier nachzubohren, wenn irgendwelche missverständlichen Aussagen rausgehen, das sehe ich sehr wohl in der Verantwortung auch des Landes und da werden wir auch in Zukunft darauf hinweisen. Ich nehme dich eh beim Wort, Barbara, dass wir diese Dinge im Unterausschuss „Pflege“ behandeln werden, aber das muss auch wirklich rasch gehen, weil das sind Dinge, da braucht man nicht auf die Pflegereform warten. Das sind Dinge, die man jetzt angehen muss und darum bitte ich auch. Danke. (11.28 Uhr)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (11.28 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine sehr geehrte Damen Landesrätinnen!

Ich habe mich jetzt noch zu Wort gemeldet, weil – vielleicht ist es passiert in der Zwischenzeit, ich weiß es nicht – es keine Wortmeldung der zuständigen Landesrätin mehr gegeben hat, auf, aus meiner Sicht durchaus auch wichtige Fragen, die aufgeworfen worden sind. Und, liebe Barbara Riener, mit Verlaub, natürlich ist ein Sonderlandtag auch ein entsprechendes Gremium diese Dinge zu besprechen, (*Beifall bei der FPÖ*) nämlich aus klarerweise mehrerer Hinsicht. Zum einen, sind das die gewählten Volksvertreter, die sich jeden Tag auch mit diesen Themenstellungen befassen müssen und das auch gerne tun und sich entsprechende Antworten von den zuständigen Regierern erwarten. Zum anderen, und das ist nicht minder wichtig, sind auch die Augen der Öffentlichkeit auf uns gerichtet, was auch gut ist. Warum? Weil ja auch die Steirerinnen und Steirer das Gefühl haben sollen: Ja, hier gibt es Volksvertreter und gewählte Mandatäre und Regierer, die sich mit diesen Themenstellungen auseinandersetzen und ihnen auch klare Botschaften mitgeben, wie wir aus dieser Krise herauskommen. (*Beifall bei der FPÖ*) Und, liebe Barbara, das sei mir heute schon auch erlaubt, weil heute so viel von Fehlerkultur und Reflexion gesprochen worden ist, bitte, so weit her ist es mit dieser Fehlerkultur mit der Reflexion dann auch wieder nicht. Weil, wenn es so wäre – noch einmal und jetzt tun wir nicht in der Vergangenheit wühlen, wir sind in einer schwierigen Situation, aber das schon seit mehr als neun Monaten, bald ist es ein Jahr. Wenn wir immer aus den Fehlern gelernt hätten, dann hätten wir gewissen Entwicklungen verbessern können. Du hast von Risikomanagement gesprochen, von

Krisenmanagement gesprochen. Es sei mir erlaubt, auch von Chancen-Management zu sprechen, wenn wir schon im Neu-Deutsch bleiben, weil auch Veränderung etwas Positives ist und natürlich in einer krisenhaften Situation auch notwendig ist. Das heißt, aus meiner Sicht ist diese heutige Debatte über die Pflegebereiche, über Dinge, wo sehr viel passiert ist, und wir kennen die Zahlen – und bitte, heute, nicht nur auf Zahlen, selbstverständlich braucht es Zahlen. Liebe Barbara Riener, eines muss ich schon auch dazu sagen, in Niederösterreich wird anders gezählt als bei uns in der Steiermark. Ja, traurigerweise ist es so, dass wir noch immer nicht in der Lage sind in Österreich evidenzbasiert, zahlenbasiert alle Bundesländer gleich abgedeckt auch Zahlen zu erfassen und daraus die Schlüsse zu ziehen. Das war ja heute auch ein Eingeständnis von Fehlern, (*Beifall bei der FPÖ*) die man nicht behoben hat, liebe Barbara Riener. Aber, liebe Juliane Bogner-Strauß, ich habe jetzt, was zumindest die visuellen Signale betrifft erkennen dürfen, dass du dich noch einmal zu Wort meldest. Ich finde das auch notwendig und durchaus wichtig. Liebe Juliane, bitte, sei so gut, nicht in den gleichen Modus zu verfallen wie der eine oder andere deiner Partei auf der Bundesebene. Der Parlamentarismus hat einen wichtigen und ganz notwendigen Stellenwert in dieser Republik und auch bei uns hier in der Steiermark. Ich habe das schon öfter hier gemacht, auch auf diesem Platz am Rednerpult, wir müssen auch diesen Parlamentarismus von jenen einfordern, die hier bei uns als Gäste geladen werden, um Fragen zu beantworten. Und genau diese Einladung, liebe Juliane, nimm sie an, führe die Diskussion dort, wo sie geführt werden soll. Nämlich eben genau in den entsprechenden Gremien und der Sonderlandtag heute, glaube ich, ist ein entsprechendes Gremium genau diese Dinge zu besprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ – 11.32 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet, unsere Landesrätin Juliane Bogner-Strauß. Bitte schön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (11.32 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Steirerinnen und Steirer und alle, die uns zuhören und zusehen!

Ich möchte vor allem auf ein paar Dinge noch eingehen und gerne reflektieren. Das eine sind die Zahlen. Ja Sandra, du hast gesagt: „Manchmal verwende ich Zahlen, um Vergleiche ziehen zu können“, aber leider hat es sich in den letzten Meetings und Videokonferenzen, die die Bundesländer mit dem Herrn Bundesminister abgehalten haben, auch immer wieder herausgestellt, dass die Einmeldung der Zahlen halt unterschiedlich ist. Das heißt, dass es

nicht so einfach ist hundertprozentige Vergleiche zu ziehen. Wir haben gerade das Beispiel Niederösterreich erwähnt. Natürlich – Todesfälle, jeder einzelne tragisch, sind Todesfälle. Dennoch ist es auch so, und das ist meisten von Ihnen/von euch vermutlich schon aufgefallen, wenn man auf das AGES Dashboard schaut, sind diese Zahlen auch nicht immer vergleichbar mit jenen, die wir alle in SKKM einmelden. Dasselbe Thema hatten wir bei der letzten Landtagssitzung, weil du heute auch wieder, liebe Frau Klubobfrau, das Thema Contact Tracing und Infektionsquellensuche aufgeworfen hast. Wir melden da täglich unsere Zahlen ein. Ich möchte es hier bei diesem Anlass noch einmal sagen. Beim Contact Tracing sind wir seit Wochen und Monaten tagesaktuell. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das heißt, alle Neuinfizierten werden am selben Tag kontaktiert und es wird eine Kontaktpersonennachverfolgung gestartet. Außer jene, das ist meistens eine Handvoll am Tag, die nicht abheben oder die keine Telefonnummer angegeben haben. Bei der Infektionsquellensuche, also bei jenen Personen, wo wir schauen, wo haben sie sich angesteckt, sind wir auch seit Wochen zwischen 30 und 50 % und in den letzten Tagen oft bei über 60 %. Da können wir uns ohne Weiteres mit den anderen Bundesländern vergleichen, allerdings auch nicht mit allen, weil in der Liste, die ich von der SKKM zur Verfügung habe, melden das gar nicht alle Bundesländer ein. Und das ist die große Schwierigkeit, der wir nach wie vor begegnen und dieser Schwierigkeit sollte auf Bundesebene endlich entgegengewirkt werden. Ganz offen gesprochen. *(KO LTabg. Kunasek: „Aber wer ist denn in der Bundesregierung?“)* Und deshalb, was machen wir? Das sind die Daten von der ARGES und dem Gesundheitsministerium. Wir machen auch eine eigene steirische Studie. Es gibt die GÖG Studie, wo die Zahlen aller Bundesländer verglichen werden – wo sie hoffentlich auch vergleichbar gemacht werden. Das heißt, dass die Abfrage so genau erfolgt, dass alle bei denselben Parametern auch dieselben Zahlen einmelden und dann machen wir eine eigene steirische Studie, zuerst einmal eine quantitative Studie von den Pflegeheimen, wo wir auch alle Zahlen noch einmal aus allen Daten, die uns verfügbar sind, zusammenziehen – vom EMS, von der Landesstatistik, von den Einmeldungen der COVID-Datenbank, die wir ja vor Ort nicht haben. Auch das war ein Weg, um alle Zahlen abrufbar zu haben, den wir eben in der Steiermark voriges Jahr im Frühjahr gegangen sind. Und es ist ganz wichtig für mich. Sie wissen alle, aus der Wissenschaft bin ich zahlenvernarrt. Aber Zahlen müssen vergleichbar sein, um wirklich Aussagen treffen zu können. Aber wenn diese quantitative Studie in der Steiermark erledigt ist, wird es auch eine qualitative Studie geben, wo Experten und Expertinnen zusammenkommen und sich dann mit den Zahlen entsprechend beschäftigen und

darauf aufbauend auch die Verbesserungspotenziale finden werden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Dann möchte ich noch zwei Kleinigkeiten erwähnen und zwar, Sandra, liebe Frau Klubobfrau, weil du es gesagt hast: Natürlich habe ich mit Dr. Hoff von der Wirtschaftskammer telefoniert, nachdem mir zu Ohren gekommen ist, dass dieser Brief ausgeschickt wurde. Ich habe noch einmal gesagt: „Herr Dr. Hoff, es gibt ein wunderbares Sicherheitskonzept. Ich bitte Sie darum hier umzudenken. Umso mehr teilnehmen umso besser“, und ich glaube, es kann auch als Erfolg verbucht werden. Ich weiß von keinem anderen Bundesland, das so eine COVID-Sommerakademie für Pflegewohnheime durchgeführt hat. Es haben immerhin die halben Pflegewohnheime daran teilgenommen. Wir haben auch zusätzlich auch a priori Videos online gestellt für die Pflegewohnheime. Zum Beispiel, wie ziehe ich Schutzausrüstung richtig an und aus, vom Österreichischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt – nur als Beispiel. Wir sind sowieso im dauerhaften Austausch mit der Wirtschaftskammer, mit den Vertretern „Bündnis gute Pflege“, mit Vertretern der Sozialhilfeverbände, wo wir jede Woche – jede Woche ist übertrieben – aber mindestens einmal im Monat bei einer Videokonferenz uns austauschen, was man besser machen kann. Auch was die PAVO angeht, sind wir im guten Austausch. Es wurde schon erwähnt, es wurde schon seit 2016 dreimal der Personalschlüssel und der Qualifikationsmix angepasst und verbessert. Die vierte Ausbaustufe war eigentlich auch a priori vereinbart, noch unter meinem Vorgänger, und hier schauen wir gerade was möglich ist, auch mit dem Personal, das in der Steiermark zur Verfügung steht. Und last but not least die Gratistests. Wir haben in den letzten Wochen über 100.000 Antigentests in den Teststraßen in der Steiermark durchgeführt. Wir sind da wirklich breit aufgestellt und hier noch einmal ein großes Dankeschön an die Gemeinden und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die uns so großartig unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber ich möchte auch darauf hinweisen, weil wir haben ja wöchentliche Videokonferenzen mit dem Herrn Gesundheitsminister, dass ich bereits seit Wochen dort einbringe, dass bitte doch in den niedergelassenen Arztpraxen bzw. in den Apotheken auch die Möglichkeit von Gratis-Antigentests gegeben sein sollte, so wie in Deutschland das vergleichbar angeboten wird. Ich glaube, schön langsam kommt dieser Gedanke ins Rollen und hoffentlich auch bald von Bundesseite in die Umsetzung. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.39 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1106/2, betreffend „Zahlreiche Covid-19-Infektionen in steirischen Pflegeeinrichtungen machen unabhängige Untersuchungskommission erforderlich“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1106/3, betreffend „Teststrukturen ausbauen und Contact Tracing sicherstellen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zur **Dringlichen 2:**

Am Donnerstag, dem 28. Jänner 2021 wurde um 13.27 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1108/1, an Frau Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl betreffend **„Rekordarbeitslosigkeit und drohende Pleitewelle – wo bleibt das Maßnahmenpaket der Landesregierung?“** eingebracht.

Ich erteile Herrn KO LTAbg. Mario Kunasek das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Bitte schön, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (11.41 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Zunächst einmal darf ich mich, wenn es schon die zweite Dringliche am heutigen Tag ist, sehr herzlich bei allen Oppositionsfraktionen bedanken, ganz besonders auch bei der KPÖ, dass es uns gelungen ist diese gemeinsame Sitzung heute hier abzuhalten, aber auch bei den anderen Oppositionsparteien, weil sie mit ihren inhaltlichen Inputs und mit ihren Dringlichen

Anfragen, so denke ich, sehr, sehr wichtige Bereiche zur Bekämpfung der Krise hier einbringen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die jetzt aufgerufene Dringliche Anfrage dreht sich um einen Themenkomplex, der, so meine ich, neben der Gesundheitskrise, die wir unbestritten haben, hatten und so auf einem guten Wege, so hoffe ich, bereits auch ist, um den Themenbereich Wirtschaft, Arbeit, aber natürlich auch insgesamt um soziale Themen. Ich glaube, man kann das nicht trennen. Ich bin auch froh, dass die zuständige Landesrätin da ist, weil diese beiden Komplexe natürlich miteinander zusammenhängen. Und ganz massiv zusammenhängen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich auch die Zahlen, die ich uns jetzt hier sozusagen nicht ersparen kann, noch einmal vor Augen führt und wenn man sich hier auch gewisse dramatische Entwicklungen der letzten Monate im Bereich der Wirtschaft und der Arbeit auch vor Augen führt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben mit Stand jetzt – also mit den aktuellsten Zahlen – 535.470 Menschen in Österreich, die arbeitslos gemeldet sind oder sich in Schulungen befinden. Das ist eine halbe Million Menschen. Ein Plus von 112.000 im Vergleich zum letzten Jahr. Das ist – ich schaue den Abgeordneten Kinsky an, so wie er das gemeint hat das letzte Mal – wirklich kein Kindergeburtstag, das ist sehr dramatisch und vor allen Dingen noch dramatischer wird es, wenn man dann auch die Prognosen und Entwicklungen, die uns die Experten für die nächsten Wochen und Monate prognostizieren, sich ansieht.

Aber, schauen wir kurz in die Steiermark. Auch hier, und da bedanke ich mich auch bei der zuständigen Landesrätin, Doris Kampus, dass sie auf diese Entwicklungen auch immer sehr unverblümt hingewiesen hat und ich glaube, hier auch keine Schönfärberei betrieben hat, ganz im Gegenteil, hier diese dramatischen Entwicklungen auch klar anspricht. Mit aktuellem Stand sind es 63.155 Personen, die in der Steiermark von Arbeitslosigkeit oder Schulungen betroffen sind, d.h. hier nicht im Regelerwerbsleben sind – ein Plus von 20 %. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind wir schon mehr oder weniger in der Prognosephase. Nimmt man jetzt auch noch die Kurzarbeitssituation hinzu, die ja irgendwann einmal, nach den heutigen Medienberichten, ausschleifen wird – klarer Weise –, dann sind es auch hier in diesem Bereich 64.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 7.800 Betrieben, die hier Kurzarbeit angemeldet haben. Das heißt insgesamt in der Steiermark 127.000 Menschen, die jetzt unmittelbar im Wirtschafts- und Erwerbsleben von dieser Krise betroffen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und deshalb sage ich hier auch ganz offen und klar, natürlich ist es unsere Aufgabe, in erster Linie natürlich der Regierung so rasch wie möglich und so effizient wie möglich diesen Menschen zu helfen. *(Beifall bei der*

FPÖ) Genau die gleichen Worte haben wir im letzten Jahr, nicht um die gleiche Zeit, aber im letzten Jahr öfter hier gehört und sie wurden auch mir hier ausgesprochen, rasch, effizient – es hat auch Aussagen gegeben, die hießen, „wer schnell hilft, hilft doppelt“ und vieles, vieles mehr – und genau das ist auch heute Inhalt unserer Dringlichen Anfrage. Ich glaube, es ist unbestritten über alle Fraktionsgrenzen hinweg, dass wir etwas machen müssen. Es muss aber auch unbestritten sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieses Tun auch evaluiert werden muss, dass man genau hinschauen muss, ob das treff- und zielsicher ist. Kommen die Mittel dort an, wo sie ankommen müssen; muss man irgendwo nachjustieren; gibt es Bedarf auch in diesen Bereichen auch etwas Anderes zu machen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, wenn man sich auch Anfragebeantwortungen der zuständigen Landesrätin ansieht, wenn man sich auch die Informationen, die Zahlen genau ansieht, dann glaube ich, wir haben hier noch Verbesserungs- und Nachholbedarf, aber dazu etwas später. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen alle, dass es besonders betroffene Bereiche im Bereich der Wirtschaft gibt, die hier auch erwähnt werden müssen. Der Bereich des Tourismus und der Gastronomie – ich erspare uns jetzt die konkreten Zahlen. Sie kennen sie, sie sind mehr als nur dramatisch und sie sollten uns wirklich zu denken geben. Die Handelsbetriebe, wo der Handelsverband auch errechnet hat, dass jede Woche Lockdown – jetzt wissen wir, es gibt leichte Lockerungen ab der nächsten Woche –, aber jede Woche Lockdown ein Umsatzminus von einer Milliarde Euro bedeutet. Es gibt Berechnungen des WIFO, der Nationalbank, wonach die Wirtschaftsleistung seit Weihnachten pro Woche im Vergleich zum Vorjahr um 10 % schrumpft. Also Entwicklungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, denen man sich beim besten Willen nicht verschließen kann. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, über alledem, also dem, was jetzt ohnehin schon quasi ein massives Problem ist, gibt es auch noch die Prognosen, die ich angesprochen habe und eine unklare Entwicklung und Planungsunsicherheit in sehr, sehr vielen Bereichen, die natürlich wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Steirer und Steirerinnen auch irgendwo hängen und schweben – und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt auch die Landesregierung ins Spiel. Es ist nicht hinzunehmen, Frau Landesrätin, dass man – ich sage jetzt nicht permanent, aber sehr oft – auf den Bund verweist. Wir haben es ja auch bei der vorigen Dringlichen erkennen müssen, dann ist es halt der Bund. In diesem Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann es kein Zurücklehnen und Verweisen auf den Bund geben. Nein, hier braucht man das Erkennen von Notwendigkeiten, rasches Handeln und nicht so wie in der letzten Befragung, die wir bei der letzten Landtagssitzung gehabt haben, einmal schauen, was so vom Bund kommt. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und

Herren, da ist keine Zeit mehr dazu. Da gibt es keine Zeit mehr dazu, hier zu warten was passiert und zu schauen und nachzujustieren. Ich habe das Gefühl, dass es in anderen Bundesländern in vielen Bereich, da eben besser ist. Nämlich beim Erkennen von Lücken – wo muss man ansetzen, was zieht man auch budgetär vor, wo braucht man Konjunkturpakete und wo stellen wir Planungssicherheiten her, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und nein, Überraschung, das ist jetzt sogar ein ÖVP geführtes Bundesland, nämlich Oberösterreich. Jetzt weiß ich von Toni Lang in vielen, vielen Gesprächen, Videokonferenzen – auch hier im Landtag, der sagt, dass die Zahlen nicht vergleichbar sind. Irgendetwas muss man ja Vergleichbares auch hernehmen. Ich sage, hier ist Oberösterreich für mich, für viele, aber auch Experten, die sich dort an diesem Prozess beteiligt haben, sehr wohl als positiver Leuchtturm zu erkennen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht nicht immer nur wie Geld, das man zur Verfügung stellt. Weil eines ist unbestritten: Wir haben ja gehört, wir haben ein Defizit von 22,5 Milliarden. Weit über 40 Milliarden insgesamt hat uns, dem Steuerzahler, diese Krise bereits gekostet. Es ist auch die Frage, wie zielgenau kommt das Geld dort an, wo es wirklich gebraucht wird? Da möchte ich nur ein paar Beispiele herausnehmen, um auch darzustellen, dass wir der Meinung sind, dass Geld eben nicht genau dort ankommt oder teilweise nicht dort ankommt, wo sie ankommen müsste. Liebe Frau Landesrätin, du weißt, es gibt ein Gesamtpaket von 168 Millionen Euro, das hier in der Steiermark geschnürt worden ist *(LTAbsg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Da sind wir weit vor Oberösterreich.“)* und, wenn man jetzt weiß, dass von diesen 168 Millionen nur 37 Millionen, also 22 %, bis jetzt ausbezahlt worden sind, dann glaube ich, dass man hier Verbesserungsbedarf suchen muss. *(Beifall bei der FPÖ)* Jetzt weiß ich um das Argument „Die sind ja auch längerfristige Pakete, die über mehrere Jahre gehen usw.“, aber, lieber Abgeordneter Kinsky, wir brauchen das jetzt. Ich schaue da ganz besonders den Präsidenten an, der sich um die Gemeinden auch immer wieder annimmt, Präsident Dirnberger. Ich weiß das auch von den Gemeinden und das weißt du auch, dass hier noch sehr wenig abgerufen wird. Warum? Weil es Planungsunsicherheiten gibt und die Gemeinden massiv unter Druck stehen. Das heißt, wir müssen jetzt in der weiteren Folge nachdenken, ob die Pakete, die ihr geschnürt habt im letzten Jahr, so anwendbar sind oder braucht es dort Veränderungen? Ich glaube es nicht, dass sie anwendbar sind. Denn wenn ich mir den Kultur- und Sportbereich anschau, lieber Abgeordneter Kinsky, wo wir insgesamt – entschuldige im Sportbereich Breiten- und Spitzensport – zwei Millionen Euro budgetiert haben und insgesamt 94.000 Euro erst abgeholt worden sind. *(LTAbsg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Warum?“)* Aus dem Breitensportbereich ist schon gar nichts abgeholt worden. Na, dann

frage ich mich schon. Dann kann ich mich nicht da herstellen und sagen, dass alles in Ordnung ist. Dann frage ich mich, ob die Mechanismen, die dort installiert worden sind, die richtigen sind. Um nichts Anderes geht es. (*Beifall bei der FPÖ*) Das kann man unaufgeregt machen, aber man muss auch die Zahlen nennen. Und auch im Härtefallfonds für Künstler und Sportler. Da sind 22.600 Euro ausgezahlt worden. Na, um Gottes willen! (*LTabg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Ist ja genug Geld da!“*) Da zu sagen, da passt alles, das kann ich nicht. Das heißt, hier braucht es anscheinend, und soweit kann ich auch Zahlen interpretieren und lesen, Veränderungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist daher so, und vor allen Dingen, liebe Frau Landesrätin Eibinger-Miedl, ich sehe dich als zuständige Landesrätin dafür verantwortlich, dass diese Mittel dort ankommen, wo sie ankommen müssen. Ich sehe dich aber als mehr. Ich sehe dich als Anwältin auch der steirischen Wirtschaft und damit auch als Anwältin der steirischen Arbeitnehmer. Weil, und das habe ich eingangs schon gesagt, diese beiden Bereiche natürlich untrennbar miteinander verbunden sind. Deshalb bitte ich dich und fordere dich auf zum einen dort, wo du Lücken erkennst, sie zu benennen und auch auf der Regierungsebene, auf Bundesebene klar und deutlich zu artikulieren. (*Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl: „Das tue ich auch!“*) Das tust du auch? (*Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl: „Seit vielen Wochen und Monaten!“*) Und zweitens, dort, wo das nicht behebbar ist – auch das gibt es, wir alle kennen solche Situationen, wo sich eben das Gegenüber auf Bundesebene vielleicht nicht bewegt oder, auch das soll es geben, irgendwo einzementiert – diese Lücken durch steirische Mittel und steirische Ideen, mit Kreativität, mit auch dem Willen der Veränderung zur Veränderung, ganz einfach im Sinne der Wirtschaftstreibenden in unserem Land zu füllen, im Sinne natürlich auch der Arbeitnehmer und insgesamt auch des sozialen Friedens, meine sehr geehrten Damen und Herren. Du bist die Anwältin und Vorkämpferin für die steirische Wirtschaft. Das ist das, was wir von dir verlangen, liebe Barbara Eibinger-Miedl. (*Beifall bei der FPÖ*)

Vor diesem Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich folgende Dringliche Anfrage stellen:

1. Wie gestalten sich die von Ihnen in der Landtagssitzung vom 19. Jänner 2021 genannten Prüfungen, ob das Land Steiermark Hilfsmaßnahmen ergänzend zu den Maßnahmen des Bundes setzt und was ergaben diese bisher?
2. Welche konkreten Fälle, in denen die Wirtschaftshilfen und Maßnahmen des Bundes nicht bzw. nicht ausreichend greifen, wurden seit Beginn der Corona-Krise ausgemacht?

3. Inwiefern haben Sie sich seit Beginn der Corona-Krise bei der Bundesregierung für weitere Hilfen für die steirischen Wirtschafts- und Tourismusbetriebe eingesetzt und welche Erfolge konnten Sie diesbezüglich erzielen?
4. Inwieweit werden an Sie bzw. Ihr Ressort gerichtete Bürgeranliegen bei der Prüfung, ob es ergänzende Hilfspakete des Landes Steiermark braucht, berücksichtigt und welche Fälle sind Ihnen auf diese Weise bekannt geworden?
5. Welche Maßnahmen gedenken Sie in den Bereichen, in denen die Maßnahmen des Bundes nicht bzw. nicht ausreichend greifen, jeweils zu setzen und bis wann ist mit deren Umsetzung zu rechnen?
6. Wird es weitere Hilfspakete vom Land Steiermark geben, wie werden diese konkret ausgestaltet sein und bis wann ist mit einer Auszahlung der Mittel zu rechnen?
7. In welchen Geschäftsfeldern orten Sie als zuständige Landesrätin die größte Belastung durch die Corona-Krise?
8. Mit welchen Maßnahmen gedenken Sie den Folgen dieser Belastung in den einzelnen Geschäftsfeldern entgegenzuwirken?
9. Welche neuen, konjunkturbelebenden Maßnahmen sollen in naher Zukunft zur Umsetzung gelangen und welche Geschäftsfelder werden dadurch eine Unterstützung erfahren?
10. In welchen Geschäftsfeldern gelang es bisher nicht, geeignete (ergänzende) Wirtschaftshilfen und konjunkturbelebende Maßnahmen von Seiten des Landes Steiermark auf den Weg zu bringen?
11. Wie gedenken Sie diesem Umstand zu begegnen?
12. Wäre es Ihrer fachlichen Einschätzung und Ihrem Informationsstand nach in der derzeitigen Lage möglich und vertretbar, sämtliche oder zumindest gewisse Wirtschafts- und Tourismusbetriebe wieder zu öffnen und an welche denken Sie dabei konkret?
13. Falls ja, würden Sie sich gegenüber der Bundesregierung für eine Öffnung sämtlicher oder zumindest gewisser Wirtschafts- und Tourismusbetriebe einsetzen?
14. Falls nein, wie belegen Sie die Notwendigkeit, die betroffenen Wirtschafts- und Tourismusbetriebe weiterhin geschlossen zu halten?
15. Wie hoch beziffert sich derzeit die Gesamtsumme der von Seiten Ihres Ressorts bisher ausgeschütteten Corona-Hilfsgelder und wie teilen sich diese auf die einzelnen Maßnahmen auf?

Ich bitte um Beantwortung der Dringlichen Anfrage. *(Beifall bei der FPÖ – 11.55 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Ich erteile nun Frau Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP (11.55 Uhr): Ich danke dir sehr herzlich, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Kollegin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Diese Dringliche Anfrage gibt mir die Möglichkeit, dass wir neben der Gesundheitskrise, die hier im Hause so oft diskutiert wird, auch wieder einmal einen Blick auf die Wirtschaftskrise werfen, die damit zweifelsohne verbunden ist. Die Corona-Pandemie hat in der Tat zu ungeahnten Herausforderungen für die Wirtschaft, gerade auch für die steirische Wirtschaft und den steirischen Tourismus geführt. Wir können das mittlerweile auch an Zahlen messen. Wir haben im Jahr 2020 österreichweit einen Einbruch der Wirtschaft um 7 % und man kann sagen, ja, dieser Virus hat zu einer Vollbremsung auch der steirischen Wirtschaft geführt. Ich möchte aber Ihren Blick auch darauf lenken, dass wir die steirische Wirtschaft auf einem sehr guten Fundament wissen. Denn, wenn wir uns das Jahr 2019 ansehen, das Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie, so war dies ein absolutes Rekordjahr, sowohl was die Exporte der Steiermark betrifft, als auch den Stand an Beschäftigten, der auf einem Höchststand war in der Steiermark oder auch was die Unternehmensgründungen, die Wirtschaftsleistung betrifft – also, meine Damen und Herren, die steirische Wirtschaft steht auf einem guten Fundament und das wird uns auch in den nächsten Monaten helfen, diese Krise hier zu meistern. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Wie sind wir in der Steiermark, wie bin ich mit meinem Team in den letzten Monaten mit dieser Krise umgegangen? Nun, zum einen war es mir besonders wichtig hier in einem permanenten Austausch mit den steirischen Sozialpartnerpräsidenten und auch in einem permanenten Austausch mit den zuständigen Regierungsmitgliedern im Bund, vor allem mit der Wirtschaftsministerin, der Tourismusministerin und dem Arbeitsressort zu sein. Kollegin Kampus und ich haben nicht nur gemeinsam einen Banken-Gipfel abgehalten, auch einen Gastro-Gipfel, mehrere Arbeitsmarkt- und Sozialpartnergipfel, und ich möchte Ihnen gar nicht ausführen, wie viele zusätzliche permanente Abstimmungsgespräche und Telefonate ich insbesondere als Wirtschaftslandesrätin mit dem Präsidenten der Industriellenvereinigung Steiermark und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Steiermark, gehalten habe und wir haben viele Gespräche mit Wirtschaftsexpertinnen und -experten geführt, um genau

treffsichere steirische Maßnahmen ergänzend zum Bund ausgestalten zu können. Und dieses Miteinander, geschätzte Abgeordnete, ist etwas spezifisch Steirisches, das zeichnet uns aus und das ist auch gut so. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Nun zu unseren Maßnahmen: Hier muss man zuallererst sagen, dass die Bundesregierung ein dermaßen umfassendes Unterstützungspaket geschnürt hat, dass europaweit, ja ich würde sogar sagen, weltweit seinesgleichen sucht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber wir haben dennoch genau hingesehen, haben dennoch Bereiche identifiziert, wo wir uns entschieden haben, seitens des Landes Steiermark ergänzende Maßnahmen zu treffen und so haben wir sehr rasch bereits im ersten Lockdown vergangenen Jahres als eines der ersten Bundesländer ein Soforthilfepaket geschnürt. Allein für Wirtschaftshilfen mit 22 Millionen Euro, wo einerseits ein steirischer Härtefallfonds beschlossen wurde, andererseits eine Telearbeitsplatzoffensive, die extrem gut angenommen wurde und damit ist das für mich auch ein Zeichen der Treffsicherheit und die Zinsenzuschüsse, sowohl in Wirtschaft als auch Tourismus, wo ebenfalls viele steirische Unternehmen uns gesagt haben, dass das schnelle Hilfe war, rasche Hilfe war, die auch direkt angekommen ist. Und, ich sage Ihnen, wir stehen alleine mit diesem Soforthilfepaket das das ganze Jahr 2020 aufrecht war, im Bundesländervergleich, sehr gut da. Da brauchen wir den Vergleich nicht scheuen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ein weiteres Paket haben wir auf den Weg gebracht, ein Maßnahmenpaket, wo weitere zwölfteinhalf Millionen Euro an Wirtschaftshilfen vorgesehen waren. Da ging es einerseits um Sonderdotierungen für touristische Investitionen und, ganz wichtig, das Herzstück auch im Ressort von Doris Kampus, die Corona-Arbeitsstiftung, die im Übrigen das Vorbild für die Joboffensive auf Bundesebene war und die uns gerade jetzt in diesen Monaten, in dieser schwierigen Situation am Arbeitsmarkt ein gutes Instrument bietet. Und ich möchte auch noch einmal auf das Gemeindekonjunkturpaket verweisen, weil auch da war die Steiermark rasch und als erstes Bundesland, das hier ergänzend zum Bundespaket, ein eigenes Paket geschnürt hat. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Insgesamt sind seitens des Bundes und des Landes Steiermark seit Beginn der Pandemie in der Steiermark Wirtschaftshilfen und Unterstützungsleistungen von sage und schreibe 2,3 Milliarden Euro geflossen. Wenn man weiß, wie hoch unser Landesbudget ist, nämlich etwa sechs Milliarden Euro, dann kann man sich schon ausmachen, wie viel hier an Unterstützung und Kraft in den letzten Monaten in die steirischen Betriebe geflossen ist. Ich möchte die Gelegenheit jetzt auch einmal nützen, um mich bei meinem Team zu bedanken. Sowohl in der SFG als auch im Wirtschaftsreferat und auch im politischen Büro, denn, geschätzte Abgeordnete, mein Team hat im vergangenen Jahr mit gleicher Personenanzahl

doppelt so viele Förderfälle abgewickelt wie in den Jahren zuvor, oftmals aus dem Homeoffice und das ringt mir Respekt und Dankbarkeit ab. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ebenfalls eine Aufgabe, die ich in den letzten Monaten wahrgenommen habe, war auf Bundesebene permanent darauf hinzuweisen, welche zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen und welche Verbesserungen der bestehenden Maßnahmen es braucht. Herr Klubobmann hat gemeint „Anwältin“ – ich würde lieber sagen „Sprachrohr“ der steirischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Ja, das war ich in den letzten Monaten, das bin ich und das werde ich weiter sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Denn wissen Sie, wir bekommen jeden Tag zahlreiche Anfragen in meinem Ressort und ich versichere Ihnen, mein Team und ich beantworten jede Anfrage, es wird jeder Sachverhalt analysiert, es wird jeder Fall in Wien an der richtigen Stelle vorgebracht oder an der Landesstelle und hier wird keiner unberücksichtigt gelassen.

Jetzt ist es aber an der Zeit für uns, und das wurde schon angesprochen, dass wir auf der Steiermark-Ebene uns vor allem mit einer Konjunkturbelebung engagieren. Das sollten in erster Linie Investitionen sein, mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit und Digitalisierung, aber ganz wichtig auch das Thema Qualifizierung, das Kollegin Doris Kampus verantwortet. Wir haben hier bereits seit dem letzten Sommer in vielen gemeinsamen Arbeitssitzungen mit Industrie, Wirtschaft und Experten ein Paket erarbeitet. Wir haben Verhandlungen mit der Bundes- und Europaebene geführt und wir haben erreicht, dass wir in den nächsten Jahren alleine aus EU-Programmen 200 Millionen Euro für Investitionen in die Steiermark holen können und damit, meine Damen und Herren, werden wir in Summe Investitionen mit einem Gesamtausmaß von einer Milliarde auslösen können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Die Steiermark, das wissen Sie, ist ein starkes Industrieland und es ist ein sehr positives Signal, das ich aus der steirischen Industrie in den letzten Wochen erhalten habe. Es gibt auch eine Umfrage unter der Industriellenvereinigung Steiermark und dort wird erstmals nach langer Zeit die Geschäftslage seitens der steirischen Industrie wieder als positiv beurteilt, auch was die Produktionstätigkeit jetzt und in den nächsten Monaten betrifft und auch den Personalstand. Ein weiterer positiver Index ist der UniCredit Einkaufsmanager-Index. Der liegt das erste Mal seit zwei Jahren wieder auf einem Höchstwert und auch dort hat man Erwartungen an die Produktion wie seit drei Jahren nicht mehr. Das kann uns vorsichtig positiv stimmen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Entscheidend wird natürlich weiter sein, dass wir alle mithelfen die Infektionszahlen niedrig zu halten, die Lockerungen, die – ich sage Gott sei Dank – am 08. Februar für etliche Bereiche der Wirtschaft kommen können – mit denen müssen wir sorgsam umgehen. Wir werden weiterhin sehr stark auf die Hygiene-

Sicherheitsmaßnahmen achten müssen, denn wir werden die Wirtschaftskrise nur dann meistern können, wenn wir die Gesundheitskrise gemeistert haben. Die Wirtschaft, meine Damen und Herren, wird jedenfalls ihren Beitrag leisten. Sie hat es schon getan, es wurden umfassende Sicherheits- und Hygienekonzepte erarbeitet. Die Wirtschaft hilft bei den Testungen mit und die Wirtschaft wird auch bei den Impfungen mithelfen. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an die steirischen Unternehmerinnen und Unternehmer, die Herausragendes geleistet haben in den letzten Monaten. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ich komme nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1: Der Bund hat eine ganze Reihe von Unterstützungsmaßnahmen auf den Weg gebracht und ich habe bereits erläutert, dass seitens der Steiermark immer wieder auf notwendige Ergänzungen und Erweiterungen mit Erfolg hingewiesen wurde. Ich möchte nur einmal aufzählen, welche Wirtschaftshilfen es derzeit auf Bundesebene gibt, weil ich glaube, dass der Umfang vielen hier gar nicht geläufig ist. Das sind nämlich: Der Härtefallfonds des Bundes, der Fixkostenzuschuss 1 und 2, der COVID-Start-up-Hilfsfonds, der Veranstalterschutzschirm, Kreditgarantien, der Lockdown-Umsatzersatz, ein Verlustersatz, die Corona-Kurzarbeit und auch die COVID-19-Investitionsprämie. Hier angesprochen in der Frage, ja, am 17. Jänner hat das Finanzministerium angekündigt, dass auch ein weiterer Ausfallsbonus in Vorbereitung ist. Diese Maßnahme wurde, wie alle anderen Maßnahmen, auch seitens meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überprüft. Und wissen Sie, was wir gerade in den letzten Wochen trotz dieser umfangreichen Maßnahmen als eines der Hauptprobleme ausgemacht haben? Das Hauptproblem für viele, vor allem für größere Betriebe, war diese europarechtliche Deckelung von 800.000 Euro, wo das Beihilfenrecht bisher gesagt hat, dass nicht mehr erlaubt ist. Wir haben hier an der Seite der Bundesregierung auch in Brüssel immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen und ich bin sehr froh, dass dies in den letzten Tagen nun gelungen ist und die Obergrenze beim Fixkostenzuschuss von 800.000 auf 1,8 Millionen Euro mehr als verdoppelt wird und die Obergrenze beim Verlustersatz von drei Millionen auf zehn Millionen Euro gelungen ist. Also eine Verdreifachung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das ist deswegen so wichtig, weil damit im Jahr 2021 auch jene Unternehmen nun weiterhin eine Unterstützung haben können, die bisher an diese beihilfenrechtliche Grenze gestoßen sind und eben auch viele große Unternehmen, für die diese Ersatzhöhe einfach nicht ausreichend war. Darüber hinaus haben wir uns angesehen, dass wir gemeinsam mit den anderen Bundesländern eben keine Doppelförderungen machen möchten. Ich darf noch einmal auf die 2,3 Milliarden Euro

verweisen, die bereits in die Steiermark fließen, sodass wir zum aktuellen Zeitpunkt zu einer ergänzenden Maßnahme dieses Ausfallbonus absehen werden.

Zu den Fragen 2 bis 4: Seit Beginn der Pandemie, ich habe es schon ausgeführt, sind permanent zahlreiche Anfragen an mich und mein Team herangetragen worden, die wir alle geprüft haben und die wir auch auf die Bundesebene weiterleitet haben. Insbesondere Erweiterungen beim Härtefallfonds des Bundes als auch beim Fixkostenzuschuss konnten uns dadurch gelingen. Ich möchte Ihnen exemplarisch jetzt einige Erweiterungen und Verbesserungen nennen, die wir erreicht haben. Beim Härtefallfonds des Bundes beispielsweise wurde die ursprünglich vorgesehene Ober- und Untergrenze des Einkommens weggelassen; Mehrfachversicherungen sowie Nebenverdienste – das war ein großes Problem in vielen Fällen – gelten nunmehr nicht als Ausschlussgrund für den Härtefallfonds; Verbesserungen für Neugründer und für Jungunternehmer sind vorgenommen worden; auch Verbesserungen bei den Berechnungsmöglichkeiten für Betriebsübergaben oder auch die Erweiterung des Betrachtungszeitraums. Warum sage ich das so genau? Weil das für unseren steirischen Härtefallfonds ausschlaggebend war, dass der Bund hier immer wieder, auch auf unser Drängen, Nachbesserungen gemacht hat. Beim Fixkostenzuschuss beispielsweise ist es gelungen, dass wir die Mindesthöhe des Umsatzausfalls von 40 % auf 30 % senken konnten. Ganz eine wichtige Maßnahme. Es ist ebenfalls gelungen, dass beispielsweise rechnerische Umsatzrückgänge, die durch Sondereffekte sozusagen gefehlt haben, nun mittels Planungsrechnung beantragt werden können. Es ist auch hier gelungen, eine Verlängerung der Betrachtungszeiträume zu erreichen und der Begriff der Fixkosten wurde erweitert, auch das eine Thema, was sehr oft an uns herangetragen wurde. Zum Beispiel, dass die AFA (die Absetzung für Abnutzung) oder Leasingraten anfangs nicht geltend gemacht werden konnten, jetzt aber sehr wohl. Sehr hilfreich war auch die Einführung einer Pauschalierungsmöglichkeit für die Ermittlung der Fixkosten von kleinen Unternehmen und, meine Damen und Herren, vieles, vieles mehr das jetzt den Rahmen sprengen würde.

Zu den Fragen 5 und 6: Diese detaillierte Analyse und dieses permanente Pochen beim Bund auf Verbesserungen beim Härtefallfonds, bei Fixkostenzuschüssen und den anderen Maßnahmen hat dazu geführt, dass wir vor allem einige wenige Bereiche ausgemacht haben, wo Bundesmaßnahmen nicht greifen. Das ist beispielsweise eine unternehmerische Tätigkeit, die auf Grund der geringen Einkommenshöhe nicht der Pflichtversicherung unterliegt oder unter Mitversicherung beim Ehepartner ausgeübt wurde, ohne dass eine eigene Sozialversicherung bestand. Das wurde beim Härtefallfonds des Bundes nicht anerkannt. Genau für diese Fälle haben wir ergänzend den steirischen Härtefallfonds zum Einsatz

gebracht. Die derzeit vorliegenden Anwendungsfälle sind nunmehr aber durch den Bund abgedeckt und damit wurde der Härtefallfonds für 2021 nicht mehr verlängert. Es liegen im Übrigen hier auch keine entsprechenden Anträge mehr vor. Insgesamt muss man sagen, dass nunmehr durch all die Erweiterungen und Verbesserungen ein wirklich umfassendes Unterstützungspaket des Bundes vorliegt, sodass wir uns massiv darauf konzentrieren, die steirischen Unternehmen, wenn Sie so wollen, weiterhin als Sprachrohr in Wien vertreten und ihnen hilfreich zur Seite stehen, wenn es darum geht, bei den Bundesstellen und bei den Bundesmaßnahmen zum Zug zu kommen. Und wir werden uns jetzt, und haben damit schon begonnen, auf konjunkturbelebende Maßnahmen konzentrieren, die nun in den nächsten Wochen noch mehr an Fahrt aufnehmen werden. Im Übrigen auch das, was die Bundesländer Oberösterreich und Niederösterreich machen und auch da sage ich, da bin ich ganz beim Kollegen Lang, die haben ein schönes Paket geschnürt und verkauft, auch wir haben ein schönes Paket geschnürt, aber vielleicht noch zu wenig verkauft. Aber das werde ich heute nutzen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu den Fragen 7 bis 9: Herr Klubobmann, du hast es schon angeführt, welche Bereiche sind am stärksten betroffen? Nun, naheliegenderweise all jene, die durch den Lockdown eingeschränkt sind. Das war und ist auch noch der Handel, die Veranstaltungsbranche, die Hotellerie, die Reise- und Freizeitwirtschaft, die Gastronomie oder auch die körpernahen Dienstleistungen, aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass sowohl oder ebenfalls die Industrie beeinträchtigt ist. Weil durch die bestehenden Reisebeschränkungen es vielfach nicht möglich ist, neue Aufträge in unserer international vernetzten Wirtschaft zu generieren oder auch beispielsweise Montagemöglichkeiten auf der ganzen Welt durchzuführen. Das heißt, hier bräuchten wir dringend Verbesserungen und Lockerungen bzw. ein vermindertes Infektionsgeschehen. Ich habe es schon angesprochen, wir haben seit dem Sommer ein umfassendes Konjunkturpaket ausgearbeitet. 29 Millionen Euro stehen allein für das heurige Jahr seitens der Europäischen Union zur Verfügung. Wie schon ausgeführt, wird dieser Betrag in den nächsten Jahren auf 200 Millionen Euro steigen, der ko-finanziert wird und wir werden damit eine Investitionssumme von einer Milliarde auslösen können. Ich möchte Ihnen nur die sechs wichtigsten Punkte heute präsentieren, unseren Sechs-Punkteplan für die steirische Wirtschaft: Das erste und sicher eines der wesentlichsten Instrumente ist eine Investitionsoffensive für Wirtschaft und Tourismus. Sie wissen, dass die Investitionsprämie des Bundes sehr gut angenommen wurde, dass diese aber auslaufen wird. Wir haben uns daher entschlossen, dass wir seitens der steirischen Wirtschaftsförderung SFG, beginnend mit 01. März, einen Corona-Bonus einführen und damit für Investitionen in den steirischen

Unternehmen die Förderquoten entsprechend bis zu 20 % erhöhen, um diesen Wegfall der Bundesinvestitionsprämie zu kompensieren. Erfreulicherweise haben wir jetzt schon in der SFG 79 Investitionsprojekte mit einer Gesamtinvestitionssumme von fast 140 Millionen Euro bearbeitet. Weitere 29 Projekte mit 122 Millionen Euro und auch 109 Arbeitsplätzen befinden sich ebenfalls in Betreuung. Positiverweise werden auch im Tourismus Investitionen getätigt und wurden auch in den letzten Monaten der Krise getätigt. Das ist ein starkes Signal. Dort haben wir derzeit schon 78 Förderfälle zur Bearbeitung, 75 Millionen Euro Investitionssumme und wir gehen für das Jahr 2021 von 150 weiteren Projekten aus. Das heißt, dass selbst in dieser Phase das grüne Herz Österreichs schlagkräftig pochen kann, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Punkt 2 unseres Konjunkturplans, eine Offensive im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Ein starker Fokus auf grüne Technologien. Wir werden hier unternehmerische Investitionen besonders fördern, die im Bereich erneuerbarer Energien oder auch Abwärmenutzung von Industrieanlagen, Biomasse, Energieeinsparung usw. vornehmen, weil ich glaube, das ist eine win-win Situation. Einerseits für die Betriebe, die diese Maßnahmen setzen, die damit zukunftsfähiger aufgestellt sind, sich Energie einsparen, auf der anderen Seite die ganze Green-Tech Wirtschaft in der Steiermark, die extrem gut aufgestellt ist, die dadurch zu neuen Aufträgen kommen wird. Und wir überlegen auch eine eigene Förderschiene im Bereich thermische Sanierung im gemeinnützigen Wohnbau, um auch damit die Green-Tech Unternehmen in der Steiermark zu unterstützen und gleichzeitig den positiven Effekt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit auslösen zu können. Dritter Punkt, ein ganz wesentlicher Punkt auch für die steirische Industrie. Wir sind dabei, eine Export Offensive für die steirischen Unternehmen zu organisieren. Sie wissen, dass gerade die letzten Monate im grenzüberschreitenden Warenverkehr, aber auch im Personenverkehr eine große Einschränkung waren. Das ICS, das Internationalisierungszentrum Steiermark ist hier den Unternehmen großartig zur Seite gestanden. Wir werden das auch in den nächsten Monaten brauchen. Das wird daher ein Schwerpunkt sein. Es geht hier darum, dass wir beispielsweise neue Lieferketten aufstellen müssen. Es geht darum, dass wir in dem Bereich noch stärker digitalisieren und es geht vielfach auch darum, dass wir die Pendlerinnen und Pendler, die aus anderen Ländern in die Steiermark kommen, dass wir hier einen gangbaren Weg für die Betriebe finden. Punkt vier, ich glaube ein Punkt, der gerade auch für die Gemeinden große Relevanz hat, ist die Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Stärkung der Ortskerne. Ich bin ja sehr froh, dass als einer der wenigen positiven Effekte der Corona-Pandemie diese Renaissance der regionalen Wirtschaft, der örtlichen Betriebe, der Nahversorger war. Und daher habe ich mich dazu

entschlossen, ein ressortübergreifendes Programm, und ich bin hier schon mit den Kolleginnen und Kollegen im Gespräch, zum Thema der Ortskernbelebung zu starten. Ein Teil in meinem Ressort wird eine verbesserte Nahversorgerförderung sein, die mit 01. April in Kraft treten wird und wir werden gerade auch im Bereich der Digitalisierung von Klein- und Mittelbetrieben – denken wir an den ganzen Online-Handel – hier viele Initiativen setzen. Der fünfte Punkt unseres Pakets ist eine Gründungs- und Start-up-Initiative, unter dem Titel „Start-up-Mark“ – also Steiermark start-up mark – wollen wir die Kräfte bündeln, um neben den klassischen Unternehmensgründungen, die sehr gut funktionieren, vor allem den Themenbereich der innovativen Start-ups noch weiter zu befeuern. Wir haben hier mit den Universitäten, den Fachhochschulen, den Kompetenzzentren so viel Potenzial und ich bin davon überzeugt, dass wir hier mit den entsprechenden Maßnahmen dieses Potenzial noch weiter heben werden können. Wir sind auch dabei in diesem Zusammenhang, selbst als Investoren tätig zu werden, in dem wir neue Infrastruktur in dem Bereich schaffen. Es werden derzeit, und ich glaube ich habe es im Haus schon ausgeführt, neue Impulszentren an den Universitäten, aber auch an der Fachhochschule in Kapfenberg oder auch beispielsweise in Niklasdorf errichtet und wir haben vor, noch zwei bis drei zusätzliche derartige Impulszentren in der Steiermark in den nächsten Jahren auf den Weg zu bringen. Allein durch diese Direktinvestitionen werden wir eine Gesamtinvestitionssumme von 100 Millionen Euro auslösen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Zu guter Letzt der sechste Punkt unseres Plans. Es ist eine Digitalisierungsoffensive und hier haben wir – wir gemeinsam schon – in den vergangenen Monaten mit der „Spidi“ und der entsprechenden Finanzierung vieles auf den Weg gebracht. Und der Glasfaserausbau in den steirischen Gemeinden ist ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftshilfe, weil beim Ausbau vor Ort regelmäßig die heimischen Unternehmen zum Zug kommen. Ganz großer Punkt in dem Bereich wird auch die digitale Transformation unserer Unternehmen sein. Hier ist es uns gelungen, gemeinsam mit dem Bundesland Kärnten – wir haben die Entscheidung erst vor wenigen Tagen bekommen – einen „Digital-Innovation-Hub“ in die Steiermark zu holen, der seitens des Bundes, seitens der FFG ausgeschrieben war und der ab 01. April seine Arbeit aufnehmen wird. Er wird Ansprechperson sein für die steirischen Klein- und Mittelbetriebe, denn während die Großen sich mit dem Thema Digitalisierung und den Chancen schon gut beschäftigen, wird es uns damit gelingen, bei diesem Thema noch mehr in die Breite zu kommen und auch den kleinen und mittleren Unternehmen die Perspektiven besser aufzuzeigen. Ich bin davon überzeugt, dass das ein Turbo für die Digitalisierung in der Steiermark sein wird. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu den Fragen 10 und 11: Ja, es gibt zwei Bereiche, die in den nächsten Monaten sicherlich unsere besondere Aufmerksamkeit brauchen. Das eine ist der Handel. Der Handel war schon vor Beginn der Corona-Krise unter Druck durch den Internet-, durch den Online-Handel und Corona, hat dieses Thema sicherlich noch einmal stärker befeuert und ich bin überzeugt, dass der Online-Handel in Zukunft ein zweites Standbein sein wird und auch sein muss. Wir haben auch gesehen, dass jene Unternehmen, die schon frühzeitig auf Onlineshops gesetzt haben, besser durch die Krise gekommen sind als jene, die das bisher nicht getan haben. Also, es ist für uns ein Gebot der Stunde und da werden wir sehr große Anstrengungen unternehmen, damit hier die steirischen Betriebe fit gemacht werden. Wir haben hier entsprechende Förderungen für die Betriebe. Wir haben bereits schon in den letzten Monaten eine Förderaktion auf den Weg gebracht, mit der wir digitale und auch regionale Online-Handelsplattformen unterstützen, um hier mit den steirischen Betrieben vorwärtszukommen. Der zweite Bereich neben dem Handel ist sicherlich der Bereich Tourismus, insbesondere die Gastronomie. Wir sehen es leider auch, Frau Kollegin, bei den Arbeitslosenzahlen, dass sehr viele, die neu dazugekommen sind, jetzt aus dem Tourismus, aus der Gastronomie dazugekommen sind. Das heißt, wir werden hier ein besonderes Augenmerk darauflegen. Nicht nur das AMS gemeinsam mit Karl-Heinz Snobe und den Stiftungen, sondern ich bin dabei gemeinsam auch mit Ministerin Köstinger hier an Zukunftsperspektiven zu arbeiten. Ich persönlich fordere auf Bundesebene schon seit einiger Zeit ein, dass wir beispielsweise ein eigenes Dorfwirte-Programm brauchen. Das ist ein Bereich, der mir schon vor Corona Sorgen gemacht hat und der jetzt natürlich zusätzlich unter Druck kommt. Und wir werden natürlich, und das ist schon fertig ausgearbeitet, mit der STG, der Steirischen Tourismusgesellschaft, entsprechende Marketing-Kampagnen sofort, wenn es wieder möglich ist und losgeht, starten, um so wie im letzten Sommer auch im heurigen Jahr wieder zahlreiche Urlauber in die Steiermark zu bekommen. Wir waren ja nur eines von drei Bundesländern, das im letzten Sommer ein Nächtigungsplus geschafft hat. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu den Fragen 12 bis 14: Ja, selbstverständlich würde ich mir als Wirtschaftslandesrätin wünschen, habe ich auch in der letzten Sitzung schon gesagt, dass wir ehestmöglich zu Lockerungen kommen. Ich habe mich auch dafür eingesetzt, im Übrigen auch für die Öffnung des Handels und der persönlichen Dienstleister mit 08. Februar und ich bin wirklich erleichtert und sehr froh, dass das gelungen ist. Ich persönlich denke, dass überall dort, wo das Tragen von FFP2-Masken und das Einhalten der 2-Meter-Abstandregel möglich ist, auch eine Öffnung möglich sein sollte. Bei allen übrigen Bereichen werden wir weiterhin davon abhängen, wie sich die Infektionszahlen entwickeln oder ob sogenanntes Freitesten möglich

ist. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen, seitens der steirischen Wirtschaft gibt es eine sehr, sehr hohe Kooperationsbereitschaft hier mitzuhelfen bei den Sicherheitsmaßnahmen, bei den Testungen, aber ich kann Ihnen auch berichten, dass wir derzeit gemeinsam mit IV und Wirtschaftskammer eine Abfrage bei allen steirischen Unternehmen ab 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen, wer als Impfstelle zur Verfügung stehen könnte. Und wie gesagt, die steirische Wirtschaft greift uns gerne und mit großer Bereitschaft in den nächsten Monaten unter die Arme.

Zu guter Letzt Frage 15: In Ergänzung zu den von der Bundesregierung erarbeiteten Unterstützungsmaßnahmen wurden seitens meines Ressorts Maßnahmen in einem Umfang von etwa 35 Millionen Euro genehmigt. Das hat sich wie folgt aufgliedert:

- Die Bezuschussung der Kreditzinsen durch die SFG. Da haben wir 895 Projekte genehmigt, Kreditvolumen 571 Millionen Euro, Förderungsvolumen 13,8 Millionen Euro.
- Förderung Telearbeitsplatzoffensive der SFG gemeinsam mit der Arbeiterkammer Steiermark. 815 Förderungsprojekte mit Investitionen mit insgesamt 9,9 Millionen Euro Gesamtförderung mit der wurden 4.090 Telearbeitsplätze geschaffen.
- Die Förderaktion „Familienfreundlich“, die nach wie vor abrufbar ist. Das ist jene Förderung für Betriebe bis 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dort konnten wir von März bis Dezember weitere 1.300 Telearbeitsplätze in 423 Projekten fördern. Gesamtkosten 4,2 Millionen Euro.
- Steirischer Härtefallfonds – wurde schon angesprochen. 28 Anfragen, fünf Anträge eingereicht und unterstützt mit 10.500 Euro. Ich habe vorhin ausgeführt, warum diese Fallzahl vergleichsweise niedrig ist. Ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin.
- Eine Maßnahme war auch die Verdoppelung der steirischen Winterbauoffensive. Hier haben wir 2,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und konnten hier Bauprojekte und die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen vorsehen. 44 Projekte sind bereits genehmigt, sieben weitere sind Reserveprojekte.
- Kreditkostenzuschüsse im Bereich Tourismus, 457 Fälle zur Überbrückungsfinanzierung. Rund 58 Millionen Kreditvolumen, 2,3 Millionen an Zuschüssen dafür bereits vollständig ausbezahlt.
- Zu guter Letzt Investitionsförderung im Tourismus. Mit der sechs Millionen Euro Sonderdotation haben wir ein Investitionsvolumen von 98 Millionen Euro ausgelöst. 105 Förderfälle abgewickelt, weitere 41 sind in Vorbereitung.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Auch, wenn die nächsten Monate herausfordernd sind, die steirische Wirtschaft steht auf einem sehr guten Fundament. Ich bin davon überzeugt, dass die steirische Wirtschaft diese Krise gut meistern wird. Helfen wir zusammen und schauen wir mit Zuversicht in die Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.27 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Landesrätin. Die vielen Maßnahmen sprengen sogar deine Redezeit. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage.

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (12.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, werte Landesrätinnen, liebe Steirerinnen und Steirer!

In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist es uns gelungen die weltweite Armut immer mehr zurückzudrängen, doch die Corona-Krise und die damit einhergehenden Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft haben unseren Wirtschaftsmotor weltweit zum Stocken gebracht. Erstmals seit Jahrzehnten sehen wir daher, dass die extreme Armut wieder steigt und damit ist klar, die Pandemie, die kostet nicht nur Arbeitsplätze, nicht nur Jobs, sondern sie bringt auch Elend und Armut wieder zurück. In Österreich, da haben wir heute schon gehört, kostet jede Woche weiter Lockdown 1,1 Milliarden Euro. Das ist eine Woche, in der weitere Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Existenzgrundlage verlieren. Eine weitere Woche, in der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen verlieren. Und heute muss man, meiner Meinung, doch leider feststellen, dass das große Ziel, das am Anfang sehr oft aufgerufen wurde, nämlich schnell und unbürokratisch zu helfen, dass das nicht wirklich gelungen ist. Denn am Anfang, da haben die Auszahlungszeiträume einfach viel zu lang gedauert. Wenn wir mit Unternehmerinnen und Unternehmern reden, dann hören wir sehr oft, wie kräftezehrend, wie anstrengend es war, überhaupt an Förderung zu kommen. Auch dahingehend, weil wir wissen, dass die Förderungen und Hilfen nicht über das Finanzamt ausbezahlt wurden. Was mich aber in den letzten Tagen sehr stark überrascht habe, als ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern gesprochen habe, war, dass ich immer davon ausgegangen bin, dass alle Unternehmerinnen und Unternehmer alle Förderungen und Hilfen angesucht hätten, die ihnen zustehen. Und nach längeren Gesprächen hat man doch sehr direkt rausgehört, dass das viele nicht getan haben. Die Gründe dafür sind verschieden. Zum einen, weil teilweise Förderungen gar nicht bekannt waren, weil sie es nicht gewusst haben und zum

anderen, weil vor allem für Einzel- oder Kleinstunternehmen sehr oft auch der Aufwand mit dem im Einklang stand, was sie da rausbekommen. Und weil es ja doch für viele, die nur wenig Budget zur Verfügung gehabt haben, doch ein Aufwand war, sich einen Steuerberater zu nehmen und hier noch einmal zu investieren und dann hoffentlich was rauskommt, was ja von Anfang an nicht klar ist. Und das zeigt alles sehr deutlich, dass man es zum einen nicht geschafft hat, wirklich alles gerade heraus zu kommunizieren und zum anderen nicht sofort unbürokratisch zu helfen. Ich glaube jetzt braucht es vor allem eine bessere Unterstützung für die Unternehmerinnen und Unternehmer, vor allem für die Kleinstbetriebe und vor allem für die Einzelbetriebe, dass die auch, die es noch nicht getan haben, zum Steuerberater gehen können, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich keine Beratungskosten leisten können, um sich ein Konzept erstellen zu lassen, wie man aus der Krise rauskommt, wie sie für neue Arbeitsplätze nach der Pandemie sorgen, auch sich Hilfe von Externen suchen können. Und deswegen halte ich die Idee, die im Raum schwirrt, von Beratungsgutscheinen, die Unternehmerinnen und Unternehmer dann einlösen können bei Steuerberatern oder bei externen Beratungsunternehmen, für eine sehr gute Idee. Meiner Meinung nach sollte die Kosten dafür die Wirtschaftskammer übernehmen. Denn die Wirtschaftskammer, das wissen wir, hat in der Steiermark über 100 Millionen Euro Rücklagen. 100 Millionen Euro, die Unternehmerinnen und Unternehmer in den letzten Jahren einbezahlt haben. Jetzt sind wir mitten der größten wirtschaftlichen Krise der Zweiten Republik und ich frage mich schon, wenn wir nicht jetzt diese Rücklagen angreifen. Wenn die Wirtschaftskammer sie nicht jetzt ausgibt, wann will sie sie dann ausgeben? Weil schlimmer als jetzt kann es hoffentlich nicht mehr werden und ich glaube deswegen, dass wir eben auch mit der Wirtschaftskammer Gespräche führen sollten und dass sie so einen Beratungsgutschein für Unternehmerinnen und Unternehmer auch anbietet. Und, was mir im Zuge der Recherchen auch aufgefallen ist, dass man mit der Steirischen Wirtschaftskammer redete, dass sie auch am Corona-Infopoint auch alle Förderungen des Landes auflistet. Also alle Hilfen, die das Land Steiermark zur Verfügung stellt. Es gibt die SFG, die stellt alle Förderungen vom Land Steiermark, aber auch vom Bund sehr schön dar auf ihrer Homepage, aber der Corona-Infopoint von der Wirtschaftskammer, der zeigt leider nur die Hilfen des Bundes und nicht des Landes. Und da kann man definitiv nachbessern. Natürlich, was man noch braucht, ist jetzt mehr Unterstützung vom Bund und Land. Wir haben heute schon gehört, und das freut mich zu hören, dass da noch etwas geplant ist seitens des Landes, denn wir waren am Anfang ja recht rasch dabei, das erste Paket zu schnüren und dann im zweiten und dritten Lockdown jetzt nichts angekündigt, daher ist es sehr erfrischend zu hören, dass etwas angekündigt wird. Was

man meiner Meinung auch nicht vergessen darf, ist, dass sehr viele Förderungen, die bis jetzt existiert habe, wie z. B. auch im Sport- und Kulturbereich, aber auch die Telearbeitsoffensive, ausgelaufen sind. Ausgelaufen entweder, weil das Budget voll ausgeschöpft wurde oder weil der Zeitraum einfach mit 31.12. angegeben war. Nur nach dem 31.12., auch noch heute sind wir mitten im Lockdown und mit 31.12. Hilfen und Förderungen auslaufen zu lassen, das geht an der Lockdown-Realität vorbei. Das geht an der Lebensrealität der Steirerinnen und Steirer vorbei und daher müssen wir diese Fristen weiter nach vorne ziehen bzw. ganz wegtun, damit auch jetzt die Steirerinnen und Steirer ansuchen können. Was aber meiner Meinung auch sehr wichtig ist, ist, dass wir vor allem uns auch anschauen, wie wir langfristig neue Jobs schaffen können. Der Schlüssel dorthin ist definitiv auch Wachstum. Wachstum durch ein Konjunkturpaket, und da hoffe ich, dass es vorgelegt wird, dass die Steiermark auch vorantreibt. Aber zum anderen auch durch ein Paket, um neue Anreize zu schaffen, Jobs aufzustellen. Wir wissen ja, dass sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer vor allem durch die Krise gekommen sind, in dem sie Stundungen beantragt haben oder in dem sie Kredite aufgenommen haben. Und daher wissen wir leider auch, dass, wenn diese Pandemie endet, sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer, Unternehmen, damit beschäftigt sein werden, diese Stundungen und Kredite zurückzuzahlen. Und wir wissen auch, dass schon vor der Pandemie Österreich ein Hochsteuerland war und dass die Unternehmerinnen und Unternehmer jeden Euro eigentlich mehrmals umdrehen mussten, bevor sie entschieden haben, ob sie jemanden Neuen einstellen oder nicht. Ich glaube, dass man genau da ansetzen muss, dass wir endlich in Österreich Reformen angehen müssen, die wir schon lange hinauszögern – den Fakt der Arbeit entlasten, die Lohnnebenkosten senken und, und das halte ich für den sinnvollsten Weg aus der Krise heraus, um neue Jobs zu schaffen, eine Einstellungsförderung in Österreich etablieren. So, wie es Frankreich oder Schweden z. B. machen. Dass man Unternehmerinnen und Unternehmer, die Jobs schaffen wollen, auch unter die Arme greift, in dem man sie bei den Kosten entlastet. In Österreich könnte man das z. B. machen, indem Unternehmerinnen und Unternehmer, die Personen einstellen, die schon sechs Monate keinen Job mehr haben, die Hälfte ihrer Sozialbeiträge übernimmt seitens des Staates. Das wäre eine sinnvolle Möglichkeit, wie man wieder Jobs schaffen könnte, zusätzlich zum Konjunkturprogramm, das ich sehnsüchtig seitens des Landes erwarte, sage ich ganz offen und ehrlich. Also, die Schritte aus der Krise sind Konjunkturprogrammwachstum und vor allem neue Jobs schaffen, indem wir die Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich endlich entlasten.

Ein weiterer Punkt, den ich noch einbringen möchte ist, dass wir auch irgendwann einmal evaluieren müssen, waren die Förderungen, die wir ausgeschüttet haben, überhaupt sinnvoll. Und es gibt da von sehr vielen Wissenschaftlern und Forscher derzeit auch die Bitte, dass man ihnen Zugang zu den Daten gewährt. Natürlich anonymisiert, den Datenschutzbestimmungen entsprechend richtiggemacht, aber, dass wir auch auf Forscherinnen und Forscher hören können, auf die Wissenschaftlerinnen, ob die Förderungen sinnvoll waren, um auch in der Zukunft daraus zu lernen, wenn wir wieder im Falle einer Krise sind, was wir tun können, damit das effektiv ist. Ich glaube, dass wir da unsere Daten sowohl den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen sollten, damit die Steirerinnen und Steirer auch sehen, welche Förderungen angekommen sind, aber zum einen auch den Forscherinnen und Forschern.

Ich möchte daher folgende Anträge einbringen: Der erste: „Ausgelaufene Corona-Hilfsmaßnahmen verlängern“.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, angesichts des andauernden Lockdowns und der damit verbundenen Einschränkungen alle bereits ausgelaufenen oder ausgeschöpften Corona-Hilfsmaßnahmen zumindest bis zum Ende des aktuellen, sowie weiterer Lockdowns in diesem Jahr zu verlängern und die dafür notwendigen zusätzlichen Mittel bereitzustellen.

Zweiter Antrag: „Volle Transparenz bei Corona-Hilfsmaßnahmen“

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Wahrung aller datenschutzrechtlichen Vorgaben Wissenschaftler_innen Zugang zu allen vorhandenen Daten über steirische Corona-Hilfsgelder zu ermöglichen.

Dritter Antrag: „Beratungskosten für steirische Unternehmer_innen übernehmen“

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass steirische KMU und EPU die Kosten für Beratungsleistungen zur Ermittlung ihrer Zukunftsaussichten sowie die Kosten für Beratungsleistungen zur ordnungsgemäßen Beantragung bestehender Corona-Hilfsmaßnahmen rasch von der Wirtschaftskammer Steiermark ersetzt bekommen.

Vierter Antrag: „Jetzt das Fundament für den Aufschwung schaffen“

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen, die Lohnnebenkosten spürbar zu senken, heranzutreten.

Fünfter Antrag: „Zeit für eine steirische Joboffensive“

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine Einstellungsförderung geschaffen wird. Dabei soll bis Ende des Jahres 2021 die Hälfte der Sozialbeiträge bei einer Neueinstellung von Personen, die seit mindestens sechs Monaten arbeitslos sind, vom Staat übernommen werden.

Das sind unsere fünf Anträge, fünf Vorschläge daraus, wie man wieder mehr Jobs und Wachstum in der Steiermark schaffen kann. Wichtig ist, glaube ich, aber jetzt vor allem, dass wir alle an einem Strang ziehen und dafür kämpfen, dass in der Steiermark nach der Krise schnellstmöglichst wieder Wachstum herrscht. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 12.37 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (12.38 Uhr): Dankeschön, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landesrätin!

Ich sage einmal Danke für die lange Beantwortung. Ich sage jetzt nicht, dass ich es mit Goethe halte und sage „Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Nein, das tue ich nicht, weil ich mich sehr gerne positiv überraschen lassen würde. Und ich habe nur noch eine Zusatzfrage, sie sei mir gestattet, auch wenn es in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist. Du hast vom Steirischen Härtefallfonds berichtet, der mit 750.000 Euro, soweit ich jetzt das richtig habe, dotiert wurde und hast das also als positives Beispiel dargestellt. Jetzt, mit Verlaub, frage ich schon, war das ernst gemeint oder ist dir nicht bewusst oder klar, dass von diesem Härtefallfonds aus deiner eigenen Anfragebeantwortung ablesend, 48/1, aus Dezember, 4.500 Euro abgeholt worden sind? *(Landesrätin MMag. Eibinger Miedl: „Es sind mittlerweile mehr und ich habe es als Beispiel dafür genannt, was wir beim Bund erreicht haben.“)* Nein, ich sage es nur dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb auch meine kritische Anmerkung. Wir können hier viele Zahlen transportieren. Du hast gesagt, andere haben es besser verkauft. Ihr habt es weniger gut verkauft. Es hilft nicht den Unternehmern und nicht den Arbeitern in unserem Land, wenn wir uns jetzt darüber streiten, was ist besser verkauft worden oder schlechter. Faktum ist, von diesem Steirischen Härtefallfonds, dotiert mit 750.000 Euro, sind bis Mitte Dezember 4.500 Euro abgeholt worden und mit 31.12.2020 ist diese Förderung eingestellt worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das sind die Fakten und das sind auch die

Themen, über die wir heute hier reden wollen und nicht nur kritisieren (*Beifall bei der FPÖ*), sondern einfach auch noch einmal darauf aufmerksam machen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es natürlich Veränderungen brauchen wird. Es freut mich sehr, liebe Barbara, dass du eines aber gleich wie wir siehst, nämlich, dass wir konjunkturbelebende Maßnahmen brauchen.

Ich darf deshalb gleich einmal vorweg unseren Entschließungsantrag einbringen, der genau in diese Richtung geht, nämlich die Ausarbeitung eines Steiermarkplans zur Konjunkturbelebung in der Steiermark.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, nach dem Vorbild des Landes Oberösterreich einen „Steiermark-Plan“ auszuarbeiten, welcher konkrete, zukünftige Investitionsvorhaben des Landes Steiermark beinhaltet und damit Impulse zur Belebung der heimischen Wirtschaft setzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, das ist ein konkreter Vorschlag und ja, vielleicht ist es auch so, dass das besser transportiert worden ist – aber, ich sehe guten Transport nicht nur immer schlecht. Also das ist nicht immer nur billige Werbung, sondern das ist genau Hoffnung, Mut und Planbarkeit für die Wirtschaft, die wir heute brauchen. Ich habe auch bei der Wortmeldung von Niko Swatek gesehen, da ist immer der Kopf geschüttelt worden oder nicht immer, bei sehr vielen Teilen Kopf geschüttelt worden bei der ÖVP. Meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, der Wirtschaftspartei! Ich habe da überhaupt keinen Grund gesehen, den Kopf zu schütteln, so wie es jetzt gerade Abgeordnete Pichler-Jessenko tut, sondern ich sehe (*LTA* Mag. Pichler-Jessenko: „*Ich habe nicht den Kopf geschüttelt eben.*“) hier auch berechtigte Anliegen und Sorgen und ja, ich glaube, es würde uns guttun, auch einmal mit der Bevölkerung noch ein bisschen mehr in Kontakt zu kommen, mit den Wirtschaftstreibenden, mit denen, die wirklich auch unter dieser Situation leben, dann würden wir uns das „Kopfbeutel“ vielleicht dort und da ersparen und würden uns konstruktiv hier in die Debatte einbringen. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ – 12.41 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Doris Kampus. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (12.41 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kollegin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich melde mich aus zweierlei Gründen zu Wort. Ich möchte Ihnen ganz aktuell aus meinem Ressort als für den Arbeitsmarkt Zuständige berichten. Möchte mich bei dir, liebe Barbara, für die wirklich hervorragende Zusammenarbeit bedanken. Ich möchte Ihnen aktuelle Zahlen zur Corona-Stiftung geben und möchte vor allem eines tun, das ist mir ein Riesenanliegen und ich möchte beim Herrn Klubobmann Kunasek anschließen. Wir haben jetzt sehr viele Zahlen, Daten, Fakten gehört. Das ist richtig und das ist wichtig. So kann man auch gut diskutieren. Wir reden sehr viel über Vergleiche. Sie kennen meine Haltung dazu. Es gibt fast keinen Vergleich, der nicht hinkt, aber ich bin von einem überzeugt: Die Steiermark braucht sich – ob es jetzt der Verkauf ist, weiß ich nicht – ganz sicher nicht in der Umsetzung verstecken. Wir waren die Ersten, die die Corona-Stiftung ins Leben gerufen haben. Und wissen Sie, warum ich mich vor allem zu Wort melde? Ich möchte diesen Zahlen, Daten und Fakten ein Gesicht geben. Wir haben im Moment 130.000 Menschen in der Steiermark, die arbeitslos oder in Kurzarbeit sind. Das sind 130.000 Schicksale. Und ich möchte diesen Aspekt da einfließen lassen und diesen Menschen Zuversicht geben, aber auch die Sicherheit, dass wir nicht auf sie vergessen werden. Das ist mir persönlich ganz, ganz, ganz wichtig. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und deswegen Zahlen, Daten und Fakten, das ist wichtig und die Wirtschaftskrise, die Sozialkrise, ich sage es ungern, aber die hat gerade erst angefangen. Wir hoffen, dass die Gesundheitskrise bald vorüber ist. In der Sozialkrise, in der Krise am Arbeitsmarkt, im Wirtschaftsbereich müssen wir uns darauf einstellen, dass das heurige Jahr mindestens noch ein sehr, sehr hartes werden wird. Und wissen Sie was? Claudia Klimt-Weithaler hat heute so treffend gesagt, von unserer Betroffenheit oder von unseren Reden da können sich die Menschen nichts kaufen. Das stimmt, Claudia. Aber wir tun nicht nur reden. Wir lassen den Worten auch Taten folgen in der Steiermark und das ist mir auch wichtig, das einmal zu sagen. Wir tun auch in dieser Regierung und wir tun sehr viel. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ich nenne als Beispiel, wie gesagt, Barbara Eibinger-Miedl hat so profund schon die Maßnahmen aus dem Wirtschaftsressort aufgeführt. Und ich teile die Einschätzung all jener, die sagen, da kann und muss man noch besser werden. Ja, selbstverständlich. Wir können und müssen immer besser werden, auch das sind wir den 130.000 Menschen schuldig. Die Zuversicht, die Hoffnung, aber auch, dass wir in ihrer Verantwortung stehen. Wir alle hier stehen den Steirerinnen und Steirern in der Verantwortung, dass wir sie in der Krise nicht im Stich lassen werden. Und ich darf noch einmal erzählen, was wir schon getan haben, nicht um mich auf diesen sozusagen Lorbeeren oder Taten auszuruhen, sondern um den Menschen

zu sagen, was schon passiert ist in der Steiermark. Ich halte das auch für wichtig, dass die Menschen die Information haben. Wir haben in der Corona-Stiftung bereits 11 Millionen Euro von den 20 Millionen Euro in Projekte gegeben. Da sind die AMS-Gelder noch nicht dabei. Das ist Säule 1 unserer Corona-Stiftung.

Da wurde Herr Klubobmann Kunasek im Dezember ja ein bisschen kritisch hinterfragt. Ich sage das mit meinen Worten. Warum tut ihr das? Warum stockt ihr bestehende Maßnahmen auf? Warum helft ihr Menschen, die schon so lange arbeitslos sind? Ich möchte es noch einmal sagen. Weil sie sonst überhaupt keine Chance hätten. Wir haben Menschen, die jetzt einen Job verloren haben und wir haben Menschen, die schon länger arbeitslos sind. Und es hat Minister Kocher, den wir übrigens am Donnerstag empfangen dürfen in der Steiermark zu einem Termin beim Herrn Landeshauptmann, wo wir dabei sein werden zum Thema Arbeitsmarkt und Wirtschaft, selber auch gesagt, wenn wir diesen Menschen jetzt nicht unter die Arme greifen, die werden nie mehr einen Job finden. Und auch da eine Geschichte von mir, wie wahrscheinlich jeder sie erzählen könnte. Mein Vater wurde mit knapp über 50 freigesetzt in der Glasfabrik, Glashütten, wie es bei uns heißt, gell Erwin. Der Papa hat nie mehr einen Job bekommen und der Papa hat sich nie mehr „erfangen“ in seinem Leben. Ich weiß, was die Geißel der Arbeitslosigkeit bedeutet. Das wissen viele da herinnen. Und darum dürfen wir es nicht nur bei den Zahlen, Daten und Fakten belassen. Wir müssen die Schicksale dieser Menschen sehen, und diesen Menschen sind wir im Wort.

Deswegen schnüren wir gerade mit dem AMS-Steiermark Säule 2 der Corona-Stiftung. Säule 2 der Corona-Stiftung werden die Regionalstiftungen sein. Und auch da, gemeinsam mit der Wirtschaftslandesrätin, das sind nicht die Stiftungen, die wir kennen, oder nur zu einem Teil, wie die Insolvenzstiftung bei der ATB, die übrigens sehr gut läuft. Ich sage jetzt, leider, weil wir uns gewünscht hätten, wir hätten überhaupt keine Stiftung bei der ATB und wir hätten weiter den Betrieb. Aber die Regionalstiftungen heißen, dass erstmalig in den Regionen wirklich KMU's aufgefangen werden können. Wir kennen Magna-Stiftungen und Co, das heißt Corona-Stiftung 2, Säule 2 mit dem AMS, werden die neuen Regionalstiftungen sein. Auch da werde ich Sie wieder umfassend informieren. Botschaft von mir: Wir reden nicht nur, wir fühlen nicht nur mit den Menschen, auch das ist wichtig, sondern wir tun auch in dieser Regierung. Wir haben getan die letzten Monate, wir waren die ersten mit einer Corona-Stiftung, wie gesagt, der Bund setzt auch Maßnahmen, die sind gut und richtig, wir werden auch mit dem neuen Minister in einem guten Austausch sein und wir planen gerade die Regionalstiftungen Steiermark. Das Volumen, das geplant ist, ist 8-10 Millionen Euro und auch da hoffen wir, dass wir wieder Tausende von Steirer_Innen auffangen können. Ich nenne

nur als ein Beispiel auch, ich glaube, noch einmal an die Claudia oder an die Sandra Krautwaschl, ich kann mich nicht erinnern, weil zu Recht gesagt wurde bei der Dringlichen 1: „Bitteschön, macht etwas im Pflegebereich, beim Personal.“ Richtig, wichtig. Wir haben tausend Menschen in der Pflegestiftung in der Steiermark schon ausgebildet, eintausend in den letzten Monaten und wir stocken gerade wieder auf. All das ist die Corona-Stiftung Steiermark und all das ist das, was diese Steiermärkische Landesregierung tut und ich bin Optimistin und bleibe es auch –hoffentlich immer mit Ihnen allen gemeinsam. Dankeschön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP 12.48 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, geschätzte Frau Landesrätin. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stefan Hermann. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (12.49 Uhr): Danke, sehr geschätzte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Es ist vorher von Ihnen beiden, meine geschätzten Damen Landesrätinnen, über den Verkauf der Corona-Maßnahmen auch gesprochen worden und Sie haben sich die Frage gestellt „Haben Sie das gut verkauft?“. Meiner Meinung nach haben Sie das hervorragend verkauft. Ich habe da immer ein wenig das Gefühl, das ist so ein Gebrauchtwagenhändler, der das Auto aufpoliert, damit es gut aussieht, obwohl der Motor kurz vorm Abkratzen ist. Und alle Hilfsmaßnahmen, die gesetzt wurden, in Ehren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und auch die Corona-Stiftung ist ja eine positive Sache – und auch diese langfristigen Projekte, die bereits laufen, damit unterstützt werden, sind eine gute Sache. Ich unterschreibe alles, was sie da gesagt haben. Meine Kritik, oder unsere Kritik geht dahin, dass man das als Corona-Soforthilfe verkauft hat, um akut Arbeitslosen zu helfen und von diesen Geldern auf diese akut Betroffenen nur wenig Mittel entfallen. Und das Gleiche ist bei dem Härtefallfonds, bei den Coronamaßnahmen, diesem Hilfspaket, wo man insgesamt von 168 Millionen, egal, wie man es dreht, oder wendet, lediglich 37 Millionen, also 22 %, auch ausgeschüttet hat. Und ich habe keine einzige Presseerklärung von Ihnen gelesen, wo Sie der Bevölkerung mitteilen: „Von diesen 168 Millionen Coronahilfe ist uns ein Großteil übriggeblieben. Wir haben nur 37 Millionen ausbezahlt.“ Warum nicht? Weil es offensichtlich da und dort auch um Bundesländervergleiche geht, weil – ich kann mich schon noch erinnern, wie Sie diese Corona-Hilfspakete verkauft haben, haben Sie sich damit gebrüstet im Bundesländerranking ganz weit vorn zu sein. Das sei schon an Kritik gestattet, dieser Etikettenschwindel, der hier

passiert. Und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns im 3. Lockdown jetzt seit über einem Monat, in Wirklichkeit seit Ewigkeiten in einem Dauerlockdown. Und wir haben über Zahlen geredet, und über Infiziertenzahlen in der Früh, und dass die nicht vergleichbar wären, aber zumindest die Zahlen, die das Land Steiermark jeden Tag ausschickt, sollte man als Mitglied des Hauses doch glauben und für voll nehmen. So hat die Kommunikationsabteilung des Landes gestern ausgeschickt, dass 140 Neuinfizierte gemeldet wurden bei 1,2 Millionen Einwohnern in der Steiermark. Und, dass wir zurzeit 2.200 aktiv infizierte Covid-Patienten in der Steiermark haben. Das sind 0,18 % der Bevölkerung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und die Intensivkapazitäten sind bundesweit zu einem Drittel belegt, und zwar jene Intensivbetten, die für Coronapatienten reserviert sind, und der Normalbetrieb rund zu einem Viertel. Wir sind sogar im Stande noch Coronapatienten aus Portugal aufzunehmen. Das heißt, von einem Kollaps des Gesundheitssystems sind wir weit entfernt. Und nur dieser Kollaps würde diese Maßnahmen, die ja noch immer gelten, rechtfertigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Was wir aber erleben, ist ein Kollaps des Wirtschaftssystems. Wenn der Handelsverband sagt, dass eine Woche Lockdown ein Umsatzminus von einer Milliarde bedeutet. Wenn man hört, dass laut WIFO die Tourismuseinnahmen um 14 Milliarden einbrechen. Hotellerie und Gastro mit 8 Milliarden betroffen sind. Und wirtschaftlich am Jahresende wir ein Defizit von 7,8 % hatten – deshalb sind die Unternehmer endlich auf die Barrikaden gestiegen. Harald Mahrer hat davon gesprochen, dass jede Woche Lockdown 1,7 Milliarden Euro kostet, Herk und zahlreiche Unternehmer aus der Steiermark richteten Appelle an die Regierer, um diesen Lockdown zu beenden. Es gibt über 20 Studien übrigens bis zum heutigen Tag, die belegen, dass der Lockdown im Frühjahr beispielsweise wenig bis kaum zur Senkung des Infektionsgeschehens beigetragen hat. Und die WHO sagt zu all dem, dass ein Lockdown nur dann verhängt werden soll, als letztes Mittel, um einen Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern und davon sind wir weit entfernt. *(Beifall bei der FPÖ)*

So, jetzt haben wir erste lockere Öffnungsschritte, weil wieder einmal etwas passiert ist, was ja immer passiert. Die Pressekonferenz wurde zwei Stunden verschoben, ganz Österreich blickt gespannt auf die Handys, auf die Fernseher, und wartet auf den „heiligen Sebastian“, dass er von der Kanzel herab predigt, um Dinge zu verkünden, die eh schon einen Tag vorher in der Zeitung „Heute“ zu lesen waren, aber darum geht es ja nicht. Und es sind viele Fragen offengeblieben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man eröffnet zwar die körpernahen Dienstleister wieder – ja, mit Tests. Jetzt fragen sich viele Friseurbeispielsweise, ich habe schon zahlreiche Nachrichten erhalten: „Ja, wie soll das denn ablaufen? Kontrolliere ich dann,

wie funktioniert das?“ (*LTA*bg. *Fartek*: „Zettel habe ich mit, ganz einfach, Testergebnis habe ich mit.“) Und auch der Handel, meine sehr geehrten Damen und Herren – (*LTA*bg. *Fartek*: „Zettel habe ich mit, Testergebnis.“) und den kontrolliert dann der Friseur? Okay. Und auch der Handel. Seien Sie nicht so nervös, melden Sie sich zu Wort, bitte, melden Sie sich zu Wort, (*Allgemeine Unruhe* – *LTA*bg. *Fartek*: „Ganz einfach, einen Zettel habe ich mit, den zeige ich vor!“) Ich sage Ihnen auch etwas, was ganz einfach ist und was ganz sicher ist. Wenn der Handel wieder aufsperrt am Montag, werden wieder Bilder, selbstverständlich, von Schlangen vor Geschäften in den Medien sichtbar sein, weil eben nur 20 m² pro Kunde vorgesehen sind. Und dann werden es Sie sein, meine Damen und Herren von der ÖVP, das gebe ich Ihnen jetzt auch schriftlich, die dann auch davon sprechen, wie furchtbar unvorsichtig die Leute sind, und gibt man den Menschen Freiheit, dann nutzen sie diese entsprechend aus und sorgen dafür, dass das Infektionsgeschehen (*KO LTA*bg. *Riener*: „Beim Testen stellen sie sich ja auch an!“) vorangetrieben wird. Und bleiben Sie doch einfach ruhig und bei der Sache, denn wir alle wissen, dass 60 % der Infektionen, 60 % der Infektionen und der Ansteckungen im privaten Bereich passieren. Und warum passiert das im privaten Bereich? Weil es dort eben einerseits keine Regeln und Kontrollen gibt – zum Glück keine Kontrollen, das hätten Sie wahrscheinlich ja auch gern – und auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, dort auch kein gesellschaftlicher Druck vorherrscht. Und gerade Gastro und Tourismus haben bewiesen im letzten Jahr, als sie offen sein durften, dass es zahlreiche funktionierende Sicherheitskonzepte gibt. Sie besitzen alle Instrumente für eine sichere Öffnung. Und was es braucht, ist eine nüchterne Betrachtung der Zahlen und eine Abwägung der Auswirkungen miteinander. In der Steiermark 0,18 % Infizierte gestern, 0,18 % der Bevölkerung und 55.630 gemeldete Arbeitslose. 0,18 % Infizierte in der Steiermark und gesperrte Kindergärten. 0,18 % Infizierte in der Steiermark, (*LTA*bg. *Eisel-Eiselsberg*: „Welcher Kindergarten ist gesperrt?“) und Vereinsamung der älteren Bevölkerung. 0,18 % Infizierte in der Steiermark und Zwangstestungen an Schulen. 0,18 % Infizierte in der Steiermark und der komplette Stillstand des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. (*Beifall bei der FPÖ*)

Es braucht ein Umdenken – ein Umdenken, eine rasche Rückkehr zu einem möglichst normalen Leben und einer größtmöglichen Öffnung bei größtmöglicher Sicherheit. Ich darf daher folgenden Antrag einbringen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, umgehend alle notwendigen Maßnahmen und Schritte zu setzen, um allen

Wirtschafts- und Tourismusbetrieben, inklusive der Gastronomie eine sofortige, geordnete und sichere Öffnung zu ermöglichen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 12.56 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Werner Murgg. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (12.57 Uhr): Entschuldigung, dass ich das Signal übersehen habe.

Liebe Präsidentin, geschätzte Landesrätinnen!

Ich darf eigentlich dort anschließen, wo Kollege Hermann aufgehört hat. Ich werde mich dann ja heute anlässlich unserer Dringlichen Anfrage zum Impfen noch ein bisschen auch mit diesen Zahlen beschäftigen, denn ich glaube, da geht es nicht um Zahlenrabulistik und dass man Birnen mit Äpfel vergleichen will, es geht einfach darum, dass man sich doch nüchtern einige Fakten anschaut und die auch abwägt. Aber jetzt zu dem, was ich zu diesem Tagesordnungspunkt eigentlich kurz sagen will. Der Sündenfall der Bundesregierung – obwohl sie im März, und ich habe es hier gesagt, fast alles richtiggemacht hat – war eigentlich schon der Beginn der Maßnahmen. Denn ganz am Anfang ist was passiert? Es ist passiert, dass das Pandemie- und Epidemiegesetz gekündigt wurde. Da steht nämlich drinnen, wenn die Regierung Maßnahmen ergreift, aus diesen und jenen Gründen, die zu Schäden führen, müssen diese Schäden ersetzt werden. Und das ist sofort außer Kraft gesetzt worden. Das ist ungefähr so, wie wenn ich eine Blitzschutzversicherung, wenn bei mir der Blitz einschlägt, und in der Sekunde ruft die Versicherung an und sagt: „Herr Murgg, ihre Versicherung haben wir jetzt gekündigt.“ Also das sollte man, wenn man über diese Hilfsmaßnahmen etc. spricht, nicht vergessen. Wir waren vorige Woche, Claudia und ich und ein Kollege, bei der Wirtschaftskammer. Zu mehr oder weniger regelmäßigen und unregelmäßigen Abständen holen wir uns da auch die Meinung ein, und diesmal hat es natürlich genau gepasst, weil ich einmal wissen wollte, wie es mit diesen Hilfgeldern und Fonds eigentlich aussieht. Und die Damen – nein, Damen waren gar keine – die Herren der Wirtschaftskammer haben gemeint, der Härtefonds, den die steirische WKÖ verwaltet, funktioniert eigentlich ganz gut. Da sind in Wahrheit die Mittel, die ausgeschüttet werden können, abgeholt worden. Aber da kriegt man natürlich auch nur 2.000 Euro im Monat, und wenn das aus ist, dann kriegt man noch einmal, ich glaube 5.400, wenn ich aufgepasst habe, Wiederaufsperrprämie. Aber wo es nicht gut

funktioniert, wo die Wirtschaftskammer Rückmeldungen hat, ist bei Fonds, die der Bund ausschüttet – teilweise, auch nicht überall und die große Sorge, die besteht, ist, dass, wenn diese gesamten Stundungen der Kredite, der Gemeindeabgaben, der Zinsen, der Steuern, wenn diese Stundungen auslaufen, dass die Wirtschaftskammer große Probleme vor allem auf die kleinen- und mittelständischen Unternehmen zukommen sieht und die Wirtschaftskammer eigentlich meint, man müsste diese Stundungen noch weit über Jahre hinausstrecken, um hier eine Pleitewelle zu verhindern. Also trotz aller Maßnahmen, ich sage das nur deswegen, die die Landesregierung gesetzt hat und noch weiter setzen wird, ist die Lage bei weitem nicht so rosig, wie manche vielleicht meinen.

Und zu den Gemeinden sage ich auch noch ein Wort. Präsident Dirnberger wird es besser wissen als ich – alles schön und gut mit diesen 50 % zur Investition und dann doppelt die Landesregierung noch einmal 25 % drauf. Aber viele Gemeinden können diese Projekte ja überhaupt nicht darstellen. Die haben davon nichts, weil sie das Geld nicht haben, dass irgendein Großprojekt finanziert wird, wo dann also ein Zuschuss käme, weil sie eben in den vergangenen Jahren nicht diese Gelder bekommen haben über den Finanzausgleich, die sie bekommen hätten müssen und weil man ihnen Aufgaben aufgebürdet hat, die eigentlich bei den Gemeinden nichts verloren haben – ich rede nur vom Passwesen, zum Beispiel. Aber da könnten wir stundenlang reden.

So, jetzt zu diesen Öffnungsschritten. Ich werde dann zu diesen Zahlen, etc. und zu den Infektionen bei meiner zweiten Wortmeldung noch etwas sagen. Im März 2020 war vieles richtig, eigentlich fast alles, weil wir überhaupt nicht gewusst haben, was da auf uns zukommt – wie ansteckend das ist, wie die Letalität ist etc. Aber in der Zwischenzeit hat man Erfahrungen gesammelt. Und wenn ich mir diese Maßnahmen anschau, die jetzt gesetzt wurden – eigentlich eh schon mit ein paar Monaten Ausnahme im Sommer, fast ein Jahr lang –, dann sehe ich hier nicht zu tolerierende Ungerechtigkeiten.

Wenn ich am Samstag in einen Supermarkt gehe, wo einer auf den anderen draufsteigt, so voll ist das, und die Leute schleppen einen Fernseher bei einem Lebensmittelgeschäft hinaus, und Unterhosen und Spielekonsolen, und gleichzeitig muss mein kleiner Händler, der am Tag vielleicht fünf oder sechs Kundinnen und Kunden hat, zusperren, dann ist das nicht einzusehen. (*Beifall bei der KPÖ und FPÖ*) Und ich verstehe, dass den Leuten das bis daher geht. Oder, wenn ich höre, vor zwei, drei Wochen, ja, jetzt werden die Grenzen zu Tschechien und der Slowakei geschlossen. Da werden wir ganz scharf durchgreifen. Kontrollen. Und im Beipacktext lese ich dann, ja, aber da gibt es Ausnahmen: Für den Güterverkehr und für die Pendler. Jetzt wissen wir aber, dass 80 % dieses Grenzverkehrs der Güterverkehr und die

Pendler sind. Ich glaube, es ist noch mehr, weil wer fährt denn jetzt von Tschechien nach Österreich, wenn eh alles zu ist. Fährt eh keiner her.

Jetzt kommt die Regierung drauf mit einer monatelangen Verspätung, dass man auch hier sozusagen Testungen machen muss, auch in Verbindung mit den Betrieben. Magna ist da vorbildlich, kann man ruhig sagen, die haben viele Arbeitskräfte aus Slowenien, Tagespendler, testet Magna selber, AT&S macht in Leoben im Übrigen etwas Ähnliches, aber ich wollte nur sagen, da hat die Regierung eigentlich ziemlich viel verschlafen. Oder das Schifahren. Sie kennen die Bilder, ich brauche das nicht alles erzählen, wie es an manchen Liftstationen ausschaut, und ein Freund von mir, der gerne Tennis spielt, der sagt, ich darf eigentlich in einer riesigen Halle zu viert dort nicht Tennis spielen. Das sind Dinge, die begreift niemand. Das ist Willkür. Nur, damit man irgendetwas macht, und den Leuten doch, glaube ich, mit dem erhobenen Zeigefinger oder mit der Rute, damit man versucht eben, die Leute in die richtige Richtung zu bringen. Und jetzt höre ich heute, oder gestern haben wir es gehört, dürfen die körpernahen Dienstleistungen aufsperrn. Ist eh gut, ich habe mich heute schon angemeldet, ja, es steht schon alles. Am 10. bin ich dran, nicht, da passt es genau, weil am 09. werden wir getestet, jetzt kriegen wir einen Stempel vom Roten Kreuz, dann brauche ich nicht extra zu einem Tester gehen. Also, ich kann Sie beruhigen, gut, jetzt schweife ich ab. Nein, ich wollte eigentlich zu den körpernahen Dienstleistungen sagen: Ist gut, dass die aufsperrn. Die Frau Landesrätin hat heute gesagt, Sie sind auch für Öffnungsschritte, mit Sicherheitsmaßnahmen, wo man den 2-Meter-Abstand einhalten kann. Ja, beim Friseur kann ich ihn nicht einhalten. Aber in einer Gastronomie könnte ich ihn einhalten. Ich sehe nicht ein, die haben Sicherheitskonzepte seit einem Monat, seit zwei, seit drei Monaten ausgearbeitet. Oder in den Hotels, ja, ich übernachtete ja nicht mit dem Kollegen Hermann in einem Zimmer oder mit der Frau Präsidentin Khom. Ich übernachtete mit meiner Familie oder alleine. *(Beifall bei der KPÖ und FPÖ – allgemeine Belustigung)*

Also ich verstehe nicht, das sind undurchdachte Maßnahmen. Jetzt mache ich mir um die Weitzer-Hotels wenig Sorgen, aber um viele kleine Hoteliers und Betreiber und Betreiberinnen von Pensionen mache ich mir Sorgen. Und dasselbe trifft auf die Theater zu. Ich werde dann noch schnell einen Entschließungsantrag einbringen. Ich muss sagen, ich bin da eigentlich letztlich beim Kollegen Hackher, dem Wiener sozialdemokratischen Gesundheitsstadtrat, der, ich glaube, fast wörtlich gesagt hat, liebe Leute, auf Dauer werden wir uns nicht in Höhlen eingraben können. Was wir brauchen, ist testen – da verstehe ich die FPÖ nicht. Wir werden eurem Antrag zustimmen, aber ihr habt da beim Tagesordnungspunkt 6 einen Antrag, keine Testungen, kein Testzwang. Ja, das brauchen wir.

Testen werden wir brauchen. Wir brauchen diese Masken, die hätten wir (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Aber nicht bei 6-jährigen Kindern!“*) schon vor einem halben Jahr gebraucht. Und nicht die Schirme, wo jeder gewusst hat, dass das nichts bringt. Wir brauchen Abstandsregeln. Wir brauchen Handhygiene. Das haben wir alles. Und wenn man da ordentliche Konzepte macht, dann kann man, glaube ich, auch gezielt öffnen. (*Beifall bei der KPÖ*) Und ich denke vor allem an die Gastronomie, Sie haben heute die Arbeitslosen angesprochen und das Beispiel ihres Vaters erzählt. Ich kenne auch viele Leute – mein Vater war, Gott sei Dank, muss ich sagen, nie arbeitslos, aber in unserer Partei kenne ich genug –, die schwere Schicksale erlitten haben, und ich verstehe das. Aber wenn ich mir jetzt die Beschäftigten in der Gastro anschau, die nicht am obersten Ende der Gehaltspyramide sind, die auf die Trinkgelder angewiesen sind und die jetzt 80 % oder noch mehr weniger Gehalt haben, schon monatelang, dann tut mir eigentlich das Herz weh.

Und deswegen möchte ich jetzt, weil es auch, ich sagte es bereits, um die Kultur geht, und weil ich glaube, dass man hier ohne Weiteres mit Abstandsregeln das gleich behandeln könnte wie eine körpernahe Dienstleistung, stelle ich folgenden Entschließungsantrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um analog zur Öffnung im Handels- und Dienstleistungsbereich auch eine schrittweise Öffnung der Kultureinrichtungen unter Einhaltung von Sicherheitskonzepten zu ermöglichen, um eine Pleitewelle und den Verlust von Arbeitsplätzen in der Kulturwirtschaft zu verhindern. Danke. (*Beifall bei der KPÖ – 13.08 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Abgeordneter Murgg. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bernadette Kerschler. Bitte, Frau Abgeordnete!

LTabg. Mag. Kerschler – SPÖ (13.08 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, danke den Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

63.155 Arbeit suchende Menschen in der Steiermark und dazu noch einmal so viele Menschen in Kurzarbeit in der Steiermark. Wie Sie sich denken können, werde ich ein paar Worte zum Arbeitsmarkt verlieren, naturgemäß, weil ich ja auch in diesem Bereich noch immer tätig bin. Obwohl Abgeordnete, obwohl Betriebsratsvorsitzende ist es mir ein großes Anliegen auch noch direkt in diesem Bereich zu arbeiten. Die beiden Landesrätinnen haben sehr, sehr viele Maßnahmen schon genannt und auch, was die Maßnahmen für die Menschen bedeuten. Die Corona-Stiftung wird immer wieder genannt, die im 2. Maßnahmenpaket der

Landesregierung sehr schnell eingesetzt wurde. Sie wird so locker „Corona-Stiftung“ genannt. Es sind aber mehrere Modelle, und aus meiner Erfahrung in der direkten Arbeit sind alle Modelle, die eingesetzt werden, direkt an Menschen wirksam, die von der Corona-Pandemie betroffen sind.

Weil das ja auch immer ein Thema ist: Stiftung heißt einerseits Insolvenzstiftung, und ich denke mir, da sind wir froh, wenn noch nicht alles aufgebraucht ist, wenn nicht so viele Firmen in Insolvenz gegangen sind, wenn da noch was übrig ist. Stiftung heißt, Menschen ausbilden für Berufe, die gebraucht werden – z.B. im Pflegebereich, aber auch, wie gestern Karl-Heinz Snobe vom AMS angekündigt hat, im IT-Bereich, im Tourismusbereich. Also in Berufen, die wir brauchen, die zusätzlich konjunkturbelebend gebraucht werden und auch von der anderen Seite, vom Wirtschaftsressort, in Konjunkturpakten jetzt angekurbelt werden und gleichzeitig bilden wir die Menschen dazu aus. Ganz wichtig, so kommt es wieder zusammen. Wir fördern die Unternehmen, wir bilden die Menschen aus dazu. Deshalb auch zu der Wortmeldung, Unternehmen, die Menschen aufnehmen und gleichzeitig werden die Menschen auch ausgebildet, werden sowohl auch jetzt schon gefördert und unterstützt, direkt vom Land und mit Mitteln vom AMS, d.h. auch vom Bund. Was heißt das für die einzelnen Menschen? Das ist auch Wertschätzung, dass wir das anerkennen, dass das schon passiert, dass das mit den Mitteln vom Land schon die ganze Zeit passiert. Wertschätzung gegenüber den Menschen, die sich schon die ganze Zeit in Ausbildung begeben durch unsere Maßnahmenpakete. Denn es ist nicht leicht, sich jetzt einer Ausbildung zu unterziehen, wenn man arbeitssuchend ist. Es ist alles anders, als es vorher war – vor dieser Pandemiesituation war, meist ist es in Distance Learning. Viele dieser arbeitssuchenden Männer und Frauen, es sind sehr viel mehr Frauen betroffen, das haben wir auch gestern bei den neuesten Arbeitsmarktzahlen leider vernehmen müssen, waren es nicht gewohnt, über Distance Learning unterrichtet zu werden, an Aus- und Weiterbildungen teilzunehmen. Sie machen es jetzt. Es haben sich sowohl die Menschen, die arbeitssuchend sind, umstellen müssen, als auch die Ausbildungsinstitute. Haben viel dazugelernt. Natürlich hat es einen positiven Effekt auch, dass man hier viel dazu lernt, aber es ist, wie für uns alle, auch für diese Menschen, die ausgebildet werden und ausbilden, eine sehr, sehr herausfordernde Situation, weil es natürlich zum Großteil auch zuhause stattfindet und nicht in den Einrichtungen und hier die Mehrfachbelastungen dazu kommen, auch, wenn die Ausstattung oft gestellt wird von den Ausbildungsinstituten bzw. vom AMS. Das heißt, insgesamt eine große Wertschätzung gegenüber allen Menschen, die sich jetzt auch hier einer Ausbildung unterziehen, die im Rahmen dieser Stiftungspakete vom Land und vom AMS finanziert werden können. *(Beifall*

bei der SPÖ und ÖVP) Wertschätzung auch gegenüber den Unternehmen, die sich trotz dieser herausfordernden Situation bereit erklären und hier auch mitmachen und Menschen ausbilden, weil sie einfach sehen, es ist notwendig, wir brauchen es und es bringt auch uns weiter, dass wir jetzt gezielt auf unseren Bedarf hin ausbilden und es geht wieder bergauf, und das ist für uns alle ein großer Nutzen. Und wir sehen, das ist das gezielte und so hoffen wir doch alle, dass es langsam, jetzt mit den vorsichtigen Öffnungsschritten, bergauf gehen kann. Also mit dem Zusammenspiel aus Konjunkturbelebungsprogrammen und gezielter Ausbildung, und das wird sehr gut gemacht von den beiden Ressorts im Land, und hier möchte ich mich wirklich jetzt auf die Landesunterstützungen konzentrieren, hoffe ich, dass es langsam bergauf geht, denn die Zahlen sind insgesamt natürlich überhaupt nicht erfreulich, und so können wir hoffen, dass es einen Lichtblick gibt. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.14 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Alexandra Pichler-Jessenko. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (13.15 Uhr): Sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrte Landesrätinnen, sehr geehrte Präsidentinnen, also heute haben wir alles in der Mehrzahl, liebe Kolleginnen, Kollegen, liebe Zuseher, Zuseherinnen am Livestream!

Ich habe die letzte Wortmeldung, natürlich alle Wortmeldungen sehr genau verfolgt, auch die letzte von der Bernadette Kerschler, die sehr positiv das Thema Zusammenhalt, gemeinsam, du hast die Arbeitnehmer und die Unternehmer erwähnt. Ich glaube, vielleicht sollten wir uns auch hier herinnen bemühen, diesen Geist mehr hochzuhalten. Auch ich neige manchmal zu Angriffen, dort wo sie notwendig sind, ich bitte, das Kopfschütteln, Herr Kunasek ist jetzt nicht da, das Kopfschütteln war nicht gegen Herrn Swatek gerichtet, das war gegen eine Aussage gerichtet, dass die Wirtschaftskammer die Förderungen listen sollte. Da haben Franz Fartek und ich gemeint, das sollte man vielleicht wirklich einmal der Wirtschaftskammer sagen. Werner Murgg hat in seiner Wortmeldung, du hast das sicher gut recherchiert, gesagt, es gibt so eine Liste, eine genaue, was das Thema Härtefallfonds und, und, und, anbelangt, auch bei der Wirtschaftskammer, wo man nachschauen kann, also wie gesagt, das Kopfschütteln hat nicht der Wortmeldung gegolten, das möchte ich jetzt hier einmal klarstellen. Das Thema Friseur, Werner, hat mich sehr erheitert. Du weißt, bei dir höre ich immer zu, nicht nur aufgrund des Fachwissens, auch aufgrund deiner pointierten Wortmeldungen. Ich glaube nur, beim Friseur wird das nicht so ein großes Thema sein, man

hat den Zettel, den überreicht man der Friseurin, ich habe lustiger Weise vor einer Stunde eine SMS von meiner Friseurin bekommen mit neuem Termin und mit der Bitte, den Test mitzubringen. Also ich glaube, außerdem gefällt mir dein neuer Look sehr gut, das macht dich irgendwie wilder. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Das Thema Stundungen war, glaube ich, auch in der Murgg-Wortmeldung. Ja, was wir wissen aus unseren Gesprächen jetzt mit der Industrie und auch mit der Wirtschaft, wird natürlich überlegt, diese Stundungen zu verlängern, da gebe ich dir Recht. Es wird nicht getan sein, wenn die jetzt noch eine kurze Zeit quasi gestundet sind und dann fällig gestellt werden, dann werden wir auch ein weiteres Wunder erleben. Die Gemeinden bitte auch, bevor ich zur eigentlichen Wortmeldung komme, muss ich jetzt einmal alles einbringen, was klarzustellen oder anzumerken ist, das Thema mit dem Gemeindepaket. Ich meine, da muss man jetzt bei der Wahrheit schon bleiben. Die Steiermark war das erste Bundesland, das auch so ein großes Paket aufgestellt hat und es ist tatsächlich so, dass diese Anträge bis Jahresende gestellt werden können, auch für kleinere Projekte, und dass die Realisierung dann bis 2024 erst sozusagen über die Bühne gehen muss. Also da erhoffen und erwarten wir uns, auch der Gemeindebund ist hier ja eingebunden, sehr wohl noch einiges an Anträgen und auch sehr wohl, dass diese Förderungen auch abgeholt werden. So, und nun komme ich zur eigentlichen Wortmeldung, zu diesem Thema natürlich auch ein bisschen aus Sicht der großen Unternehmen und der Industrie jetzt beleuchtet. Natürlich auch noch einmal als Wiederholung, ich glaube, dieser Zugang zur Dringlichen, also ich finde es wichtig, hat auch Herr Kunasek gesagt, wir sollen hier diskutieren, wir sind ein Parlament, und ich freue mich immer, wenn ich wichtige Themen mit Ihnen allen diskutieren kann. Aber Ihre Grundhaltung, jetzt speziell der FPÖ zumindest in dieser Dringlichen, scheint mir dann heute schon ein bisschen zu sein „Wer hat noch nicht genug bekommen?“. Und ich glaube, diese Frage, wer hat noch nicht genug oder noch nicht genug viel bekommen, die muss man jetzt ..., sehen wir es jetzt einmal ganz neutral. Ich glaube, dass wir sehr viel an Bundesförderungen bis dato ausgeschüttet haben, in die Steiermark sind 2,3 Milliarden an Wirtschaftsförderungen geflossen *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* – 2,3 Milliarden. Diese Förderungen sind viel, sie sind, gebe ich zu, mit Anfangsschwierigkeiten dann auch bei den Unternehmen angekommen, und sie haben dazu beigetragen, dass sie das Land, ja, durch ein Thema, durch eine Krise, die wir noch nie gehabt haben, wirklich stabilisiert haben. Was jetzt nicht heißt, dass zu Beginn das Ganze hätte schneller gehen können und Österreich hat im Europavergleich Förderungen, die so hoch sind, wie kaum in einem anderen Land. Mir fällt dieser Umsatzzersatz ein. Die Deutschen ziehen dort sehr wohl andere Förderungen ab, wie die Kurzarbeit. Wir haben

diesen Umsatzersatz wirklich als Umsatzersatz gesehen und zusätzlich hat der Gastronom noch andere Förderungen bekommen. Was glauben Sie denn, warum die Gastronomen noch nicht lauter schreien? Ja, aber diese Förderungen, das hat auch Frau Eibinger ..., ich möchte mich nicht wiederholen, es gibt diese Verlängerung auch auf EU-Ebene, nicht nur eine Verlängerung dieser Pauschalhilfen, sondern eine Verdoppelung und beim Fixkostenbeitrag haben wir eine Verdreifachung, bitte, und das bis Jahresende 2021. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ich glaube vielmehr, und da gehe ich jetzt, Herr Swatek ist ja auch nicht da, auch ein bisschen auf die Entschließer ein. Es geht, glaube ich, jetzt mehr um das Thema, welche Zukunft, welches Zukunftsbild erwarten wir uns für die Steiermark. Wo sollen die Initiativen, die der Bund und die wir letztendlich hier setzen, und diese Investitionen hingehen, damit wir das bekommen, was wir von dem Geld wollen, Arbeitsplätze, Unternehmenserweiterungen und auch Gewinne. Ich glaube, das ist das Entscheidende. Stabilisiert haben wir. Wir haben in einer Zeit stabilisiert, wo wirklich etwas völlig Unbekanntes, wenn man sich das vorstellt, ich weiß es nicht, ich habe es mir gestern dann auch wieder einmal vor Augen geführt, ein unbekannter Virus, der alles weltweit lahmlegt. Das ist ja auch nicht so, dass sich das nur bei uns abspielt. Was wir jetzt brauchen, ist neben der Verlängerung der Stundungen – neben dieser Verlängerung, die jetzt passiert – Fixkostenzuschuss, Pauschalhilfen, brauchen wir etwas, was uns in diesem Land nach vorne bringt. Und jetzt bin ich wieder bei der Wirtschaftspolitik der Steiermark. Ich weiß nicht, Oberösterreich ist gefallen. Ich will jetzt keine Bundesländervergleiche strapazieren, es sind beide sehr gut aufgestellte Bundesländer. Sie wissen, einige sind schon sehr lange dabei, dass wir als Steirer, ich bin jetzt zehn Jahre dabei, und bei gewissen Dingen weiß ich, glaube ich, mittlerweile, wovon ich spreche, immer fast neidisch nach Oberösterreich geblickt haben. Wir haben sie um ihre Wirtschaftsunternehmen beneidet, um ihre Universitäten, um viele Kooperationen, aber ich glaube, dass es der Steiermark ausgezeichnet gelungen ist, und da werden Sie mir Recht geben, sowohl in der Forschung und Entwicklung sind wir vorn, vor Oberösterreich, wir haben zwischen 2008, wenn man die Vorkrisenzeit bis 2018, ein Plus von 11,3 % in der Beschäftigung, da sind wir Erster in Österreich. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir haben 2018 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Nichts gegen Oberösterreich, was die Oberösterreicher, ich glaube, Frau Landesrätin hat es vielleicht sympathischer als ich gesagt, die haben das einfach auch marketingtechnisch gut verkauft, diese Agenda, ich weiß nicht, wie sie heißt, oder Steiermarkplan, wenn Herr Kunasek sagt, das hätte er gerne für uns – diese Agenda in Oberösterreich gibt es schon ewig. Die haben das einfach jetzt hingestellt

als das große Corona-Paket. Ja, wie gesagt, Oberösterreich, ein Land, das gut dasteht, aber die Steiermark steht, und so ehrlich müssen wir sein, bei vielen Kennziffern und bei vielen wesentlichen Standortfaktoren auch besser als Oberösterreich da. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Corona-Stiftung, es freut mich, dass Frau Landesrätin Kampus ..., es muss ineinandergreifen, Wertschätzung, Unternehmer, Arbeitnehmer gemeinsam, wir werden es nur gemeinsam schaffen. Best-Practice-Beispiel für die Bundesregierung. Also so schlecht kann es nicht gelaufen sein. Und wenn immer wieder kommt, warum wird denn der Härtefall, der steirische Härtefallfonds nicht ausgenutzt, ja, weil wir 2,3 Milliarden vom Bund bekommen haben und weil die meisten Unternehmen durch diese Gelder bereits stabil, relativ stabil, durch dieses Krisenjahr gekommen sind? Immer wieder die Frage der FPÖ. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Was wir brauchen, und ich war letzte Woche in einer Onlinekonferenz mit der Industriellenvereinigung, ist eine Dynamik in diesem Land, die uns jetzt hilft, ich glaube, es gibt eben den Antrag auch der NEOS, das nennt sich dort „ein Fundament für den Aufschwung“. Wir müssen schauen, dass wir eine Dynamik jetzt entwickeln, die wir ja vorher gehabt haben. Und warum haben wir sie gehabt? Ich glaube, auch das möchte ich jetzt einmal beleuchten, weil die Frau Landesrätin auch da ist. Das Wirtschaftsressort hat gerade auch die letzten Jahre massiv auf zwei wichtige Bereiche gesetzt: Das ist die Digitalisierung und das ist auch das ganze Thema Ökologie. Wenn Sie das Greentech-Cluster zum Beispiel hernehmen. Wir haben wieder eine weitere Förderung, die Investitionsprämie. Die wurde jetzt sogar noch verlängert und bei dieser Investitionsprämie haben wir die Möglichkeit, 14 % als Unternehmen einzureichen, wenn das eine Maßnahme ist, die in die Digitalisierung geht bzw. eine Maßnahme ist, die in die Ökologisierung geht. Und da hat die Steiermark mit Frau Eibinger-Miedl die Weichen natürlich mit den Universitäten, mit der Kooperation mit den Unternehmen, in den letzten Jahren so gestellt, dass wir hier genau diese Unternehmen haben. Ich sage jetzt nur einmal auch die Cluster, Silicon-Alps, dann das Cyber Security, was jetzt erst installiert wurde. Dass wir hier Unternehmen haben, die diese EU- und Bundesförderungen auch abholen können. Und genau das wird unser Land vorwärtsbringen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Diese Zahlen möchte ich noch nennen, weil die sind wirklich hoch. In Summe sind es diese 360 Millionen, davon sind 178 Millionen auf Ökologisierung gefallen, und die anderen 40%-ige Investitionsprämie, 44 Millionen in den Bereich Digitalisierung. Das heißt, die Steiermark hat von diesen 360 Millionen Euro in Summe über die Hälfte in Digitalisierung der steirischen Unternehmen und Ökologisierung gesteckt. Und das sind Zukunftsbereiche. Wachstum – wir haben oft diskutiert, Herr Murgg hört mir heute

nicht zu, über Wachstum. Ist Wachstum immer positiv? Auch mit Sabine Jungwirth, das ist ein positives Wachstum, weil es genau in Bereiche geht, die unser Leben, die Natur, mit der Umwelt auch verändern werden. Also schließt sich auch ein Kreis mit dieser Investitionsprämie, der für mich durchaus positiv zu sehen ist. Was mich jetzt wirklich und ich wollte es mir zuerst überlegen, erspare ich es mir, oder erspare ich es mir nicht. Nur Herr Kunasek hat dann das Wort „sozialer Frieden“ in den Mund genommen. Ich glaube, es war am Ende seiner Wortmeldung, wenn ich mich recht erinnere. Nur, dieser soziale Friede wird nicht, weiß ich nicht, einzuhalten sein bzw. wird empfindlich gestört, wenn sich unter anderem, Sie tun es ja auch, der ehemalige Innenminister dann hinstellt und Maßnahmen und Gesetze in Frage stellt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Nämlich, ja, Herr Royer, Sie lächeln. Nämlich so weit geht, dass er dazu aufruft, das nicht einzuhalten. *(LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Wo denn? Wo und wann hat Herbert Kickl dazu aufgerufen, Gesetze nicht einzuhalten?“)* Wissen Sie was? Es geht hier um nichts weniger, als um Menschenleben. Ich täte auch gern wieder essen gehen, ich täte auch gern wieder in ein Hotel fahren. Vielleicht nicht mit dem Herrn Murgg im Doppelzimmer, aber ich möchte mich auch wieder hinausbegeben. *(LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Wo und wann hat Herbert Kickl dazu aufgerufen Gesetze nicht einzuhalten?“ Hören Sie die Pressekonferenz nach!“)* Herr Hermann, jetzt regen Sie sich auf. *(Zweite Präsidentin Kolar: „Liebe Frau Kollegin, ich bitte dich, zum Schluss zu kommen!“)* Sie tragen keine Masken, Sie schauen Bilder vor sich an vor lauter Aufregung. Es kommt der Schluss, bitte. Wissen Sie was, Herr Hermann, wenn sich dann *(LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das ist unglaublich, sowas!“)*, ja, Sie können noch einmal rauskommen. Wenn sich dann der kleine Mann aus ihren Reihen, der einmal Innenminister war, dem es mittlerweile mit seinem Schulterchluss mit Rechtsextremen *(Zweite Präsidentin Kolar: „Liebe Frau Kollegin, ich muss dich jetzt wirklich auffordern, zum Schluss zu kommen!“)*, wo das Zitat der Kleinen Zeitung, *(LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das ist unglaublich, sowas!“)*, wo der Gottfried Küssel zum Demoende....*(Zweite Präsidentin Kolar: „Liebe Frau Kollegin, du hast deine Redezeit lange überschritten!“)* Nein, das darf ich ja sagen, und wo sich dieser Mensch zum Verteidiger der Meinungsfreiheit aufspielt, das ist lächerlich *(Zweite Präsidentin Kolar: „Liebe Frau Kollegin, Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko!“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.28 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Albert Royer. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Royer – FPÖ (13.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Landesrätinnen, Hoher Landtag!

Ich bin jetzt da als regionaler Abgeordneter, (*Zweite Präsidentin Kolar: „Lieber Herr Abgeordneter Royer, wir warten, bis im Saal jetzt wieder Ruhe einkehrt. Danke. Bitte, Herr Abgeordneter Royer, du bist am Wort!“*)

Das halte ich für sehr gescheit, danke. Ich bin als regionaler Abgeordneter jetzt noch einmal da, weil im Bezirk Liezen wirklich die Arbeitsmarktdaten vom AMS, der Jahresbericht 2020, uns vor einigen Tagen zugestellt wurde. Auf die primitiven Anschüttungen von der Vorrednerin möchte ich jetzt nicht eingehen. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das war die Wahrheit!“*) Frau Landesrätin, liebe Barbara, du hast das angesprochen. Die zentralen Themen, wo wir wirklich die großen Sorgenkinder haben, und auch bei uns im Bezirk überpräsent haben, ist eben der Tourismus und der Handel. Wir wissen alle, wir haben eine ganz starke Tourismusregion in Schladming, wir haben in Liezen eine Handelsstadt, aber natürlich auch in Schladming. Die ganzen Geschäfte sind vergrößert worden, ausgerichtet auf die Kundschaft, auf die Gäste, wir haben wirklich große Probleme. Der Wintertourismus ist tot für die Saison, das wissen wir auch alle miteinander, trauriger Weise. Das schlägt sich auch mittlerweile in den Zahlen im Arbeitsmarkt ganz klar nieder. Wir haben eine Art Dauerlockdown, die Stimmung wird von Woche zu Woche schlechter oben, das ist auch kein Geheimnis. Viele Wirte wollen ja arbeiten und nicht nur Geld bekommen als Umsatzerersatz. Sie wollen gerne Wirt sein, sie wollen mit den Leuten arbeiten. Situation nur ganz kurz, weiß ein jeder Bescheid, wir dürfen Ski fahren gehen. Wenn einem beim Schifahren kalt ist, darf man nicht in die Schihütte rein, eine WC-Schihütte kann man auch nicht benutzen, im Endeffekt, wenn du dann noch das Pech hast, dass dir bei der Schibrille das Glas rausfällt, kannst du dir nicht einmal eine Schibrille kaufen, weil ja der Sportartikelhandel auch gesperrt ist. Also alles in allem Zustände, die wir so natürlich nicht haben wollen – schlägt sich aber ganz klar in den Arbeitsmarktdaten nieder. Es ist jetzt der Bericht für 2020 für den Bezirk Liezen, starke Steigerungen, ganz starke Steigerungen der Arbeitslosenzahlen, trauriger Weise, sind sie rasant gestiegen um 51,6 % oder 2.737 Personen. Der Höchststand war zu Ostern mit 4.760 Personen, die arbeitslos gemeldet worden sind, wir haben sehr, sehr viele Betriebe, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen, das sind 1.100 Betriebe im Bezirk Liezen, davon sind 10.252 Beschäftigte betroffen. Der Rückgang der Beschäftigten insgesamt ist auch stark spürbar bei mir im Bezirk. Im Jahresschnitt 2020 sind 1.153 Personen weniger erwerbstätig, als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit zieht sich trauriger Weise wirklich durch alle Altersgruppen. Das kann man auch feststellen. Bei den Jungen, 15 bis 24 Jahre, hat die

Arbeitslosigkeit um 53,6 % oder 117 Personen zugenommen, das sind 334 Personen, aber beim Haupterwerbsalter 25- bis 50 Jahre, bei mir im Bezirk, gibt es ein Plus trauriger Weise von 55,1 % oder 531 Personen auf 1.495 Personen insgesamt. Und auch die Gruppe 50+ ist natürlich schwer betroffen. Da gibt es einen Zuwachs von 45,6 % mehr Arbeitslosen, 284 Personen mehr auf 908 Personen insgesamt. Und auch die Situation der Langzeitarbeitslosen hat einen starken Anstieg zu verzeichnen, im Jahr 2020 insgesamt um 43,9 % mehr. Darüber hinaus möchte ich auch noch sagen, weil die Frau Soziallandesrätin auch da ist, kann ich zum Teil bestätigen, was vorhin gesagt worden ist. Ich habe ein Gespräch mit meinem Pfarrer in Gröbming geführt, die Pfarrgemeinde hat am Montag und am Donnerstag jeweils eine Lebensmittelausgabe, und obwohl wir an und für sich – eine „reiche Gegend“ ist übertrieben – an und für sich gut aufgestellt waren die letzten Jahre, vor allem über den Tourismus, ist eine extreme Zunahme für Leute da, die da Montag und Donnerstag zur Pfarrgemeinde kommen und sich gratis Lebensmittel abholen. Also ich finde diese Entwicklung schon extrem bedenklich. Ich bin froh, dass die Pfarrgemeinde das in der Weise macht, aber es ist schon ein extremes Alarmzeichen. Daher komme ich zum Schluss und meine Schlussfolgerung aus dem ganzen Desaster, möchte ich fast sagen, was wir da im Arbeitsbereich haben mittlerweile bei mir im Bezirk, kann die Schlussfolgerung aus meiner Sicht ja nur sein, den Lockdown sofort beenden, die Gastronomie bitte sofort aufsperrn und dafür die Altersheime besser schützen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 13.34 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Kollege Royer. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Alexander Pinter. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Mag. Pinter – Grüne (13.34 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätinnen, sehr geehrter Hoher Landtag und werte Steirerinnen und Steirer!

Ja, Arbeitslosigkeit und Pleitewelle haben auch die Kulturszene erfasst, wie heute schon gesagt wurde. Und ich freue mich ja immer, wenn eine Initiative auch in Richtung Kultur und Kulturbetriebe und auch vor allem der Kulturschaffenden geht. Allerdings, was ich ein bisschen vermisse, ist die inhaltliche Qualität an dieser Stelle und ich möchte auch bemerken, dass Kultur momentan in der EU nirgends stattfindet. Wir gehen da wirklich schon einen sehr mutigen Weg, indem wir bereits nächste Woche einen eingeschränkten Kulturbetrieb über die Museen wieder ermöglichen und weil besonders auch die kleinen Veranstalterinnen und Veranstalter zur Sprache gekommen sind, da ich ja selber Kulturschaffender bin, möchte ich

dann nur ganz kurz auch einen Einblick dazu geben. Das ist kein Knopf, den man drücken kann, und dann ist das Kulturleben wieder da. Es ist jetzt so, dass viele Kulturschaffende sich in einen Status der Produktion, des Schaffensprozesses begeben haben, die sind vielleicht gerade im Studio oder in Proben, und die können nicht von heute auf morgen sofort wieder in die Livetätigkeit übergehen. Genauso planen die kleinen Veranstalter oft im Halbjahres- oder auch Jahrestakt. Und diese Programme kann man auch nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Das braucht Vorlaufprozesse, das braucht Bewerbung, das braucht einfach eine gewisse Phase der Vorbereitung. Das geht nicht von heute auf morgen. Und ein bisschen möchte ich auf diese Analogien auch eingehen, weil beim Handel ist es ja so passiert, dass man sagt, okay, Handel und Museen, das kann man vergleichen. Wenn ich zum Ikea gehe, ist es jetzt auch nicht so ein großer Unterschied, als wenn ich in ein Museum gehe. Und welche Szenarien sind denn vergleichbar? Gastronomie und Kulturbetrieb in kleinen Kulturstätten, bei Konzerten, da sind z.B. viele Menschen in kleine Räume gepresst. Und das ist vergleichbar. Und das kann man auch gemeinsam in die Umsetzung bringen. Gleich, wie es bei Museen und Handel ist, und ich möchte schon daran erinnern, wir haben im Handel eine 20m²-Regel, und das ist auch sinnvoll. Wir brauchen diesen Abstand. Nehmen wir jetzt ein typisches Vereinslokal her. Das hat vielleicht 200 m², wenn ich da jetzt mit einem Quintett z.B. auftrete, habe ich 100 m² verbraucht, dann habe ich einen Lichttechniker, einen Tontechniker und einen Veranstalter, da habe ich schon wieder 60 m² verbraucht, und von den beiden Zuseherinnen und Zusehern wird sich dieser Betrieb wirtschaftlich wahrscheinlich nicht über Wasser halten können. Und was jetzt das Wirtschaftliche, weil das ist ja hier das Thema, betrifft, möchte ich schon an ein paar Maßnahmen der Bundesregierung erinnern. Es gibt einmal den Veranstaltungsschutzschirm. Der ist dotiert mit 15.000 Euro pro Veranstaltung, das ist natürlich sehr hoch. Jetzt gibt es aber dankenswerter Weise, da ist Andrea Mayer, unsere Staatssekretärin, ganz intensiv dran, den so aufzubereiten, dass Veranstaltungsserien da reingenommen werden können, dass man eine ganze Saison da reinnehmen kann. Genau, damit kleine Veranstalterinnen und Veranstalter eine Planungssicherheit haben. Und der ist auch ausgedehnt bis Ende 2022, damit hier langfristig etwas ermöglicht wird, damit eben Perspektiven da sind. Es gibt die Überbrückungsfinanzierung, mit einer neuen Zusatzfinanzierung noch dazu. Es gibt den Covid19-Fonds und parallel dazu, was auch die wirtschaftliche Sicherheit gerade von den Kulturschaffenden betrifft, hat die Österreichische Bundesregierung aus ÖVP und Grünen erstmals den Fair-Pay-Prozess in ein Regierungsprogramm hineingeschrieben. *(Beifall bei den Grünen)* Und trotz der Pandemie und trotz der Krise, die wir derzeit haben, ist da mit

Volldampf weitergearbeitet worden. Und es wird schon vor der Sommerpause eine Präsentation dieses Ergebnisses geben. Und da hat auch Herr Landesrat Drexler, der zwar heute nicht da ist, aber er hat da auch mitgearbeitet. (*LTabg. Schwarz: „Sie können nicht die ganze Zeit zur Kultur reden, wenn das nicht der Punkt ist.“*) Das ist der wirtschaftliche Inhalt und Kultur gehört bitte auch zur Wirtschaft. Also ist das sehr wohl auch thematisch hier verhaftet in dieser Rede. (*Beifall bei den Grünen*) Und auch die A9 war dabei und auch das Crowd-Funding. Da wurde der Betrachtungszeitraum ausgedehnt, das war ein wesentlicher Kritikpunkt. Hier wurde für Vieles gesorgt, dass auch das wirtschaftliche Überleben von Kulturbetrieben ermöglicht wird. Und vom Sankt-Nimmerleins-Tag, der in dem Antrag vorkommt, kann ja nicht die Rede sein, weil die Situation wird laufend von der Frau Staatssekretärin evaluiert und es wird da auch mit Hochdruck daran gearbeitet, dass geöffnet werden kann, sobald das sicher möglich ist. Danke sehr. (*Beifall bei den Grünen – 13.39 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Cornelia Izzo. Bitte, Frau Kollegin.

LTabg. Izzo – ÖVP (13.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ich bin jetzt auch da als Abgeordnete aus meiner Region, und ich bin da als Unternehmerin, und ich bin da als Mensch. Und als Unternehmerin, als Mensch, als Abgeordnete möchte ich mich zuerst einmal bedanken. Ich möchte mich bedanken, dass ich in der Steiermark leben darf. Ich möchte mich bedanken, dass ich eine Regierung habe, die wirklich hinter ihren Menschen, ihren Unternehmern, Mitbürgern steht. Die wirklich sich auch Gedanken macht, weil wir können uns schon glücklich schätzen, dass wir in Österreich leben und eine Bundesregierung haben, die schon in alle Richtungen denkt. Aber dass wir dann auch noch eine Landesregierung haben, die hinter uns steht und schaut, was sie ergänzend zu den Maßnahmen tun kann, (*Beifall bei der ÖVP*) das ist der wichtigste Punkt. Weil es ist nämlich auch Fakt, dass unsere Regierung Menschen sind. Menschen, die hinter uns stehen und die für uns da sind. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, ich war gestern und vorgestern, nein, am Freitag, Entschuldigung, bei Unternehmerinnen aus meiner Region und habe mit ihnen gesprochen, habe gefragt, ob sie Unterstützung brauchen? Wo es hängt? Wo Probleme sind? Wie es ihnen geht? Und ja, vor einigen Wochen waren sie noch recht zerstört und traurig, heute haben sie mir gesagt, auch am Freitag haben sie mir gesagt, dass Unterstützungen ankommen. Dass die Menschen wieder zuversichtlich sind, weil wir hinter ihnen stehen, weil

sie jemanden haben, den sie fragen können. Und zu den Steuerberatungen möchte ich sagen, die Wirtschaftskammer ist ein guter Ansprechpartner, weil dort können wir anrufen, die stehen hinter uns und die werden für uns auch nachfragen als Unternehmer. Und ich möchte bitten, dass wir gemeinsam jetzt diese paar Monate noch durchstehen. Gemeinsam mit unserer Regierung, (*Beifall bei der ÖVP*) sodass wir unseren guten Weg wieder weiter gemeinsam gehen können und wir die Steiermark wieder ganz nach vorne bringen. Vielen Dank, dass ich Steirerin sein darf. Danke. (*Beifall bei der ÖVP – 13.42 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Abgeordnete Izzo. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Stefan Hermann. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (13.42 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher, vor allem sehr geehrte Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko!

Ich muss schon einiges zurechtrücken, weil das hat mich wirklich wütend gemacht und bitte hör mir jetzt zu, ich versuche das halbwegs emotionslos zu machen. Du hast die Unwahrheit gesagt. Nicht wissentlich, das unterstelle ich dir nicht, aber ich darf ich auf mehrere Stellungnahmen von der FPÖ und von Klubobmann Kickl hinweisen. Nämlich, als das Verbot der FPÖ-Demonstration, die im Nachhinein angemeldet wurde, bekannt wurde, hat Herbert Kickl Folgendes bei OTS ausgeschickt: „Die FPÖ wird nicht so, wie auch andere Veranstalter, in die von Nehammer und Co gestellte Eskalationsfalle tappen. Im Unterschied zu den Vertretern der Bundesregierung halten wir uns an rechtliche Vorgaben. Das bedeutet, dass morgen keine FPÖ-Kundgebung stattfinden wird.“ (*LTAbg. Schnitzer: „Das stimmt ja nicht!“*) Das ist falsch? (*LTAbg. Schnitzer: „Es sind drei FPÖ-Abgeordnete dort gewesen!“*) Deshalb ist es eine FPÖ-Kundgebung? (*LTAbg. Schnitzer: „Sie sind hingegangen!“*) Es ist keine FPÖ-Kundgebung und zum Appell, dass dort zur Gewalt aufgerufen wurde und so OTS von Herbert Kickl am 30.01.: „Ich appelliere an alle, die sich vom Verbot der Demo nicht abhalten lassen, sich an die Gesetze und an die Corona-Rahmenbedingungen zu halten und ihren Unmut friedlich kundzutun.“ (*LTAbg. Schnitzer: „Es waren drei Abgeordnete der FPÖ dort, und das ohne Masken!“*) Das hat Herbert Kickl, den Sie noch despektierlich als kleinen Mann bezeichnet haben, was von einer Abgeordneten, die sich immer selbst auf die Fahnen schreibt, gegen Diskriminierung zu kämpfen, auch ein starkes Stück ist, aber sei es so. (*Beifall bei der FPÖ*) Und ich glaube, dass es einem Abgeordneten möglich sein muss, sich in diesem Land frei zu bewegen. (*LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Mit Maske und Abstand!“*) Es gibt keinen

Schulterschluss mit Küssel. Ich glaube nicht, dass im Freien eine Maskenpflicht herrscht, oder korrigieren Sie mich. (*LTabg. Eisel-Eiselsberg: „Doch, doch. Bei einer Demonstration. Es waren drei Abgeordnete auf einem Platz ohne Masken!“*) Es war eben keine Demonstration, weil, wäre es eine Demonstration gewesen, die ja das schwarze Innenministerium verboten hat, dann hätten wir klare Regelungen und auch Verantwortlichkeit gehabt. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber Ihnen ist es darum gegangen, Kritiker mundtot zu machen. Ihnen ist es darum gegangen, diese Eskalationsspirale weiterzudrehen, zu denunzieren und anzupatzen und Sie, Herr Kollege Eiselsberg, Frau Kollegin Pichler-Jessenko, und Sie alle, die da jetzt künstlich empört sind, Sie werden ja nicht allen Ernstes sagen, dass die 10.000 Menschen, die zu einem überwiegenden Großteil friedlich und ohne Probleme ihren Unmut so kund getragen haben, dass das alles Rechtsextreme, Covidioten und Spinner sind. Das stimmt einfach nicht. (*Beifall bei der FPÖ*) Das stimmt nicht, ist falsch, das haben sich die Menschen nicht verdient und das weise ich auf das Schärfste zurück. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Unterwandert habe ich gesagt. Unterwandert!“*) Und wissen Sie, sollte man vielleicht auch wissen, was ihr Innenminister gemacht hat? (*KO LTabg. Schwarz: „Können wir jetzt zur Sache sprechen?“*) Weil es hat ja schon Corona-Demonstrationen gegeben und der Herr Innenminister hat den Einsatzleiter der Polizei in Wien, der für die Corona-Demonstrationen die Woche davor zuständig war, wo es friedlich und deeskalierend abgegangen ist, den hat er abberufen, meine sehr geehrte Frau Abgeordnete. Das sollte man auch wissen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 13.45 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Abgeordneter Hermann. Ich weise darauf hin, dass wir bei der Dringlichen Anfrage der Landesrätin Eibinger-Miedl sind und als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Andreas Kinsky. Bitte, Herr Diplomingenieur.

LTabg. Dipl.-Ing. Kinsky – ÖVP (13.46 Uhr): Danke, liebe Frau Präsidentin! Liebe Frau Landesrätinnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Beruhigen wir uns alle wieder ein bisschen und kommen wir wieder auf das Thema zurück. Nur, lieber Stefan Hermann, du weißt, ich schätze dich, es sei zu Beginn schon erwähnt. Wenn du hier stehst, und sagst, es hat alles mit dem Kickl usw. seine Ordnung und das Demonstrationsverbot, was ausgesprochen worden ist, hier als Tabubruch quasi darstellst, möchte ich dich nur daran erinnern, und das ist keine Lüge oder keine erfundene Geschichte, das kannst du nachgoogeln, in eurem Wiener Wahlkampf, prominent von der Bundespartei unterstützt, hat Kollege Nepp eine Absage der Demonstrationen, die damals stattgefunden

haben, sogar gefordert, er hat das Ganze „Ausländerdemonstrationen“ genannt, weil wenn die Ausländer mitmarschieren, dann ist es eine schlechte Demonstration, und jetzt tut man bei der FPÖ so, weil im Rahmen von Corona aufgrund von Schutzmaßnahmen Demonstrationen abgesagt werden, als ob das ein riesengroßer Tabubruch wäre. Also da widerspricht man sich dann auch wieder kräftig. (*Beifall bei der ÖVP*) Und dann, lieber Lambert Schönleitner und liebe Frau Klubobfrau, ihr werdet mir das jetzt verzeihen, aber ich muss jetzt kurz den Anschober machen. Ich habe hier heute in der Früh, weil mein Sohn in Irland in die Schule geht, mir eine Grafik ausgedruckt, die ich eigentlich gar nicht vorgehabt habe zu zeigen. Aber lieber Kollege Hermann, wenn du hier draußen dich herstellst und sinngemäß sagst, Lockdowns hätten keine Auswirkung (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Sagt die WHO!“*) – ja, das wäre die letzte Maßnahme sagt die WHO, das stimmt ja auch. Es ist ja auch die letzte Maßnahme. Wir machen es ja alle nicht gern. Zum Vergnügen machen wir das nicht, für niemanden. Und dann schaust du dir einmal die Infektionskurven an. Hier habe ich jetzt zufällig nur Österreich und Irland, weil es mich interessiert hat, in Vergleich gesetzt. Da kann man aber sowas von genau erkennen, wohin diese Lockdowns führen. Nämlich, dass Menschenleben gerettet werden können. Das sind die Sterbezahlen, das sind keine Infektionszahlen und Österreich war Ende November, Anfang Dezember an letzter Stelle, weltweit. Und ich sage dir eines, ich bin Bezirksparteiobmann, ich bekomme genauso viele Anrufe wie du von Frustrierten, von Unternehmern, von Eltern, von weiß Gott wem, ich bekomme all diese Anrufe wesentlich lieber, als die Anrufe, die ich, weil da hinten der Herr Dr. Kornhäusl auch sitzt, der Arzt ist, und da drüben der Kollege, der auch Arzt ist, von Anrufen im November und Dezember von Ärzten, die um Hilfe gebeten haben. Tut etwas. Fahrt das Land runter, wir schaffen es nicht mehr. Hier werden Menschen sterben müssen, die nicht sterben hätten sollen. Das ist mir allemal lieber als die Anrufe, die ich heute bekomme, diese Probleme kann man irgendwie bewältigen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Aber jetzt zurück zu der eigentlichen Debatte, die die Frau Landesrätin ja hier betrifft, die Dringliche Anfrage zu den Wirtschaftshilfen. Lieber Herr Klubobmann, du hast richtiger Weise gesagt, wir sind hier in der Steiermark und wir sollten nicht immer vom Bund reden. Aber wenn man von einer Pandemie und einer Pandemiebewältigung spricht, dann geht das eben schlecht. Weil man muss auch, wenn man Landesförderungen auszahlt, immer wieder berücksichtigen, dass es Deckelungen gibt, gegen die man nicht verstoßen will und dass man natürlich auch mit Steuergeld sorgsam umgehen muss und versuchen muss, Doppelförderungen zu vermeiden. Und wenn man sich die Zahlen des Bundes anschaut, und man kann das nicht ganz entkoppeln, und man sieht, dass 31 Milliarden Euro ausgezahlt oder

genehmigt sind, hinzukommen noch 3 Milliarden an Investitionszuschüssen, die 30 Milliarden an Investitionen in der Folge anstoßen. Die Steiermark davon 360 Millionen, was 3,5 Milliarden Investitionsvolumen betrifft, dann muss man konstatieren auch als Opposition, das ist europaweit unvergleichlich. Da sind wir ganz, ganz vorne. Wahrscheinlich sogar, es gibt noch keinen offiziellen Bericht darüber, aber die ersten Berichte deuten darauf hin, an erster Stelle. *(Beifall bei der ÖVP)* Im EU-Vergleich, als wirklich konkrete Zahl, ich probiere wirklich, sachlich zu bleiben, Österreich hat 8 % der Wirtschaftsleistung in seine Förderprogramme investiert. Der EU-Schnitt liegt bei lediglich 4 %. Also wir, wir alle, Steuerzahlerin und Steuerzahler, geben das Doppelte vom EU-Schnitt aus, um unsere Unternehmerinnen und Unternehmer zu unterstützen, um unsere Wirtschaft am Leben zu erhalten und den Arbeitslosen unter die Arme zu greifen, um das Thema Kurzarbeit zu unterstützen – und, und, und. Das kann und soll man nicht kleinreden. *(Beifall bei der ÖVP)* Der Vergleich, du hast den Vergleich mit Oberösterreich gebracht, und da bin ich ja auch immer dafür, dass das, was man vergleichen kann, soll man auch miteinander vergleichen, weil man soll sich eben an den Besseren und an den Besten messen. Ich habe mir das gestern am Abend extra ausgedruckt, nachdem ich da das Interview im Steiermark Heute gesehen habe und gewusst habe, es kommt der Vergleich mit Oberösterreich wieder, klar, da sind wir gemeinsam in der Regierung, und das ist auf eurer Seite legitim, das noch hervorstreichen. Und einige Dinge kann man sich auch anschauen. Aber der oberösterreichische Österreichplan, wie er hier drinnen steht, das ist nicht irgendein Corona-Hilfspaket, sondern das ist ein quasi Regierungsprogramm für die nächsten, genau ist es nicht definiert, aber ich nehme einmal an, mindestens 5 Jahre, wenn man sich die Einzelmaßnahmen dann anschaut und ist im Prinzip keine kurzfristige Unterstützung. Und wenn man schon vergleichen will, es hat auch eine Dringliche Anfrage in Oberösterreich gegeben, die ich mir angeschaut habe. Ausgezahlt wurden bisher in Oberösterreich 2 Millionen Euro. Also deutlich weniger als bei uns in der Steiermark, was hier gerade kritisiert wurde, und ich sage dir, es ist auch begründet. Weil die Frau Landesrat hat das schon erwähnt, es sind mehrjährige, langfristige Maßnahmen auf der einen Seite, auf der anderen Seite sind es aber auch Maßnahmen, wie eine Übernahme von Bürgschaften und da sage ich dir, da müssen wir alle froh sein, wenn die Unternehmen das nicht abfordern. Weil das wäre ja eine Übernahme von Schulden der Unternehmer auf Landesebene und das können wir uns ja nicht ernsthaft wünschen. Das heißt, es ist nicht immer schlecht, wenn man davon spricht, dass nur 37,5 Millionen abgerufen worden sind, sondern bei manchen Paketen, müssen wir sagen, scheint es nicht ganz so schlecht gekommen zu sein, bisher, als wir das befürchtet haben, man muss das auch positiv darstellen.

Und weil du den Sport erwähnt hast, dass da so wenig abgerufen worden ist. Also da bin ich wirklich sehr berufen, weil ich ein stellvertretender Obmann eines Sportvereines bin, des GAK, und wir haben natürlich auch unsere Mühe und Not, da zu unseren Geldern zu kommen. Und in dem Fall ist es so, dass erst abgewartet werden musste, bis die Bundesförderungen ausbezahlt werden, bevor wir überhaupt die Landesförderungen in Anspruch nehmen können. Das heißt, die Anträge sind dort längst draußen, die sind beim Christopher Drexler, man redet auch konkret über Summen, konkret über die Art und Weise, wie es ausbezahlt werden kann, aber aufgrund des Lockdowns noch nicht eine unmittelbare Eile, weil sowieso die Veranstaltungen etwas gedämpft sind, musste man erst die Auszahlung von anderen Programmen abwarten. Also das nur als Erklärung, weil du das heute auch hier erwähnt hast.

Bei den Arbeitsstiftungen Vergleich mit Oberösterreich, weil wir über die Arbeitslosen geredet haben, und Frau Landesrätin Kampus hat das ja auch erwähnt. Der Vergleich macht sicher. Wir investieren inklusive AMS und Kammergeldern 40 Millionen in den Arbeitsstiftungen, in Oberösterreich sind es inklusive allem 20 Millionen. Also wieder genau die Hälfte. Also man muss, wenn man die Dinge vergleicht, halt auch dann wirklich hineinschauen ins Detail.

Beim Gemeindepaket: Das Gemeindepaket hast du erwähnt, dass die Gemeinden so wichtig sind. Der Herr Kollege da drüben schaut jetzt schon ganz genau hin. Vom Gemeindebund, lieber Erwin, habe ich mir eine Statistik geholt, Stand 10.11., den Dezember-Stand habe ich leider nicht bekommen, aber hier ist, was die Gemeindeförderungen pro Einwohner betrifft, die Steiermark hinter Tirol an zweiter Stelle mit 64 Euro pro Einwohner, Oberösterreich 37 Euro pro Einwohner. Also sind wir wieder vorne. Bitte, deswegen vergleichen wir nicht immer und sagen, wir sind so viel schlechter. Das Programm in Oberösterreich ist nicht schlecht, aber unseres ist um einiges besser. Natürlich. Und wir können froh und stolz sein. Was hilft jetzt wirklich? Und jetzt bitte ich euch, genau zuzuhören, weil ich glaube, es gibt Hunderte und Tausende von Maßnahmen, die helfen wahnsinnig viel, aber es gibt auch ein paar Dinge, wo wir als Abgeordnete gemeinsam auch etwas beitragen können, dass es wirklich den Unternehmerinnen und Unternehmern hilft und das ist, dass, wenn wir jetzt anfangen zu lockern, wir diese Lockerungen auch wirklich zu Ende bringen können, dass wir nicht wieder von den Infektionszahlen nach oben schießen und dass wir die Wirtschaft offenhalten können und weiter öffnen können. Und da könnt ihr auch einen Beitrag leisten, indem ihr eben nicht über eure sozialen Netzwerke dazu auffordert, Maßnahmen nicht einzuhalten, (*LTA*bg. Mag. Hermann: „Wer? Wer?“) Zu Impfungen, ich sage es ja nur, ihr

sollt es nicht tun. Wenn ihr es eh nicht tut, (*LTabg. Mag. Hermann: „Wer? Sag es mir. Ein Beispiel!“*) ist es eh richtig. Ihr sollt mithelfen, dass die Menschen zum Impfen gehen, weil das ist nun einmal momentan die einzige (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen*) Methode, um mit der Pandemie umzugehen. Oder hast du ein anderes Rezept gesundheitspolitisch, wie man mit der Pandemie umgeht, als die Impfungen? Nein. Also ruft nicht dazu auf, nicht zu den Impfungen zu gehe. (*LTabg. Mag. Hermann: „Das macht ja keiner!“*) Haltet es mit eurem Parteiobmann. Euer Parteiobmann Hofer hat das ja gesagt, und hilft mit, dass die Menschen bei den Lockerungen auch die Maßnahmen einhalten, weil dann kann man vielleicht einen nächsten Lockdown auch verhindern. Helft mit, dass der Plan, den die Frau Landesrätin heute hier präsentiert hat, in allen Details, dass wir diesen 6-Punkte-Plan umsetzen können, dass wir Investitionen ins Land hineinholen, dass wir den Standort stärken, dass wir vor allem die Digitalisierung, wo wir in Wahrheit die zweite Halbzeit am Verlieren sind, was die EU betrifft, aber die Digitalisierung als Zulieferland in der Steiermark vorantreiben. Ich komme zum Ende. Und helft vor allem auch mit, ein bisschen Optimismus zu verbreiten. (*Beifall bei der ÖVP*) Helft mit da draußen, dass den Menschen nicht immer nur Sand in die Augen gestreut wird, in was für einem katastrophalen Land wir nicht leben. Was die Landesregierung nicht für katastrophale Fehler macht. (*Unruhe bei der FPÖ*) Nein, das Gegenteil ist der Fall. Ich habe jetzt anhand von Fakten, ich weiß, die Aufregung ist groß, lasst mich noch zum Ende kommen, sonst muss ich meine Redezeit übertreiben, helft mit dabei. Das ist mein Appell an euch. Ihr könnt es. Ja, herinnen, (*KO LTabg. Kunasek: „Das ist ein Gefühl!“*) lieber Herr Klubobmann, ich habe dir schon einmal gesagt, herinnen bist du derjenige, der den Hofer spielt, während der Kollege Hermann immer den Herrn Kickl spielt. (*Beifall bei der ÖVP*) Du bist derjenige, der immer beruhigt und dafür schätze ich dich auch sehr. Dafür schätze ich dich auch sehr. Aber wenn ich deine Facebook-Seite anschau, dann habe ich das Gefühl, ihr habt einen anderen Umgang mit der Pandemie oder die Pandemie schaut bei euch anders aus als bei uns und auf der ganzen Welt. Ihr habt keine Rezepte dagegen. Haltet euch daran, helft mit, dass wir es einhalten, dann sehen wir in eine positive Zukunft hier in der Steiermark. Herzlichen Dank (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.57 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Abgeordneter. Als Letzte zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP (13.57 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, geschätzte Frau Kollegin, meine Damen und Herren Abgeordnete, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, selten habe ich eine Wirtschaftsdebatte erlebt, die so voller Emotionen ist. Und ich finde das gar nicht schlecht. Und es war aber auch eine Debatte, die sehr weit vom Wirtschaftsthema abgeschweift ist. Wir sind sehr in die Breite gegangen – über Arbeitsmarkt und Soziales, was sehr eng zusammenhängt, bis hin zur Kultur, bis hin zum Sport, wieder bis hin zur Gesundheit. Ja, es hängt alles zusammen, aber ich werde mich in meiner kurzen Wortmeldung jetzt bitte mit Verlaub wieder um die Wirtschaftsthemen kümmern. Ich habe mich vor allem gemeldet, weil Herr Klubobmann Kunasek mir eine Zusatzfrage gestellt hat, die ja eigentlich in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist. Ich kann euch beruhigen, ihr könnt bei mir jegliche Fragen und Zusatzfragen immer stellen (*Beifall bei der FPÖ und KPÖ*), auch außerhalb der Geschäftsordnung, auch außerhalb der offiziellen Landtagssitzung. Danke, liebe Claudia. Die KPÖ ist nämlich eine Partei, die das oft nutzt, gerne nutzt und ich bin auch froh über diesen Austausch, muss ich auch einmal dazu sagen. (*KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Wir auch!“*) Weil ich auch der Meinung bin, wenn es gute Vorschläge von anderen Parteien gibt, warum diese nicht auch aufgreifen. Ganz konkret wolltest du wissen, wie das mit dem Härtefallfonds in der Steiermark ausschaut. Es sind jetzt 10.500 Euro ausbezahlt worden. Warum? Und das war das Positivbeispiel, das ich genannt habe. Weil es uns gerade beim Härtefallfonds des Bundes umfassendst gelungen ist, zu Erweiterungen zu kommen. Und wir haben vorgesehen keine Doppelförderungen zu machen. Ich glaube, das ist in Zeiten äußerst knapper Budgets geboten, das ist auch in Zeiten geboten, wo ein Rechnungshof, und das wurde vom Bundesrechnungshof schon angekündigt, genau hinschaut, auch der richtige Weg, und dadurch sind für den steirischen Härtefallfonds kaum mehr Fälle übriggeblieben, wenn man das so sagen möchte. Ich möchte hier das Angebot unterbreiten, dass auch Sie mir und meinem Team konkrete Anliegen von Unternehmerinnen und Unternehmern weitergeben. Ich habe das Gefühl, dass das bisher noch gar nicht allzu stark genutzt wurde und ich nehme die Anregung mit, dass wir uns in der Kommunikation verbessern sollten. Ich weise aber auch darauf hin, und das hat man auch heute wieder gemerkt, dass selbstverständlich das Thema der Gesundheit in den letzten Monaten im Vordergrund gestanden ist. Das ist ganz klar und ich bin eigentlich sehr froh, dass heute, durch diese Debatte, auch das so wichtige Wirtschaftsthema einmal den Raum bekommen hat, den es braucht. Und ich sage Ihnen, wir werden uns mit den Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten noch ganz intensiv beschäftigen müssen. Das Thema verdient definitiv die Aufmerksamkeit, denn auch das habe ich in diesem Haus schon oft gesagt und ist von vielen von Ihnen schon verinnerlicht. Nur wenn wir ein funktionierendes gutes Wirtschaftssystem haben, werden wir auch ein gutes Sozial- und Gesundheitssystem

aufrechterhalten können. Mein Team und ich, das versichere ich Ihnen, werden in den nächsten Monaten sehr hart daran arbeiten, dass diese Rahmenbedingungen für die steirische Wirtschaft auch da sind. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen – 14.01 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Landesrätin. Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1108/2, betreffend „Volle Transparenz bei Corona-Hilfsmaßnahmen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1108/3, betreffend „Beratungskosten für steirische Unternehmer_innen übernehmen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1108/4, betreffend „Jetzt das Fundament für den Aufschwung schaffen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der Freiheitlichen Partei und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1108/5, betreffend „Ausarbeitung eines „Steiermark-Plans“ zur Konjunkturbelebung in der Steiermark“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1108/6, betreffend „Zeit für eine steirische Joboffensive“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1108/7, betreffend „Ausgelaufene Corona-Hilfsmaßnahmen verlängern“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ, der Grünen und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1108/8, betreffend „Alle Wirtschafts- und Tourismusbetriebe müssen wieder öffnen dürfen – Pleitewelle verhindern!“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ und der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum letzten Entschließungsantrag.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1108/9, betreffend „Öffnung von Kultureinrichtungen unter Sicherheitsauflagen ermöglichen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zur **dritten Dringlichen Anfrage**.

Am Donnerstag, dem 28. Jänner 2021 wurde um 13 Uhr 50 von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1109/1, an Frau LRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß betreffend **„Steiermark im Planungschaos um die Corona-Impfungen“** eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Dr. Werner Murgg das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Bitte, Herr Abgeordneter Murgg.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (14.04 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin! Frau Landesrätin, zweite Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, jetzt zu unserer Dringlichen Anfrage „Impfen“, und ich habe bei der vorhergehenden Anfrage gesagt, ich möchte einleitend noch ein paar Bemerkungen machen, weil es auch du gesagt hast, Klaus, man soll mit den Zahlen irgendwie aufpassen und es ist nicht alles mit allem vergleichbar. Ich sage so, für mich ist die Empirie etwas Entscheidendes. Natürlich ist immer entscheidend, welchen Zugang ich zu welchen Informationen habe. Da habe ich natürlich als nicht unmittelbar im Geschehen befindlicher vielleicht nicht den Zugang, den jemand hat, der tagtäglich mit diesen Dingen konfrontiert ist, aber einiges lese ich doch und hole ich mir aus dem Internet und aus den Zeitungen und ich versuche mir daraus meinen Reim zu machen. Und ich möchte da jetzt doch ein paar Dinge vorneweg sagen, weil es zu dem Thema Corona genau passt. Ich will jetzt hier nicht die Cassandra vom Dienst sein, aber ich glaube, wenn jemand hier ernstlich glaubt, dass wir, so wie die Cero-Covid-Initiative, wir das Virus ausrotten, wenn hier alles einmal niederfährt und dann ist es weg und kommt nie mehr, der ist auf dem Holzweg. Wir werden mit diesem Virus in Zukunft leben müssen und ich glaube, es wird auch andere Viren geben. Ich persönlich muss sagen, ich bin eigentlich überrascht, wenn ich sehe, was in der Welt passiert, den Austausch der Menschen durch die Globalisierung, dass es eigentlich so lange gedauert hat, bis wir eine Pandemie erleben. Der Christian Drosten hat vor einigen Wochen gesagt: „Freuen wir uns nicht zu früh, da werden andere Covid-Stämme auch nach Europa kommen.“ Er hat das Mers-Virus genannt, das angeblich auf der arabischen Halbinsel schon ziemlich verbreitet ist und das eine viel höhere Letalität hat, als der Corona-Virus. Angeblich hat es nicht diese Übertragbarkeit. Ich will damit nur sagen, wir müssen eigentlich uns darauf vorbereiten, mit derartigen Pandemien in Zukunft zu leben. Und dann schaue ich mir natürlich an, wie es mit der Sterblichkeit aussieht.

Ich habe jetzt einen unverdächtigen Zeugen, Franz Allerberger, Leiter der Abteilung Öffentliche Gesundheit der AGES. Der sagt, und seine Aussagen decken sich mit dieser bekannten Stanford-Studie, Letalität 0,23 %. Und ich habe, auch das kann man im Internet nachvollziehen, geschaut, da sind immer die Sterbefälle und die Erkrankten in der letzten Woche nach Altersgruppen aufgelistet. Die, jetzt ist es, glaube ich, schon die vorletzte Woche, weil ich es am Samstag im Internet recherchiert habe, da war es jedenfalls so, bis 64 0,0 bis 0,5 % der Infizierten sind gestorben. Bei den bis 54-Jährigen war es unter 0,1 %. Also die ganz Jungen ist es 0,0. Bis 74 ist es 3 %, und über 74 ist es sehr, sehr hoch. Das haben wir

heute auch gehört, und deswegen danke für die Dringliche Anfrage der Grünen, weil dort ist sehr viel, ich sage es jetzt schlampig, verschludert worden. Ich glaube, wenn man hier von Anfang an ordentliche, nicht nur in der Steiermark, überhaupt in Österreich und ich glaube auch in Europa, die großen Todeszahlen in Schweden sind hauptsächlich auf die Schlamperei in den Pflegeheimen zurückzuführen. Auch da eine Zahl, die das bestätigt: Wir haben heute gehört, 862 Personen sind in den steirischen Pflegeheimen gestorben. Wenn man das ..., ich habe die österreichische Zahl nicht, man kann natürlich nicht mal neun rechnen, weil da gibt es kleinere Bundesländer, aber rechnen wir eben mal mit sechs, dann kommt man auf ungefähr 5.000. Und wenn ich mir die Todesfälle in Österreich anschau, 7.700, dann sehe ich, die vulnerable Gruppe lebt in den Pflegeheimen. Und dort ist viel zu wenig passiert und dort muss viel mehr gemacht werden. Und dann sage ich noch etwas, dann höre ich mit meiner kleinen Statistik auf, ich sagte es bereits, in Österreich 7.700 Todesfälle, Lockdowns unterschiedlicher Stärke, in Schweden sehr wenig Lockdown, eigentlich überhaupt keiner, sondern Empfehlungen, 11.600 Todesfälle, aber 20 % mehr Einwohner, ist in der Relation immer noch mehr. Aber ich will es nur zu bedenken geben. Und jetzt, das ist für mich das Interessanteste, Belgien, ein Staat, der in Europa eigentlich den extremsten und die extremsten Lockdownmaßnahmen durchgeführt hat, bei einer etwas größeren Bevölkerung als Österreich, 1,5 Millionen ungefähr mehr, 21.000 Tote. Drei Mal so viel wie in Österreich. Also nur der Lockdown allein kann es nicht sein, da gibt es andere Maßnahmen, und ich glaube, da wird man auch in Zukunft deutlicher hinschauen müssen, und nachdenken.

Und jetzt komme ich eigentlich, obwohl ich eh schon 6 Minuten verbraucht habe, aber ich werde die 20, glaube ich, trotzdem nicht ausschöpfen, zum Thema unserer Dringlichen Anfrage „Impfmanagement“ etc.. Seit Frühjahr 2020 wissen wir eigentlich, dass eine zweite Welle zu erwarten ist und dass wir nur dann die Zahlen wirklich a la longue runterdrücken können, nicht ausrotten, aber runterdrücken, den Virus nicht ausrotten, aber die Erkrankungen stark zurückführen können, wenn wir die nötige Anzahl der Menschen impfen können und Begleitmaßnahmen setzen. Und ich glaube, da ist viel verschlafen worden. Ich denke an die Masken. Wie lange haben wir gebraucht, bis man eigentlich, obwohl es jeder von Anfang an gewusst hat, dass diese, ich sage es fast, diese blauen „Kasperlmasken“ eigentlich nur einen sehr bedingten Schutz bieten? Und es hat aber damals schon die FFP2-Masken gegeben. Von den Schirmen rede ich gar nicht, also diese Schutzschilder, die dann ohnehin sozusagen Gott sei Dank untersagt worden sind. Abstandsregeln, ist im Sommer viel laissez passer passiert. Meiner Meinung nach zu viel. Sicherheitskonzepte und natürlich die Vorbereitung zum Impfen. Es haben ja schon sehr früh Impfstoffe gekauft bzw. bestellt werden müssen. Und da

verteilt sich, also ich will da jetzt gar nicht die Landesregierung prügeln, um das geht es nicht, ich will einfach einmal allgemein ein bisschen versuchen etwas zu skizzieren. Ich glaube, diese Fehler, die passiert sind, verteilen sich ohne Weiteres 50:50 auf diverse Länder – nicht nur die Steiermark und auf die Bundesregierung. Ich habe schon lange gehört, auch vom Landeshauptmann: „Impfpflicht“, dann indirekte Impfpflicht, und da haben wir aber alle schon gewusst, zu dem Zeitpunkt, dass, wenn man das ernst nimmt, und wir die Leute, selbst wenn mit einer indirekten Impfpflicht impfen wollen, damit wir eben 70, 80 % Impfrate bekommt, dass dieser Impfstoff, dass wir in Wahrheit jahrelang warten müssen, bis diese Durchimpfungsrate erfolgt ist. Wenn man sich die Zahlen anschaut, Israel hat 50 % der Bewohnerinnen und Bewohner geimpft, Großbritannien 12 %, Österreich ca. 2,5 %. Ich glaube, das ist so ziemlich auch der Schnitt der Steiermark, das ist in der EU auch so ungefähr auf und ab, da sehe ich natürlich schon, dass die EU, wie zu Beginn der Pandemie, wieder versagt hat in der Beschaffung der Impfstoffe. Wir haben uns leider von Bundeskanzlerin Merkel auch ins Bockshorn jagen lassen in dieser Frage. Ich habe das genau verfolgt. Der deutsche Gesundheitsminister Spahn wollte, dass Deutschland selbst Impfstoff einkauft und bestellt, und Merkel hat die Kanzlerrichtlinienkompetenz durchgesetzt und das kommt gar nicht in Frage, und sie hat gesagt, es wird nur über die EU-Kommission und über die EU-Gremien bestellt. Österreich hat da im Wesentlichen nichts Anderes gemacht, und das Ergebnis sehen wir jetzt. Einige Schmankerln, muss man wirklich sagen dazu, also wir setzen alle, weil es ein günstiger Impfstoff ist, und weil angeblich jetzt viel geliefert werden kann, auf diesen Impfstoff von Astrazeneca. Da haben wir einige Wochen später erfahren, ja hoppla, die höchstvulnerable Gruppe können wir, können schon, aber werden wir damit gar nicht impfen, weil über 65 da die Wirkung sehr gering ist. Dann haben wir gesagt, pro Fläschchen 5 Dosen. Jetzt hat man gehört, eigentlich gehen 6 Dosen raus. In der Zwischenzeit höre ich schon 7 Dosen. Dann wissen wir, wenn jetzt 5 Dosen aus dem Fläschchen verimpft sind, wer bekommt die anderen Dosen? Auch da haben wir unschöne Erlebnisse gehabt. Ich will jetzt gar keine Namen von irgendwelchen Bürgermeistern nennen, oder andere Persönlichkeiten, die hier plötzlich eine Impfung bekommen haben, weil es dann geheißen hat: „Bevor wir das kaputt werden lassen, wird eben der Müller und der Huber geimpft.“ Sei es drum, weil er ja so viele Kontakte mit irgendwelchen vulnerablen Personen hat. Ich sage das nur, um zu sehen, dass da eigentlich sehr viel Blindflug ist. Und in der Steiermark sind wir besondere Nachzügler im Vergleich mit anderen Bundesländern. Wir hinken im Wesentlichen zwei Wochen hinterher, denn erst Mitte Jänner haben wir einen Impffahrplan für die ganz vulnerable Gruppe unserer Bevölkerung aufgestellt, (*LTabg. Schnitzer: „Das*

stimmt nicht!“) Wer sagt das, Sie werden gleich sehen, wie das stimmt. Die über 80-Jährigen außerhalb der Heime, nicht in den Heimen, aber die eben außerhalb, zu Hause leben, können erst ab Mitte Februar in der Steiermark geimpft werden. Und das ist in anderen Bundesländern früher. Und wenn ich mir Meldungen anschau, ich bingé jetzt nicht alles Ihnen näher, aber wir haben genug Meldungen auch von Behinderteneinrichtungen, von Menschen, die schwer erkrankt sind, da beispielsweise möchte ich Ihnen von einer Behinderteneinrichtung etwas erzählen. Da wird sie Mitte Jänner aufgefordert, Impfstoff zu bestellen, die bestellen dann bei der Bundesbeschaffungsgesellschaft, am nächsten Tag kommt das Storno vom steirischen Impfkoordinator und sagt, Schluss mit der Bestellung, das können wir alles nicht liefern, weil diese Mittel sind nicht vorhanden. Und einen Tag später wird dann bei dieser Stelle angefragt, und der Impfkoordinator kann keine einzige Frage wirklich beantworten, die diese Behinderteneinrichtung ihm gestellt hat. Zum Beispiel wird dann da gesagt, bezüglich der Beschaffungsmaßnahmen, tatsächlich war es so, dass in den Krankenanstalten auch Personengruppen geimpft wurden, die im Impfplan eigentlich erst später vorgesehen waren. Gut. Also es gibt offenbar einen Impfplan, aber der wird nur sehr bedingt eingehalten. Oder er rechnet für die Einrichtung der Behindertenhilfe nach wie vor mit einem Termin nicht vor Anfang März. Konkrete Termine kann ich nicht nennen. Also das ist alles, wie gesagt, brandaktuell. Das sind Aussagen vom Impfkoordinator von vor einer guten Woche. Und weil ich gesagt habe, es melden sich auch Menschen bei uns, die schwer erkrankt sind, und die gerne eine Impfung hätten, auch da darf ich Ihnen einen Fall näherbringen: Ein todkranker oder schwerstkranker Patient, immer wieder auf der Lungenstation am LKH, extrem immungeschwächt, Covid-Infektion wäre für den natürlich ein Todesurteil praktisch, der wünscht sich dringend eine Impfung, bekommt aber keine. Und mit KAGes-Kollegen, die er kennt, hat er erfahren, dass also im LKH die verschiedensten Personen, Angehörige der KAGes, geimpft werden, auch Kollege Schwarzl hat ja schon, er hat es selbst gesagt, eine Impfung bekommen, weil er als Medizinstudent, das sage ich dazu, mit Corona-Patienten Kontakt hat, soll so sein. Ich bin ihm keine Impfung vielleicht zu neidig, überhaupt nicht, aber wenn gleichzeitig es so ist, dass auch das Verwaltungspersonal der KAGes z.B. geimpft wird oder, wie uns hier mitgeteilt wird, „obere Etagen“ und Todkranke, Lungenkranke, auf die Impfung warten, dann glaube ich, stimmt hier, wenn es stimmt, stimmt hier einiges nicht. Aber Sie werden ja sicher, geschätzte Frau Landesrätin, etwas dazu sagen.

Und jetzt sage ich noch etwas dazu, wenn wir irgendwie in Perspektive mit dem Impfen vielleicht fertig werden. Stand 30.01.2021: 31.331 Dosen in der Steiermark angeliefert, und

gehen wir einmal davon aus, dass die alle verimpft worden sind, ist nicht so, aber sind wir großzügig, alle diese Dosen sind verimpft. Jetzt gehen wir aus, 31.000 im Monat, das waren die Anfangsschwierigkeiten, sagen wir, wir verdoppeln das, 60.000 Dosen im Monat werden verimpft, wie lange braucht es dann nach Adam Riese, bis wir die Hälfte der steirischen Bevölkerung durchgeimpft hat? 10 Monate. Aber da ist die zweite Dose noch gar nicht einberechnet, weil wir brauchen ja zwei Dosen. Also brauchen wir 20 Monate. Ich will damit nur sagen, also wenn da nicht gewaltig Gas gegeben wird, wird das eine unendliche Geschichte werden und deswegen muss man sagen, also eigentlich hätten wir längst selbst – Österreich, aber auch die Steiermark – Impfdosen bestellen sollen. Und ich muss da wirklich den ehemaligen Minister Bartenstein, obwohl ich das ungern mache, aber wo er recht hat, hat er recht, zitieren, ich darf das wirklich vorlesen, Sie haben es vielleicht vor einer Woche ungefähr in der Kleinen Zeitung gelesen, jetzt ist das so klein gedruckt, aber ich kann es trotzdem lesen: „Gehen wir auf Nummer sicher, bestellen wir große Mengen bei allen in Frage kommenden Firmen, schauen wir uns die finanzielle“, und das ist nämlich wichtig, „Dimension am Beispiel von Österreich an. Wenn eine Impfdosis zwischen zwei und 10 Euro kostet, dann ginge es, selbst, wenn man fast alle 10 Millionen Österreicher durchimpfen würde, bei je zwei Dosen um 40 bis 300 Millionen Euro.“ Ein Spott gegenüber dem, heute haben wir es gehört, 50 Milliarden haben wir schon sozusagen in den Büchern stehen, für die Ausgaben der Folgen und für die Steiermark würde das, wenn wir selber bestellt hätten, 2,4 bis 30 Millionen Euro kosten. Ein Spottpreis also im Vergleich zu dem, was schon ausgegeben wurde. Und jetzt, ich werde wirklich in der Zeit sein, weil ich komme zum Schluss, jetzt komme ich nämlich zum Entscheidenden, und das würde ich Sie wirklich bitten und euch alle bitten zu bedenken. Warum gibt es eigentlich diesen Lockdown oder diese Lockdowns? Warum gibt es das? Das gibt es deswegen, der Kollege Kinsky hat es heute wieder mit Emotion und Worth gesagt, weil wir Angst haben vor Triagen. Dass gewisse Menschen ins Spital kommen und dann wird eben gesagt: „Tut mir leid, der Covid-Patient geht vor, ihre Blinddarmpoperation können wir leider nicht mehr machen“, oder wenn man vielleicht zwei Covid-Patienten beatmen müssen, sie können wir beatmen, weil sie sind 62, und sie können wir nicht beatmen, weil sie sind 84. So wird es nicht gesagt werden dann, wenn es wirklich so weit ist, aber das ist der Punkt. Und deswegen machen wir viele sinnvolle, aber auch gleich viele unsinnige Maßnahmen. Also es geht um die Krankenhäuser und um die Triagen. Aber was passiert bei diesen ganzen Maßnahmen überhaupt nicht? Dass die Krankenhäuser und das Personal hochgerüstet werden. *(Beifall bei der KPÖ und FPÖ)* Wir machen in Wahrheit das Gegenteil, und zwar nicht seit vorgestern, sondern seit Jahren.

China hat in zwei Wochen zwei neue Krankenhäuser aus dem Boden gestampft in Wuhan, dort, wo die Infektion gewütet hat. Und wir schließen die Krankenhäuser, 950 Betten sollen abgebaut werden, kein Wort, dass man den RSG irgendwie ändern muss. Wir haben jetzt zwar, ich habe es vernommen, Frau Landesrätin, Sie werden es sagen, Pflegepersonal aus der Pension geholt, soweit es uns gelungen ist – eine gute Maßnahme, wir sollten uns auch endlich bemühen, vielleicht Ärzte und Ärztinnen aus der Pension zu holen, meinetwegen mit Sonderdotationen, dass wir die Spitäler aufrüsten können, weil dann brauchen wir auch keine Angst vor den Triagen haben. Und solange das nicht passiert, möchte ich von solchen Wortmeldungen, wie sie der Kollege Kinsky gehalten hat, nichts hören. Weil er bekennt sich auch zu diesem RSG 2025 und zu diesen Spitalsschließungen. *(Beifall bei der KPÖ, der FPÖ und den Grünen)*

Und jetzt stelle ich, bevor ich dann zu diesen Fragen komme, weil ich schon vergesslich bin, gleich, wir haben vier Entschließungsanträge, aber zwei darf ich vorher gleich einbringen und dann kommen wir zu neun Fragen.

Ein Entschließungsantrag lautet, da geht es um den 2025 RSG.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der RSG 2025 in der aktuellen Form zurückgenommen und vor allem im Hinblick auf eine Rücknahme der geplanten Bettenreduktion, der Schließung von Stationen und Spitälern in einem demokratischen Prozess neu aufgesetzt wird.

Und der zweite lautet so: Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Durchführung der Impfstrategie und unter Berücksichtigung von knapper Impfstoff-Verfügbarkeit

1. zu prüfen, welche Personalgruppen innerhalb der KAGes bisher geimpft wurden,
2. ob die Vornahme der Corona-Impfungen innerhalb der KAGes den Vorgaben der Priorisierungsliste entspricht und
3. dem Landtag den Inhalt und das Ergebnis dieser Überprüfung mitzuteilen.

Und nun darf ich, geschätzte Frau Landesrätin, an Sie neun Fragen stellen:

1. Was passierte bisher mit den zusätzlichen 6. und 7. Impfdosen, die entgegen den Herstellerangaben in den Impffläschchen enthalten sind?
2. Ist sichergestellt, dass diese zusätzlichen Impfdosen nur an Menschen verimpft werden, die laut Impfstrategie derzeit an der Reihe sind, oder sind diese Impfungen an „Impfvordrängler“ weitergegeben worden?

3. Gibt es eine klare Vorgabe des Landes, in wie viele Impfdosen eine Verpackungseinheit geteilt werden sollen und was mit einem allenfalls vorhandenen Impfstoffrest passieren soll?
4. Bis zu welchem Zeitpunkt ist in Einbeziehung der nun offenkundig gewordenen Lieferengpässe mit einer ausreichenden Durchimpfungsrate der steirischen Bevölkerung zu rechnen?
5. Gibt es im Lichte der Lieferengpässe bei den bestellten Impfstoffen konkrete Überlegungen, zusätzliche bzw. andere Impfstoffe als bisher anzukaufen?
6. Ist Österreich von einer EU-weiten Zulassung eines Impfstoffes abhängig oder kann Österreich selbständig entscheiden, welche Impfstoffe zum Einsatz kommen sollen?
7. Welche Maßnahmen befürworten Sie, um die Abhängigkeit unseres Landes von privaten ausländischen Konzernen in Bezug auf Medikamente und Impfstoffe zu reduzieren?
8. Wie viele Betten und Intensivbetten sind derzeit in den steirischen Fondskrankenhäusern belegt, wie viele davon sind mit Corona-PatientInnen belegt und wie viele Betten sind frei?
9. Halten Sie angesichts der seit Monaten angeblich drohenden Gefahr der Triage in den steirischen Spitälern immer noch an dem Plan fest, auch gegen den Widerstand der Bevölkerung zahlreiche Spitäler in der Steiermark zu schließen?

Ich bitte um Beantwortung. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 14.26 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich erteile Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (14.27 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren!

Frage 1 beantworte ich wie folgt: Sie wissen alle, die ursprüngliche Zulassung von Biontech/Pfizer durch die Europäische Arzneimittel Agentur (EMA) sah die Entnahme von fünf Impfdosen pro Fläschchen vor. Am 08. Jänner wurde dann von der EMA bekanntgegeben, dass pro Fläschchen eine sechste Impfdosis entnommen werden kann. Tage später habe ich dann, weil bislang keine Information vom Gesundheitsministerium bei uns eingegangen ist, in einer Videokonferenz mündlich die Nachfrage gestellt, ob auch in Österreich diese sechste Impfdosis pro Fläschchen verimpft werden kann und das wurde mir dann auch vom Gesundheitsministerium mündlich bestätigt. Sie wissen, die BBG, diese

BundesbeschaffungsgesmbH-Plattform, wurde ab 05. Jänner für die Pflegewohnheime, und zwar anfangs nur für die Pflegewohnheime, freigegeben. Und zwar noch unter der Annahme, dass in einem Fläschchen fünf Impfdosen drinnen sind. Generell muss aber hier auch angemerkt werden, und das haben mir viele Mediziner bestätigt, auch die KAGes hat mir das bestätigt, dass es durchaus möglich ist, sechs Impfdosen rauszubekommen. Die siebente Impfdose aber nicht immer aus dem Fläschchen herauszubekommen ist, dass das oft jenen vorbehalten ist, die viel Umgang haben mit dem Herausziehen von Dosen, und, was auch noch dazugesagt werden muss, bei den Lieferungen dieser Impffläschchen war auch gar kein Impfbesteck für die 7. Impfdosis dabei. Im Rahmen der zweiten Teilimpfung ist aber ganz klar, auch bei der Bestellung selbst schon, dass mit sechs Impfdosen pro Fläschchen bestellt wurde. Also sind wir lange davon ausgegangen, und es wurde auch lange so bestellt, fünf Impfdosen pro Fläschchen.

Frage 2: Ich habe es in der ersten Frage erwähnt, aber der Großteil der Bestellungen wurde somit mit fünf Dosen pro Fläschchen kalkuliert. Das hat natürlich dann viele Pflegewohnheime und später auch die Krankenanstalten, die Covid-Stationen von den Krankenanstalten, vor die Herausforderung gestellt, dass sehr, sehr kurzfristig und vor allem zusätzliche im Nachhinein genehmigte Impfdosen verimpft werden können, verimpft werden sollen und ich glaube, da sind wir uns alle einig in diesem Haus, verimpft werden müssen. Denn, was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass auch nur eine einzige Impfdosis verschwendet wird. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen)* Eine weitere Herausforderung ist natürlich dahingehend gegeben, dass diese Impfungen ja zu verdünnen und aufzubereiten sind. Das heißt, sobald ein Impffläschchen geöffnet wurde, musste dieses Fläschchen innerhalb von 2 bis 4 Stunden verbraucht werden, und auch alle Fläschchen, die noch nicht offen waren, aber schon geliefert waren, mussten innerhalb weniger Tage verbraucht werden. Und ich darf hier ein Beispiel nennen: Zum Beispiel ein Pflegewohnheim mit 96 Bewohnerinnen und Bewohnern. Bestellung am 05. Jänner abgegeben, in der Annahme 5 Impfdosen pro Fläschchen. Verimpfungstermin z.B. der 08. Jänner, bevor die Bekanntgabe von der EMA war, und vor allem auch, bevor vom Bund bestätigt wurde, dass nach der EMA 6 Impfdosen verimpft werden dürfen. Also 96 Personen, bestellt 20 Fläschchen. Nach Bekanntgabe der EMA 120 Impfdosen und nicht 100 in diesen 20 Fläschchen. Bei findigen Ärzten und Ärztinnen sind sogar 140 Impfdosen rausgegangen, d.h., 96 waren gelistet für die Impfung, und wenn man sich wirklich bemüht hat, es war auch nicht immer möglich, hatte man 140 Impfungen. Das heißt, man musste kurzfristig 44 Personen finden, die sich zusätzlich innerhalb kürzester Zeit impfen lassen. Wir haben

jetzt seitens des Landes, und das zuständige Referat für Plegemanagement hat dann den Pflegewohnheimen Ende des Jahres 2020 an die Impfkoordinatoren geschrieben, die Impfwilligen festzustellen, dabei auf die Priorisierung nach Bewohner_innen, Personal, externe Dienstleister und Freiwillige, die regelmäßig in den Heimen sind, ich darf da von Hospizdienst reden, von Seelsorge sprechen, aber natürlich auch von körpernahen Dienstleistern, und darauf wurde klar verwiesen. Außerdem wurde in einer weiteren Information die Anfertigung von Impfwartelisten empfohlen. Diese Impfwartelisten sind natürlich in Wirklichkeit erst dann zum Zug gekommen, wie wir gesehen haben, es gehen wesentlich mehr Impfdosen raus, als eigentlich bestellt wurden. Aber es gab die Information zur Anfertigung von Impfwartelisten und hier wurde, sollten Impfdosen übrigbleiben, zum einen auf die Priorisierung des nationalen Impfgremiums hingewiesen und zum anderen Personen mit einer regelmäßigen Tätigkeit oder regelmäßigem Aufenthalt in Pflegewohnheimen sowie engste Kontaktpersonen angeführt. Außerdem gab es sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene Gespräche dazu mit der Ärztekammer.

Zur Frage 3: Diese Vorgaben werden von der Zulassungsbehörde, der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) gemacht. Wie bereits erwähnt, durften laut Zulassung im Dezember nur 5 Impfdosen aus einem Fläschchen gezogen werden, seit 08. Jänner 2021 6 Impfdosen, und sollte es möglich sein, eine 7. Impfdose herauszubekommen, wird diese Impfdose „Off-label“ verimpft.

Zur Frage 4: Ab wann die Herdenimmunität besteht, das ist natürlich eine berechtigte und sehr, sehr gute Frage, die ich Ihnen aber leider nicht ausreichend beantworten kann. Es ist nämlich so, dass es unterschiedlich bei Erkrankungen ist. Bei Masern ist es so, dass der Herdeneffekt erst bei einer Durchimpfungsrate von 95 % zum Tragen kommt. Bei Diphtherie kommt der Herdenschutz bereits bei 80 % zum Tragen. Wie hoch die Impfquote jetzt bei Covid-19 sein muss, das weiß man noch nicht genau. Warum? Da sind natürlich zwei Dinge ausschlaggebend. Erstens ist man in der Erforschung noch nicht ausreichend weit, um sagen zu können, schütze ich mich mit der Impfung „nur“ selbst oder schütze ich auch andere und stecke sie nicht mehr an. Das ist bis jetzt nicht ausreichend erforscht. Viele Wissenschaftler gehen daher momentan eher davon aus, dass man für eine Herdenimmunität für Covid-19-Schutz 80-85 % Durchimpfungsrate benötigt. Bisher hat man eher von 60-70 % gesprochen. Und aufgrund der Vertragsabschlüsse durch die EU und weitere Zulassungen von Impfstoffen durch die EMA ist zu erwarten, dass in den nächsten Monaten wesentlich mehr Impfdosen an die Steiermark geliefert werden. Aber auch hier gibt es noch nicht allumfassende Daten. Wir hoffen natürlich, dass weitere Impfstoffe genehmigt werden und zugelassen werden und wir

dann über noch mehr Impfstoffe verfügen. Deshalb kann ich Ihnen hier dazu keine validen Daten nennen, was die Herdenimmunität angeht.

Zur Frage 5: Ich darf hier aus der Impfstrategie des Bundes zitieren: „Österreich beteiligt sich an einer gemeinsamen COVID-19 Impfstoffbeschaffung auf europäischer Ebene, in der alle 27 EU- Mitgliedsstaaten miteingebunden sind. Um die Risiken u.a. einer verzögerten Marktzulassung, der qualitativen Wirksamkeit und Verträglichkeit sowie der Einsatzmöglichkeit bei verschiedenen Bevölkerungs- und Risikogruppen breit zu streuen, wurden und werden Verhandlungen über Vorkaufverträge mit verschiedensten Impfstoffherstellern geführt, damit wir breit aufgestellt sind und es werden unterschiedliche Technologien und Entwicklungsansätze zur Anwendung kommen. Innerhalb der EU werden die reservierten und künftig zur Verfügung stehenden Liefermengen jeweils nach dem Bevölkerungsanteil, und somit entspricht das für Österreich etwa zwei Prozent, aufgeteilt. Die gemeinsame Beschaffung hat natürlich viele Vorteile. Weil die gemeinsame Impfstoffbeschaffung aller EU-Staaten garantiert, dass auch in Österreich ein breites und gemeinsames Portfolio von Impfstoffen angeboten werden kann. Der Bund hat dazu einen Finanzierungsrahmen für den Ankauf der Impfstoffe von 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ich denke, da sieht man wieder, wie gut die Zusammenarbeit in der EU gelungen ist, gerade bei dieser Impfstoffbesorgung, bei der Impfstoffbeschaffung und auch bei den Vorbestellungen, denn allein als kleines Land Österreich, auf das wir alle stolz sind, wäre es sicher nicht so leicht gelungen, an die bis jetzt zur Verfügung gestellten Impfstoffe zu kommen.

Zur Frage 6: Seit 1995 gibt es in der EU ein zentrales Zulassungsverfahren. Für die Pharmaunternehmen bedeutet das, dass sie nicht bei jedem einzelnen Staat Zulassungsverfahren führen müssen. Das heißt, sie müssen nicht mehr in jedem einzelnen Land Anträge in unterschiedlichen Sprachen stellen und auch nicht nach unterschiedlichen Anforderungen einreichen. Will ein Unternehmen ein Medikament nicht europaweit, sondern nur in einem einzelnen Staat oder in mehreren einzelnen Staaten zulassen, gibt es natürlich auch andere Wege als das zentrale Zulassungsverfahren. Und zwar sind zwei bekannt: Das Verfahren der gegenseitigen Anerkennung (MRP) und das dezentralisierte Verfahren (DCP). Im MRP-Verfahren erkennen die anderen ausgewählten Staaten eine bereits existierende nationale Zulassung in einem Mitgliedsstaat an. Im DCP-Verfahren reicht das Unternehmen einen erstmaligen Zulassungsantrag gleichzeitig in mehreren, frei wählbaren, EU-Staaten ein. Jeder Mitgliedsstaat spricht am Ende der Verfahren eine nationale Zulassung aus. Also alles wesentlich komplizierter, als ein zentrales Zulassungsverfahren. Medikamente können in

Europa auch weiterhin – sofern das zentrale Zulassungsverfahren nicht verpflichtend ist – in einem nationalen Verfahren zugelassen werden. Das ist möglich für Arzneimittel, die nur in einem Land auf den Markt kommen sollen. Die Begutachtung des Zulassungsantrages wird von der Medizinmarktaufsicht AGES durchgeführt, die Erteilung der Zulassung erfolgt durch das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen. Was jetzt die Impfstoffe angeht, so hatten wir hier ja letzte Woche ein gutes Beispiel: Die EMA hat AstraZeneca Covid19-Schutzimpfung zugelassen – verbunden mit dem Hinweis, dass es noch nicht ausreichend Daten über die Wirksamkeit bei älteren Menschen gibt, und das nationale Impfgremium hat sich dann dieser Empfehlung angeschlossen.

Zur Frage 7: Die EU hat sich dieses Themas bereits im vergangenen Jahr angenommen, denn die Corona-Krise hat eben gezeigt, wie rasch es zu Verknappungen am Weltmarkt kommen kann. Ich darf hier als Beispiel die Schutzausrüstung nennen. Österreich – als Mitglied der Europäischen Union – wird hier gemeinsam mit der EU an einem Strang ziehen. Die EU-Kommission hat ja bereits Ende letzten Jahres eine neue Arzneimittelstrategie vorgestellt. In dieser finden sich zahlreiche Vorstöße – z.B. die Stärkung der heimischen Produktion, die Stärkung der heimischen Standorte, und die Förderung von Forschung, Innovation und Nachhaltigkeit der Arzneimittelindustrie in der EU. Zudem spricht sich die Kommission auch für eine stärkere Zusammenarbeit bei der Preisgestaltungs- und Kostenerstattungspolitik aus – Leitlinien könnten in diesem Bereich für wesentlich mehr Transparenz sorgen.

Zur Frage 8: Gemäß der Kapazitätsmeldung der Abteilung 08/S4 vom Land Steiermark, welche alle steirischen, fondsfinanzierten Krankenanstalten (KAGes, Krankenhaus der Diakonissen Schladming, Marienkrankenhaus Vorau, Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Graz, Krankenhaus der Elisabethinen Graz, Albert Schweitzer Klinik der GGZ der Stadt Graz) sowie auch die Standorte des AUVA-Unfallkrankenhauses Steiermark (Graz und Kalwang) berücksichtigt, schaut die Bettenbelegung mit gestern wie folgt aus:

Zuerst möchte ich die Normalpflegebetten erwähnen, die Bettenkapazität gesamt:

Bettenkapazität GESAMT:	5.164
Bettenbelegung GESAMT:	3.490
- davon COVID-19:	216
- davon Nicht-COVID-19:	3.274

Das heißt, wir haben derzeit einen freie Bettenkapazitäten von 1.674 Betten, 758 sind hier noch für COVID vorgehalten.

Was die Bettenlage im Intensivpflegebereich angeht:

Bettenkapazität GESAMT:	359
-------------------------	-----

Bettenbelegung GESAMT:	232
- davon COVID-19:	39
- davon Nicht-COVID-19:	193

Derzeit 127 freie Betten, und 106 davon sind für COVID-Patientinnen und Patienten vorgehalten.

Die Frage 9 beantworte ich wie folgt: Grundsätzlich, und ja, Herr Dr. Murgg, Sie haben es schon einige Male gesagt, dass ich es gesagt habe, muss man die Regelversorgung immer von der Versorgung in einer Krisen- und/oder Katastrophensituationen unterscheiden, da unter diesen Gegebenheiten gänzlich andere Rahmenbedingungen zum Tragen kommen. Der aktuell Ihnen allen vorliegende Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025 dient ganz klar als Planungsinstrument für die Regelversorgung, wie sie eben bis 2025 in der Steiermark aussehen soll. Der österreichische Strukturplan Gesundheit ist sozusagen ein bundesweit verbindlicher Rahmenplan und trifft auch Festlegungen in Hinblick auf die Regelversorgung. Wir hatten im letzten Jahr sehr, sehr viele Zusammenkünfte der Landesgesundheitsreferent_innen, und haben bereits, nachdem uns die erste Welle von COVID-19 getroffen hat, beschlossen, alle Länder gemeinsam, dass auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe mit Expert_innen eingerichtet wird, die basierend auf den vorhandenen Expertisen und Erfahrungen in Bezug auf die Corona-Pandemie Inhalte für den zukünftigen Österreichischen Strukturplan erarbeitet, welche dann natürlich in weiterer Folge den Rahmen für die Planungen auf regionaler Ebene im Zuge der Regionalen Strukturpläne darstellen und natürlich auch Berücksichtigung finden werden. Gerade im Hinblick aber auf die Versorgung von Patient_innen mit speziellen Behandlungsbedürfnissen und/oder schweren Krankheitsverläufen – so, wie wir es bei COVID-19 leider sehr, sehr häufig sehen – braucht es eine breite und qualitativ hochwertige Versorgungsstruktur. Aus diesem Grund halten wir auch an der Errichtung von Leitspitälern mit einem breiten Fächerspektrum, bestens geschultem medizinischen Personal und höchster Qualität in der medizinischen Versorgung gemäß dem Steirischen Gesundheitsplan 2035 fest. Es gilt zu berücksichtigen, dass viele Leistungen, die ja heute noch stationär erbracht werden, in Zukunft auch ambulant erbracht werden können – spitalsambulant oder überhaupt im ambulanten niedergelassenen Bereich. Bereits heute wird wesentlich mehr als noch vor vielen Jahren im ambulanten Bereich erbracht. Diese Entwicklung und Ausrichtung ist zeitgleich zu stärken, neben der stationären. Daher ist die ausschließliche Fokussierung auf den Abbau von stationären Betten und Strukturen meiner Meinung nach in der Argumentation viel zu kurz gegriffen. Denn man muss das große Ganze in der Gesundheitsversorgung sehen. Neben den stationären Betten

sind im RSG 2025 auch Tagesklinikplätze und ambulante Betreuungsplätze vorgesehen. Darüber hinaus dürfen wir die neben einem Krankenhaus existierenden und künftig auch auszubauenden Versorgungsstrukturen nicht verdrängen. Facharztzentren, Gesundheitszentren – Sie wissen, wir haben hier pionierhafte Leistung in der Steiermark erbracht, wir haben bereits 12 Gesundheitszentren und natürlich auch der niedergelassene Bereich. Das heißt, es gilt hier eine gute, abgestufte und integrierte Versorgung für die Steirerinnen und Steirer zur Verfügung zu stellen und das ganzheitlich, also als großes Ganzes zu sehen. Und all diese Versorgungsstrukturen zusammen, sowohl im extramuralen, als auch im intramuralen Bereich sowie das Gesundheitswesen ergänzende Einrichtungen sind eben für die Behandlung, für die Versorgung der steirischen Bevölkerung wichtig. Und meiner Meinung nach ist das Wichtigste für die Steirerinnen und die Steirer, dass sie die erforderliche Versorgung bzw. die Leistungserbringung, die sie brauchen, zum richtigen Zeitpunkt bekommen, am richtigen Ort bekommen, und dass es eine optimale medizinische und pflegerische Versorgung ist. Das heißt, der richtige Ort muss meiner Meinung nach nicht immer das Krankenhaus sein. Also bitte betrachten wir das gesamthaft, es geht hier um die beste Versorgung der Steirer und Steirerinnen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP, der SPÖ und den Grünen – 14.46 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich danke Ihnen, Frau Landesrätin, für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Marco Triller.

LTAbg. Triller, BA, MSc – FPÖ (14.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin!

Die EU hat offenbar längst die Herdenimmunität erreicht, leider nur gegen Kritik. Das sagt ein deutscher Journalist des Spiegels, der eben auf diese Problematik der Beschaffung seitens der Europäischen Union aufmerksam macht. Und, Frau Landesrätin, ich muss Ihnen in zwei Punkten schon widersprechen. Sie haben gesagt, die Impfstoffbeschaffenheit war alles andere als gut. Ich glaube, gerade diese Impfstoffbeschaffenheit war grottenschlecht und zum Teil auch miserabel seitens der Europäischen Union. Also das hat einfach nicht funktioniert. *(LTAbg. Majcan, MSc: „Beschaffenheit ist etwas anderes als Beschaffung!“)* Die Impfstoffbeschaffung – ja, mein Gott na. Herr Klubobmann, du weißt, was ich meine. Also die Impfstoffbeschaffung war nicht so gut, wie Sie das jetzt angesprochen haben. Und eines haben Sie ebenfalls angesprochen, und zwar Österreich als kleines Land hätte das nicht zusammengebracht. Schauen wir jetzt Israel an. Von der Größe her kleiner, und Israel hat das

zusammengebracht und Israel ist wahrscheinlich in den nächsten Monaten durchgeimpft, im Gegensatz zu Österreich (*LTA*bg. *Dipl.-Ing. Kinsky*: „*Sie haben aber auch alle Verantwortungen nicht übernommen!*“) und der Europäischen Union. Und eines sagt dieser deutsche Journalist des Spiegels genauso, dass diese Verhandlungen mit den Pharmamultis einfach nicht funktioniert haben und die Europäische Union in diesem Bereich versagt hat. (*Beifall bei der FPÖ*) Warum hat die Europäische Union versagt? Schauen wir beispielsweise in die USA. Die USA hat es bei Verhandlungen geschafft, dass sie bis Ende März rund 220 Millionen Impfdosen zur Verfügung gestellt bekommen, 220 Millionen. Die Europäische Union kriegt weniger als ein Viertel der Dosen bis Ende März, bei viel mehr Einwohnern als die USA hat. Also auch da sieht man schon, dass da etwas nicht funktioniert hat. (*LTA*bg. *Dipl.-Ing. Kinsky*: „*Die Zulassung war viel früher!*“) Die Amerikaner haben unter anderem schon vorher Verhandlungen und Vertragsunterzeichnungen mit Pharmafirmen abgeschlossen. Das hat die Europäische Union ebenfalls nicht geschafft. Na, anscheinend hat die EU gewartet, bis man den Billigimpfstoff AstraZeneca ausverhandelt hat (*KO LTA*bg. *Schwarz*: „*Geh, bitte!*“) und bis zum Schluss abgewartet, dass man den günstiger als möglich bekommt. Und das war ein schwerer Fehler, lieber Herr Kollege. (*Beifall bei der FPÖ*) Spannend wird natürlich, wie das jetzt weitergeht. Wir warten einmal ab, welche Maßnahmen und Verordnungen es seitens des Bundes wieder gibt, aber wenn man da jetzt nicht geimpft ist, wird es schwierig werden, dass man beispielsweise einen Friseur besucht oder beispielsweise auch einen anderen Dienstleister (*KO LTA*bg. *Riener*: „*Maske muss man tragen!*“ – *LTA*bg. *Fartek*: „*Testen!*“) Natürlich testen, aber da sind wir beim richtigen Stichwort. Du hast angesprochen, testen, Kollege *Fartek*. Wie macht denn das z.B. meine Großmutter, die 85 Jahre alt ist, nicht geimpft, ein Handy hat ohne Internet, wie soll sie denn dann den dementsprechenden Code öffnen? Das ist nicht möglich. (*LTA*bg. *Riener*: „*Sie kann zur Teststraße gehen!*“) Und in meiner Gemeinde, in Niklasdorf, hat es heute einen diesbezüglichen Fall auch gegeben, eine ältere Dame, die ein Handy hat, kein Internet, keine EMail-Adresse, (*LTA*bg. *Schweiner*: *Dann hilf doch du deiner Oma!*“) Nein, das hat jetzt mit dem nichts zu tun. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Weißt du, was ich dir sage? Wie soll jemand, der kein Handy hat, euch ist das anscheinend „wurscht“, aber wie soll eine ältere Person (*LTA*bg. *Riener*: „*Wir sind für Solidarität und Unterstützung!*“), die ein Handy hat, kein Internet, keine EMail-Adresse, wie soll das funktionieren? Und heute war eine ältere Dame bei unserem Bürgermeister in Niklasdorf, hat das auch angesprochen, dann wurde bei einer Hotline des Landes Steiermark angerufen und die haben gesagt, sie sind dafür nicht zuständig. Also anscheinend seitens des Landes wird auch nicht geholfen und das ist wirklich

nicht klass. Das muss ich einfach so einmal sagen. (*Beifall bei der FPÖ*) Und Kollege Murgg hat eines auch angesprochen, und zwar die sogenannte Strukturreform, den Regionalen Strukturplan. Wir wissen ja, die Steiermark ist Weltmeister, wenn es darum geht Krankenhäuser zu schließen, Abteilungen zu schließen, Geburtenstationen, Landespflegeheime zu schließen, Gemeinden zu fusionieren – zwangsfusionieren, Bezirkshauptmannschaften zusammenzulegen, und diese Politik wird seitens dieser Landesregierung fortgesetzt. Es gibt den Regionalen Strukturplan, und es wird ganz normal, beispielsweise jetzt in Liezen, weiterhin darauf beharrt, dass man Krankenhäuser schließt, weiterhin darauf beharrt, dass in Zukunft auch Betten reduziert werden. Und genau jetzt, aus dieser Krise, sollten wir eigentlich lernen und genau das Gegenteil machen. Weil, es ist meines Erachtens schon etwas widersprüchlich, wenn man einerseits von der Überlastung der Krankenhäuser durch diesen Virus auch spricht, aber andererseits beklagt, dass man Betten reduziert. Und diese Bettenreduktion spricht einfach nicht dafür. Kollege Murgg hat auch eines angesprochen, dass China es geschafft hat, zwei Krankenhäuser innerhalb von zwei Wochen oder so aufzubauen. Warum haben wir es in Österreich nicht geschafft, beispielsweise einfach wieder das Heeresspital – das wäre die einfachste Übung gewesen – wieder herzustellen, was damals der SPÖ-Verteidigungsminister Darabos einfach so zugedreht hat. Und wir wissen, dass die Pandemie auch in Zukunft ein großes Bedrohungsszenario für Österreich und für unsere Menschen auch ist. Und viele von euch haben eines in der Schule damals noch gelernt, die sogenannte umfassende Landesverteidigung. Diese umfassende Landesverteidigung wird überhaupt nicht mehr in der Schule angesprochen. Sogar in meiner Generation ist das noch im Sachunterricht in der Volksschule gelehrt worden. Die umfassende Landesverteidigung mit der militärischen, wirtschaftlichen, geistigen und zivilen Landesverteidigung. Und das müssen wir wieder umsetzen. Es ist ein Verfassungsgesetz, steht in der Bundesverfassung drinnen und daran haben wir uns zu halten. Und ich glaube, wenn wir diese umfassende Landesverteidigung – sei es jetzt im Krisen- und Katastrophenbereich, die zivile Landesverteidigung – einhalten und auch umsetzen, dann tun wir uns bei den nächsten Krisen und Katastrophen um einiges leichter. Aber da ist natürlich jeder einzelne von uns auch gefragt, sich an das zu halten, das auch umzusetzen, das auch weiter zu vermitteln, den Kindern zu vermitteln, dass es wichtig ist für unseren Staat in Österreich und für unsere Steiermark. Und ich darf ganz kurz auch zu den KPÖ-Anträgen etwas sagen. Dr. Murgg, danke für das Einbringen der Dringlichen Anfrage, es ist ein extrem wichtiges Thema. Uns geht es ja vor allem jetzt in unserem Entschließungsantrag nachher auch um die Strukturhaltung, um keine Bettenreduktion. Ihr

habt einen Antrag eben mit der Strukturhaltung der Krankenhäuser, da gehen wir auf jeden Fall mit. Wo wir nicht mitgehen können, ist bei den beiden anderen Anträgen „Maßnahmen zur Steigerung der Impfstoffherstellung und Impfstoffversorgung in Österreich verbessern“ – bei der Impfstoffherstellung geht uns das ein bisschen zu weit, dass man Patentinhaber und Hersteller mehr oder weniger aufzwingt, ihre Patente freizugeben oder auch das Erforschte freizugeben, dass man in weiterer Folge das staatlich auch verwenden kann. Und zu dem zweiten Punkt von diesem Antrag, mit der EU-Ebene, dass die Europäische Union angehalten ist, da mehr zu tun, ja, wir geben der Europäischen Union die Schuld an diesem Ganzen. Die hat in diesem Bereich einfach versagt und bei der Impfstoffversorgung in Österreich, ja, ich glaube, dass das rechtlich nicht möglich ist, dass jetzt die Landesregierung beispielsweise in Japan oder in Russland oder wo auch immer, wo es die zugelassenen Impfstoffe gibt, anzurufen und sagt, ja, wir würden das auch gern für die Steiermark verwenden. Ich glaube, das ist rechtlich nicht möglich. Da können wir nicht mitgehen mit diesen beiden Anträgen. Aber, Herr Kollege Murgg, vielleicht haben wir wieder einmal eine Delegationsreise in Jaroslaw, dann können wir ja vielleicht um den Sputnik anfragen. Das wäre eine Möglichkeit. Der ist in der Europäischen Union nicht zugelassen.

Ich darf aber trotzdem meinen Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, vom Projekt „Leitspital Liezen“ sowie von weiteren potentiellen Zentralisierungsvorhaben und von Bettenreduktionen im steirischen Spitalswesen Abstand zu nehmen und stattdessen die bestehenden Krankenhausstrukturen durch sinnvolle Schwerpunktsetzungen aufzuwerten.

Wir wissen, in Liezen haben wir ein dementsprechendes Ergebnis bei einer demokratischen Volksbefragung auch gehabt, zwei Drittel der Liezener Bevölkerung sind für den Erhalt der drei Spitäler. Ich glaube, das hat die Landesregierung auch umzusetzen, dieses demokratische Ergebnis, nachdem ja die Sozialdemokratie vor der Landtagswahl sich ganz stark auch dafür eingesetzt hat, vor allem Kollegin Grubesa auch in ihrer Heimatgemeinde Bad Aussee. Ich glaube, es ist wichtig, dass man davon absieht, dass man in die Zukunft auch schaut und dementsprechende Maßnahmen zur Eindämmung künftiger Pandemien oder sei es jetzt der Coronavirus, setzen kann, dass man Maßnahmen setzt, um dem Ganzen Einhalt zu gebieten. Vielen herzlichen Dank.

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Georg Schwarzl.

LTAbg. Schwarzl – Grüne (14.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Zuseherinnen und Zuseher via Livestream!

Kollege Triller hat heute schon in einer vorigen Wortmeldung ganz richtig gesagt, dass Pandemien eine realistische Bedrohung sind. Nicht nur aktuell, man hat es eben auch schon in der Vergangenheit gewusst, und es ist natürlich auch richtig, dass solche Bedrohungen auch in der Zukunft wieder uns mit voller Härte treffen können. Kollege Murgg ist sogar noch weiter gegangen und hat gesagt, wir werden wahrscheinlich mit Pandemien auch in Zukunft leben müssen. Und das ist, wie gesagt, richtig, dass auch die verschiedensten Virusstämme hier generell im Umlauf sind. Ich würde aber sagen, ich bin da vielleicht noch ein wenig positiver und sage, es gibt schon zwei sehr wichtige Punkte, die man bei der ganzen Thematik bedenken kann oder um die man sich kümmern muss, um solche Pandemien einerseits zu verhindern. Denn man kann schon noch fragen, warum entstehen solche Pandemien, woher kommen solche Krankheitserreger, was passiert, dass solche Viruserkrankungen von Tieren auf Menschen übergehen? Ich bin mir sicher, da werden wir in einer anderen Landtagsdebatte noch einmal darüber reden können. Und das andere natürlich auch. Wie können wir es schaffen, als Bevölkerung, als Gesellschaft, generell auch gesünder zu sein, im Gesundheitsbereich mehr auf Prävention zu setzen, damit wir dann nicht so anfällig sind, wenn es zu so einer Pandemie kommt? Und da ist es natürlich ganz wichtig, wenn wir über Prävention reden, auch eine Spitalsdebatte zu führen, ich glaube aber, sie ist auf alle Fälle nicht vollständig. Denn, wenn wir über Gesundheitsversorgung reden, wenn wir über Prävention reden wollen, dann müssen wir über noch viel mehr Möglichkeiten reden. Über Primärversorgungseinrichtungen, über den niedergelassenen Bereich, über noch ganz viele andere Gesundheitsberufe, die einen Erstkontakt oft zu Menschen haben, die ja in einem idealen System noch gesund sind, wenn sie mit dem System in Kontakt kommen, und nicht erst kranke Menschen behandelt. Und da ist ein ganz ein wichtiges Problem eben begraben, glaube ich auch, wo in den letzten Jahren leider darauf vergessen wurde oder das nicht in richtiger Weise umgesetzt worden ist, dass bei dem angesprochenen Thema in der Obersteiermark, wo es um die Spitalsdebatte geht, rechtzeitig dafür zu sorgen, Strukturen aufzubauen, die auch bei der Bevölkerung ankommen und da ist mir ganz klar, und ich glaube, das muss man auch wieder einmal hervorheben, das ist quasi nicht auf Ihrem Mist

gewachsen, Frau Landesrätin, dass das nicht passiert ist. Weil, da waren Sie noch nicht die zuständige Landesrätin, sondern das ist eben schon in vorigen Perioden passiert. Was man aber schon machen kann, ist, an der Stelle noch einmal umzudenken und Sachen zu hinterfragen. Weil, ich glaube, es ist ganz klar, dass, wenn wir darüber reden werden heute auch noch, dass wir zu wenig Geld haben für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, wenn wir darüber reden, dass wir zu wenig Geld im Pflegebereich haben, zu wenig Geld, wie wir es schon ganz oft gehabt haben, für Elementarpädagog_innen, ist schon zu hinterfragen, ob es sinngemäß ist, bewusst bei einem Projekt, wo man mittlerweile aufgrund neuer Erkenntnisse weiß, dass das in dem Ausmaß nicht sinnvoll ist und vor allem extrem viel Geld verbrennen wird, ob man dann wirklich daran festhalten will. Und vielleicht ist das eben auch genau ein Punkt, wo wir als Politikerinnen und Politiker, wo Sie als Landesrätin die Möglichkeit hätten, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wieder mehr zu stärken, wenn man es schafft, sich hinzustellen, und zu sagen, okay, wir haben jetzt neue Erkenntnisse, wir wissen jetzt neue Sachen, und das Grundstück wird extrem viel Geld fressen, wenn wir es so hinkriegen wollen, dass es nicht in ein paar Jahren wieder zu Schäden kommt. Wir wissen, es ist ein Hochrisikogrundstück, sondern da an dem Plan noch etwas ändert und anpasst.

Und aus dem Grund möchten wir auch diesmal wieder den Antrag einbringen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den geplanten Bau des Leitspitals auf einem „Hochrisikogrundstück“ im Bezirk Liezen zu stoppen,
2. im Rahmen einer Nachdenkpause über einen Konzeptwettbewerb bzw. Ideenwettbewerb mit offenem Ausgang neue Ideen und Konzepte für eine optimale Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen einzuholen,
3. die gesamte Versorgungsstruktur im Bezirk Liezen (Gesundheitszentren, Facharztzentren, niedergelassener Bereich, Spitalsstandorte, Notarztstützpunkte etc.) nachvollziehbar darzustellen und das tatsächlich geplante Gesamtleistungsspektrum für die Bevölkerung offenzulegen und
4. die Etablierung des Schwerpunktkrankenhauses – im Zusammenspiel mit den Standorten Bad Aussee und Schladming – am Standort Rottenmann zu prüfen und als zukunftsfähige Alternative zum geplanten Leitspital Stainach vorzulegen. Mit der Bitte um Annahme.

Und ich möchte an der Stelle noch kurz auch natürlich was zur Impforganisation sagen, denn, wie Frau Landesrätin auch richtig gesagt hat, bezüglich der Impflieferungen ist es ja auch nicht unwahrscheinlich, und das ist ja auch schon bekannt, dass es nach dem aktuellen

Lieferengpass durchaus zu der Situation kommen kann, dass dann sehr schnell, sehr viel Impfstoffe geliefert werden und da ist es wichtig, auch noch einmal hervorzuheben, was die Aufgaben der Landesregierung/des Landes sind in dieser ganzen Organisation der Impfstrategie. Denn wir haben es ja medial sehr stark gefeiert, dass jetzt das Land zuständig ist. Aber da müssen wir jetzt eben auch diese Verantwortung wahrnehmen, da geht es um das Testen, Impfen, und vieles mehr, dass, wenn wir diese Impfstoffe dann zur Verfügung haben, die Organisation steht und diese Impfstoffe auch möglichst schnell an alle, die sie wollen, auch verimpft werden können. Dankeschön. *(Beifall bei den Grünen – 15.04 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (15.04 Uhr): Danke fürs Desinfizieren. Danke Herr Präsident fürs Wort. Geschätzte Frau Landesrätin, werte zuhörende Kolleginnen und Kollegen und liebe noch Verbliebene via Livestream!

Sie wissen ja, wir haben, seit diese Pandemie ausgebrochen ist, ein sehr gutes Austauschmodul via Videokonferenzen zwischen den Klubobleuten und der Landesregierung, dafür auch noch einmal ein Dankeschön, das funktioniert sehr gut. Auch jetzt habe ich, oder gestern habe ich gesehen, dass wir auch diese Woche wieder zusammenkommen werden in der Form und Informationen bekommen. Das letzte Mal, das habe ich noch sehr gut im Kopf, da war nämlich eines der Hauptthemen natürlich diese Impfstrategie, weil klar war, jetzt gibt es vonseiten der Bundesregierung etwas, und die Frage für uns alle war natürlich: Was macht die Steiermark? Und es ist ganz klipp und klar uns auch gesagt worden, wir werden da als Steiermark, als Bundesland nicht ausscheren, sondern es gibt eine Impfstrategie des Bundes, an die wir uns größtenteils halten werden oder wo es nur marginale Abweichungen gibt. Jetzt kann man natürlich sagen, kann man darüber diskutieren, ob man die Strategie des Bundes für gut oder für schlecht hält. Das ist eine Sache. Auf der anderen Seite muss man aber dazu sagen, auch wenn man das Vorhaben geplant hat und sagt, die haben eine Strategie, das ist für uns einleuchtend, wir werden sozusagen dem folgen, sollte man meiner Meinung nach schon auch sowas wie einen Plan B in der Tasche haben, nämlich, was tun wir, wenn das eine oder andere nicht funktioniert? Und jetzt haben wir schon erlebt, was diese Impfungen anbelangt, dass viele Situationen eingetreten sind, die so nicht vorauszusehen waren, wo wir dann eben keinen Plan B hatten. Und ich will jetzt gar nicht auf die Details eingehen, der Kollege Murgg hat das eh schon sehr genau ausgeführt. Was in letzter Zeit, und Sie wissen das alle, ich bin

nicht die Einzige, wo Bürger und Bürgerinnen sich melden, anrufen oder ein E-Mail schreiben und entweder ihren Unmut kundtun oder Fragen haben oder so – Sie kennen das alle – und ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie diesen Satz, den ich jetzt sagen werde, selbst sehr oft gehört haben. Ganz viele Steirerinnen und Steirer, die sich bei mir melden, leiten oft ihre Wortmeldung - sage ich jetzt einmal, sind nicht immer alle fein - oder ihr Anliegen, nennen wir es so, mit dem Satz ein: Sagen Sie einmal, was hat denn die Bundesregierung im Sommer eigentlich getan? Das haben Sie wahrscheinlich auch alle schon sehr oft gehört, na? Weil man den Eindruck hat, und ich sage jetzt nicht, dass die Bundesregierung im Sommer nichts getan hat, ich weiß auch, dass die Landesregierung den Sommer über durchgearbeitet hat, aber man muss sich die Frage natürlich gefallen lassen, und zwar aus folgendem Grund: Seit Ausbruch dieser Pandemie wünschen wir uns, dass es ein Mittel dagegen gibt. Sei es in Form einer Impfung oder einer Tablette oder sonst irgendwas. Und jetzt ist die Frage natürlich legitim, dass, wenn wir jetzt diesen Impfstoff endlich haben oder wenn der zur Verteilung da ist, und das dann zum Teil so chaotisch abläuft, wie es halt jetzt passiert ist, dass die Menschen sich fragen, ja, wann hat man denn begonnen, darüber nachzudenken, wie das mit der Verteilung und wie das mit den Prioritäten ist. Also, ich sehe das auch so. Ich frage mich auch, irgendetwas muss ja von Anfang an mit der Überlegung, was tun wir, wenn so ein Impfstoff da ist, befasst gewesen sein. Und ich sage nicht, dass das leicht ist. Also ich möchte es nicht machen müssen. Ich glaube, dass das logistisch ganz, ganz aufwendig ist und ich ziehe meinen Hut vor allen, die da jetzt darüber nachdenken und das tun. Aber man muss auch wirklich so ehrlich sein und sagen, für das, dass wir im März in Österreich den ersten Lockdown hatten und von dort weg auf einen Impfstoff gehofft haben, geht es ein bisserl schleppend oder? Sehe ich so, ja. Jetzt kann man natürlich auch hergehen und sagen, gut, es ist jetzt so, wir versuchen das Beste herauszuholen. Man kann aber natürlich auch hergehen und jetzt bin ich eigentlich wieder dort, wo ich schon bei meiner ersten Wortmeldung heute war, wo es um ganz was Anderes ging, man muss halt auch vielleicht überlegen, wo gibt es denn noch Leute, die sich was überlegt haben, die vielleicht nicht unbedingt meiner Fraktion angehören, was gibt es denn noch für Varianten, was könnten wir uns anschauen? Wir haben dementsprechende Vorschläge in Form von Entschließungsanträgen wieder gegossen. Wir sagen, es ist klar, wir müssen bei der Impfstoffversorgung in Österreich was verbessern, und ich glaube, wenn ich mich heute am Hauptplatz hinstelle und das sage, wird mir vermutlich niemand, der da vorbeigeht, widersprechen, ja. Ich weiß nicht, ob sich hier jemand laut widersprechen traut. Es ist ja klar, es haut nicht hin, so wie es wir uns wünschen, ja. Und was wir auch sagen, wir brauchen

Maßnahmen zur Steigerung der Impfstoffherstellung, denn, jetzt wissen wir mittlerweile auch, so wie es gedacht war, soviel kriegen wir nicht zu dem Zeitpunkt, damit wir mit dem Plan dort liegen, wo eigentlich die Strategie des Bundes uns hinführt. Es fehlt uns was. In diesem Sinne werde ich jetzt auch, damit ich es nicht vergesse, der Kollege Murgg und ich gehören ja schon zur Fraktion der Vergesslichen, auch zuerst die Entschließungsanträge einbringen, und zwar der Erste: Impfstoffversorgung in Österreich verbessern!

Da stellen wir folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. zusätzlich zu den derzeit favorisierten Impfstoffen, den Ankauf weiterer, in anderen Staaten bereits zugelassener und in Verwendung befindlicher Impfstoffe in Erwägung zu ziehen und
2. an die Bundesregierung heranzutreten, eine öffentliche Initiative zur Erzeugung von Medikamenten und Impfstoffen in Österreich zu starten.

Ich bitte um Annahme.

Und der zweite Entschließungsantrag lautet wie folgt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 ermöglichen. Dabei sollen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft bzw. geschaffen werden, um Patentinhaber und Hersteller zur Vergabe von Lizenzen und zum Transfer des technologischen Knowhows zu veranlassen sowie einen Zugang zu biologischen Ressourcen zu ermöglichen.
2. Auf EU-Ebene alle Maßnahmen zu unterstützen, die zu einem raschen Ausbau der Produktionskapazitäten für Covid-19-Impfstoffe beitragen, wie insbesondere
 - auf einige der Verpflichtungen aus dem TRIPS-Abkommen zum Schutz und zur Durchsetzung von Patenten, Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, gewerblichen Mustern und nicht offengelegter Informationen für Medikamente, Impfstoffe, Diagnostika und Schutzmaterialien zur Bekämpfung der Corona-Pandemie so lange zu verzichten, wie diese andauert,
 - als Notmaßnahme gem. Art. 122 EU-Vertrag die Vergabe von Lizenzen für Impfstoffe zumindest für die Dauer der Corona-Krise anzuordnen.

Jetzt gleich zum Herrn Triller, weil Sie auch gesagt haben, da können Sie nicht mit, weil...., jetzt haben Österreich und andere Länder auf der ganzen Welt Milliarden an öffentlichen Geldern in die Forschung investiert – Milliarden – ja, so gesehen sagen wir, ist es durchaus legitim, dann auch von Patentinhabern und Herstellern zu fordern, jetzt trägt ihr euren Teil

dazu bei. Das ist unsere Ansicht. Wir wissen, ihr habt da ja auch, was andere Verteilungsvarianten anbelangt, andere Vorstellungen. Aber nur zur Erklärung, warum wir durchaus das als legitime Forderung so stehen lassen möchten. Das sind unsere Entschließungsanträge. An dieser Stelle, danke an die Landtagsdirektion, die immer den rechtzeitigen Zettel auch parat hat. Und jetzt noch zu deinen Antworten, liebe Juliane, du hast, was die Bettenkapazität anbelangt, ausgeführt, wie viele jetzt noch frei sind. Und das ist irgendwie eine beeindruckende Zahl, wenn man sagt, na boah, eh, alles noch frei. Jetzt muss man aber schon dazusagen, das ist halt jetzt Ist-Stand. Wäre der Plan schon weiter fortgeschritten, der RSG, hätten wir bedeutend weniger Betten und in dem Zusammenhang erinnere ich euch an die Tatsache Hörgas, wie froh wir zu Beginn waren, dieser Pandemie, dass Hörgas noch nicht verkauft ist. Das wäre nämlich eigentlich auch schon weg. Also so gesehen, glaube ich, ist es jetzt nicht ganz ehrlich zu sagen, macht euch keine Sorgen, wir haben so viele Betten frei. Euer Plan ist ja, ganz viele Betten zu schließen. Und jetzt stellen wir uns dieselbe Situation dann noch einmal vor und sagen, es kommt irgendeine andere Art von Virus oder wir sind noch einmal in der Situation, dass wir unter so einer Pandemie leiden müssen, und wir haben dann schon 900 Betten weniger in der Steiermark, ja dann meine Herrschaften, schaut die Situation ganz anders aus und auf das möchte ich noch einmal hinaus. Einen Punkt möchte ich noch ausführen, und zwar was mir, vielleicht habe ich schlecht aufgepasst, ich schicke das jetzt einmal voraus, oder war ich unkonzentriert oder habe es überhaupt, weil ich mittlerweile auch schon nicht mehr gut höre, nicht nur schlecht sehe, zu Punkt sechs unsere Frage: Ist Österreich von einer EU-weiten Zulassung eines Impfstoffes abhängig oder kann Österreich selbständig entscheiden, welche Impfstoffe zum Einsatz kommen sollen? Habe ich jetzt in Erinnerung, dass du sehr genau ausgeführt hast, wie das funktioniert, aber mir ist nicht bewusst war das jetzt „ja“ oder „nein“? (*Landesrätin Dr. Bogner-Strauß*: „Ja.“) Ja, das war ein ja. Dann danke ich jetzt, dass ich da noch einmal nachfragen durfte und möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir bei dem Entschließungsantrag der Grünen eine punktuelle Abstimmung beantragen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ – 15.13 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Matthias Pokorn.

LTabg. Dr. Pokorn – ÖVP (15.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Es sind jetzt extrem viele Punkte angesprochen worden. Ich versuche mich da wirklich zu beeilen, damit wir das in den fünf Minuten unterbringen. Auf der Welt gibt es jetzt knapp acht Milliarden Menschen, das heißt wir bräuchten 16 Milliarden Dosen und das lieber gestern als heute, dass das mit allen Produktionskapazitäten von jeglichen Pharmafirmen nicht zustande zu bringen ist, ist hoffentlich einleuchtend. Ich möchte nur in diesem Sinne gleich den Herrn Abgeordneten Triller etwas ausbessern, bezüglich seiner Angaben über die Impfdosen, die sich die EU gesichert hat, Sie haben da angegeben, knapp ein Viertel von Amerika. Ich sage jetzt einmal nur kurz, im November hat sich die EU 300 Millionen Dosen von Pfizer/BioNTech gesichert. Daraufhin wurde dieser Vertrag verdoppelt auf 600 Millionen Dosen. Von Moderna 160 Millionen Dosen, insgesamt schon einmal 760 Millionen Dosen, AstraZeneca 400 Millionen Dosen, Johnson & Johnson 400 Millionen Dosen, GSK-Sanofi 300 Millionen Dosen, CureVac und Bayer 405 Millionen Dosen. (*LTA*bg. Triller, BA, MSc: „Bis Ende März nur.“) Das Nächste, was ich jetzt sagen möchte, in der Steiermark, wir halten uns da auch ganz klar an die Impfstrategie bzw. an die Priorisierungsstrategie des Bundes. In den Pflegeheimen, das, was wir vorher angesprochen haben, Herr Kollege Murgg, Sie haben gesagt, das ist die vulnerabelste Gruppe, genau dort gehen wir hin, dort impfen wir. Wir sind jetzt gerade in der Phase, dass die Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner die zweite Teilimpfung erhalten. Gleichzeitig wird das Personal in den Krankenhäusern, die Ärzte, die Schwestern, Pflegebedürftige bekommen bei uns die Impfungen, wir sind dran. Was hat die steirische Landesregierung noch gemacht zum Weiterschreiten dieser Pandemie? Wir haben die Anmeldung für über 80-Jährige vor einer Woche gestartet. Wir haben die Anmeldung für 16 bis 80-Jährige gestern gestartet. Es sind Stand heute: 151.000 Personen angemeldet. Hier kommt es zu einer Reihung nach Vorerkrankungen, nach Alter, dass wir genau die Personen erwischen, die Hochrisikopatienten sind. Wir haben 22 permanente Teststraßen, die für die Bevölkerung von Montag bis Samstag offen sind. Wir haben die Einbindung von Hausärzten, der ÖGK, Ambulatorien und Gemeinden geschaffen, dass wir dieses Problem gemeinsam angehen. Wir werden auch Impfstraßen starten, und da muss ich eines dazu sagen, dass, was ich Ihnen jetzt gerade gesagt habe, das ist kein Impfchaos, das ist verantwortungsvolle Gesundheitspolitik für die Steiermark. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Bezüglich dem Entschließungsantrag der KPÖ bezüglich Patente und Impfstoffherstellung: Muss ich ehrlich sagen, glauben Sie wirklich, wir haben alle im Keller so eine Maschine, wo man lässig einen Hightech-Impfstoff mit mRNA herstellen? Das zaubern wir jetzt einfach aus dem Hut. Also ich muss ehrlich sagen, da wird 15 Jahre lang an diesem Trägerstoff geforscht und wir werden jetzt so unten im Keller die Maschine starten. Ich muss ehrlich sagen, Sie hätten sich gestern

das Interview vom Dr. Sahin, das ist der Chef von BioNTech anhören sollen, das war im ZDF, sie haben bereits 16 Kooperationen mit anderen Pharmafirmen, darunter auch Sandoz, ist ein österreichisches Pharmaunternehmen, zum Beispiel auch Sanofi – französisch. Es ist einfach so, dass ein Produktionsstandort nicht so mir nichts dir nichts aufgebaut werden kann. Das dauert sechs Monate, dann erfolgen Qualitätskontrollen und Qualitätstests der Zulieferfirmen. Und wenn Sie zufällig das Interview mit dem deutschen Bundesminister Spahn auch noch vielleicht gestern angeschaut haben, der ist nämlich auch dafür, und zu dem stehe ich auch ganz, kein Auferlegen von Regeln, sondern ein gemeinsames Vorgehen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Gut, Herr Kollege Schwarzl, wie kommt man zu solchen Viren? Wir wissen es. Wir haben leider da einfach eine relativ hohe Mutationswahrscheinlichkeit und vor allem bei Befall von anderen Tiergattungen, und aus dem Grund sollten wir in dem Bereich auf die Hygiene besonders achten, um da nicht noch einmal von so einer Pandemie getroffen zu werden. Ich möchte jetzt noch eines dazu sagen: Gegner sind hier nicht die Landesregierung, nicht die Bundesregierung, nicht die EU, sondern das Virus. Vielen Dank meine Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.18 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reif.

LTAbg. Reif – NEOS (15.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer!

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich nur ganz kurz was sagen. Und zwar ich bin sehr, sehr froh, dass ich in Österreich lebe und das Gesundheitssystem in Österreich genießen kann und nicht wenn es dann auch heißt, in China haben wir in zwei Wochen zwei Krankenhäuser gebaut, und das sind aber reine Containerkrankenhäuser, also da bin ich wirklich froh, dass ich in unseren schönen und ordnungsgemäß bebauten Krankenhäusern betreut werde, wenn ich was habe. *(KO LTAbg. Riener: „Super, bravo.“)* Weiters bin ich auch froh, dass ich nicht in Amerika lebe, wo ich zuerst das Geldtascherl aufmachen muss, wenn ich ins Krankenhaus fahre, sondern in Österreich, wo ich eingeliefert werde und einmal behandelt werde und erst dann gefragt werde, ob ich überhaupt versichert bin. *(KO LTAbg. Riener: „So ist es, genau.“)* Und drittens zu Israel: Israel ist super und sicher, manche nennen es Vorreiter, aber allerdings dieser Tauschhandel mit den Daten, was die wenigstens behirnen, ist vielleicht auch nicht gerade das Geschickteste, was ich machen kann. Und nun komme ich zu meinen Ausführungen.

Neben den Auswirkungen, welche wir durch die Corona-Krise gekriegt haben und die sie mitbringt, über die wir heute schon gesprochen haben oder noch sprechen werden, wie die Übersterblichkeit von Bewohner_innen in Pflegeheimen, die enormen Herausforderungen für das gesamte Gesundheitssystem und Gesundheitspersonal und die Menschen in systemrelevanten Berufen, den Einbruch der Wirtschaft und dadurch einhergehende Rekordarbeitslosigkeit, die Folgen der Krise auf die Ausbildung unserer Kinder und die psychische Belastung unter denen viele, besonders junge Menschen derzeit leiden, stehen wir nun vor einem weiteren Problem, das ist die Verabreichung der COVID-Impfung. Die schon so lange erwartete Impfung, welche immer mit der Rückkehr zu einer Normalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Verbindung gebracht wird, ist mittlerweile schon ein Synonym für Freiheit geworden. Allerdings muss ich da schon unterscheiden, zwischen der wirklichen Impfung und dem gesamten Drumherum. Beim Impfen selbst, sofern halt Impfstoff vorhanden ist und auch dieser auch an jene Personen verabreicht wird, welche ihn als erstes bekommen sollten, habe ich bis jetzt nicht wirklich was Negatives gehört. Die Impfung wird von den Geimpften zum Großteil ohne irgendwelche Nebenwirkungen vertragen und die meisten Befragten, das geht aus einem Kleine Zeitung Artikel hervor, wenn sie was spüren, dann ist es ein Ziehen in der Hand und das ist oft weniger als wie bei einer Grippeimpfung. Also, das heißt, die Impfung kann ich wirklich jeden nur ans Herz legen und selbstverständlich werde ich mich, sobald ich auch dran bin, auch impfen lassen. Kommen wir zum gesamten Drumherum. Dass die ganze Situation nicht einfach ist und für alle einmal Herausforderung und Erfahrung ist, das haben wir auch da herinnen schon vielfach und oft gehört. Aber während des fieberhaften Hinwartens auf die Zulassung der Impfung wäre bereits die Zeit reif gewesen, an einer effizienten und transparenten Durchführung der Impfstrategie zu arbeiten. Derzeit weiß leider niemand genau, wann er seine Impfung tatsächlich erhalten wird und auch nicht, wann sie die Eltern oder Großeltern kriegen, geschweige denn, wann er seine Freunde, Schulkameraden und Bekannte wieder treffen kann. Weiters wird dieses Durcheinander von politischen Funktionären, und da konkret von Bürgermeister*innen, ausgenutzt. Wenn diese sich für eine Impfung mit der Ausrede, dass sie dann wieder Besuche in Altersheimen durchführen können, vordrängeln, bereitet mir diese egozentrische und rücksichtslose Art wirklich Kopfschmerzen. Kopfschmerzen, weil nach fast einem Jahr Pandemie, wen würden Sie als Bewohnerin oder Bewohner eines Pflegeheimes gerne wieder treffen? Ihre Angehörigen und die Familie oder den Bürgermeister? Dass die Steirer und Steirerinnen damit das Vertrauen in die Corona-Politik verloren haben, ist leider selbstredend. Ich möchte hier auch nicht noch einmal aufzählen, was

wäre wenn und hätten wir doch gemacht, aber ich bitte Sie wirklich Frau Landesrätin, nehmen Sie die Sorgen der steirischen Bevölkerung ernst und bemühen Sie sich um volle Transparenz. Seit gestern ist es ja, spät aber doch, auch in der Steiermark möglich, sich für die Impfungen anzumelden. Natürlich immer mit dem Wissen, dass noch niemand sagen kann, wann die nächste Lieferung kommt. Um das schwindende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder herzustellen, braucht es jetzt Offenheit. Und wichtig ist, dass es eine online abrufbare Übersicht gibt, wie viele Menschen in der Steiermark bereits geimpft wurden. Mit so einem Dashboard können die Steirerinnen und Steirer den Fortschritt der Verabreichung des Impfstoffes fast live miterleben. Hierbei braucht es eine Übersicht über die bereits Geimpften, in welchen Bezirk wurden sie geimpft, haben sie die erste oder gar schon die zweite Impfung, welchen Gruppen gehören sie an, sind sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von PflEGEwohNheimen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Arztpraxen, Menschen mit Behinderung, Personen mit Gesundheitsberufen und so weiter und so fort. Zur Einführung eines solchen Dashboards muss das Radio auch nicht neu erfunden werden. Es gibt ja bereits seitens des Gesundheitsministeriums ein nationales Impf-Dashboard. Es wäre jedoch sehr sinnvoll, eben dieses Impf-Dashboard herzunehmen und auf die Steiermark herunter zu brechen. Vorarlberg hat ja eine Vorreiterrolle eingebracht, in Sachen transparentem Impf-Management und stellt all diese Daten ja bereits zur Verfügung und man kann sie online abrufen.

Ich möchte daher auch den Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, das Impf-Dashboard des Bundes auszubauen, sodass die Abfrage nach der aktuellen Zahl von geimpften und vorgemerkten Personen nach politischen Bezirken, Alter und den verschiedenen Typen einsehbar ist und
2. sollte dieses Einwirken scheitern, die notwendigen Schritte zu setzen, um ein tagesaktuelles steirisches Impf-Dashboard mit den Zahlen der geimpften und vorgemerkten Personen nach politischen Bezirken, Alter und den verschiedenen Typen einzuführen.

Ich bin der Meinung, die Steirerinnen und Steirer haben sich verdient, dass sie volle Transparenz und Einblick in das aktuelle Impfgeschehen bekommen und wie man aus den letzten Diskussionen mitbekommen hat, würden wir uns auch da herinnen viel ersparen, wenn wir immer die Zahlen sofort abrufbar hätten. Und erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Satz. Auch im letzten Jahr wurde unsere Idee eines Dashboards, und zwar damals der

Infektionszahlen zuerst abgewendet und anschließend doch für gut empfunden und auch umgesetzt. Und vielleicht schaffen wir es dieses Mal gleich, eine Idee der Opposition von uns gleich umzusetzen und für gut zu empfinden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 15.26 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Noch einmal zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Werner Murgg zwecks der zu früh eingebrachten Entschließungsanträge.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (15.27 Uhr): Ja, ich habe mich eines Besseren belehren lassen müssen. Man darf Entschließungsanträge erst bei der Wechselrede einbringen. Also deshalb Entschuldigung noch einmal. Zwei Entschließungsanträge:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der RSG 2025 in der aktuellen Form zurückgenommen und vor allem im Hinblick auf eine Rücknahme der geplanten Bettenreduktion, der Schließung von Stationen und Spitälern in einem demokratischen Prozess neu aufgesetzt wird.

Und der Zweite:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Durchführung der Impfstrategie und unter Berücksichtigung der knappen Impfstoff-Verfügbarkeit

1. zu prüfen, welche Personalgruppen (Abteilungen, Kontakt zu Covid-Patient_innen, Alter) innerhalb der KAGes bisher geimpft wurden,
2. ob die Vornahme der Corona-Impfungen innerhalb der KAGes den Vorgaben der Priorisierungsliste des Nationalen Impfgremiums entspricht und
3. dem Landtag den Inhalt und das Ergebnis dieser Überprüfung mitzuteilen. *(Beifall bei der KPÖ - 15.28 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Dr. Murgg. Jetzt hat alles seine Richtigkeit. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mario Kunasek.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (15.29 Uhr): Danke Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich erlaube mir ein paar Anmerkungen über die Wortmeldungen von Vorrednern zu mir vielleicht zu treffen und dann erst zum wesentlichen Teil meiner Ausführungen zu kommen, nämlich der wesentliche Teil wahrscheinlich auch deshalb, weil wir uns zukünftig viel an Diskussionen ersparen könnten, wenn wir das tun, was ich heute dem Landtag Steiermark vorschlagen werde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf einmal mit dem Abgeordneten Pokorn beginnen, der gemeint hat, das, was passiert, diese Strategie, die Impfstrategie, ist Zitat: „...verantwortungsvolle Gesundheitspolitik für die Steiermark und für Österreich.“ Ich wünsche mir und ich hoffe auch darauf, dass das Gleiche oder die gleichen Worte auch in einigen Wochen oder Monaten kommen, nämlich auch kommen vonseiten der ÖVP. Warum betone ich das? Weil in der Vergangenheit habe ich eher das Gefühl gehabt, dass, wenn es Probleme gegeben hat irgendwo, es schon das Problem eher beim Bundesminister Anschöber, beim Gesundheitsministerium und in seinem Wirkungskreis gegeben hat. Und liebe Juliane, du erlaubst mir und ich verspreche hier keine Vertraulichkeiten auszuplaudern, weil wir sind ja dem Herrn Landeshauptmann im Wort, dass unsere Videokonferenzen vertraulich sind, aber ich kann mich schon erinnern, auch an Videokonferenzen ganz zu Beginn der Krise, nämlich Anfang April letzten Jahres, wo ich gehört habe, die Schutzausrüstung, die vom Bund kommen soll, ist unser Sorgenkind. Oder, es kommt nur tröpfchenweise vom Bund oder, jetzt machen wir einen Zeitsprung, ja, Lambert lacht, du warst nicht dabei, aber die Kollegin Krautwaschl war dabei, und jetzt machen wir einen Zeitsprung in den heutigen Tag, wo ja auch in der Diskussion in den Maßnahmen in den Pflegeheimen durchaus der Eindruck hätte entstehen können, als Zuhörer und Abgeordneter hier, dass wir schon auch hier, auch du Juliane und ich glaube, viele auch, die heute hier anwesend sind, Problemstellungen auf Bundesebene erkennen, wenn es um die Lösung dieser Fragen geht. Das heißt, aus meiner Sicht und aus Sicht auch meiner Fraktion gibt es insgesamt einen großen Gesundheitsmanager in dieser Republik und das wird, so denke ich, der Gesundheitsminister sein. Von dem aber auch sehr vieles ausgegangen ist, was uns letztlich zu Diskussionen geführt hat, hier im Haus, öffentlich, im Parlament und auch zu Situationen geführt hat, die letztlich nicht dazu beigetragen haben, diese Pandemie, die Krise entsprechend zu bekämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich bedanke mich sehr herzlich beim Dr. Murgg, nämlich aus zwei Gründen: Zum einen hat er sehr viel gesagt, was ich zu 100 % unterstreichen kann und er hat es gesagt, und deshalb hat er es auch sagen können, ohne hysterischer Zwischenrufe anderer Fraktionen, hätte ich es gesagt oder einer von unserer Fraktion, dann wäre es so laut geworden, dass eh keiner mehr was verstanden hätte. Aber was ist der eigentliche Punkt, meine sehr geehrten Damen und

Herren, meiner Wortmeldung: Dieser Gesundheitsminister und auch die Bundesregierung haben die Impfung als Game Changer bezeichnet. Und jetzt sage ich Ja, diese Impfung könnte ein Game Changer sein. Hinter Fragen der Krisen- oder Pandemiebekämpfung aber zumindest als politischer Game Changer könnte es durchaus dienen, unser Land wieder in Normalität zu bringen. Und deshalb ist es unglaublich und der Höhepunkt der Fehlleistungen dieses Gesundheitsministers, dass er es nicht zustande gebracht hat, zeitgerecht jenen Impfstoff nach Österreich zu bringen, und ich sage es jetzt ganz offen, mir ist es egal, ob das über die Europäische Union und so wie der Herr Ugur Sahin, der ja heute auch schon zitiert worden ist vom Herrn Pokorn, sicher auch gewundert hat der BioNTech Chef, warum die Europäische Union so langsam ist, mir ist das als Bürger und als Abgeordneter an sich gleich, wer für diesen Impfstoff sorgt, aber es gibt einen Verantwortlichen dafür und das ist der Gesundheitsminister. *(Beifall bei der FPÖ)* Und deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Game Changer so zu verhunzen und so politisch auch zu „verjaukerln“, sprichwörtlich, das schreit förmlich danach, dass man diesen Gesundheitsminister, ja erlösen sollte, von seinen Qualen. Und ich gehe jetzt nicht auf die ganzen Verordnungen, Verfassungswidrigkeiten ein und so weiter. Meiner sehr geehrten Damen und Herren, ich habe vorgehabt, einen – nennen wir es einmal einen – Befreiungsschlag zu machen, in einer geheimen Abstimmung, leider diese Mehrheit habe ich nicht gefunden, aber dieser Befreiungsschlag wäre einer gewesen, wie Juliane für dich, als zuständige Landesrätin, die es sich auch verdient hat mit einem Bundesminister arbeiten zu können, der das hält, was er verspricht und auch Professionalität an den Tag legt, nicht die Fehlleistungen an den Tag legt, die er schon an den Tag gelegt hat, einen Befreiungsschlag letztlich auch für uns, weil wir uns viele Diskussionen ersparen könnten, hätten wir dort eine Persönlichkeit, die auch die Qualität hat, diese Verantwortung zu leben und letztlich einen Befreiungsschlag, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch für die steirische Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ)* Weil auch die steirische Bevölkerung unter diesem Gesundheitsminister, das traue ich mich zu behaupten, auch Schaden nimmt, weil die Impfstrategie, Juliane bitte korrigiere mich, so nicht mehr zu halten sein wird. Das heißt, ja, jene, die es brauchen, bekommen die Impfung nicht, da helfen auch die ganzen Umschachtelungen, und jetzt kommen eben andere zum Zug, uns wenig weiter.

Und deswegen meine sehr geehrten Damen und Herren darf ich den Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Steiermark spricht sich zur Wahrung des allgemeinen Landesinteresses für die Amtsenthebung von Bundesminister Rudolf Anschober aus.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 15.34 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Erwin Dirnberger.

LTabg. Dirnberger – ÖVP (15.35 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Landesrätinnen, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren Zuseher und Zuhörer!

Vorweg einmal, Chaos kann ich keines feststellen. Es gibt eine Strategie fürs Testen, es gibt eine Strategie fürs Impfen. Und ich darf ganz zu Beginn ein großes Kompliment und ein danke aussprechen unserer Landesrätin Juliane Bogner-Strauß, der gesamten Landesregierung, ihren Büros, den verschiedenen Abteilungen, dem Impfkoordinator Michael Koren und auch dem Katastrophenschutzreferenten Hofrat Harald Eitner, das sind alle die, die tagtäglich gefordert sind, und damit umgehen müssen, was auf sie zukommt. Da ändert sich laufend etwas. Wir können da leicht diskutieren und gute Empfehlungen abgeben, aber die müssen sie umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Die Plattform hat ganz am Anfang Schwierigkeiten gehabt, funktioniert jetzt, zuerst für die über 80-Jährigen, jetzt für die unter 80-Jährigen, und da ist gesprochen worden, von der Sterblichkeit. Der Kollege Murgg hat das im Wesentlichen verglichen – international. Es geht aber um mehr als wie um Sterblichkeit. Es gibt schwer erkrankte Personen, die mühsam sich ins Leben zurückkämpfen und das muss man schon auch berücksichtigen. Das sind meist jüngere Personen, oftmals Sportler und dergleichen, also das soll man nicht verschweigen und die Impfung ist natürlich die große Hoffnung, dass wir hier die Herausforderungen gewissermaßen in den Griff bekommen. Ob dann das das Allheilmittel ist, wissen wir alle noch nicht, aber ich finde es sensationell, dass in dieser kurzen Zeit ein Impfstoff entwickelt werden konnte. Meines Wissens, waren ja vier größere Pharmakonzerne im Rennen – Pfizer/BioNTech, Moderna, AstraZeneca und ich habe den Kollegen Pokorn gefragt und der hat gesagt, Johnson & Johnson – von denen hört man jetzt nicht viel – ist auch im Rennen gewesen, und die hat man beauftragt, mit noch zusätzlichen Geldern, dass sie einen Impfstoff baldigst entwickeln. Vorarbeiten hat es ja schon Wesentliche gegeben, weil es hat ja schon einmal eine Pandemie in diese Richtung 2002/2003 gegeben. Aber es ist aus meiner Sicht sensationell, was da geleistet wurde und natürlich hat man auf eine breite Basis gesetzt. Nicht nur auf einen Konzern und dass Pfizer/BioNTech jetzt das Rennen gemacht hat und so schnell unterwegs ist, das war für

Israel ein Glück. Die haben auf diese Karte gesetzt und haben genau das Glück gehabt, nur in der Umsetzung ist es verdammt schwierig. Weil, wenn ich den mit 70, 80 Minusgrad transportieren muss, die Lagerung, sofort verimpfen und dergleichen, da ist AstraZeneca natürlich wesentlich einfacher, wenn wir in die breite Fläche gehen beim Hausarzt und dergleichen, im Kühlschrank lagern können. Wer weiß denn zu dem Zeitpunkt, wie die Verträge abgeschlossen wurden, dass der nur zu 60, 70 % wirkt, dass er vielleicht bei den Älteren nicht wirkt, weil es zu wenig Testpersonen gegeben hat – kein Mensch hat das gewusst. Also ich bin nicht so vorschnell, dass ich da jetzt dem Gesundheitsminister die Schuld zuschiebe oder der Europäischen Union. Freunde, da müssen wir die Kirche im Dorf lassen. Jetzt komme ich zu einem Beispiel, die Frau Landesrätin hat es auch schon gebracht. Ich habe mich natürlich auch sehr schnell schlau gemacht, was ist da passiert bei den Bürgermeisterkollegen und dergleichen. Ein Pflegeheim – 110 Bewohner, 91 Personen haben sich gemeldet, 83 % von den Bewohnern. Von 108 Beschäftigten haben sich 35 gemeldet – 32 %, bedeutet 126 Impfwillige. Die Meldung war abzugeben bis 5. Jänner, haben wir heute schon gehört. Damals im Wissen, pro Flasche fünf Personen, die man impfen kann. Also hat man 130 bestellt – vier Reserve. Am 12. wurde verimpft. In der Zwischenzeit ist – wie wir gehört haben – gekommen die offizielle Mitteilung vom Pharmakonzern – sechs kann man rausnehmen. Hat man 26 mehr zu Verimpfende suchen müssen. Was tut man? (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Zum Bürgermeister. Heiterkeit bei den FPÖ Abgeordneten.“*) Was tut man? Man hat – das ist nicht lachhaft. Das ist ernst. (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das ist traurig.“*) Man hat alle Ärzte, Hausärzte, die in diesem Pflegeheim, ihre Bewohner betreuen angerufen, man hat Angehörige angerufen, ob der jetzt 25, 30 oder 40 oder 60 oder 80 Jahre war, hat das dann bewerkstelligt. Dann kommt heraus, sieben Dosen gehen heraus. Weitere 26, somit sind wir dann bei zusätzlichen 56 gewesen, bei 126 ursprünglich ausgehend. Wie das dann entstanden ist, hat man wieder telefoniert an diesem Tag und hat dann herumtelefoniert und unter anderem auch den Bürgermeister erwischt. Der ist im guten Glauben dorthin gegangen und hat sich impfen lassen, ohne dass der jemals sich gemeldet hat. Und so kann ich einige Beispiele nennen. Möglicherweise hat es den einen oder anderen schon gegeben, der sich schon gemeldet hat, wenn es soweit ist, bin ich dabei. Aber die große Anzahl, die waren zur damaligen Zeit, wo du Ende Dezember eher noch Leute gesucht hast, die sich impfen lassen, eigentlich fast die Mutigen. Und ich darf das auch an einem anderen Beispiel darstellen. Kardinal Schönborn hat sich am 01.01. impfen lassen. Medial abgefeiert – positiv, aber nach Impfplan wäre er nicht dran gewesen, weil im Impfplan sind zuerst die Heimbewohner, dann das Pflegepersonal, dann die über 80-Jährigen und das Personal im

Gesundheitsbereich vorgesehen. Kardinal Schönborn ist nicht über 80, hat zwar Vorerkrankungen, aber es war sehr positiv als Signal nach außen – Hoppla, Persönlichkeiten lassen sich auch impfen. Und das glaube ich, war zum damaligen Zeitpunkt mutig und vorbildlich und das sind in keinster Weise Vordränger. Am 18. Jänner hatten wir einen Impfgipfel, da waren führende Mediziner dabei, da war es noch gar nicht ganz klar, schaffen wir jetzt sechs Dosen oder sieben Dosen, wurde noch diskutiert am 18. Jänner. Ich fahre nach Hause von diesem Impfgipfel, rufen mich zwei Bürger an, du Herr Bürgermeister vergiss auf uns nicht, quasi, wenn es soweit ist. Ich sage, braucht euch nichts antun, da kommt automatisch ein Brief, das hatten wir dort vereinbart, dass die Gemeinden auf die über 80-Jährigen schriftlich zugehen mit einem Datenblatt - wegen der Erhebung gab es auch Datenschutzbedenken usw. - werden dann einen Brief erhalten, dann könnt ihr euch melden. Am Abend, Steiermark Heute läuft, ein Beitrag des ORF, wo gestanden ist im Insert: Hausärztin verimpft über 80-Jährigen. Da habe ich mir gedacht: Na super. Postwendet ruft mich einer von den beiden an und sagt, du erzählst mir, das Impfen fangt erst irgendwann im Feber an - weil ja so die Auskunft für die über 80-Jährigen war- die impfen ja schon die Hausärzte. Was ist passiert? In einem Pflegeheim wurde geimpft, dann hat man natürlich mehrere Impfdosen gehabt und hat einen über 80-Jährigen verständigt und halt geimpft und hat das als positives Signal, als Beitrag gebracht, damit man die Impfbereitschaft anheben kann. Inzwischen ist die Impfbereitschaft Gott sei Dank gestiegen und kein einziger Bürgermeister wird sich mehr impfen lassen, aber zum damaligen Zeitpunkt waren sie vollkommen unbedacht, wurden kontaktiert und haben sich impfen lassen. Am 27. Jänner jetzt, glaube ich, haben wir die Zweitwohnsitz-Unterausschusssitzung gehabt, ruft mich ein praktischer Arzt an und sagt, du was soll ich tun, ich gehe morgen ins Pflegeheim impfen, da bleiben mir aber Dosen über, wen soll ich nehmen? Ja, sage ich, mich darfst nicht fragen, frage die Ärztekammer. Da hat er nichts Genaues erfahren. Sage ich, es gibt vom Ministerium, vom 21.01., die Impfungen haben schon stattgefunden am 12.01. einen Impfstoffverwurf-Erlass, wo man feststellt, wie hat man vorzugehen, mit diesen, die überbleiben, eine Warteliste und man hat, und sich natürlich am Impfplan zu orientieren, sprich mit den Ältesten zu beginnen. Hast einen 99-Jährigen nimmst den 99-Jährigen, dann den 95-Jährigen, 96-Jährigen. Hat er gemeint, kennt er nicht. Weiß ich nicht, warum er das nicht gehabt hat, weil das müsste eigentlich Aufgabe der Ärztekammer sein. Ich habe diesen über den Gemeindebund erhalten und ihm ihm diesen übermittelt. und er ist nach dem vorgegangen. Also wie gesagt, das ist in keinster Weise ein vordrängen gewesen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Und das muss ich ganz entschieden zurückweisen.

Sie haben ein großes Vertrauen meine Kolleginnen und Kollegen in der Bevölkerung, mit Abstand das größte. Da können wir uns alle da eine Scheibe runterschneiden. Also in diesem Sinne haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Lockdown-Zeiten für die Bevölkerung viel geleistet. Und der eine hat mir gesagt, er hatte zwei betroffene Erkrankte, die nicht außer Haus gehen haben können, die alleinstehend waren. Da ist er automatisch hingefahren mit Medikamenten, wenn es notwendig war, mit Lebensmittel. Also wie gesagt, dass sind Vorbilder, meine Kollegen. (*Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Abgeordneter bitte zum Schluss zu kommen. Deine Redezeit ist zu Ende.“*) In diesem Sinne keine Vordränger, kein Chaos beim Impfen und beim Testen. Danke. (*Beifall bei der ÖVP – 15.45 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Stefan Hermann.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (15.46 Uhr): Dankeschön Herr Präsident, meine geschätzten Damen auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Lieber Abgeordneter Dirnberger, ich muss schon ein paar Dinge gleichrücken auch, und zwar einerseits bin ich der festen Überzeugung, dass die Zustände, die rund ums Impfen herrschen, alles andere als geordnet sind. Ja, ich spreche von einem Chaos. Und keiner von uns, weder der Abgeordnete Triller, noch der Klubobmann Kunasek haben in irgendeiner Weise die Bediensteten der Verwaltung, einen Hofrat Eitner, oder sonst irgendjemand kritisiert, weil die können nichts dafür, die haben, wie Sie richtig erkannt haben, mit diesen schlimmen Rahmenbedingungen zu arbeiten und ich verwehre mich erneut dagegen, ich habe es in der letzten Landtagssitzung schon gemacht, immer wenn wir politische Entscheidungen oder Verfehlungen kritisieren, dass einer von Ihnen rausgeht und uns unterstellt, wir würden die Bediensteten kritisieren. Das stimmt nicht (*Beifall bei der FPÖ - LTAbg. Dirnberger: „Wer hat gesagt, dass ich was unterstelle.“*) Weil Sie mir gerade so aufmerksam zuhören, machen wir die Bürgermeister zuerst. Es ist nicht mein Wunsch, sämtliche Bürgermeister hier über einen Kamm zu scheren, um Gottes Willen. Es gibt viele anständige, fleißige, loyale Bürgermeister, die es nicht verdient haben, jetzt unter einigen schwarzen Schafen hier entsprechend zu leiden. Und Sie haben da tolle Märchen erzählt. Das können Sie bei einem Bürgermeisterseminar erzählen, ja, von Bürgermeistern, die dann hinfahren und zwei alte gebrechliche Menschen im Haushalt besuchen und denen den Einkauf und die Medizin

bringen (*LTAbg. Dirnberger: „Das ist kein Märchen.“*) Wird es alles vereinzelt geben und wenn es jemand macht, ist ja gut. Aber was ich meine, die Geschichte, die Sie mir nicht erzählen können, ist, wenn ich an die Gemeinde Gamlitz denke. Ist eine Gemeinde mit 3.200 Einwohnern, und ich glaube nicht, dass man nicht, wenn man sich als Bürgermeister, auch wenn mir das Impfpräparat angeboten wird und mich hinter das Telefon klemme, dass ich nicht mindestens fünf bis zehn Personen finde in meiner Gemeinde, die den Impfstoff dringender verdienen als ich, mein sehr geehrter Herr Präsident. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich finde es auch nicht mutig, ich habe den Kardinal nicht mutig gefunden, ich finde auch keinen Politiker mutig, der sich medienwirksam impfen lässt. Nein, das finde ich nicht mutig, weil damit ein falsches Bild auch erzeugt wird. Und was man bei den Impfungen immer bedenken muss, und wir haben ja Mediziner zum Glück auch da, der Herr Dr. Pokorn ist da hinten, sehe ich gerade, es ist ja so, ich maße mir da jetzt kein fachliches Urteil an, aber es gibt ja zig Impfstoffe, die am Markt sind, und all diese Impfstoffe wirken ja auch unterschiedlich, die funktionieren ja nicht alle gleich. So, und jetzt muss es ja bitte jedem Steirer, der sich impfen lässt, möglich sein, bei einem medizinischen Eingriff, und das sind wir bei einer Impfung, ein Gespräch mit seinem Arzt zu führen, der individuell den Gesundheitszustand des jeweiligen Patienten kennt und abklärt, wie man es immer beim Hausarzt macht, sich anschaut, was hat der für Vorerkrankungen, wie geht es dem, hat der vielleicht schon einen Grad der Immunisierung und welches Impfpräparat ist dann ihm zu verabreichen. Das passiert jetzt nämlich nicht. Und so wie ich das verstanden habe, wenn sich meine Großmutter heute zur Impfung anmeldet, weiß sie nicht, welchen Impfstoff sie dann irgendwann bekommt, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte uns zu denken geben. (*Beifall bei der FPÖ*) Das können Sie nicht beantworten. Um noch einmal zu den Bürgermeistern zurückzukommen, Sie haben da wirklich eine Parteilinie verlassen. Ich darf Ihnen da am 22. ein Interview in NTV sehr nahelegen, wo auch unser Bundeskanzler Sebastian Kurz zitiert wird. NTV hat gemeint: In Österreich ist es eher Wilder Westen statt ein Impfplan, meint NTV, und Sebastian Kurz hat gemeint, diese Impfvordränger Bürgermeister machen ihn - Zitat: wütend und zornig und hätten in der Bewegung keinen Platz. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ – 15.49 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Abschließend zu Wort gemeldet ist die zuständige Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (15.49 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuseher und Zuseherinnen!

Herr Dr. Murgg, Herr Abgeordneter, Sie haben schon vor den Dringlichen Fragen ein paar Fragen gestellt oder auch Behauptungen aufgestellt, die ich gerne hinterfragt hätte, und zwar haben Sie gesagt: Wir haben im Jänner 31.000 Impfdosen verimpft. Ja, das stimmt, aber es gab nicht mehr zu verimpfen. Und das wissen Sie, weil mehr sind der Steiermark nicht zugeteilt worden. Das hat Sie dann zu der Rechnung veranlasst, wenn wir weiterhin 31.000 Impfdosen pro Monat verimpfen würden, würden wir – ich weiß nicht wie lange, das habe ich jetzt nicht mehr im Kopf – brauchen, bis wir... – jetzt frage ich mich – woher Sie das ableiten? Leiten Sie das von der Annahme ab, dass wir nicht mehr als 31.000 Impfdosen pro Monat bekommen oder dass wir nicht mehr als 31.000 Impfdosen verimpfen können, ich denke beides ist ein Trugschluss, weil wir haben eine gute Infrastruktur aufgebaut. Der Abgeordnete Pokorn hat schon erwähnt, wir können dort, wo jetzt Teststraßen sind, Impfstraßen machen, wir können zusätzliche Impfzentren machen, wir können am Wochenende zusätzliche Impfzentren gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten machen auch während der Woche. Wir können die Ambulatorien der ÖGK nutzen. Das heißt, von der Infrastruktur sind wir sehr, sehr breit aufgestellt. Das heißt, es müssen jetzt nur noch die Impfstoffe kommen und dann können wir durchstarten. Was die Impfstoffe angeht, ja, das ist das größte Problem, das wir haben. Nur warum Sie dann von einem Planungschaos in der Steiermark sprechen, ist mir wirklich - kann ich nicht nachvollziehen, weil, wir haben nicht nur einen Plan B, wir haben sogar einen Plan C. Das heißt, wir sind total flexibel in unserem Impfplan. Wir können sofort darauf reagieren, wenn wir mehr Impfstoffe bekommen, ja. Leider haben wir auch schon weniger Impfstoffe bekommen, und da kann die Steiermark mit Stolz und Recht behaupten, wir haben gut geplant vorher. Warum sage ich das? Wir haben nämlich so geplant, dass auf jeden Fall für all jene, die die erste Teilimpfung schon bekommen haben, auch die zweite Teilimpfung zur Verfügung steht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Sie haben es auch erwähnt, ja, und ich sage es Ihnen, wenn ich sie hätte, die Impfungen, ich würde sie selbst hinbringen. Die über 80-Jährigen, für die hatten wir leider bislang außerhalb der Pflegewohnheime noch keine Impfdosen. Warum nicht? Weil wir die Impfdosen, die wir bis jetzt bekommen haben, in den Pflegewohnheimen gebraucht haben, auf den COVID-Stationen der Krankenhäuser, und wir sind noch nicht einmal fertig mit den COVID-Stationen der Krankenhäuser. Aber ab Mitte Februar sind uns vom Gesundheitsministerium weitere Impfdosen von Pfizer/BioNTech zugesichert, weil wir mussten ja, wie Sie es gesagt haben, umplanen. Wir wussten ja nicht, für welche Altersgruppe AstraZeneca zugelassen wurde, ja. Das heißt, wir haben vorsichtig

geplant, aber wir haben auch gut geplant und ab Mitte Februar gibt es für die über 80-Jährigen für die niedergelassenen Ärzte, für die Hebammen, für die Rettungsdienste und für alle, die jetzt wirklich in dieser Phase 1 noch mitumfasst sind, dann auch neue Impfdosen. Wir können natürlich nicht alle im Februar verimpfen, weil so viele Impfdosen wird es nicht geben, aber wir werden es step by step machen. Wichtig ist, dass die Anmeldeplattform, die in der Steiermark ja mit kleinen Kinderkrankheiten, aber summa summarum sehr, sehr gut funktioniert hat. Wir hatten 50.000 Anmeldungen der über 80-Jährigen allein in einer Woche mit den 10.000, die bereits in Pflegeheimen verimpft worden sind, muss man sagen, wir haben eine extrem hohe Impfbereitschaft bei den über 80-Jährigen. Das freut mich sehr. Wir haben allein seit gestern für die Anmeldeplattform, die für alle offen ist, über 100.000 Anmeldungen. An einem Tag fast 100.000 Anmeldungen, das heißt, diese Plattform funktioniert, die ist wirklich gut aufgestellt und wir können im Hintergrund clustern, das finde ich auch so super. Das hat natürlich im Vorfeld Planung gebraucht, aber diese Planung war gut, weil jetzt funktioniert es und wir waren mehr als schnell genug, wenn ich das so flapsig sagen darf, weil die ersten Impfungen für die Altersgruppen, die sich bis jetzt anmelden konnten, kommen frühestens im Februar. Und mit diesen Anmeldungen können wir alles planen und gut planen und jetzt hoffen wir einfach nur darauf, dass schnell genug Impfungen bei uns eintrudeln. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und liebe Frau Klubobfrau, Claudia, ja, ich glaube fast, alle werden dir zustimmen, wenn du dich am Hauptplatz hinstellst und fragst, ob sie gerne einen Impfstoff hätten oder gerne mehr Impfstoff hätten. Leider noch nicht alle, aber wir haben inzwischen immer mehr Informationen zu den unterschiedlichen Impfungen auch und da bin ich guter Dinge, dass wir auch noch mit dieser Information, die wir haben, die Impfskeptiker mitnehmen können, weil wir wissen, wir brauchen eine hohe Durchimpfungsrate, damit wirklich eine Herdenimmunität gegeben ist. Aber soweit von meiner Seite und noch einmal, ich möchte sagen, ein danke an den Impfkoordinator, ein danke an alle Abteilungen, die hier, was die Impfungen angeht, wirklich gut geplant haben, vorgebaut haben und wie gesagt, nicht nur, dass wir einen Plan B, sogar einen Plan C haben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.56 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nun mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, mit der Einl.Zahl 1109/2, betreffend Erfahrungen aus Corona-Krise erfordern Abkehr von Bettenreduktionen und Zentralisierungsplänen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Diesem Antrag wurde mit den Stimmen der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit zugesprochen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 1109/3, betreffend Maßnahmen zur Steigerung der Impfstoffherstellung setzen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1109/4, betreffend Die Lehre aus der Corona-Krise ziehen: Aufrechterhaltung der regionalen Spitalsinfrastruktur! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1109/5, betreffend Impf-Dashboard ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ, der Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1109/6, betreffend Neustart für die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Bei diesem Antrag wurde von der KPÖ eine punktuelle Abstimmung verlangt. Es gibt hier vier Punkte.

Ich komme zum Punkt 1:

Dieser Punkt 1 hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 2:

Gleiches Abstimmungsverhalten. Nein? Ohne KPÖ. Also mit den Stimmen von Grün, FPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 3:

Mit den Stimmen von Grün, FPÖ, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 4:

Das gleiche Abstimmungsverhalten wie vorher.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1109/7 betreffend Impfstoffversorgung in Österreich verbessern ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, mit der Einl.Zahl 1109/8 betreffend fortlaufende Verfehlungen schaden der Steiermark und machen Amtsenthebung von Gesundheitsminister Rudolf Anschober unausweichlich ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 1109/9 betreffend Impfchaos beenden: Transparenz bei der KAGES-internen Impfstrategie herstellen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von Grün, KPÖ, FPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen nunmehr zur **Dringlichen Anfrage Nr. 4**.

Am Donnerstag, dem 28. Jänner 2021 wurde um 13 Uhr 57 von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 1110/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend **„Psychische Gesundheit unserer Kinder in der Steiermark endlich sicherstellen“** eingebracht.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Robert Reif das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten besteht.

LTabg. Reif – NEOS (16:00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer!

Max Weber prägte 1919 folgende Definition für die Politik: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Leider hat man beim Thema unserer heutigen Dringlichen Anfrage das Gefühl, als würde in der Steiermark ohne Bohrkopf gegen eine Titanplatte gebohrt. Denn im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es in der Steiermark Probleme und diese werden eher schlimmer als besser. Dafür, dass Österreich mit Sigmund Freud, Viktor Frankl und anderen federführend in der Psychologie des frühen 20. Jahrhunderts war, haben wir in Österreich sehr viel verloren. Als Beispiel ist dafür nur die Kinder- und Jugendpsychiatrie genannt. Generell war Österreich mit der Einführung der Facharztausbildung im Jahr 2006 westeuropäisches Schlusslicht. Weil wir in Österreich immer noch ein immenses Tabu haben über psychische Probleme zu sprechen. Denn ohne eine offene und ehrliche Diskussion über psychische Gesundheit der Steirerinnen und Steirer werden wir die Probleme in dem Bereich nicht in den Griff bekommen. Wo sind nun die Probleme? Ich möchte mit einem Bericht der Volksanwaltschaft aus dem Jahr 2016 beginnen: Günther Kräuter, der damalige Volksanwalt sagte in einer Pressekonferenz: „In der Steiermark wurden mittlerweile rund 200 Besuche durchgeführt, ob Gefängnisse, Abschiebezentren, Alten- und Pflegeheime, Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder Krankenhäuser. Die Besuche erfolgten meist unangekündigt. Die Kommissionen haben vollen Zugang zu Dokumentationen und führen vertrauliche Gespräche. Die Situationen der Kinder- und Jugendpsychiatrie, unter anderem im LKH Graz und im LKH Hochsteiermark und Analysen der Rahmenbedingungen hätten gezeigt, dass in der Steiermark erhebliche Defizite festzustellen seien.“ Gabriele Fischer, zuständige Kommissionsleiterin, kritisiert ebenfalls scharf. Über die letzten Monate haben Fachexperten der OPCAT-Kommission die Versorgung von psychisch kranken Minderjährigen geprüft. Mit einem erschütternden Ergebnis. 2016 muss in der Steiermark Anleihe bei Robert Musil genommen werden. Die Betroffenen haben nicht nur eine minderwertige Gesundheit, sondern auch eine minderwertige Krankheit. Die Verantwortlichen ignorieren weitgehend die Bedürfnisse dieser Kinder und Jugendlichen, sowie deren Eltern für eine fachgerechte Behandlung. Die Forderungen der Volksanwaltschaft waren

1. stationäre Behandlung Minderjähriger mit psychiatrischen Diagnosen ausschließlich auf Stationen der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

1. Ausbau dezentraler stationärer tagesklinischer und ambulanter Strukturen der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der gesamten Steiermark.
2. Aufstockung der Ausbildungsplätze für Fachärztinnen und Fachärzte der Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Schaffung von zusätzlichen Primariaten.
3. Einrichtung von Vertragsfacharzt-Kassenplanstellen für die Kinder- und Jugendpsychiatrie und
4. Dringliche Einrichtung eines Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der medizinischen Universitätsklinik Graz mit entsprechender Ressourcenfestlegung ambulant, tagesklinisch, stationär unter internationaler Ausschreibung laut § 98 UG 2002.

Was waren damals die politischen Reaktionen in der Steiermark drauf? Der damalige Spitalslandesrat Christopher Drexler betonte: „Man wolle die festgestellten Mängel beheben und in punkto Kassenstelle sind Gespräche mit der Sozialversicherung im Laufen.“ Das bestätigte die Steirische Gebietskrankenkassenobfrau Verena Nußbaum. Es werde mit Hochdruck am Aufbau bestmöglicher Versorgungsstrukturen gearbeitet. Dieser Zeitungsbericht ist 1611 Tage alt und in diesen 1611 Tagen haben sich die Probleme leider nicht gelöst. Am nächsten Tag äußerte sich nämlich die Fachgruppenobfrau der Kinder- und Jugendpsychiatrie Dr. Doris Hönigl und in der Zeitung war zu lesen: „Es gäbe bereits Gespräche im Hintergrund, mit mir als Fachgruppenobfrau haben diese Gespräche allerdings nicht stattgefunden. Wann immer sie ihre Forderung nach § 2 stelle, für Kinder- und Jugendpsychiater äußere, stoße sie zwar auf Verständnis, dem jedoch keine greifbaren Handlungen folgen.“ Das ist wohlgerneht das Jahr 2016, damals herrschte Ankündigungspolitik, aber der große Wurf der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark auf ein adäquates Niveau zu heben, hat gefehlt. Dabei sagt einem doch der gesunde Menschenverstand, dass generell, aber gerade bei Kindern und Jugendlichen, die am geringsten eingreifende Maßnahme die beste ist. Daher sollte ja auch der erste Weg zum niedergelassenen Facharzt, zur niedergelassenen Fachärztin führen. Greift die Behandlung im familiären Umfeld nicht, bietet sich die Tagesklinik an. Erst als letzte Option oder im Fall einer akuten Gefährdung sollte ein stationärer Aufenthalt erfolgen. Ohne niedergelassene Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt die erste Stufe der Treppe und die Kinder stolpern ins System hinein. Jede einzelne Versorgungsform ist wichtig und nimmt ihre speziellen Aufgaben wahr. Oft vergessen wir in der Gesundheitspolitik, dass es um den einzelnen Menschen geht. Wir können als Gesellschaft nicht so zynisch sein, dass uns der Mangel an Kassenarztstellen kalt lässt in der Steiermark. Denn was heißt das für den einzelnen Jugendlichen und die einzelne Familie. Wahlarztstunden der Kinder- und

Jugendpsychiater kosten zwischen 120 und 300 Euro pro Einheit. Pro Einheit ohne entsprechenden Kassenvertrag ist auch unklar, wie viele dieser Kosten refundiert werden. Das heißt, wir teilen die Gesellschaft ein, die, die es sich leisten können, private Therapiekosten zu zahlen und die, die es sich nicht leisten können. Die müssen halt auf den ambulanten oder stationären Platz warten oder bekommen überhaupt keine Hilfe. Aus den kinder- und jugendpsychiatrischen Stationen in Wien und Innsbruck hört man, dass sie dieses Jahr mit dem Ansturm nicht mehr zurechtkommen und völlig überfüllt sind. Sie müssen Kinder, die sich selbst oder andere gefährden bzw. besser gesagt, die nicht sich selbst oder andere gefährden, abweisen und können nur mehr Akutfälle aufnehmen. Denn, wenn die Versorgung davor schon mangelhaft war, so ist sie nun durch die Corona-Pandemie endgültig untragbar geworden. Die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und Verhinderung der weiteren Verbreitung des Virus haben ohne Frage viele Menschenleben gerettet. Gleichzeitig haben sich viele Leben stark verändert und beschwert. Während stets der Schutz der vulnerablen Gruppen und die Verhinderung eines Kollapses des Gesundheitssystems, und das auch absolut zu recht, oberste Prämisse hatte, wurde auf eine Gruppe unserer Gesellschaft, welche durch den Virus per se, nicht so stark betroffen ist, leider vergessen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die seit mittlerweile Monaten sozial isoliert von ihren Freunden sind, aus ihrem Alltag gerissen wurden, drastische Lebensveränderungen ertragen mussten und ihre Schulen und Universitäten kaum noch von innen sahen. Zusätzlich sind viele Kinder auch noch durch den Jobverlust oder durch die Kurzarbeit ihrer Eltern und finanziellen Problemen in der Familie psychisch belastet. Doch das Mittragen der Maßnahmen über mehrere Monate hinweg, der Abbruch des sozialen Austausches führt zu Antriebslosigkeit, Schlafproblemen, Angstzuständen, Essstörungen und Depressionen bei vielen jungen Menschen. Den steigenden Zahlen, bei Kindern und Jugendlichen, welche eine psychologische Beratung bräuchten, steht in der Steiermark leider seit Jahren ein stiefmütterlich behandeltes System der Versorgung der Kinder- und Jugendpsychiatrie gegenüber. Erst im November 2020 wurde eine Studie zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung von Kinder- und Jugendpsychiatern, Professoren und dem Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychiatrie veröffentlicht, aus der ich folgend zitieren darf: „In der Steiermark haben wir die niedrigste Bettenmessziffer in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in ganz Österreich und dazu kommt, in der Steiermark werden auch die Patienten und Patientinnen aus dem Südburgenland mitversorgt, da die Versorgungsregionen nicht an den Bundesländergrenzen angelehnt sind. Auch in der Versorgung durch Ambulatorien sind wir in der Steiermark mit

Ist-Stand „Zwei“ weit vom Soll-Stand „Fünf“ entfernt.“ Diese Zahlen zeigen leider ein eindeutiges Bild. Die Steiermark ist österreichweit Schlusslicht im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, und zwar auf allen Ebenen. Seit 2016 kam es in ganz Österreich zu einem Zuwachs an Kassenplätzen für niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater von 4,5 Stellen. Währenddessen gibt es in der Steiermark immer noch exakt null Kassenärzte auf diesem Gebiet. Um den Soll-Stand in der Steiermark von 16 Kassenstellen jemals zu erreichen, wird es ein rapides Umdenken in der Gesundheitspolitik geben müssen. Wir sind von einer steiermarkweiten Vollversorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie derzeit meilenweit entfernt. Derzeit erreichen wir 38 % im stationären Bereich, 40 % im ambulanten Bereich und wie sich leicht rückschließen lässt, 0 % im niedergelassenen Bereich. Das ist eine traurige Tatsache, der wir ins Gesicht blicken müssen und an der es nichts schön zu reden gibt. Aufgrund dieses chronisch unterversorgten Systems gibt es für viele nur die Möglichkeit die Hilfe bei einem Wahlarzt, einer Wahlärztin zu suchen. Das kann aber vor allem bei einer langfristigen Therapie besonders kostenintensiv werden. Nun wird es einige Eltern geben, die sich eine solche Hilfe für ihre Kinder leisten können, in vielen Familien wird aber am Ende des Monats schlichtweg kein Geld mehr für diese wichtige Ausgabe überbleiben. Leidtragend sind am Ende mehr denn je die Kinder, welche durch die Pandemie unter einer großen psychischen Belastung leiden und denen wir in der Steiermark aufgrund einer rückständigen Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie gar nicht helfen können, selbst, wenn wir wollen. Um all diesen jungen Menschen zu helfen und ihnen ein sorgenfreies Leben und eine sorgenfreie Zukunft beschere zu können, muss die Regierung endlich die Verantwortung annehmen, die ihr zukommt und Schritte setzen und diese Missstände endlich zu beenden und kein Kind zurücklassen. Dafür brauchen wir aber ein klares gemeinsames Bild in der Steiermark, welche Problemfelder es gibt und wie wir als Land Steiermark bestmöglich unsere Kinder und Jugendliche unterstützen können. Wir brauchen präventive Programme in den Schulen, um möglichst früh zu erkennen, wenn Kinder und Jugendliche in psychische Notlage geraten sind. Ich komme daher zu folgenden Fragen an Sie, geschätzte Frau Landesrätin:

1. Welche Schritte haben Sie gesetzt, um die psychische und körperliche Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen in der Steiermark im Lockdown im Blick zu behalten?
2. Wie viele kassenfachärztliche Stellen und Krankenhausbetten stehen heute für die Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark zur Verfügung? An welchen Standorten? Wie viele wären laut Gesundheitsplan vorgesehen?

3. Planen Sie aufgrund der zusätzlichen Mehrbelastung durch Corona diese Stellen und Plätze auszubauen?
4. Wie viele niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater_innen mit Kassenvertrag gibt es in der Steiermark? An welchen Standorten?
5. Welche Schritte setzen Sie, um einen Ausbau der niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiater_innen mit Kassenvertrag voranzutreiben?
6. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Familien, die sich keine Behandlung bei Wahlärzt_innen leisten können, niederschwellig versorgt werden?
7. Wie viele kinder- und jugendpsychiatrische Rehabilitationseinrichtungen gibt es in der Steiermark? An welchen Standorten?
8. Ist ein Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Rehabilitationseinrichtungen aufgrund der derzeitigen Mehrbelastung geplant?
9. Welche zusätzlichen Angebote werden in der Steiermark geschaffen, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Zeiten der Krise zu stärken?
10. Wie viele Schulpsycholog_innen sind an steirischen Pflicht- und Berufsschulen tätig?
11. Steht jeder steirischen Pflicht- und Berufsschule ein_e Schulpsycholog_in zur Verfügung?
12. Gibt es auch im Lockdown ein schulpsychologisches Angebot vor Ort?
13. Planen Sie das schulpsychologische Angebot in der Steiermark auszubauen?
14. Welche Maßnahmen planen Sie, um die derzeit häufiger auftretenden Fälle von Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln?
15. Gibt es konkrete Präventionsmaßnahmen gegen Essstörungen, welche an steirischen Pflichtschulen eingesetzt werden? Wie werden diese im Lockdown umgesetzt?
16. Wie hoch sind die derzeit budgetierten Mittel im Bereich der Suizidprävention? Werden Sie diese Mittel 2021 erhöhen?
17. Wie hoch sind die derzeit budgetierten Mittel im Bereich der Suizidprävention von Jugendlichen und Kindern? Werden Sie diese Mittel 2021 erhöhen?
18. Gibt es konkrete Präventionsmaßnahmen gegen Suizid, welche an steirischen Pflichtschulen eingesetzt werden? Wie werden diese im Lockdown umgesetzt?
19. Wie hoch sind die derzeit budgetierten Mittel im Bereich der Suchtprävention? Werden Sie diese Mittel 2021 erhöhen?
20. Wie hoch sind die derzeit budgetierten Mittel im Bereich der Suchtprävention von Jugendlichen und Kindern? Werden Sie diese Mittel 2021 erhöhen?

21. Wie hoch sind die Zuschüsse zu kommunalen Suchtpräventionsprogrammen wie dem Grazer Vorhaben "Streetwork und Kontaktladen"? Werden Sie diese Mittel 2021 erhöhen?

22. Welche Maßnahmen planen Sie, um die derzeit häufiger auftretenden Fälle von Suchtmittelmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln?

23. Gibt es konkrete Präventionsmaßnahmen gegen Suchtmittelmissbrauch, welche an steirischen Pflichtschulen eingesetzt werden? Wie werden diese im Lockdown umgesetzt?

Ich richte einen dringenden Appell an Sie, Frau Landesrätin, behandeln Sie die Kinder- und Jugendpsychiatrie bitte nicht weiter als Stiefkind des steirischen Gesundheitswesens. Wir können die Augen nicht länger vor den Problemen verschließen und in der Agenda Weiß-Grün setzen Sie sich selbst ein Arbeitsprogramm fest und darin steht: „Wir bekennen uns dazu, dass die finanzielle Situation von Eltern nicht entscheidend für die Entwicklungschancen und den weiteren Lebensweg der Kinder sein darf. Der Zugang zu Bildung, Teilhabe und persönlicher Förderung von Kindern muss jedenfalls sichergestellt werden.“ Mit dem Stand der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist dieses Ziel eindeutig nicht eingelöst. Kümmern Sie sich bitte darum, dass Sie umsetzen können, woran ihre Vorgänger gescheitert sind, eine adäquate psychologische Gesundheitsvorsorge für unsere Kinder und Jugendlichen. Beweisen Sie, dass wir gemeinsam in der Steiermark dieses harte Brett der fehlenden Versorgung durchbohren können, denn unsere Kinder und Jugendlichen haben es sich verdient und ich bitte um Beantwortung der Fragen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 16.18 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich erteile Frau Landesrätin Juliane Bogner-Strauß das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt, dass mittlerweile auch bei der Frau Landesrätin ja wohl schon bekannt ist. Frau Landesrätin bitte schön.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (16.18 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin!

Ich gebe mein Bestes und sonst werde ich meine Sprechgeschwindigkeit erhöhen. Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren Zuhause!

Zu Frage 1:

Ich habe großes um nicht zu sagen größtes Augenmerk daraufgelegt, dass die vorhandenen ambulanten und stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie immer

erreichbar waren während dieser Pandemie und immer geöffnet waren und es nach wie vor sind. Es wurden auch sämtliche Mittel der Kommunikation ausgeschöpft: Telefon, Skype, SMS, E-Mail, was notwendig war, wurde genutzt. So waren die Ambulanz und Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie am LKH Hochsteiermark, sowie die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie am LKH Graz II, Standort Süd stets geöffnet und stets erreichbar. Auch die zehn Beratungsstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie standen persönlich für alle Klientinnen und Klienten bzw. Patientinnen und Patienten zur Verfügung. Im schulischen sowie im Bereich der Jugendarbeit, waren alle Angebote weiterhin verfügbar und wurden digital sowie auch vor Ort angeboten. Darüber hinaus haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der psychosozialen Dienste Steiermark für die „Telefon-Kette Covid-19“ registrieren lassen und konnten auf diese Weise Risikogruppen mit validen Informationen versorgen. Nachdem mit einer Zunahme von krisenhaftem Geschehen zu rechnen war, wurden sämtliche Beratungseinrichtungen auf diese Kriseninterventionen unter besonderen, sicherheitsbezogenen Rahmenbedingungen vorbereitet.

Zu Frage 2:

Die Kompetenz und die Versorgungsverantwortung, und ich denke, Herr Abgeordneter Reif, das ist Ihnen bekannt, für den niedergelassenen Bereich liegt bei der Österreichischen Gesundheitskasse. Über die Anzahl der zukünftigen Planstellen, den entsprechenden Leistungskatalog sowie die übrigen Vertragsinhalte laufen derzeit Gespräche mit der Ärztekammer für Steiermark. In der Steiermark erfolgt die ambulante Versorgung durch zehn kinder- und jugendpsychiatrische Zentren. Standorte haben wir in Graz, in Liezen, Kapfenberg, Weiz, Hartberg, Feldbach, Leibnitz, Deutschlandsberg, Voitsberg, Judenburg.

Die Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie am LKH Hochsteiermark hat sechs Betreuungsplätze. Die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie am LKH Graz II, Standort Süd verfügt über 33 stationäre und in der Tagesklinik über acht Betreuungsplätze. Und Sie wissen, wir haben einen großzügigen Ausbau geplant. Im RSG 2025 steht eine Erweiterung der ambulanten, aber auch der stationären Betten bevor. Bis 2025 werden wir insgesamt 59 stationäre Betten haben – jetzt haben wir 33, und 25 ambulante Betreuungsplätze – derzeit stehen 14 zur Verfügung. Das heißt, hier ist ein großzügiger Ausbau im Gange. Daher wird eben die ambulante und stationäre Versorgungsstruktur am Standort LKH Graz II, Standort Süd ausgebaut und das sind einmal 11,24 Millionen Euro und mit dem Planungshorizont 2025 werden auch sechs zusätzliche ambulante Betreuungsplätze in der Versorgungsregion Oststeiermark vorgesehen.

Zu Frage 3:

Möchte ich auf die Beantwortung der Frage 2. verweisen und im Rahmen der Versorgungsplanung des RSG wird der Bedarf geprüft und falls notwendig auch angepasst werden.

Bei Frage 4:

Verweise ich auch auf die Beantwortung der Frage zwei. Ebenso bei Frage 5.

Zu Frage 6:

Es sind alle bereits erwähnten ambulanten und stationären Standorte geöffnet. Diese Angebote ermöglichen eine flächendeckende, niederschwellige, wohnortnahe und vor allem für die Patientinnen und Patienten kostenfreie psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung. Wie ich auch bereits ausgeführt habe, erfolgt eben zudem ein weiterer Ausbau der Strukturen im ambulanten, stationären und, das hoffe ich natürlich, wenn die Verhandlungen der Ärztekammer mit der ÖGK gut verlaufen, im niedergelassenen Bereich.

Frage 7:

Der Bedarf an Kinder-Rehabilitationszentren für ganz Österreich ist im aktuellen Rehabilitationsplan 2016 verankert, der im Auftrag des Hauptverbandes, der ja inzwischen Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger heißt, erstellt wurde und davon abgeleitet im ÖSG 2017, festgeschrieben ist. Die Planung des Rehabilitationsbereichs umfasst sowohl die stationären als auch die ambulanten Kapazitäten der medizinischen Reha im Sinne des Sozialversicherungsrechts. In der Steiermark betreibt die VAMED den Standort Wildbad-Einöd eine psychosomatische Rehaeinrichtung, welche sich teilweise mit diesen Versorgungsaufgaben beschäftigt und im Rahmen der neurologischen Reha erfolgt am Standort Straßengel eine psychologische Betreuung, eine Kinder- und Jugend-Remobilisierung.

Zur Frage 8:

Dies ist ein bundesweites Thema. Zwischen Bund, Ländern und der Sozialversicherung soll eine Evaluierung der derzeitigen Bedarfsschätzungen der Kinderreha in Aussicht genommen werden.

Zur Frage 9:

Neben den bereits in Frage eins erwähnten Maßnahmen, gibt es eine Vielzahl von Projekten und Vereinen, die vonseiten des Landes geführt, gefördert oder unterstützt werden. Diese sind meist niederschwellig zugänglich und in den jeweiligen Zielgruppen sehr gut vernetzt. Gerne möchte ich einige Beispiele nennen. Alle kann ich nicht nennen, das würde die 30 Minuten weit übersteigen und den Zeitrahmen sprengen.

Das Angebot von „GO-ON Suizidprävention Steiermark“ wurde in den letzten Jahren schrittweise ausgebaut und wird seit 2020 in allen steirischen Bezirken flächendeckend angeboten. „GO-ON Suizidprävention Steiermark“ vermittelt der Bevölkerung, und zwar in allen Altersgruppen, das möchte ich hier betonen, in Form eines „Erste-Hilfe-Kurses für psychische Krisen“ Informationen zu deren Entstehung und auch zu deren Bewältigung natürlich. Die Steiermark ist übrigens das einzige Bundesland, in welchem ein solches Präventionsangebot flächendeckend zur Verfügung steht.

Dann das Projekt „Verrückt?-Na und! – seelisch fit in Schule und Ausbildung“, welches junge Menschen in Schulen genau dort abholt, wo deren individuelle psychischen Probleme liegen und darauf eingeht bzw. entsprechende Hilfsangebote anbietet.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft: Seit März 2020 wurde das telefonische Beratungsangebot wesentlich aufgestockt und sogar erweitert, und zwar um das sogenannte „Elterntelefon“. Dieses Angebot oder beide diese Angebote wurden sehr, sehr gut genutzt und stark genutzt. Alleine 2020 gab es hier 4800 Kontakte. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft steht eben Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie deren Umfeld in der Krise zur Seite, sodass in jedem Einzelfall eine möglichst passgenaue und individuelle Lösungsstrategie erarbeitet wird.

Und dann haben wir auch noch die Mobbingstelle: Die möchte ich hier als letztes erwähnen. Wie gesagt, es wären noch viele mehr. Das ist ein sehr, sehr niederschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche, derzeit auch besonders wichtig, vor allem in Richtung Cyber-Mobbing, weil ja aufgrund des Digital-Schoolings, des Home-Schoolings, sich die Jugendlichen noch mehr im Netz aufhalten, als sie es sonst im Durchschnitt schon pro Tag tun und da ist es ganz wichtig, dass wir sowohl für Mobbing als auch Cyber-Mobbing ein Angebot haben.

Zur Frage 10:

Auch wenn es sich um steirische Schulen handelt, so ist die Schulpsychologie gemäß Art 14 B-VG eine Aufgabe des Bundes. An steirischen Pflicht- und Berufsschulen sind 27 Schulpsychologen und -psychologinnen im Einsatz. Und aufgrund der großen Anzahl an Berufsschüler_innen und der spezifischen Anforderungen hat ja die Steiermark bereits im Jahr 1982 eine eigene psychologische Lehrlingsberatung eingeführt für die steirischen Landesberufsschulen und für die Lehrlingsheime. Da sind drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da sind qualifizierte klinische und Gesundheitspsycholog_innen im Einsatz. Damit haben wir in Summe 30 Psychologen und Psychologinnen, die hier zur Verfügung stehen in der Steiermark.

Frage 11:

Ja, diese Personen sind an allen Pflicht- und Berufsschulen tätig.

Zu Frage 12:

Während des Lockdowns liegt der Schwerpunkt vorwiegend in der Behandlung von Ängsten, depressiven Verstimmungen und bei Lernschwierigkeiten zur Verhinderung von Schul- und Lehrabbrüchen. Die Beratung findet derzeit online statt, telefonisch statt, aber, wenn es gewünscht wird, auch vor Ort, unter den entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen, statt. Hier wird in jedem Fall wirklich einzeln entschieden, welche Form des Angebots das Beste für die Kinder und Jugendlichen ist.

Zu Frage 13:

Wie schon erwähnt, es handelt sich bei der Schulpsychologie um einen reinen Kompetenzbereich des Bundes und ich habe erst kürzlich, nämlich im Rahmen einer Bildungsreferent_innenkonferenz, da waren alle Länder dabei, mit Herrn Bundesminister Faßmann über die Schulpsychologie gesprochen, weil natürlich gerade in Zeiten wie diesen, das eine Herausforderung ist, sehr gut angenommen und gebraucht wird, die zusätzlich, habe ich schon gesagt, für den Bereich der Berufsschulen, finanzierten Stellen, sind - derzeit was die Nachfrage angeht - in der Steiermark ausreichend gut aufgestellt ist.

Zu Frage 14:

Essstörungen wie Anorexie, Bulimie, aber auch Adipositas sind keine Ernährungsprobleme, sondern sind psychische Erkrankungen mit potentiell lebensgefährlichen, körperlichen Komplikationen. Es sind größtenteils Mädchen davon betroffen, vor allem von der Anorexie und von der Bulimie. Die steigende Zahl ist nicht zu verleugnen, es liegt natürlich auch daran, dass immer mehr Bilder im Kopf generiert werden von jungen Menschen, die ein Idealbild oder eine Idealvorstellung haben – wird durch Filme, durch das Internet, durch alles noch einmal hochgespielt – und deshalb haben wir uns auch im heurigen Jahr dafür entschieden, eigentlich schon im letzten Jahr, dafür entschieden, dass es eben im heurigen aufbauend auf ein breites erarbeitetes Expertenkonzept der Lebenshilfe Steiermark ein Tageszentrum für Menschen mit Essstörungen geben wird in der Steiermark, und zwar mit Unterstützung eines multiprofessionellen Teams soll nach einem stationären Aufenthalt dabei geholfen werden, wieder zurück in den Alltag zu finden, in ein selbstbestimmtes Leben, weil es gerade oft bei Menschen mit Essstörungen dazu kommt, dass die stationär aufgenommen werden, wieder nach Hause gehen und dann relativ oft und schnell wieder stationär aufgenommen werden. Und da wollen wir sozusagen eine Brücke schlagen, damit die dann wirklich wieder selbstbestimmt auch – da redet man darüber, was kocht man, was isst man, ja,

- einfach wieder ein Körpergefühl bekommen und wieder gut im Alltag Fuß fassen können. Ein wesentlicher Schwerpunkt von diesem Projekt ist natürlich auch die Präventionsarbeit und um eben die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und vor allem auch die Zielgruppe der Kinder- und Jugendlichen zu erreichen, wird es in diesem Tageszentrum steiermarkweit zusätzliche von diesem Tageszentrum aus steiermarkweite zusätzliche Maßnahmen geben: Workshops, Seminare, Veranstaltungen an Schulen und vor allem auch in Jugendzentren. Und über das Jugendcoaching und die Schulassistenten bietet das Projekt einen breiten Zugang zur Zielgruppe. Wir, also der Gesundheitsfonds, wird dieses Projekt mit knapp 300.000 Euro jährlich fördern und dazu kommt dann noch die Stadt Graz als Fördergeber.

Zur Frage 15:

Seitens des Landes werden Vereine und Fachstellen gefördert, welche vielseitige Themen im Bereich der Prävention und im Jugendschutz behandeln. Die Themenfelder Körperlichkeit, Gesundheitsbewusstsein, aber auch Essstörungen im Speziellen sind dabei abgedeckt. All diese Anbieterinnen und Anbieter haben ihr Angebot während des Lockdowns ergänzend in den virtuellen Raum verschoben. Beispielhaft möchte ich Projekte nennen, wie „feel.ok“ von Styria Vitalis oder die Angebote vom Frauengesundheitszentrum oder dem Verein für Männer- und Geschlechterthemen. Aber auch in diesem Themenfeld ist natürlich die Schulsozialarbeit essentiell mit ihrem vielseitigen Angebot sowohl präventiv aber auch intervenierend.

VIVID - als Fachstelle für Suchtprävention – ich glaube, seit der Auszeichnung im letzten Jahr, allen bekannt, bietet für Multiplikator_innen entsprechenden Seminare und Workshops an. Themen wie „Zu dick?! Zu dünn?! Oder gerade richtig?!“ und „Essen gut alles gut!“ die werden in entsprechenden Veranstaltungen und Seminaren für Essstörungen angeboten.

Frage 16. und 17. darf ich gemeinsam beantworten:

Wie schon erwähnt wurde das Suizidpräventionsprojekt GO-ON Steiermark in den letzten Jahren schrittweise ausgebaut und wird eben seit 2020 flächendeckend in allen steirischen Bezirken, und zwar für alle Altersgruppen angeboten. Im Jahr 2019 wurde es mit 643.000 Euro gefördert, 2020 wurde es mit 858.548 Euro gefördert und für das Jahr 2021 sind knapp 900.000 Euro an Förderung vorgesehen. Das heißt, eine anständig ansteigende Fördersumme.

Zu Frage 18:

Das Suizidpräventionsprojekt GO-ON bietet Vorträge und Workshops auch für Kinder und Jugendliche zum Thema Krise, Depression, Suizidalität - das ich es herausbringt - im Setting Schule aber auch im Jugendzentrum an. Es werden unter anderem in ganztägigen Workshops Themen interaktiv aufbereitet und es bietet sich viel Raum um Fragen ausführlich zu

beantworten. Mit dem neuen Angebot, das wir haben mit „10 Schritte zum Seelischen Wohlbefinden“, lässt sich an der eigenen Resilienz verständlich und vor allem auch alltagsnah arbeiten. Auch dieses Thema wird in Form eines Workshops angeboten. Ebenso werden Schulungen des Betreuungspersonals angeboten, die natürlich als Multiplikatoren ganz, ganz wichtig sind. Im Lockdown wurden außerdem diesbezüglich Webinare veranstaltet. Weiter trägt das Projekt „Verrückt? -Na und! – seelisch fit in Schule und Ausbildung“, welches unmittelbar auf die aktuellen Themen, Sorgen und Anliegen von Schüler_innen eingeht, dazu bei, psychisch gesund zu bleiben und vermindert damit auch Suizide.

Fragen 19. und 20. darf ich wieder gemeinsam beantworten:

Für VIVID als steirische Fachstelle für Suchtprävention wurden für die Angebote im suchtpreventiven Bereich für das Jahr 2021 gesamt rund 1,06 Millionen Euro veranschlagt und somit mehr als im Vorjahr. Das gesamte Suchtbudget inklusive der Bereiche der Primär- und Sekundärprävention, das ist das gesamte Förderbudget inklusive VIVID beträgt für 2021 rund 5,5 Millionen Euro. Da gehören noch ambulante Behandlungs- und Beratungsangebote dazu, sowie geplante Projekte inklusive Streetwork und soziale integrative Arbeitsangebote. Zusätzlich wurden aus dem Bereich der Gesundheitsförderung für die Angebote im Bereich Alkohol- bzw. Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen, Familien und älteren Menschen, auch durchgeführt von VIVID, für die Vertragsdauer von Oktober 2019 bis Ende 2022 rund 583.000 Euro zur Verfügung gestellt. Also Sie sehen, wir machen hier wirklich viel in diese Richtung und für das Projekt „Kinder aus suchtbelasteten Familien“ der Drogenberatung Steiermark werden von April 2019 bis Ende Juni 2022 rund 160.000 Euro veranschlagt.

Zur Frage 21:

Für Drogenstreetwork und Caritas-Kontaktladen Graz werden wir für das Jahr 2021 rund 210.000 Euro zur Verfügung stellen. Für die übrigen steirischen Streetwork-Einrichtungen in den Bezirken für 2021 rund 500.000 Euro.

Frage 22:

Neben den steiermarkweiten Suchthilfeangeboten, welche unter anderem den betroffenen Eltern, Angehörigen sowie Pädagogen und Pädagoginnen zur Verfügung stehen und den suchtpreventiven Angeboten von VIVID, kommt den Kooperationen und Vernetzungen zwischen den behandelnden und beratenden ambulanten Einrichtungen der Suchthilfe und der psychosozialen Einrichtungen sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendämtern, Jugendzentren große Bedeutung zu. Und es finden hier auch regelmäßige Vernetzungstreffen und regionale Helferkonferenzen statt. Vor allem bei der Früherkennung sind diese

Kooperationen wirklich essentiell, und zwar die Kooperationen vor allem mit den Ämtern und Behörden der Jugend- und Sozialhilfe. Aus diesem Grund hat der Gesundheitsfonds bereits im Jahr 2019/2020 das Projekt „Kinder aus suchtblasteten Familien“ gestartet und die Weiterführung dieses Projektes ist finanziell gewährleistet. Unmittelbar vor der Umsetzung steht das Projekt „Workshops mit Folgen ...“, welches in enger Kooperation mit Schulen und den Bezirksverwaltungsbehörden durchgeführt werden soll. Das Projekt bietet Workshops zur universellen, selektiven und indizierten Suchtprävention von 10 bis 18-Jährigen an. Die Workshops werden von Personen mit langjähriger Erfahrung in der Drogenberatung und dem Drogenstreetwork durchgeführt. Das Besondere an diesem Angebot ist neben der allgemeinen Prävention, vor allem aber gezielt jene Jugendlichen anzusprechen, die bereits Kontakt mit den Substanzen haben oder hatten und diesen Jugendlichen und deren Angehörigen Beratungen vor allem im Einzelsetting zu ermöglichen. Also ein weiteres neues Projekt, das auf den Weg gebracht wird.

Zu Frage 23. und damit zur letzten Frage:

Seitens der Suchtprävention VIVID werden alle Maßnahmen für Kinder- und Jugendliche auch während des Lockdowns online bzw. per Video-Seminar angeboten. Zusätzlich steht natürlich auch die Schulsozialarbeit für solche Angelegenheiten zur Verfügung.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.38 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich eröffne somit die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Georg Schwarzl. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Schwarzl – Grüne (16.38 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es war ja mittlerweile allen Medien zu entnehmen, dass in der aktuellen Situation, vor allem Kinder und Jugendliche nicht nur eine psychische Herausforderung vor sich haben und in der sie sind, sondern wir wirklich in einer psychischen Krise uns befinden. Man muss leider auch sagen, dass diese Situation nicht wirklich überraschend war und es auch ja der Grund ist, warum wir schon seit letztem Sommer immer wieder Anfragen, Anträge zu diesem wichtigen Thema einbringen. Und es freut uns natürlich umso mehr, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der NEOS aufspringen und ich hoffe, dass auch in Zukunft wir noch mit allen Parteien und noch von vielen Parteien dieses Thema in den Landtag kommt. Wenn man sich das Thema genauer anschaut und warum das auch so wichtig ist, kann man recht schnell

herausfinden, dass das ein Thema ist, was vielleicht noch viel mehr Leute betrifft, als man das vielleicht glauben mag. Insgesamt sagt man, dass zirka 39 % der Österreicherinnen und Österreicher entweder aktuell oder in der Vergangenheit an depressiven Symptomen gelitten haben. Und wichtig auch, dass das Thema nicht nur generell ein gesamtgesellschaftliches ist, sondern auch eines, bei dem wir eine große Gender-Gap haben, Frauen sind zweieinhalb bis dreimal öfter von depressiven Symptomen betroffen, aber natürlich auch viele Menschen betrifft, die generell schon marginalisiert sind. Ob das die LGBTiQA+ Community ist, ob das Menschen mit Migrationshintergrund sind, die noch oft und viel schwieriger in unserem System erreicht werden. Denn natürlich ist es wichtig, über die Kinderpsychiatrie und kinderpsychiatrische Angebote zu reden, aber gerade im Bereich der psychosozialen Gesundheit ist es wichtig, vor allem über die niederschweligen Angebote zu reden, über niederschwellige Möglichkeiten, über wohnortnahe Möglichkeiten, die im besten Fall auch nicht davon abhängen, ob man es sich leisten kann. Denn nach aktuellen Studien können sich insgesamt 65 % bis 71 % der Menschen diese Versorgung nicht leisten. Und das ist, glaube ich, was in einem Land wie Österreich, in einem Bundesland wie Steiermark eine Situation, die wir nicht haben sollten. Und genau aus dem Grund muss man sich das Thema ganz genau anschauen und vor allem aber auch nicht nur anschauen während einer Corona-Krise oder während einer weltweiten Pandemie, sondern vor allem auch außerhalb dieser Zeit oder zusätzlich auch außerhalb dieser Zeit, denn wir haben auch nach wie vor noch ein großes Problem mit Tabuisierung von psychischen Erkrankungen. Und genau aus dem Grund fordern wir erneut, dass es ganz wichtig ist und dass man auch wirklich schaut, da regelmäßig oder durchgehend Angebote zu schaffen. Es gibt in anderen Bundesländern sehr oft die Möglichkeit oder es gibt die Variante von 24-Stunden-Krisentelefonen, die wir in der Steiermark so nicht haben, aber eben auch Angebote, die die Menschen und vor allem die Jugendlichen erreicht. Und in einer Situation wie jetzt, wo es eben einfach nicht diesen Präsenzunterricht gibt, diese auch vermehrt außerhalb erreichen muss. Und weil die Kollegin der ÖVP, Frau Klubobfrau Riener, ja heute schon gesagt hat, es ist ihr ganz wichtig, dass man die Gremien nutzt, in denen man darüber diskutieren kann und das, was man da sagt, auch quasi lebt, ist natürlich schon auch die Frage, wir haben ja einige Anträge in Unterausschüssen und Ausschüssen, nur die haben halt in einem Jahr auch nur einmal getagt und auch dort sind leider nicht sehr viele Vorschläge gekommen (*Beifall bei den Grünen*) von der Regierung, dieses Problem zu lösen. Aus dem Grund hoffen wir natürlich, in ein paar Wochen gibt es wieder einen Unterausschuss Gesundheit, wo viele dieser Punkte auf der Tagesordnung stehen, dass wir da natürlich auch sehr konkrete Vorschläge vorfinden werden

und Möglichkeiten darüber zu diskutieren, wie wir die Situation möglichst bald lösen können, denn nur, dass auf die nächsten Ausschüsse, auf die nächsten Unterausschüsse zu verschieben, wird für viele Menschen nicht reichen. Und aus dem Grund fordern wir auch heute und bringen folgenden Entschließungsantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- flächendeckend und niederschwellig psychosoziale Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schule sicherzustellen und
- ehestmöglich einen 24-Stunden psychiatrischen Krisentelefondienst umzusetzen.

Mit der Bitte um Annahme. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen – 16.43 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (16.44 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Frau Landesrätinnen, geschätzte Zuhörende hier im Auditorium, werte Kolleginnen und Kollegen, aber auch jene via Livestream!

Auch das ist, glaube ich, ein sehr wichtiges Thema, und ich bin froh, dass wir auch hier im Rahmen dieser Dringlichen der NEOS über die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen heute reden. Das, was der Robert Reif zu Beginn oder einleitend in der Begründung gesagt hat, hat natürlich vollkommen seine Richtigkeit. Es stimmt, auch vor der Pandemie waren wir in Bezug auf die Versorgung der Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht besonders berühmt unterwegs in der Steiermark und es hat unterschiedliche Gründe, und weil der Georg Schwarzl jetzt zum Schluss erwähnt hat, sind wir froh, dass auch die NEOS was machen, diese Initiativen, da wissen deine Kolleginnen und Kollegen, die schon lange im Landtag sind, ja auch Bescheid, die gibt es ja schon sehr, sehr lange. Und da haben wir natürlich auch das Problem, dass wir auf der einen Seite nicht als Land irgendwas entscheiden können, sondern dass es da halt auch zum Beispiel die Ärztekammer gibt und die Österreichische Gesundheitskasse, dass das Land sozusagen da mit denen auch in Verhandlung ist und es sind kleine Schritte passiert, das wissen wir, auch jene, die schon lange da sind, und dennoch sind wir noch lange nicht dort, wo wir hinmüssten. Und jeder Volksanwaltschaftsbericht, der das Thema Kinder- und Jugendpsychiatrie auf der Agenda hat, sagt uns das immer wieder. Und jetzt wissen wir auch, dass natürlich diese Pandemie und

diese Situation, in der wir uns alle befinden, die Situation extrem verschärft hat, auf den unterschiedlichsten Ebenen. Wir hatten noch nie so eine Situation in den Elementarpädagogischen Einrichtungen, wir hatten noch nie so eine Situation in den Schulen, wir hatten auch noch nie so eine Situation vor den Sommerferien, wir hatten noch nie so eine Situation wie jetzt, also es ändert sich ja auch laufend mit Präsenzunterricht, DistanceLearning jetzt in den Schulen, Testungen, jetzt ist wieder ganz neu Testungen, also das ist ja alles neu. Ich glaube, solche Extremsituationen machen es sehr wohl erforderlich, dass man vielleicht alte Pläne auch überdenkt. Ich sage jetzt gleich vorweg, also allen Entschließungsanträgen, also jener von den Grünen und die zwei von den NEOS, die uns hier heute vorliegen, werden wir selbstverständlich unsere Zustimmung geben. Was mir aber auch noch wichtig ist, loszuwerden, ist, dass jede Initiative, die jetzt auch genannt wurde, und das ist ja wirklich, wenn man da zuhört, kommt man drauf, wir haben eine Menge an Initiativen, die es schon gibt, ich will jetzt nicht alle aufzählen, das würde den Rahmen sprengen, aber die durchaus auch berechtigt, gute Arbeit leisten. Viele davon kenne ich mittlerweile auch schon oder kenne Mitarbeiterinnen persönlich, und die haben sich auch, das muss man auch einmal sagen, jetzt während dieser ganzen Zeit auch gut selbst adaptiert. Sehr viele sind ja hergegangen und haben von sich aus geschaut, wie können wir unser Angebot, dass eben jetzt so nicht funktionieren kann, weil eben die Menschen aufgrund der verschiedenen Ausgangsbeschränkungen und Lockdowns auch gar nicht fähig waren, dieses Angebot so wahrzunehmen, dass man dort irgendwo einen Termin vereinbart hat und hingegangen ist, also die haben sich ja zum Teil selbst da ein gutes Krisenkonzept, sage ich einmal geschaffen, aber ich glaube, wir müssen jetzt und das sehe ich sehr wohl auch in der Verantwortung des Landes, auch einmal inne halten und schauen, wie wird es denn jetzt weitergehen? Denn es ist unbestritten, dass die psychischen Probleme schon angestiegen sind und ich fürchte, weiter ansteigen werden. Denn all die Situationen, mit denen unsere Kinder und Jugendlichen belastet sind, die haben sie ja auch noch nie erlebt und ich sage jetzt, auch wir, als Eltern, oder Beraterinnen und Berater oder Betreuerin oder Betreuer, Psychologen, Psychiater_innen, wir haben da ja auch noch keine Muster und Überlegungen, wie wir da auch unterstützen und helfen können, außer aus irgendeinem Lehrbuch. In der Praxis hat das ja noch niemand über-, ah-, erlebt, überlebt Gott sei Dank schon - erlebt, sowohl jetzt im familiären Sinne, ja, wie stützen wir als Eltern, Tanten, Onkel, Geschwister unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch all jene, die das professionell machen, haben ja so eine Situation in der Praxis noch nicht erlebt. Ich habe auch schon mit einzelnen Kolleginnen und Kollegen hier darüber gesprochen, dass es auf der einen Seite eben eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen gibt, die man

vielleicht als sensibel einordnen kann oder die vielleicht schon mit einem Päckchen an psychischen Problemen in diese Pandemie gegangen sind, denen geht es besonders schlecht. Wir wissen aber auch, dass viele sehr stabile Kinder und Jugendliche durch diese Situation jetzt wirklich auch etwas erleben, was sie bis dato nicht gekannt haben. Und es ist besonders schlimm, sage ich jetzt einmal, zu sehen, wie große Auswirkungen Maßnahmen und Regelungen haben. Ich will das jetzt überhaupt nicht bewerten und sagen, das ist gut oder das ist schlecht. Wir müssen einfach feststellen, es hat Auswirkungen. Und jetzt komme ich noch einmal zu dem zurück, dass ich glaube, dass das Land Steiermark, mit all diesen tollen Initiativen, die es gibt, sich auch hinsetzen müsste und schauen müsste, wie kann man denn jetzt langfristig in die Zukunft planen? Also, ob das jetzt die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist oder einzelne Initiativen, ich glaube, es reicht jetzt nicht herzugehen und zu sagen, wir haben einen Plan oder wir haben diese oder jene Förderung erhöht, sondern ich glaube, es braucht sowas, wie einen Knopf, wo man sagt: Stopp, jetzt müssen wir neu denken, denn wir haben eine völlig veränderte Situation. Viele Geschichten, die über die Schulen bis jetzt gut gelaufen sind, kann man nicht mit einer Online-Ersatzvariante wahrscheinlich so durchführen, wie sie vorher gelaufen sind, das heißt, man muss überlegen, was braucht es denn jetzt und was braucht es vor allem zusätzlich? Dann komme ich immer wieder zu dem Punkt, all diese Forderungen nach mehr Personal, und ich glaube, das war einer meiner aller-, aller-, allerersten Anträge hier im Landtag, wo wir damals gefordert haben, schauen wir doch, dass es für jede Schule in der Steiermark einen Schulpsychologen oder eine Schulpsychologin gibt, die immer vor Ort ist, ja. Ich kann mich noch gut erinnern, mit welchem Kopfschütteln da darauf reagiert worden ist. So nach dem Motto: Was das kostet! Das ist alles nicht notwendig und so. Ja, es kostet immer alles Geld, ja, aber die Frage ist, oder ich sage jetzt einmal, ich stelle eine Hypothese auf: Hätte man vor zehn Jahren schon da investiert, dann würde man jetzt wahrscheinlich viel schon abgefangen haben, ja. Ist eine Interpretation, kann ich eh nicht garantieren oder beweisen. Aber meine Bitte in diese Richtung ist halt nach wie vor die, schauen wir, dass wir jetzt hergehen und sagen, Schlussstrich so war es bis jetzt und viele Dinge sind gut gelaufen, aber jetzt muss man wirklich nach vorne schauen und schauen, wo müssen wir hin und was wird es in Zukunft brauchen? Denn wie gesagt, ich glaube nicht, dass das erledigt ist oder dass die Probleme sozusagen sich von selbst erledigen, wenn es dann irgendwann wieder einmal einen normalen Zugang geben wird in den Elementarpädagogischen Einrichtungen oder in den Schulen. Das glaube ich nicht. Und ich denke, das sollte uns über alle Parteigrenzen hinweg ein großes Anliegen sein. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 16.52 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Matthias Pokorn. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Dr. Pokorn – ÖVP (16.52 Uhr): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Die Ursachen für diesen Anstieg psychischer Probleme sind zweifelsohne vielfältig und individuell sehr viel. Neben Sorgen um die eigene Gesundheit können Zukunftsängste, finanzielle Sorgen, Jobverlust, Einsamkeit, die Pandemie bzw. die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eine Rolle spielen. Gleichzeitig kann man sagen, dass auch der Zeitraum um Weihnachten und vor allem im Winter an sich eine wesentliche Rolle spielt. Auch wir wünschen uns mehr Fachärzt_innen für Kinder und Jugendpsychiatrie, leider ist dieses Fach ein Mangelfach. In der Steiermark aber wurden 2019 schon zusätzliche fachärztliche Ausbildungsstellen geschaffen, um die Besetzbarkeit der vorgesehenen Planstellen mit Fachärztinnen und Fachärzten in Zukunft sicher zu stellen und des Weiteren kann ich sagen, gibt es Gespräche über derzeit weitere drei Planstellen für Kassenärzte in der Steiermark. Generell aber bei Kindern und Jugendlichen ist die am geringsten eingreifende Maßnahme die Beste. Greift die Behandlung im familiären Umfeld nicht, bietet sich die Tagesklinik an. Erst als letzte Option oder im Falle einer akuten Gefährdung sollte ein stationärer Aufenthalt erfolgen. Dennoch, jede einzelne Versorgungsform ist uns wichtig und nimmt ihre speziellen Aufgaben wahr. Nicht nur aufgrund der Corona-Krise hervorgerufenen Implikationen ist es uns ein besonderes Anliegen diesem Thema auch eine Wichtigkeit zu schenken. Eine in Planung befindliche Arbeitsgruppe wird sich zum derzeitigen Prozess der psychotherapeutischen Versorgung in der Steiermark sowie zu den Quantitäten austauschen. Eine Erhöhung der aktuellen Kontingente wurde bereits auf Bundesebene avisiert. Das Ausmaß und die Zuordnung sind noch zu präzisieren. Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben alle die vielfältigen Angebote im niederschweligen, im niedergelassen, im schulischen, im tagesklinischen wie auch im stationären Bereich von unserer Landesrätin schon gehört. Von GO-ON, von Helplines, von regionalisierten gemeindenahen psychosozialen Beratungsstellen in allen steirischen Bezirken. Und da möchte ich, weil es auch wirklich wichtig ist, falsche Gerüchte gleich einmal beenden. Weil das auch die Kleine Zeitung mit Stichtag heute um 15.45 Uhr gemacht hat. Damit wir das auch hinaustragen, die psychosozialen Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche sind selbstverständlich offen und waren es auch während dieser ganzen Pandemiezeit und deswegen möchte ich diesen Ehrenamtlichen, diesen Vereinen, diesen Angestellten für ihre Arbeit in dieser Pandemie

danken, dass sie auch diese Beratungen, die persönlich stattgefunden haben, so durchgebracht haben, dass einfach die Kinder Ansprechpersonen gehabt haben. Weiters gibt es in familienbezogenen Themen darüber hinaus Anlaufstellen im Bereich der Familienförderungen, Therapie auf Krankenschein beim Netzwerk Psychotherapie Steiermark sowie wurde bereits auch VIVID genannt, des Weiteren wurde auch genannt der Ausbau der KJP am Standort des LKH Graz II, Standort Süd ab 2022. Sie sehen und auch nach den Ausführungen unserer Landesrätin, es sind umfangreiche Projekte, Helplines und Beratungsstellen derzeit schon in Betrieb, so ist der sinnvolle und schrittweise Ausbau der Kassenfacharztstellen vorzunehmen. Ebenso ist der Ausbau der ambulanten sowie auch der stationären Versorgung für die KJP bereits im Gange bzw. wird in naher Zukunft umgesetzt. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.56 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Robert Reif. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Reif – NEOS (16.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer!

Vorweg einmal Danke für die Anfragebeantwortung, aber irgendwie gibt mir die ganze Anfragebeantwortung schon sehr zu denken, geschätzte Frau Landesrätin. Sie haben die Probleme mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie von ihren Vorgängern geerbt und anstatt, dass Sie klar sagen, ja, wir haben Probleme, wir haben Schwachstellen und hier müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass wir besser werden, um diesen Jugendlichen und Kindern helfen, sind eigentlich nur Vertröstungen gekommen. Vertröstungen dahingehend, vielfach mit Schuldzuweisungen an den Bund, Schuldzuweisungen an die Gesundheitskasse und die Verantwortung einfach hin- und hergeschoben. *(LTAbg. Dirnberger: „Du musst zuhören auch.“ - KO LTAbg. Riener: „Kannst alles im Protokoll nachlesen.“)* Und die Kinder schauen leider wieder durch die Finger. Und ich habe bei meiner Begründung bereits die aktuelle Studie zur Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark erwähnt und ich zitiere den Studienautor Dr. Rainer Fliedl: „Die Studie soll dazu dienen, um der Öffentlichkeit das begreifbar zu machen und wie es aussehen sollte. Die Zahlen sind im europäischen Vergleich eine Katastrophe. Wir liegen hier weit hinter der Schweiz und Deutschland, geschweige den skandinavischen Ländern. Wir können uns bei diesen Zahlen nur noch mit Entwicklungsländern vergleichen. Bundesminister Faßmann hat heute in der Früh in der Pressekonferenz eine Umfrage zitiert, wonach 63 % der Eltern die psychische Gesundheit

ihrer Kinder im Lockdown als belastend empfinden – 63 %! Und wir haben zwei Probleme, und das hat die Anfragebeantwortung wieder bestätigt. Erstens: Die fehlende Prävention. Die Mittel, die hier zur Verfügung gestellt werden, sind im Normalbedarf zu gering und in solch einer Extremsituation eindeutig nicht ausreichend. Hier muss die Steiermark besser werden. Hier kommt unseren Schulen eine wichtige Bedeutung zu. Wir wissen, die letzten Monate waren eine Belastung für viele Eltern, Schüler und Lehrer gleichermaßen. Deshalb müssen wir hier schnellstmöglich ein niederschwelliges Beratungsangebot sicherstellen und auch bereitstellen. Hier brauchen wir jetzt konkret als Sofortmaßnahme ein engmaschiges Netz, da uns berichtet wird, dass zum Beispiel viele Essstörungen einfach nicht wahrgenommen werden. Und deshalb unser erster Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die personellen und finanziellen Ressourcen der psychosozialen Unterstützungsteams und schulpsychologischen Beratungsstellen in der Steiermark zu erhöhen, um flächendeckende und niederschwellige Hilfsangebote für alle Schülerinnen und Schüler garantieren zu können.

Und bei all den positiven Ausbausritten, die Sie heute auch verkündet haben, das möchte ich auch nicht bestreiten, bleibt das zweite grundsätzliche Problem bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark ungelöst, nämlich die fehlenden Kassenarztstellen. Und dieses grundlegende Problem kann nicht länger auf eine Lösung warten. Wir dürfen nicht zulassen, dass in der Steiermark das Geldbörsel darüber entscheidet, ob Kinder behandelt werden und lassen Sie sich nicht, wie ihr Vorgänger, auf den Sankt Nimmerleinstag verträsten, wenn die Österreichische Gesundheitskasse unwillig ist, Strukturen in der Steiermark zu schaffen, dann muss das Land einfach korrigierend eingreifen. Und wir wissen aus allen Untersuchungen, dass möglichst niederschwellige Angebote das Beste für Kinder und Jugendliche sind. Wir können nicht sagen, ja, in ein paar Jahren gibt es vielleicht eh Kassenärzte. Hier muss das Land jetzt als Sofortmaßnahme den Familien unter die Arme greifen, denn bei jedem Kind, das wir nicht frühzeitig behandeln können, entsteht nicht nur unfassbares Leid für die Betroffenen und ihre Familien, sondern auch massive Folgeschäden für die Gesellschaft. Wir sind es den Kindern und Jugendlichen schuldig, jetzt in dieser Pandemie massiv zu investieren und ja, da muss auch das Land selbst die Initiative ergreifen, wenn Bund und die Gesundheitskasse versagen. Deshalb stellen wir den zweiten Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Ausgleichsförderung einzurichten, durch die Mehrkosten für Betroffene, die aufgrund des Fehlens von Kassenärzt_innen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auftreten, übernommen werden, und
2. die ambulanten und stationären Plätze der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Psychotherapie an steirischen Fondskrankenhäusern schnellstmöglich aufzustocken.

Wären diese beiden Maßnahmen nicht schon vor der Corona-Krise notwendig gewesen? Ja, selbstverständlich. Seit mehreren Jahren wissen wir von den Problemen der Kinder und Jugendpsychiatrie, aber jetzt, wo wir aus allen Bundesländern Schreckensmeldungen über die psychische Gesundheit unserer Kinder bekommen, ist es einfach unumgänglich hier schnellstmöglich zu reagieren.

Und zum Schluss möchte ich etwas Persönliches vielleicht dazu einwerfen, warum ich mich auch gerade für dieses Thema sehr, sehr stark mache und es ist jetzt ziemlich genau zwölf Jahre her, war ich selbst in der Behandlung. Ich habe damals eine Lebenssituation gehabt, die es mir nicht leicht gemacht hat und bin dann in ein Burnout gerutscht und war drei Tage im LKH Knittelfeld auf der Station, bin dreimal wiederbelebt worden und war dann eineinhalb Jahre lang in psychologischer Behandlung. Ich bin sehr, sehr dankbar, dass ich das damals durch einen Freund von mir geschafft habe, und ich bin wirklich dankbar, dass ich heute dastehen kann und wirklich alles tun kann und diesen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit all meiner Kraft helfen möchte und dieses auch tue. Und ich werde sicher nicht das letzte Mal da draußen stehen und zu diesem Thema sprechen, weil es mir einfach eine Herzensangelegenheit ist und wie gesagt, ich sage danke für die Anfragebeantwortung, aber ich glaube, in diesem Bereich ist noch sehr, sehr viel zu tun und ich möchte wirklich allen helfen, die Hilfe benötigen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS, ÖVP, SPÖ und den Grünen – 17.04 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Julia Majcan. Bitte schön Frau Kollegin.

LTAbg. Majcan, MSc, BSc – ÖVP (17:04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer via Livestream!

An der Debatte merkt man, dass uns das allen ein riesen Anliegen ist, das ganze Thema um die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Mich beschäftigt das auch schon seit

Wochen und gerade am Wochenende hat es mich intensiv beschäftigt, so sehr, dass ich mit einem Freund von mir telefoniert habe, der selbst gerade mit dem Medizinstudium fertig geworden ist und wir haben das Thema lang und breit diskutiert und nach langer Diskussion sind wir irgendwie zu dem Entschluss gekommen, dass es in der Steiermark ein niederschwelliges Angebot braucht, in den Schulen braucht, wo Kinder und Jugendliche etwas über mentale Gesundheit lernen. Was ist eigentlich psychische Gesundheit? Wann spreche ich mit meinen Freunden darüber? Wann spreche ich mit meiner Familie darüber? Wann ist es besser, wenn ich mir extern Hilfe hole? Und zwar alles angelehnt, so wie die Modelle es in der Steiermark auch zeigen, so wie „Abenteuer Liebe“ oder „Achtung Liebe“, was es jetzt auch in der Steiermark gibt, wo externe Personen, geschultes Personal in die Schulen kommt und zum Beispiel über Sexualität, über Beziehungen, Liebe oder Verhütung spricht. Und dabei die Jugendlichen immer genau dort abgeholt werden, wo sie individuell gerade stehen. Und in unserem Fall heute wäre es eben die psychische Gesundheit, mit dem Ansprechen und nicht dem Ignorieren und quasi, wo Jugendliche lernen, was ist eigentlich die ganze seelische Gesundheit? Wie fühlt es sich an, wenn ich seelisch mich nicht gesund fühle? Oder meine Freundin isst nichts mehr, was tue ich jetzt? Und wissen Sie was, genau so etwas, nämlich exakt so etwas haben wir in der Steiermark, nämlich, der Dachverband der sozialpsychiatrischen Vereine und Gesellschaft in Steiermark, hat ja wie in den Ausführungen der Frau Landesrätin schon erwähnt, ein Programm, das heißt „Verrückt? – Na und! Seelisch fit in Schule und Ausbildung“ und das trifft eigentlich ziemlich genau, was ich vorhin erwähnt habe. Und warum sage ich das? Einfach um aufzuzeigen, dass es irrsinnig viel schon gibt, aber Mann oder Frau oft nicht darüber Bescheid wissen, welche Angebote es wirklich in der Steiermark schon gibt. Und insbesondere in der Schule ist es ganz besonders wichtig, dass Direktorinnen und Direktoren, Lehrerinnen und Lehrer über dieses Angebot Bescheid wissen. Und dazu gibt es in unseren steirischen Schulen Schülerberater_innen, das sind Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrer, die unseren Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Sei es in persönlichen Krisen oder beruflichen Fragestellungen, wie geht es mit meiner Zukunft weiter? Die sind einfach da und kennen sich auch irrsinnig gut über das Beratungsangebot aus und wissen, wie sie den Schülerinnen und Schülern hier weiterhelfen können. Ich habe 2014 maturiert und bei uns war es so, ich glaube, in der dritten oder vierten Klasse, ich weiß es nicht mehr genau wann es war, aber auf jeden Fall wurde, ich glaube in der dritten oder vierten Klasse, die Schulpsychologin ist eben das erste Mal da gekommen und wir durften uns anmelden. Wir haben uns da anonym in Listen eintragen können mit Symbolen und es ist irrsinnig gut genutzt und angenommen worden. Es war ein sehr, sehr

cooles Angebot, wo man einfach mit Leuten, mit einer Schulpsychologin sprechen konnte, die nicht aus der Familie war, die nicht aus dem Freundeskreis war, einfach einmal extern und so die Dinge wahrgenommen hat. Und genau das Angebot gibt es Gott sei Dank noch und noch vieles mehr. Und es gibt das psychosoziale Unterstützungsteam der Schulpsychologie der Steiermark, das ein multiprofessionelles Team hat und die jetzt gerade in der Krise vor allem auch eine irrsinnig gute und großartige Arbeit leisten. Das heißt, dass in der Praxis, für uns, für die Schülerinnen und Schüler, für die Kinder und Jugendlichen, dass es die Möglichkeit eben gibt, zu einer Schulpsychologin zu gehen oder zum Schulpsychologen. Es gibt aber auch die sogenannten Jugend-Coaches, viele meiner Freunde sind Lehrerinnen und Lehrer und mit denen habe ich gesprochen und die haben mir berichtet, dass ganz viele Jugendliche, das total gern annehmen, weil es noch niederschwelliger ist, weil einfach die Barriere einfach nicht da ist, weil das oft auch junge Leute sind, wo ich einfach so von Angesicht zu Angesicht oft einfach reden kann und das irrsinnig gerne angenommen wird oder auch die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Weil du, lieber Georg, das angesprochen hast, das niederschwellige außerschulische Angebot, auch da sind wir in der Steiermark exzellent aufgestellt. Wenn ich mir nur anschaue, eben auf der Website des Dachverbandes der sozialpsychiatrischen Vereine und Gesellschaften, sind die alle aufgezählt. Da gibt es wirklich viel, zum Beispiel die Gesellschaft für Förderung seelischer Gesundheit oder auch das psychosoziale Netzwerk, aber auch das Hilfswerk Steiermark rund um Streetwork. Und immer, wenn man mit Lehrerinnen und Lehrern oder Direktorinnen und Direktoren spricht, wie schaut es eigentlich wirklich aus bei euch in der Schule? Was gibt es da für Angebote neben den Schulpsychologen und -Psychologinnen, dann wird immer auch Streetwork erwähnt. Und deshalb möchte ich es auch an dieser Stelle erwähnen, weil es irrsinnig wichtig ist, weil es einfach..., die suchen die Jugendlichen ja auch auf, dort, wo sie sich aufhalten bzw. jetzt sind sie natürlich auch online erreichbar oder einfach am Handy erreichbar und das bleibt. Und die Jugendlichen können da mit allen möglichen Fragestellungen zu ihnen kommen. Und ich glaube, dass gerade Streetwork da eine irrsinnig tolle Sache ist, wie so vieles andere. Also das niederschwellige Angebot kann sich definitiv zeigen lassen in der Steiermark und wie wir wissen ist es genau jetzt ebenso wichtig, weil eben unsere Kinder und Jugendlichen extrem belastet sind, durch die Krise, dass es Stellen gibt, wo sie sich Hilfe holen können, und diese Möglichkeiten gibt es in der Steiermark. Natürlich wie gesagt, im Lockdown hat man einfach alternative Methoden gefunden, es wurde, wie es auch die Frau Kollegin Klimt-Weithaler angesprochen hat, die haben sich wirklich gut adaptiert, also wirklich über Whats-App, über Anruf, über Video-Calls, aber auch wenn es notwendig war,

haben mir die Direktorinnen und Direktoren berichtet, war es auch möglich, den direkten Kontakt in der Schule zu haben, also zum Beispiel mit einer Schulpsychologin oder mit einem Schulpsychologen. Und ich glaube, wir alle sind froh, dass nach den Semesterferien der Präsenzunterricht wieder stattfindet, also auch dort ist es dann wieder möglich auch „Face to Face“ zu sprechen und sich hier Hilfe zu holen. Grundsätzlich, glaube ich, kann man schon sagen, dass wir in der Steiermark gerade rund um diesen schulpsychologischen Dienst wirklich gut aufgestellt sind. Wir haben irrsinnig engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, die auch gemeinsam mit dem schulpsychologischen Dienst allesamt unseren Kindern und Jugendlichen durch diese herausfordernde Zeit, durch diese sehr belastende Zeit durchhelfen und da müssen wir auch einmal danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.11 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Cornelia Schweiner. Bitte schön Frau Abgeordnete.

LTabg. Schweiner – SPÖ (17.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, das Eis ist dünn, auf dem viele Kinder und Jugendliche derzeit tagtäglich ihr Leben bestreiten und das Eis ist oftmals so dünn, dass sie selbst nicht die Wahrnehmung haben, dass es beim nächsten Schritt schon tief hinuntergehen kann. Und was Claudia Klimt-Weithaler vorher angesprochen hat, möchte ich aufgreifen. Ich glaube, wir reden hier von zwei Gruppen, um es so einmal auszusprechen, von Kindern und Jugendlichen, nämlich die, die schon davor belastet waren aufgrund der familiären Situation, aufgrund der psychischen Konstitution von Kindern und Jugendlichen. Und die haben ja auch oftmals schon eine institutionelle Anbindung über die Kinder- und Jugendhilfe, über die Schulpsychologie, über die vielen Beratungsstellen, aber ich finde, wir müssen ganz dringend auch auf die schauen, die immer ganz stabil gewirkt haben, wo sich das Umfeld niemals gedacht hätte, dass dieses Kind psychisch ins Wanken kommen könnte. Und wenn ich am Wochenende auch telefoniert habe, mit einer Klassenvorständin eines Oberstufengymnasiums, die mir erklärt, dass sie mindestens ein Drittel ihrer Schüler_innen als depressiv einstuft, weil die einfach sagen, ich kann nicht mehr aufstehen, ich kann mich nicht mehr motivieren, ich mag eigentlich gar nichts mehr essen, dann sind das Alarmglocken, und ich glaube, dass wir vieles noch nicht sehen, weil wir ja die Jugendlichen nicht sehen derzeit, weder in den Institutionen noch in den Freizeiteinrichtungen, dass das erst auf uns zukommt. Und ich möchte dem Kollegen Reif auch insofern danken, für den Mut hier, die eigene Geschichte hereingebracht zu haben, denn

psychische Gesundheit, mentale Fitness, ist nach wie vor ein Tabuthema, (*Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen*) das ist nach wie vor nichts über das man einfach so spricht. Ich habe am Wochenende beim Spaziergehen eine vierfache Mama getroffen, die mir auch erzählt hat, dass ihre älteste Tochter, 18 Jahre, Schlafstörungen hat, Durchfall hat, dass sie nicht genau weiß, wie sie ihr helfen soll. Das ist ein ganz ein stabiles Familienumfeld, und die hat gesagt, aber weißt was, sofort fällt mir ein, was will sie den jammern, schau an die Kinder in Moria, denen geht's wirklich schlecht. Und das, das darf nicht passieren. Wir dürfen das nicht vom Tisch wischen und sagen, nur, weil es anderen Menschen noch schlechter geht, darf es dir persönlich nicht auch schlecht gehen. Also ich finde, es ist ganz wichtig, dass wir den Kindern und Jugendlichen vermitteln: Du bist weder falsch, noch bist du schwach, noch bist du irgendwas, ist mit dir nicht richtig, wenn du dich derzeit schlecht fühlst, wenn du Sorgen, Ängste, Nöte, Depressionen hast oder ähnliches. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich habe leider mehrere Suizide im Lockdown miterleben müssen von Jugendlichen in der Südoststeiermark, in meinem eigentlich sogar nachbarschaftlichen Umfeld und das ist ja nur die Spitze des Eisberges. Ein Suizid ist immer ganz tragisch und furchtbar und jeder Suizid ist natürlich ein Fall zu viel, aber mir geht es auch darum hinzuweisen, dass es die vielen Kinder und Jugendlichen gibt, die gar nicht so sichtbar sind, die große Scham haben, Hilfe anzunehmen und die diese Isolation derzeit krankmacht. Ich möchte aber noch einmal betonen, meine Kritik ist nicht an der derzeitigen Situation, ich kann das nachvollziehen, dass die Pandemie es von uns allen verlangt, Abstand zu nehmen, mehr Zuhause zu bleiben, ich habe nur die Befürchtung und die möchte ich hier auch noch äußern, dass die Schulen nach den Semesterferien den Kindern aber keine Normalität zurückbringen. Sie werden nur in halben Klassen mit Masken, mit zwei Meter Abstand voneinander einen Unterricht bekommen - bitte noch einmal, das ist gut und richtig - ich freue mich, aber es ist nicht das, was viele Jugendliche, auch mein eigener Sohn sich wünschen. Der wünscht sich, so wie viele Kinder, so wie alle, wünscht er sich ihre Gemeinschaft zurück, ihr normales Leben, ihren leichten Alltag, der ihnen einfach schon fast ein Jahr lang fehlt. Und ich finde, wir müssen das einmal auch ernst nehmen und sagen können, ja, es ist hart, es ist schlimm und wir tun alles als Politik, als Gesellschaft, damit dieser Alltag so schnell als möglich wieder zurückkommt, weil das ist ja unser Ziel, dass dieser leichte Alltag für Kinder und Jugendliche wieder da ist. Aber ich glaube, wir können schon was tun als Politik, ich habe das letztes Mal hier schon gesagt, wir können beginnen, den Druck rauszunehmen. Der Druck muss derzeit aus Schulen raus. Ich kann es nach wie vor nicht nachvollziehen, dass man jetzt unter diesen Bedingungen zwischen Semesterferien und Ostern schon wieder vorhat, Tests, Schularbeiten, Prüfungen zu

schreiben. Meine Kollegin hat mir gestern erzählt, ihre 17-jährige Tochter hat ihre Mathematik-Professorin drei Monate nicht gesehen, aber zur Feststellungsprüfung hat sie in die Schule kommen müssen, vor die Tafel und hat dort versagt, no-na-net, wenn ich drei Monate daheim isoliert bin, sowieso mir schon schwer tue in Mathe, und dann komme ich zur Feststellungsprüfung hinein, dann ist das doppelte Druck und dieser Druck muss raus, damit die psychische Gesundheit und die seelische Gesundheit von vielen Kindern und Jugendlichen nicht noch schlimmer wird. *(Allgemeiner Beifall)* Meine Zeit ist leider vorbei, ich möchte nur alle einladen, die gestern nicht Thema geschaut haben, sich den Bericht, den Thema gestern über die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gebracht haben, anzuschauen. Das lohnt sich und ich glaube auch, Kollege Reif, dass wir hier noch öfter darüber reden sollen und werden. Bin aber guter Dinge, wenn ich der Frau Landesrätin in der Anfragebeantwortung zugehört habe, dass ihr die Problematik mindestens genauso bewusst ist wie uns beiden. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen – 17.18 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte schön Frau Klubobfrau.

KO LTAvg. Riener – ÖVP (17.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß, mit der vierten Dringlichen und wir haben jetzt noch zwei vor uns, ist auch die Zeit schon etwas fortgeschritten, aber erlauben Sie mir ein paar Minuten von Ihrer Zeit auch trotzdem um Aufmerksamkeit, weil ich sehr lange genau mit diesen Themen beruflich und auch wirklich persönlich zu tun hatte und habe. Ich kann mich bei Kollegin Conny Schweiner anschließen. Sie hat vieles gesagt, wie es Kindern und Jugendlichen zurzeit geht. Wenn man mit denjenigen, die genau mit diesen Jugendlichen auch zu tun haben, spricht, ob das jetzt eine erste Anlaufstelle über das KITS-Teams ist, wo mir gesagt wird, dass man versucht, rasch dann auch wirklich, und da haben wir ein großartiges ehrenamtliches Team mit tollen Ausbildungen, dann auch die entsprechenden Professionen in die Familien zu schicken, oder ob es jetzt der Steirische Landesverband für Psychotherapie bzw. das Netzwerk ist, wo eben diese Angebote gestartet werden, oder ob es unsere psychosozialen Beratungsstellen sind. Mir ist wichtig auseinanderzuhalten, weil die Dringliche sehr stark aufgebaut wurde auf die Kinder- und Jugendpsychiatrie, dass wir eigentlich in der Fachwelt über psychosoziale Versorgung reden und nicht nur über Psychiater. Wir haben tolle Angebote, ob es jetzt die

klinischen Psychologen sind, die eben sich spezialisieren auf Kinder, ob es jetzt die Psychotherapeuten sind, die sich spezialisieren auf Kinder, das ist wichtig, dass man das auch im Blick hat, weil, und es wurde gefordert vom Kollegen Reif, nämlich, wenn es keine Kassenstellen gibt, dass dann die Landesverantwortlichen etwas tun. Ja, wir haben etwas getan. Ich sage es noch einmal, wer in der Gesundheitsplattform sitzt, die Gesundheitssprecher sind dort verankert, da wurde in den letzten Jahren beschlossen, für die kinderpsychiatrische Versorgung in den psychosozialen Beratungsstellen auch Kinder- und Jugendpsychiater vorzusehen und es sind sechs Vollzeitäquivalente vorgesehen, weil wir seinerzeit, wie die Thematik begonnen hat, eben zu wenig oder überhaupt keine Kinder- und Jugendpsychiater gefunden haben, die in die freie Praxis gehen. Das ist das Dilemma, aber das Land Steiermark hat etwas getan. Wenn bei Statistiken das jetzt nicht aufscheint, ist es schwierig, ja, aber es wird etwas getan. Und ich freue mich, weil ich habe mir letzten Donnerstag auch gegönnt die Fragestunde des Bundesministers Anschöber zu hören, wo er unter anderem auch gesagt hat, es ist sein Wunsch, eine Psychotherapie oder psychologische Behandlung auf Krankenschein umzusetzen. Und jemand, der seit 1983 in diesem Bereich tätig ist, sage ich, wenn das gelingt, dann sind wir einen Riesenschritt weiter. Ich bitte alle Parteien, die im Nationalrat sind, alle, die Einfluss haben, egal auch die Vertreter der Sozialpartner in den Österreichischen Gesundheitskassen, bitte helfen wir da zusammen, Psychotherapie, psychologische Behandlung auf Krankenschein ist dringend notwendig, weil dann ist es auch keine Geldfrage mehr. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen – 17.22 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung. Hätte noch eine Wortmeldung, den Herrn Kollegen Schwarzl. Bitte sehr.

LTabg. Schwarzl – Grüne (17.23 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, sehr geehrte Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz kurz melden. Prinzipiell auch von meiner Seite ein großes Dankeschön an den Kollegen Reif, denn ich bin überzeugt, Geschichten, wie deine, sind wichtig, sie sind wichtig um zu zeigen, dass Hilfe die ankommt, auch Leben retten kann. Und es ist aber auch genauso wichtig, vor allem auf die Geschichten hinzuschauen, die noch nicht erzählt sind und vielleicht auch nie erzählt werden. Aber umso mehr freut es mich, dass eben auch wie die Kollegin Schweiner immer wieder auch rauskommt und die Sachen auch anspricht, wo man auch noch Verbesserungspotential hat, denn es wird wahrscheinlich

wenig daran gezweifelt, dass viel passiert in dem Thema und ich bin auch sehr froh, dass jetzt so viele, egal von welcher Partei, die Leute rauskommen, so viel Zustimmung zu dem Thema auch ausgesprochen wird und der Wille da ist, wirklich was zu verändern. Aber gerade aus dem Grund, glaube ich, dass es ganz wichtig ist, sowie in der Anfragebeantwortung und in den anderen Wortmeldungen ja auch gesagt worden ist, dass Themen oder Punkte, die wir jetzt zum Beispiel heute auch in unserem Antrag eingebracht haben, jetzt keine besonders Neuen im Sinne sind, dass an den Themen nicht auch gearbeitet wird oder dass nicht eh in diese Richtung was gemacht wird, wäre es natürlich umso wichtiger oder auch einmal ein wichtiger Schritt, ein wichtiges Zeichen, wenn wir uns doch alle so einig sind, diese Anträge und diese Punkte auch gemeinsam abzustimmen, um ein wichtige Zeichen zu setzen, aber auch vor allem die Botschaft nach außen, dass wir da gemeinsam an diesen Themen arbeiten und diese möglichst schnell umzusetzen. Das heißt noch einmal die Bitte auch zur Annahme der verschiedenen Anträge. *(Beifall bei den Grünen – 17.24 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Nun liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, mit der Einl.Zahl 1110/2, betreffend Niederschwelliges außerschulisches Angebot der psychosozialen Hilfe garantieren! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, KPÖ, FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, mit der Einl.Zahl 1110/3, betreffend Psychosoziale Unterstützungsteams und schulpsychologische Beratungsstellen in der Steiermark ausbauen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, mit der Einl.Zahl 1110/4, betreffend Sofort leistbare Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Steiermark sicherstellen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zur **nächsten Dringlichen**.

Am Donnerstag, dem 28. Jänner 2021 wurde um 14 Uhr 14 von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 1111/1, an Frau Landesrätin Ursula Lackner betreffend **„Amazon-Verteilerzentrum in Liebenau: Wieviel Verbauung kann Graz noch vertragen?“** eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Ursula Lackner und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte schön Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (17.26 Uhr): Danke Frau Präsidentin! Herzlich willkommen Frau Landesrätin Lackner, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende via Livestream!

Das hat mir gut gefallen, dass der Georg Schwarzl noch einmal rausgekommen ist und festgestellt hat, dass es hier ja so viel Zustimmung gibt, bei der Abstimmung trennt sich dann halt immer die Spreu vom Weizen.

Wir kommen zur letzten Dringlichen Anfrage heute in diesem Sonderlandtag und möchte ein bisserl ausholen für die Begründung. Ich kann mich noch sehr gut an Zeiten erinnern, wo das Thema Politik eher was war, mit dem man sich nicht so unbedingt in den Vordergrund gestellt hat oder umgekehrt. Leute, die sich mit Politik beschäftigt haben, haben eher so davon gesprochen, dass die Menschen sich so wenig für Politik interessieren oder dass es sogar Politikverdrossenheit gibt. Jetzt ist es genau umgekehrt. Ich stelle fest und das tun Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich auch, im Moment hat man den Eindruck, es gibt überhaupt niemanden, der sich nicht für Politik interessiert. Liegt auf der Hand, es gibt ganz große Themen, die uns zurzeit bewegen, auf der einen Seite natürlich ist das die Pandemie mit all ihren Folgen auf der anderen Seite ist es aber nach wie vor der Klimawandel. Und wir haben jetzt schon sehr oft darüber geredet, dass aus dieser Gesundheitskrise, die ja leider immer noch da ist, sie ist ja noch nicht beendet, sich eine Wirtschaftskrise entwickelt hat, dass eine soziale Krise da ist, die vermutlich auch noch schlimmer werden wird. Und abgesehen davon jetzt, dass wir eine Gesundheitspolitik brauchen, die niemanden zurücklässt und die nicht den Sparstift spitzt sozusagen, wird es auch nachhaltige Investitionen in Arbeitsplätze brauchen, denn, wir wissen auch, die Menschen werden weiterhin Arbeit brauchen und vor allem Arbeit brauchen, von der sie leben können, damit wir sozusagen dann auch wieder diesen Wirtschaftsfaktor in Gang bringen können, diese vielzitierte Kaufkraft, die dann auch

wieder steigen muss. Und was auch unbestritten ist, ist, dass wir diese Unternehmen, die wir jetzt haben, und jetzt rede ich vor allem von jenen Unternehmen, die sich nicht selbst retten können, weil sie nicht genug auf der Kante haben, weil sie vielleicht ihre Steuern ordnungsgemäß dort abliefern, wo sie abzuliefern sind, dass wir die, durch die Krise durchbringen müssen. Und es braucht auch weiterhin Maßnahmen, die unsere Kinder und Enkelkinder und Urenkelkinder in einer intakten Umwelt aufwachsen lassen. Und selbstverständlich setzen wir uns im Landtag auch mit diesen Themen auseinander und das hat ja der heutige Landtag schon bewiesen, dieser Sonderlandtag, dass hier ja zu all diesen, jetzt von mir genannten Themen hier auch schon sehr viele Wortmeldungen gekommen sind, oder Anfragen gekommen sind – Anfragebeantwortungen gekommen sind. Und die Dringliche Anfrage, die ich hier jetzt noch am Schluss an die zuständige Landesrätin Uschi Lackner stellen werde, beinhaltet einen großen Teil, der jetzt schon angesprochenen Themen, einerseits so diese Thematik Klimawandel, weil wir auch über ein hohes Verkehrsaufkommen sprechen werden, aber auch dorthin, wo wir schon ganz am Anfang heute in der Früh waren, beim Thema Wirtschaft, weil es auch um die Handelsunternehmen und deren Beschäftigte geht. So, das war eine lange Einleitung. Ich komme zum Kern der Sache. Sie alle wissen, es ist geplant oder wir haben das den Medien entnommen, dass es in Graz Liebenau oder im Süden von Graz ein großes Amazon-Verteilzentrum geben soll, weil der Amazon-Konzern das sozusagen geplant hat, und in der Vorwoche hat das viele von uns, denke ich, aufhorchen lassen. Und ich möchte Ihnen noch einmal ganz kurz die Fakten dazu sagen. Also entstehen soll dieses Verteilzentrum in Graz Liebenau, neben einer Logistikhalle mit 150 Meter Länge und rund 70 Meter Breite bei 14 Meter Höhe sollen ein vierstöckiges Parkhaus sowie Abstellplätze im Freien entstehen. Also, da hat man, glaube ich, schon ungefähr ein Bild, wie das ausschauen wird bei diesen Maßen. Insgesamt sollen dort dann 1.240 Fahrzeuge Platz haben. Zu- und Abfahrt des Verteilzentrums sollen direkt auf die L321, also den Liebenauer Gürtel, führen, die Arbeiten in dem Logistikzentrum sollen im Schichtbetrieb von 0 bis 24 Uhr erfolgen, mehrere Hunderte Fahrzeuge täglich werden laut Amazon zu Beginn für den genannten Standort einmal kalkuliert. Aber, jetzt kann man sich schon ausrechnen, wenn so ein Konzern dort, ich sage einmal, so eine „Batzengarage“ hinbaut, dann werden die vermutlich das auch ausnutzen wollen und die ist ja für weitaus mehr konzipiert. Also so viel einmal zu den Eckdaten, wie man so schön sagt. Und jetzt muss ich ganz ehrlich sagen, man braucht keine Klimaexpertin sein, um festzustellen, wenn man sowas hört, dass dieses Projekt selbstverständlich für ein enormes Verkehrsaufkommen sorgen wird. Jetzt allein schon der Konzern selbst, der ja dort nicht nur baut und dann die Fahrzeuge einstellt, sondern

Verteilzentrum heißt ja nichts Anderes, wie da werden Pakete angeliefert, die müssen irgendwie hinkommen und die werden dann auch wieder weggeführt. Dass das natürlich eine immense Lärm- und Schadstoffbelastung mit sich bringt, für die Menschen, die dort wohnen, liegt, glaube ich, auch auf der Hand, brauchen wir auch nicht lang herumdiskutieren. Gleichzeitig weiß man auch und das ist ja auch immer wieder ein Thema, wenn es hier um Umweltschutz geht, mit dem Bau dieser Riesenhalle und dieses Riesenparkplatzes kommt es natürlich auch zu einer Versiegelung des Bodens und gerade das ist ja was, über das wir immer wieder reden, wenn wir sagen, wo können wir als Land Steiermark was tun, betonieren wir nicht alles zu. Konkret handelt es sich um eine Versiegelung von einer Fläche von 5,7 Hektar. Ich weiß schon, da wurde jetzt viel darüber geredet, das wird dann so mit so Rasenziegeln und so weitergemacht, aber letztendlich vorher wurde es landwirtschaftlich genutzt, jetzt wird es versiegelt werden oder soll versiegelt werden. Und jetzt halte ich hier noch einmal zusammengefasst fest, aus Klimaschutzperspektive ein Wahnsinn und ist deshalb absolut abzulehnen. Jetzt wirkt sich das aber nicht nur negativ auf die Umwelt aus, sondern auch konkret auf die Handelsbetriebe. Und es ist heute schon so viel hier debattiert worden über die wirtschaftlichen Folgen, die diese Pandemie mit sich bringt, dass wir natürlich viele Betriebe haben, Klein- und Kleinstunternehmen, Einzelunternehmen, die danach ringen, dass ihnen geholfen wird. Schauen wir uns einmal an, was die Grazer Wirtschaftskammer in Person - so jetzt muss ich die Brille aufsetzen - der Herr Viktor Larissegger, so heißt er, das sieht und der hat in der Kleinen Zeitung am 26. Jänner dazu gesagt, ich zitiere das: „Die Wertschöpfung für Graz ist relativ gering.“ Jetzt kann man natürlich einer Kommunistin immer vorwerfen, najo, wenn so ein Riesenkonzern irgendwie was bauen wird, die wird nie dafür ein gutes Wort finden, aber das sage ja nicht ich. Wie gesagt, das sagt ja jemand, der sich offensichtlich in Wirtschaftsbelangen, wie viele immer glauben, besser auskennt, das sagt die Grazer Wirtschaftskammer. Und was wir aber schon alle wissen, weil, das steht in den Medien und das kann man nachvollziehen, ist, dass Amazon jetzt nicht unbedingt ein Betrieb ist, der dafür bekannt ist, dass er seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen so gut behandelt. Das ist nämlich auch zu befürchten, wenn sich hier so ein Riesending ansiedelt, dass sich natürlich so ein Amazon-Warenlager in dieser Größe durchaus negativ auf bestehende Beschäftigungsverhältnisse im ansässigen Einzelhandel auswirken kann. Wenn ich jetzt von nicht guter Behandlung rede, meine ich ganz konkret, Amazon hat prekäre Anstellungsverhältnisse und arbeitet sehr viel oder hauptsächlich auch mit Scheinselbstständigkeit, lauter Dinge, schau ich den Gewerkschafter an, die natürlich abzulehnen sind. Erst vor kurzem, finde ich spannend, das war erst im letzten Jahr, hat es eine

Razzia gegeben der Finanzpolizei und zwar im Amazonlager Großebersdorf und dort wurden unter anderem massive Verstöße gegen das Lohn- und Sozialdumping- Bekämpfungsgesetz festgestellt und auch gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz. Also, all das müssen wir auch bedenken, wenn wir über so einen Konzern reden. Und all das, was ich jetzt beschrieben habe oder genannt habe, widerspricht eigentlich all dem, was wir uns jetzt da mehrmals schon gegenseitig immer wieder sagen, was wir künftig politisch tun müssen, damit wir eben die eingangs zwei großen erwähnten Themen – einerseits diese Pandemie und ihre Folgen, aber auch den Klimawandel – in den Griff bekommen sollen. Einen weiteren Punkt möchte ich auch noch erwähnen, warum dieses Projekt abzulehnen ist, aber bevor ich das weiter ausführe, möchte ich gerne von dir, liebe Uschi Lackner, ein Posting vorlesen, weil, wie viele andere Politiker und Politikerinnen auch, hast du dich auch via Facebook zu Amazon geäußert, und zwar, ich sage jetzt einmal zur schlechten Steuerzahlungsmoral. Ich darf das jetzt zitieren, ich habe mir das abgeschrieben, du hast auch geschrieben, warum regionale Online-Händler_innen besser sind: „Mitten in der Krise macht Amazon Milliarden Gewinne und das auf Kosten der Umwelt und der Beschäftigten. Es ist an der Zeit, dass Amazon einen fairen Beitrag leistet. Der Konzern muss endlich seine Steuern bezahlen, faire Arbeitsbedingungen schaffen und etwas gegen seinen viel zu großen ökologischen Fußabdruck tun und nachhaltiger handeln – Hashtag make amazon pay!“ Und wie so oft ist sich die Landesregierung hier auch mit dem SPÖ-Landtagsklub einig, denn auch der Kollege Hannes Schwarz – im Übrigen alles Gute zum Geburtstag, lieber Hannes (*Allgemeiner Beifall*) - dem ich auf Instagram folge, hat auch, ich darf das herzeigen, hat mir sehr gut gefallen, sich zum Thema Amazon geäußert und schlägt auch in dieselbe Kerbe wie die Landesrätin Lackner: „Amazon muss zur Verantwortung gezogen werden, bevor es zu spät ist. Amazon scheffelt Geld auf Kosten unserer Unternehmer_innen, Arbeitnehmer_innen und Bürger_innen. Die Bundesregierung muss endlich etwas gegen die Steuertricksereien und schlechten Arbeitsbedingungen bei dem Konzern unternehmen noch bevor er sich in der Steiermark ansiedeln kann.“ (*KO LTA* Abg. Schwarz: „Und jetzt?“) Ja, lass mich ausreden. Du weißt eh: Das Beste kommt meistens am Schluss. Jetzt wissen die Kolleginnen und die Kollegen, die hier sitzen, dass der Hannes und ich ja selten einer Meinung sind, aber in dem Fall kann ich das nur doppelt unterstreichen und würde das auch sofort teilen, weil ich davon überzeugt bin, dass das leider eine Tatsache ist. Der Konzern Amazon – und da unterstreiche ich auch das, was die Landesrätin Lackner auf ihrer Facebookseite schreibt – zahlt unter Ausnutzung der EU-Gesetze in Österreich kaum Steuern, das ist ein Faktum. Und das wirkt sich jetzt nicht nur negativ generell auf die Steuereinnahmen aus, weil wir halt weniger

bekommen, sondern das verschafft dem Konzern natürlich auch zusätzliche Vorteile, wenn es um die Konkurrenz zu lokalen Unternehmen geht. Jetzt schaue ich ganz bewusst in Richtung Wirtschaftspartei: Das kann eigentlich niemanden Recht sein, weder dem einen noch den anderen. Das heißt, in Zeiten wie diesen müssten wir uns hier eigentlich komplett einig sein und sagen: „Diese Ansiedelung muss man in Wahrheit mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern!“ Ich möchte aber da noch etwas erwähnen – da bin ich mir nicht ganz sicher, ob das der Wahrheit entspricht, aber ich darf das einmal zitieren, und zwar „ZackZack“ hat das veröffentlicht, angeblich – wie gesagt, ich kann es nicht beweisen - angeblich war es so, dass es in der Vorwoche eine Arbeitsgruppe des EU-Rates gegeben hat, wo trotz eines Parlamentsbeschlusses, der die zuständigen Politiker und Politikerinnen auffordert, Amazon, Google und Co., also all diese Großkonzerne, die halt diese Steuergesetze so ausnutzen, dass sie zwar in Österreich zwar Steuern zahlen müssten aber das nicht tun oder nur zu einem sehr kleinen Teil tun: „... an die Steuerleine nehmen, verweigerte man eine Zustimmung für Steuertransparenz von Großkonzernen. Die SPÖ sieht darin eine Missachtung des Parlaments, die Regierung meint, es handle sich um ein Missverständnis.“ Vielleicht kann dieses Missverständnis heute ja noch aufgeklärt werden, würde mich sehr interessieren. Fakt ist aber auch, wir reden hier jetzt ja von einem Konzern, der sich hier in der Steiermark, wie gesagt, im Süden von Graz ansiedelt, d.h. die Grazer und Grazerinnen, für die ist das ja auch nicht uninteressant. Interessant ist sehr wohl, dass die Kollegen und Kolleginnen auf Stadtebene auch nicht besonders begeistert sind. Gut, die NEOS lasse ich jetzt einmal außen vor, aber meine Kollegin, KPÖ-Verkehrstadträtin, hat ebenso wie wir hier auf Landesebene keine Freude mit diesem Plan und warnt natürlich in erster Linie vor dem erhöhten Verkehrsaufkommen und geht da ganz mit Uschi Lackner d'accord, dass das aus Klimaschutztechnischen Gründen eigentlich ein Wahnsinn ist. Also mit d'accord meine ich jetzt, weil auch Uschi Lackner überhaupt schon diesen ökologischen Fußabdruck von Amazon kritisiert. Interessant auch, der SPÖ-Klubobmann Ehmann sagt: „Anrainer und der heimische Handel geraten damit unter die Räder“, also er will auch nicht. *(KO LTAbsg. Schwarz: „Der Grazer Wahlkampf findet jetzt aber noch nicht in zwei Wochen statt, oder?“)* Noch einmal, ich habe es nicht verstanden. *(KO LTAbsg. Schwarz: „Der Grazer Wahlkampf findet jetzt aber noch nicht in zwei Wochen statt!“)* Nein, ich zitiere jetzt nur, und wie du hörst, erwähne ich alle Parteien, Hannes. Du kannst dich aber dann gerne zu Wort melden. Also auch der SPÖ-Klubobmann Ehmann fürchtet sich davor, dass die Anrainer und der heimische Handel unter die Räder kommen. Sogar der Bürgermeister Nagl sagt, er würde sich wundern, wenn das Land Steiermark keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen

würde. Jetzt wissen wir: Das ist nicht so einfach, aber ich finde es schon ganz schön spannend, dass selbst der Bürgermeister Nagl – ich meine, der hat natürlich auch ein Interesse, an seine Handelsbetriebe im Stadtinneren zu denken – hier eigentlich doch auch, sage ich einmal, für seine Verhältnisse sich sehr weit hinauslehnt oder sehr kritisch reagiert. Tja, und jetzt ist natürlich die große Frage: Was wird das Land tun? Und ich möchte jetzt, liebe Uschi Lackner, bevor ich die Fragen unserer Dringlichen Anfrage stelle, noch einmal daran erinnern, was du zum letzten Klimabericht gesagt hast und das darf ich auch noch einmal zitieren, also da geht es jetzt um den Klimabericht 2019, da hast du gesagt: „Von 2017 bis 2018 haben wir in der Steiermark rund drei Prozent CO²-Emissionen eingespart, von 2005 bis 2008 sind es insgesamt rund 15 %, damit stehen wir im Österreichvergleich gut da. Aber wir müssen weiter unser Bestes geben und noch mehr CO² einsparen.“ Also auch da gehe ich mit der Frau Landesrätin völlig d'accord und sage jetzt auch: Wenn das ernstgemeint ist, ist es ein weiterer Grund, dieses Amazon-Verteilzentrum zu verhindern, wie gesagt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, weil es komplett kontraproduktiv ist gegen all das, was in den Klimaplänen, nicht nur in dem Klimabericht 2019 drinnen steht, sondern auch in der Klimastrategie, die ja hier in diesem Haus auch schon beschlossen wurde. Ebenso wie zu deinen Aussagen, dass wir im Kampf gegen den Klimawandel keine Zeit zu verlieren haben und es unsere gemeinsame Aufgabe ist, für unsere Kinder und Enkelkinder die Steiermark lebenswert zu erhalten, stelle ich nun an dich, Frau Landesrätin, folgende Dringliche Anfrage:

1. Wird die Erreichung der Ziele der Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 durch die Errichtung des geplanten Amazon-Verteilzentrums beeinflusst?
2. Wie ist aus Perspektive der Raumordnung das geplante Bauvorhaben und die damit einhergehende Versiegelung von 5,7 Hektar Freifläche im Grazer Stadtgebiet zu bewerten?
3. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um das Bauvorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen?
4. Wie fällt Ihre politische Bewertung der Steuervermeidungspraxis des Amazon-Konzerns sowie der dort vorherrschenden prekären Arbeitsverhältnisse und der massiv auftretenden Scheinselbstständigkeit im Bereich der Subunternehmer aus?

Ich bin gespannt und bitte um deine Antworten. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 17.45 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Frau Klubobfrau, das ist nicht die letzte Dringliche des heutigen Tages, (*KO LTAbg Klimt-Weithaler: „Ach ja, die Vorletzte ist das!“*) ich wollte nur daran erinnern. Somit bitte ich unsere Landesrätin Ursula Lackner um Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Lackner - SPÖ (17.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Klubobfrau und werte Interessierte via Livestream!

Ja, die Corona-Krise und die Pandemie hat viele Bereiche unseres täglichen Lebens drastisch verändert. Sehr viele und bisher alltägliche Tätigkeiten – das wissen wir alle – mussten beispielsweise in digitale Sphären verlagert werden. Das ist ein Umstand, der vor allem im Bereich des Handels dazu geführt hat, dass sich bereits vorhandene Trends weiter verstärkt haben. Auch wenn viele regionale Unternehmerinnen und Unternehmer diese Chance für sich erkannt und auch genutzt haben, sind die großen Profiteure eindeutig global agierende Onlinekonzerne. Wie du in der Anfrage ausgeführt hast, will eine Projektentwicklungsgesellschaft für einen globalen Online-Versandhändler ein Logistik-Verteilzentrum im Süden von Graz errichten. Das Feststellungsverfahren, ob dafür eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig sein wird, ist zurzeit anhängig.

Lassen Sie mich aber vorab eines klarstellen: Als zuständige Landesrätin und Verantwortung tragende Politikerin ist es meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für ein den Gesetzen entsprechendes Verfahren garantiert sind. Dies gilt unabhängig davon, welche persönliche Einstellung ich zu einem Projekt oder zu einem Projektwerber habe. Ein faires Verfahren auf Basis unserer strengen Gesetze steht allen Projektwerberinnen und Projektwerbern zu. Im Sinne des Rechtsstaates steht es mir nicht zu, mich in ein konkretes laufendes Verfahren einzumischen oder dieses zu kommentieren. Aber dennoch ist es mir wichtig, meine Zugänge zur Gesamtsituation festzuhalten: Als Politikerin setze ich mich Tag für Tag für die Steirerinnen und Steirer ein und genau deswegen kann und will es nicht akzeptieren, dass große Konzerne, nicht nur Online-Konzerne, ihre starke Marktstellung ausnutzen, kann ich es nicht akzeptieren, dass finanztechnische Schlupflöcher genutzt werden und kann ich es nicht akzeptieren, dass bei uns geltende soziale Standards unterlaufen werden. Das ist für mich alles nicht akzeptabel. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und es ist nicht tragbar, dass internationale Konstrukte geschaffen werden, um so gut wie keine Steuern zu bezahlen. Und es ist nicht zu akzeptieren, dass auf dem Rücken der Beschäftigten arbeitsrechtliche Standards ausgehöhlt werden. Und ebenso ist es nicht zu akzeptieren, dass

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden und schamlos ausgenutzt werden, Claudia Klimt-Weithaler, da sind wir einer Meinung. Das ist kein Widerspruch zu dem, was heute auch die Anfrage ist, nämlich ein ordnungsgemäßes Verfahren zu gewährleisten. Das sind zwei Paar verschiedene Schuhe und die ersuche ich, auch auseinanderzuhalten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Diese fragwürdigen Praktiken schaden nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Konzerne, sondern setzen auch die heimische Wirtschaft und setzen unsere regionalen Betriebe gehörig unter Druck. Es ist nicht akzeptabel, ich sage das noch einmal, dass durch Lohn- und Sozialdumping-Praktiken ein unlauterer Preisdruck entsteht. Ja, Online-Handel ist ein Trend unserer Zeit, und ja, er bietet vielen regionalen Unternehmerinnen und Unternehmern große, auch neue Chancen und vereinfacht unseren Alltag. Das ist gut und das ist auch richtig so. Aber es braucht klare und faire Regelungen und Regeln: Faire Regelungen im Bereich der Steuern und Abgaben und faire Regelungen für die Beschäftigten. Dafür müssen auf Bundes- und europäischer Ebene endlich die notwendigen Schritte gesetzt werden. Es ist höchste Zeit – es ist dafür höchste Zeit -, dass da hingeschaut wird und dass die angesprochenen politischen Ebenen endlich beherzt in diese Richtung, um das alles abzustellen, auch tätig werden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich komme nun zur Beantwortung Ihrer Fragen:

Zu Frage 1:

Für eine Bewertung, ob die Erreichung der Ziele der Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 durch die Errichtung des geplanten Amazon-Verteilzentrums beeinflusst werden, müssen über allgemeine Informationen hinaus konkrete Zahlen und Daten zu Energie und Treibhausgasemissionen vorliegen. Dazu zählen insbesondere Daten zum Energieaufwand, zu den eingesetzten Energieträgern für Wärme, Strom und Mobilität, zur Gebäudequalität und es zählt auch dazu die Mobilitätskonzeption. Da zum aktuellen Zeitpunkt diese Informationen nicht vorliegen, ist eine seriöse Bewertung derzeit nicht möglich.

Zu Frage 2:

Aus Perspektive der Raumordnung erfolgt mit diesem Bauvorhaben eine widmungsgemäße Nutzung des gegenständlichen Areals. Das gegenständliche Areal war bereits im Flächenwidmungsplan 2.0, Beschluss des Gemeinderats der Stadt Graz, der im Jahr 1992 in Kraft getreten ist, als Industriegebiet 1 ausgewiesen. Nach der damals geltenden Rechtslage war in dieser Baulandkategorie auch eine Handelsnutzung zulässig. Im Flächenwidmungsplan 3.0, in Kraft getreten 2003, erfolgte eine Umwidmung. Der nördliche Bereich wurde als Gewerbegebiet, der südliche Bereich – das ist im Anschluss an den Liebenauer Gürtel - wurde

als Gebiet für Einkaufszentren 2 mit Nutzungsüberlagerung Gewerbegebiet ausgewiesen. Auf dieser Fläche sind einerseits Einkaufszentren 2 - ohne Lebensmittel im Warensortiment - und Nutzungen, die im Gewerbegebiet möglich sind, zulässig. Diese Widmung wurde unverändert in den Flächenwidmungsplan 4.0 übernommen, der ist in Kraft getreten im Jahr 2018. Auf dieser Fläche besteht somit seit beinahe 30 Jahren eine Baulandwidmung. Für diese Fläche wurde darüber hinaus 1998 ein Bebauungsplan erlassen – also noch ein Stück konkreter -, der 2011 und geringfügig 2019 geändert wurde. Festgelegt wurde unter anderem, dass maximal 70 % der Bauplatzfläche versiegelt werden dürfen. Darüber hinaus wurden Begrünungsmaßnahmen im Bereich der KFZ-Stellplätze, der Aufschließungsstraßen und entlang der Nachbargrundstücke vorgeschrieben. Schließlich wurde zwischen dem Esserweg und der südlichen Baugrenzlinie die Errichtung eines mindestens drei Meter hohen Erdwalles festgelegt. Dieser Erdwall ist zu begrünen und ausreichend zu bepflanzen. Als Grundlage diente u.a. auch eine umfassende verkehrstechnische Untersuchung unter Berücksichtigung der verkehrstechnisch besonders relevanten E2-Widmung, die auch zu einem Ausbau der Kreuzungsbereiche im Bereich des Liebenauer Gürtels führte.

Diese Faktenlage zusammengefasst: Die grundsätzlichen Festlegungen betreffend die Bebauung wurden seitens des Gemeinderates der Stadt Graz somit vor mehr als 20 Jahren getroffen.

Die Fragen 3. und 4. darf ich gemeinsam wie folgt beantworten:

Es ist bekanntlich bereits ein UVP-Feststellungsverfahren anhängig. Die Einmischung einer verantwortungsvollen Politik in einzelne Verwaltungsverfahren - und damit auch in ein konkretes UVP-Feststellungsverfahren - hat in einem Rechtsstaat keinen Platz. Auch eine Kommentierung von anhängigen Verfahren oder in diesem Zusammenhang von Projektwerbungen ist im Sinne der Gewaltenteilung nicht zulässig.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.55 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Frau Landesrätin. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Lambert Schönleitner. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (17.55 Uhr): Danke dir Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben schon viele Dringliche, ich möchte aber anmerken, es war ein interessanter und wichtiger Tag und ich glaube, so ein Sonderlandtag kann auch etwas bringen, nach alledem,

was wir aktiv da hier diskutiert haben – Fragen, Antworten, da glaube ich, sinkt auch die Qualität der Landespolitik, das ist mir wichtig zu sagen und weil es heute so ein bisschen mitgeschwungen ist: „Wofür brauchen wir jetzt einen Sonderlandtag!“ Ich glaube, es ist gut, wenn wir so etwas machen. (*KO LTA*bg. Riener: „Sinkt die Qualität?“) Sinkt habe ich gesagt? Oh Gott! Steigt natürlich die Qualität. Danke für diesen wichtigen Zwischenruf, Frau Kollegin Riener. Also doch schon Ermüdungserscheinungen, danke für den Zwischenruf, sie steigt natürlich, die Qualität, wenn der Landtag hier berät. (*Beifall bei der ÖVP*)

Aber ganz kurz zu dieser Sache: Frau Landesrätin - danke einmal bei der KPÖ für diese Dringliche Anfrage -, ganz so einfach ist es nicht. Ich bin schon bei dir, wir können hier herinnen keine steuerrechtlichen Fragen oder ethischen Fragen klären, was den Amazon-Konzern anlangt, da bin ich ganz bei dir. Ich glaube, das ist für jeden verständlich. Man spricht sie aber an, weil sie halt allgemein Thema sind vor allem auch in Zeiten einer Pandemie, wo das noch einmal stärker herauskommt und wo Steuerfragen natürlich im Mittelpunkt stehen und man schon die Frage stellen muss, nämlich wenn es am Ende um die Finanzierung der Krise geht: Wer wird bezahlen? Da wird man wohl solche Konzerne – da bin ich bei all meinen Vorrednern – nicht auslassen können, wenn es darum geht, auch die Krise mitzufinanzieren, denn die profitieren, da habe ich dich, glaube ich, ganz richtig verstanden. Aber was ich überhaupt nicht teile – und das hast du jetzt wieder getan und das tut die Landesregierung und die verantwortliche Politik in unterschiedlichen Feldern sehr oft, zu sagen, wenn ein Problem daherkommt und ein Fall am Tisch liegt: „Da können wir jetzt nicht mehr eingreifen in das Verfahren!“ Ja, niemand verlangt, dass du im konkreten Verfahren jetzt hineinregierst und von vorneherein sagst: „Da wird es eine UVP geben oder nicht geben“, so naiv ist ja keiner. Das wäre ja rechtsstaatlich überhaupt nicht vertretbar. Aber, um was es schon geht - und wir haben das mit unserem Antrag ja auch noch einmal untermauert -, ist, dass man in derartig sensiblen Fällen in deiner Verantwortung als zuständige Umweltlandesrätin im Besonderen drauf achtet, dass die Qualität der Gutachten vorhanden ist, die in der Steiermark, wie wir wissen, nicht immer vorhanden ist, dass es grundsätzlich darum geht, die rechtlichen Fragen auch relevant zu klären. Wir haben z. B. gerade ein UVP-Feststellungsverfahren in der Obersteiermark gehabt, da ist es um einen Hühnerstall gegangen, wo man im Nachhinein sagen kann: Keiner der Anrainer hat davon erfahren, weil er nicht hineingeschaut hat in die Homepage, dass viele Grunddaten nicht richtig erhoben wurden. Immer dann ist die Behörde gefordert und für die Behörde bist du als Landesrätin natürlich zuständig in der politischen Verantwortung, dass dort ordnungsgemäß gearbeitet wird, dass die Qualität der Grundlagenerhebung gut ist. Das ist, glaube ich, schon etwas, das

muss man dir als Landesrätin in so einem Fall abverlangen. Und alle Klimaschutzpläne, alle wichtigen Vorhaben, die die Steiermark immer beschließt, die uns bunt gedruckt immer wieder auf den Tisch gelegt werden, die wir alle für wichtig befinden, die werden ja am Ende nicht umgesetzt werden, wenn wir nicht hergehen und aus den einzelnen Fällen, aus den Problematiken – und der Fall Amazon ist so eine Problematik beim Liebenauer Gürtel im Süden von Graz -, wenn wir hier nichts tun und ganz genau hinschauen, dann werden wir diese Ziele nicht erreichen. Darum geht es sehr wohl, das ist schon die Verantwortung, die du als Landesrätin hier auch hast, dieses Verfahren in hoher Qualität mit guten Fachgutachten derartig abzuwickeln, dass die Interpretationsspielräume – und es gibt immer Interpretationsspielräume für Behörden – in hoher Qualität genutzt werden, um die Umweltqualität und die Umweltverträglichkeit dieses Projektes sicherzustellen. Da muss ich dir schon sagen, wenn du dich herstellst und dann sagst – gleich wie der Bürgermeister Nagl, fast wortgleich warst du, das wundert mich immer wieder, dass die SPÖ ob ihres Zustandes in Graz, sage ich jetzt ein bisschen frech, vorsichtig, immer noch kopiert und einfach nachspricht -, hast du gesagt: „Ja, die Widmung, die war ja schon vor 20 oder 30 Jahren, da können wir jetzt nichts mehr machen.“ Ja, wenn wir nicht verstehen, dass die überörtliche Raumplanung den steirischen Zentralraum – und da rede ich gar nicht nur von der Stadt Graz im Inneren, sondern die ganzen Umlandgemeinden -, dass wir hergehen müssen, Stadträtin Schwentner, meine Kollegin in Graz, hat das vor kurzem auch gefordert und hat gesagt: „Wir müssen einen Stopp machen, es braucht eine Bausperre.“ Wir müssen einmal überlegen: Wie wollen wir unsere Stadt und ihr Umfeld überhaupt entwickeln in Zukunft? Dann ist es halt auch wichtig, wenn so ein Projekt, dass uns vor Augen führt, wie die Realität aussieht, nämlich Bodenverbrauch, enorme Verkehrszunahme, ich meine, das kann man sich ja vorstellen bei einem derartigen Verteilerzentrum, dass man dann auch sagt: Ich werde alles tun, um diesen Fall auch zum Anlass zu nehmen, ein hochqualitatives Verfahren abzuwickeln und andererseits aber vorausschauend auch hinzuschauen, wie es eigentlich aussieht im betreffenden Bereich mit der Verantwortung in der überörtlichen Raumplanung, wo es z. B. um regionale Entwicklungsprogramme geht, wo es um Grundlagen und Verordnungen der Steirischen Landesregierung geht, auf deren Basis dann letztendlich die Gemeinden ja entscheiden müssen. Wenn jeder sagt: „Da können wir nichts machen, das ist so, das müssen wir hinnehmen“, dann werden wir nichts erreichen. Und wer die Situation da unten kennt, ich habe mir das vor einigen Tagen angesehen, der wird sagen müssen: „Ja, es wird nicht einfach sein, den zusätzlich zum ohnehin schon vorhandenen Pendlerverkehr aus der Stadt hinaus, in die Stadt hinein, zusätzlich zu dem auch noch den Verkehr des Logistikzentrums ganz einfach

zu schlucken und aufzunehmen.“ Dazu ist die Straßenstruktur da draußen ganz einfach nicht geeignet und dann hat das Land – und genau das haben wir auch in unserem Entschließungsantrag ja festgehalten – schon wieder Verantwortung, Frau Landesrätin. Denn das Land muss letztendlich zustimmen, wenn ein privates Unternehmen auf eine öffentliche Straße, in dem Fall eine Landesstraße, einmündet: Ist es überhaupt verkehrstechnisch möglich, dieses Projekt zu genehmigen? Da kann ich nicht auf die Widmung von vor 20, 30 Jahren verweisen, wo das Verkehrsaufkommen ganz ein anderes war. Ja, da müssen Sie im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung, im Sinne dessen, wie wir Räume ordnen in der Raumordnung verantwortungsvoll herangehen. Dann kommt wieder die gleiche Antwort, die oft kommt: „Da können wir nichts machen, ist schon gewidmet, bauen wir es halt hin.“ Ja, was ist denn mit der Bevölkerung Josef-Huber-Gasse in Graz? Ein anderes Problem, dauernd reden wir von einer Feinstaubhauptstadt, dauernd reden wir von den enormen NOx-Werten, die unsere Gesundheit in Graz angreifen. Und wenn dann so ein Projekt daherkommt, dann sagen wir wieder: „Können wir nichts machen.“ In Wirklichkeit, selbst wenn ich ans IGL denke, eine Rechtsgrundlage auf einer anderen Ebene, ist dieses Projekt aus meiner Sicht am Ende nicht genehmigungsfähig. Da hätte ich mir schon erwartet, dass man diese Dinge etwas konkreter und klarer anspricht, als wieder zu sagen: „Da können wir nichts tun.“ Wenn du als zuständige Raumordnungs-Landesrätin – letzter Satz dazu – in deiner Verantwortung erkennst, was in Graz derzeit abgeht mit dem enormen Baudruck auf diese Stadt, auf den Grünraum, dann wirst du gut beraten sein, gemeinsam mit der Stadt an einem Konzept zu arbeiten, die komplette Entwicklungsplanung, die komplette städtebauliche Planung dieser Stadt anzusehen und bis zu dem, dass uns ein zukunftsfähiges Konzept vorliegt, verkehrspolitisch, grünraummäßig in allen Bereichen, bis uns dieses Konzept vorliegt, mitzuhelfen, einen Bausperre in diesem Bereich auch zu erreichen. Ich glaube, das wäre wichtig, denn ansonsten wird die Lebensqualität in dieser Stadt, die immer noch hoch ist in vielen Bereichen, das ist ja eine wunderschöne Stadt auch noch mit viel Grünraum, aber, wenn wir das nicht tun und jetzt einmal stopp sagen und überlegen, wie die Zukunft aussieht, dann werden wir letztendlich für die Bevölkerung von Graz die Lebensqualität verlieren. In diesem Sinne würde ich dich schon ersuchen, nicht nur ganz einfach zu sagen: „Da kann man nichts machen, das wäre je ein Hineinregieren in das Verfahren“, dann muss in der überörtlichen Raumplanung, und das ist deine Verantwortung, das geht hin bis zur Raumordnungsgesetzgebung, wo wir auch noch nichts am Tisch haben in der Steiermark, was wirklich zukunftsfähig ist, dass du deine Verantwortung wirklich wahrnimmst.

In diesem Sinne darf ich unseren Entschließungsantrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich gegen das Mega-Projekt eines Amazon-Logistikzentrums im bereits jetzt stark belasteten Bereich des Liebenauer Gürtel aus. Da geht es um die politische Willenseinigung, der Landtag kann ja auch einen Willen zeigen und sagen: „Wir wollen das nicht, das geht in die falsche Richtung, so steht das in der Landesverfassung, das dürfen wir“. Da ist dann interessant, wie die SPÖ und die ÖVP bei diesem Punkt entscheidet.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a) im UVP-Feststellungsverfahren sowie gegebenenfalls im Rahmen weiterer Genehmigungsverfahren auf die formelle und materielle Vollständigkeit der Projektunterlagen streng zu achten,
 - b) im UVP-Feststellungsverfahren sowie gegebenenfalls im Rahmen weiterer Genehmigungsverfahren – es wird ja auch noch um andere Materienrechte gehen - die im Projektgebiet vorhandene hohe Verkehrs- und Immissionsbelastung (IGL-Sanierungsgebiet) umfassend auf der Basis qualitativer Gutachten zu würdigen,
 - c) im Rahmen der Aufgaben des Landes Steiermark als Straßenerhalterin die Voraussetzungen für eine Zustimmung zu einem Anschluss des Projektgrundstücks an eine Landesstraße mit gutachterlicher Unterstützung genauestens zu überprüfen, ob das überhaupt verkehrsmäßig geht,
 - d) im Rahmen der überörtlichen die bestehenden Vorrangzonen - Kerngebiete und Einkaufszentren bzw. Industrie- und Gewerbegebiete, die hast du ja angesprochen - zu evaluieren und an die stark belastete Situation anzupassen,
 - e) die digitale Infrastruktur der bereits in der Steiermark niedergelassenen Handelsunternehmen im Rahmen einer Digitalisierungs-Offensive zu unterstützen, damit diese zukunftsfit und wettbewerbsfähig gegenüber dem nicht-niedergelassenen Online-Handel werden können.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. Das war meine erste Rede begleitend zum Eurofighter-Lärm draußen, aber ich glaube, sie war trotzdem nicht schlecht. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 18.06 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc - NEOS (18.06 Uhr): Werte Frau Landtagspräsidentin, werte Frau Landesrätin, liebe Steirerinnen und Steirer!

Wenn ich mir in den letzten Wochen die mediale Berichterstattung so ansehe und so höre, was der eine oder andere Politiker oder die Politikerinnen von sich geben, dann könnte man echt meinen, auf Graz und auf die Steiermark rollt es absolut böse zu: Das Böse in der unternehmerischen Form eines Online-Giganten, nämlich Amazon. Aber die Wahrheit sieht doch etwas anders aus, denn Amazon ist längst Teil unserer Lebensrealität, Teil unseres Alltags, Teil unserer Gesellschaft. Wenn ich in den Lieferwagen meines Postlers schaue, dann sehe ich da Großteils Pakete von Amazon. Ich war am Freitag im Supermarkt in der Schlange und hinter mir hat ein älteres Ehepaar darüber philosophiert, ob die Zahnbürstenaufsätze bei Amazon nicht billiger wären als hier im Supermarkt. Und ich bin mir auch sicher, dass viele Abgeordnete von uns hier bei Amazon kaufen, zumindest scheint das im Landtag der Fall zu sein, weil ich immer wieder beim Portier unten auch Pakete von Amazon ankommen sehe. Amazon wird also von den Steirerinnen und Steirern genutzt und Amazon wird auch in Zukunft noch genutzt werden, auch wenn wir das hier teilweise nicht wollen. Die große Frage ist jetzt also: Woher kommt die ganze Aufregung und was hat sich in den letzten Wochen geändert? Amazon kommt wirklich auf die Idee, mitten in Graz ein Verteilerzentrum zu bauen, dafür noch ein österreichisches Entwicklerbüro für Logistik anzustellen, österreichische Baubetriebe und am Schluss noch 250 Arbeitsplätze in Graz zu schaffen. Ein waschechter Skandal, wenn man sich ehrlich ist, oder? Denn wie kann man es nur wagen, mitten in der größten Wirtschaftskrise der Zweiten Republik, genau dann, wenn dieser Landtag auch noch ein Sonderlandtag über die wirtschaftliche Situation des Landes Steiermark abhält, wenn der Landtag darüber diskutiert, wie viele Arbeitslose wir haben, einfach herzukommen und auf die Idee zu kommen, 250 Arbeitsplätze in der Steiermark zu schaffen – in der Steiermark und nicht in Slowenien, dort, wo uns heute schon viele Unternehmerinnen und Unternehmer drohen abzuwandern, mitten in der Steiermark. Und habe ich mir in den letzten Tagen sehr oft die Frage gestellt, ob diese scharfe Kritik von vielen Politikerinnen und Politikern oder auch von den Medien geben würde, wenn es ein anderes Unternehmen wäre und komme zum Schluss: Nein. Ich selbst wohne nämlich im betroffenen Viertel kann man sagen, in Liebenau, nicht unweit weg davon, keine zwei Kilometer, wenn man es zu Fuß geht. Wenn wir von der zukünftigen Amazon-Verteilzentrumstelle zwei Kilometer Richtung Gössendorf oder Hausmannstätten schauen, dann sehen wir, dass dort vor kurzem – gar nicht so lange her – ein ähnliches Gebäude gebaut wurde: 220 m lang, 70 m breit, eine Halle. Eine Halle, für die auch noch extra aufgeschüttet

wurde, eine Halle, die eigentlich fast bis zu den Gartenzäunen reicht und an denen gar keine Bürgerin und kein Bürger von ihrem Vorgarten mehr etwas Anderes sieht als diese Lagerhalle. Schauen Sie mal auf Google Maps nach, wie das dort unten aussieht. Ich wohne in diesem Viertel, ich war da erst am Wochenende spazieren. Da denke ich mir: Das ist wirklich nicht gelungen und dieses Gebäude an sich ist keine drei Jahre alt. Wenn ich mir dann anschau, wie viel medialer Aufschrei damals da war, wie viel politischer Aufschrei damals da war: Null! Wie viele Anfragen hat es dazu im Landtag gegeben, dass diese Halle da unten gebaut wurde? Null. Jetzt auf einmal, nur weil es Amazon ist, wird es komplett nach oben eskaliert, kommt der große Aufschrei. Das sehe ich doch als Problem, sage ich ganz offen und ehrlich. Denn, wir hier sind nicht gewählt worden, um mit Daumen rauf oder Daumen runter zu entscheiden, welches Unternehmen wir gut finden und wer in der Steiermark Arbeitsplätze schaffen darf und wer in der Steiermark bauen und wer sich hier überhaupt ansiedeln darf. Nein, wir hier sind gewählt worden, um Gesetze zu beschließen. Gesetze zu beschließen, die für jeden gleich sind - (*Beifall bei den NEOS und der ÖVP*) für den großen Unternehmer und den Giganten wie Amazon bis hin zum kleinen Bäcker um die Ecke. Und ja, da muss man ehrlich sagen, das gelingt uns nicht immer. Und Steuerflucht, was heute schon angesprochen worden ist, ist ein großes Problem, ein ernstes Problem, ein Problem, das vor allem auf europäischer Ebene endlich gelöst gehört. Dort sehen wir vor allem eines, dass das nicht die Europäische Union ist, die das Problem verursacht, sondern dass es die Mitgliedsstaaten sind. Denn, wer ermöglicht die Steuerflucht erst? Die Mitgliedstaaten, Irland, Luxemburg, die schauen nicht nur weg, wenn da Google, Amazon und Co. Steuerflucht betreiben, nein, die laden sie aktiv dazu ein. Das ist das Problem. Da braucht es endlich mehr Solidarität auf europäischer Ebene, da braucht es endlich einen Schulterschluss auf europäischer Ebene, damit man geschlossen diese Steueroasen schließt im Sinne alle Europäerinnen und Europäer. Aber das wird nicht gelingen, wenn wir alle permanent auf die Europäische Union immer nur das Schlechteste projizieren, wenn wir alle immer nur unsere persönlichen Vorteile darin sehen und alles was schlecht war, immer die Europäische Union war und alles was super ist, immer wir sind. Wenn es nach wie vor immer noch Parteien gibt, die die Europäische Union als Ganzes ablehnen, wird das nicht gelingen. Apropos Vorteile: Selbst Steueroasen und Co. bringen ja noch immer für den Standort in der Steiermark einen Vorteil, weil lokale Abgaben und Steuern kann man nicht umgehen in dieser Form, d.h. die Kommunalsteuer bleibt einmal sicher hier, weil auch die Betriebsstätte hier ist. Aber – ich habe es schon gesagt -, 250 neue Jobs, 250 neue Jobs hier und nicht ein paar Kilometer über der Grenze in Slowenien, 250 Personen, die hoffentlich durch ihre Arbeit

ihren Lebensunterhalt bestreiten können und nicht auf soziale Hilfen angewiesen sind. Ich möchte aber trotzdem zurück zum Grundstück gehen, denn Regeln und Gesetze müssen für alle gelten und wir haben heute schon gehört, dass der Flächenwidmungsplan seit eigentlich über 30 Jahren schon gilt, seit 1991, also 1992, das sind 29 Jahre. Ich bin 1991 geboren, d.h. fast mein ganzes Leben lang gehe ich an diesem Grundstück unten vorbei und denke mir jeden Tag: „Wann baut da jemand was?“ Wirklich, ich fahre da wirklich oft vorbei und denke mir: „Das gibt es nicht, dass diese Straße da ins Nichts führt.“ Sind wir uns ehrlich: Es hat jeder gewusst, dass dort unten früher oder später etwas passiert. Die große Frage ist jetzt: Was kommt dort unten hin? Und es gibt einen Bebauungsplan, der gibt gewisse Dinge vor. Der gibt eine Höhe vor von 22 m, der gibt vor, dass es maximal fünf Stockwerke sein dürfen, der gibt eine Begrünung von 30 % vor. Das sind Dinge, die stehen fix und wenn Amazon sich daran hält, dann ist das so, dann kann hier noch irgendjemand einen Antrag stellen, dass wir dagegen sind, dann kann die Politik noch so auf die Barrikaden steigen: In unserem Rechtsstaat kann Amazon das bauen. Jetzt kommen wir zu der Frage: Was sollen wir jetzt hier tun? Und meiner Meinung nach müssen wir jetzt schauen, dass wir zu einer Win-win-Situation kommen, dass wir bei diesem Grundstück schauen, dass wir so viele Vorteile wie möglich vereinen mit so wenig Nachteilen wie möglich. Und das funktioniert nur, wenn wir aufhören, per se nein zu sagen und Amazon von vornherein schlecht zu machen und nur über Medien zu kommunizieren mit Amazon und den Bauträgern vor Ort, sondern wenn wir mit denen jetzt aktiv Gespräche führen. Gespräche führen, dass man schaut: Wie kann man es besser machen? Kann man vielleicht noch mehr Grünraum rausholen? Kann man vielleicht bei der Dachbegrünung noch was machen? Kann vielleicht schauen, dass der Wall zu den Bürgerinnen und Bürgern noch größer wird? Kann man irgendwie jetzt noch dafür sorgen, dass das Projekt, das kommen wird - auch wenn viele von uns jetzt hier hoffen, dass sie durch ein paar politische Parolen vielleicht die eine oder andere Wählerstimme gewinnen werden -, kann man irgendwie schauen, dass das Projekt trotzdem noch so ist, dass es für die Bürgerinnen und Bürger die geringste Belastung mit sich bringt? Das gelingt nur, wenn man mit Amazon auch redet und gemeinsam an einem Strang zieht. Genau deswegen hätte ich auch gerne, dass wir sowohl zum Antrag der FPÖ als auch zum Antrag der Grünen eine getrennte Abstimmung machen, weil da auch meiner Meinung nach Dinge enthalten sind, die das in dieser Form nicht ermöglichen, wenn sich der Landtag per se über den Antrag der Grünen schon gegen das ganze Projekt ausspricht, was ihm meiner Meinung nach in der Form gar nicht zusteht, weil wir gar nicht die Kompetenz dafür haben, einem Unternehmer zu sagen: „Du bist gut“ - „Du bist schlecht“, das ist nicht unsere Aufgabe. Denn, glaube ich,

wenn man mit Amazon und Co. spricht, hier auch gute Dinge noch erreichen kann, ganz ohne politische Show, ganz ohne den Teufel an die Wand zu malen und schaut, dass man sich jetzt hier auch wirklich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt und nicht dafür einsetzt, dass man jetzt einfach noch ein paar Wählerinnen und Wähler davon überzeugt, dass man eh gegen Großkonzerne ist und die Steuerflucht besiegt hier im Landtag. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 18.15 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stefan Hermann. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (18.15 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, die derzeitige Diskussion über das geplante Verteilerzentrum in Graz-Liebenau vom US-Konzern Amazon macht deutlich, wie unehrlich der politische Diskurs geführt wird. Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Das Kaufverhalten der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten einfach massiv geändert. Und anstatt, dass man großartig durch die Straßen flaniert, durch Einkaufszentren flaniert, wird lieber per Mausclick gekauft. Auch wenn die Bundesregierung über Monate lang den Handel komplett zusperrt, dann darf man sich nicht wundern, wenn Einnahmen bei Online-Händlern in die Höhe gehen und die Aktienkurse einen gewaltigen Sprung machen. Die Österreichische Bundesregierung hat es nicht geschafft, diesem Trend, der jetzt durch Covid-19 verstärkt wurde, etwas entgegenzuhalten. So ist dieses „Kaufhaus Österreich“, diese Online-Plattform, leider kläglich gescheitert.

Zum konkreten Projekt vielleicht noch ein paar Worte. Aus Sicht der Landeshauptstadt Graz ist es, wie der Kollege Klubobmann Swatek richtig gesagt hat, ja natürlich erfreulich, wenn in Zeiten einer Wirtschaftskrise dort Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist Aufgabe der Stadtpolitik, dieses Projekt bestmöglich hier zu integrieren und auch für den Verkehrsfluss zu sorgen, und da sind die Kommunisten mit Stadträtin Kahr an vorderster Front gefordert. Was man vielleicht noch in einem Halbsatz tun kann – weil, das ist nicht das Gremium, um diese Probleme zu lösen, aber man kann es ansprechen -, man muss politische Verantwortlichkeiten festlegen. Und so lange es von der EU nicht zustande gebracht wird, Steuerschlupflöcher zu schließen, so lange es die Österreichische Regierung nicht schafft, die eigene Bevölkerung für regionale Wertschöpfung zu sensibilisieren und so lange mit unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der eigene Handel an die Wand gefahren wird, darf man sich eben nicht

wundern, dass Verteilzentren von Amazon und Co. wie die Schwammerl aus dem Boden wachsen. Ich warne auch davor, jetzt Amazon-Bashing zu betreiben und Amazon als Steuersünder Nummer eins hinzustellen. Es gibt in Österreich ganz andere Unternehmen, die einen besseren Ruf hier im Lande haben, aber auch Steuerschlupflöcher nützen auf legale Weise, es ist halt leider erlaubt. Ein Beispiel dafür ist XXX-Lutz. XXX-Lutz zahlt im Jahr, ich glaube, 50 Millionen Euro an Lizenzgebühren für die Marken Lutz, Möbelix und Mömax unlimited in Malta, wo man anstatt 27 % nur fünf Prozent Steuern bezahlt. Solange diese Wege legal sind und offen sind, wird es auch Konzerne geben, die sie entsprechend nutzen.

Zu den vorliegenden Anträgen halte ich fest, dass alle Initiativen, die dahingehen, eine UVP-Prüfung durchführen zu lassen und eine möglichst strenge UVP-Prüfung durchführen zu lassen, dass die de facto nichtssagend sind, denn es gibt, wie richtig bemerkt wurde, einen Rechtsstaat. Es wird, wenn man sich das Projekt anschaut und die Versiegelung anschaut und die Parkflächen anschaut, wahrscheinlich zu einem Feststellungsbescheid kommen, in weiterer Folge zu einem UVP-Verfahren. Auf das hat aber die Politik auf keinen Fall Einfluss zu nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ)* Nein, ich darf noch einen Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass sich diese auf europäischer Ebene für die Verwirklichung folgender Ziele einsetzt:

1. Jeder Euro, der in Österreich erwirtschaftet wird, soll auch in Österreich versteuert werden.
2. Die EU-Mitgliedstaaten sollen sich auf freiwilliger Basis auf einen Mindeststrahmen für die Besteuerung von Konzernen verständigen, um wieder für einen fairen Wettbewerb zu sorgen.
3. Ein gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten gegen Steueroasen – ganz gleich, ob sich diese innerhalb oder außerhalb der EU befinden – damit internationale Konzerne keine unfairen Vorteile vorfinden und stattdessen eine faire Besteuerung aller in der Europäischen Union ansässigen Unternehmen sichergestellt wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ - 18.19 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. **Klimt-Weithaler - KPÖ** (18.19 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Danke Frau Landesrätin für deine Beantwortung. Ja, was ganz klar ist, das hast du dezidiert gesagt: Das Feststellungsverfahren zur UVP ist derzeit anhängig. Weiter hast du ausgeführt, es steht dir nicht zu, dich einzumischen und auch nicht, das zu kommentieren. Was du dann aber getan hast, denn du hast sehr breit auch deine Meinung genannt, auch für dich ungewohnt emotional, was mich jetzt aber sehr freut, weil im Grunde decken sich ja unsere Einschätzungen eins zu eins. Du hast all genau diese Punkte, die ich angeführt habe, warum wir glauben, dass das nicht Sinn macht, diesen Konzern dort zu unterstützen und zu sagen: „Ja, super, macht das“, auch kritisiert, alle Punkte – ich habe es mitgeschrieben, ich habe es richtig abhaken können. Was ich jetzt aber nicht ganz verstehe, ist so dein Vorwurf, wir würden hier irgendetwas Böses von dir verlangen oder sonst irgendetwas. Mir geht es darum, dass man eben – und da schlage ich in die gleiche Kerbe wie der Lambert Schönleitner - jetzt kann ich natürlich hergehen und mich abputzen und sagen: „Das ist nicht meine Zuständigkeit, das muss auf Bundesebene, das muss auf EU-Ebene geregelt werden.“ Aber meine Frage stelle ich dir ja als unsere Umweltlandesrätin im Landtag Steiermark und es war ja sehr deutlich zu hören, welche Meinung du zu dem Konzern hast, jetzt abgesehen davon, dass du diese Steuerzahlungsmoral auch nicht für sonderlich gut hältst. Ich glaube schon, dass man sich – und das hat auch was mit Haltung zu tun – sagen trauen dürfen muss als zuständige Umweltlandesrätin: „Mir ist das nicht recht. Ich mische mich ein.“ Selbstverständlich haben wir hier einen Rechtsstaat, wo keiner eingreifen kann, aber deswegen ist es ja trotzdem wichtig auch zu erfahren: Wie siehst du das? Wie möchtest du es haben und was ist deine Meinung dazu? Und ich glaube, noch einmal, wenn hier geredet wird von Einmischung und Gewaltentrennung und Rechtsstaatlichkeit, dann ganz konkret eine Frage: Wäre es nicht angebracht, dass ein Konzern, der das Arbeitsrecht bricht, der das Sozial- und Lohndumping- Bekämpfungsgesetz bricht, der das Ausländerbeschäftigungsgesetz bricht vielleicht anders angesehen wird und angegriffen wird, als ein Konzern, der das alles nicht tut? (*Beifall bei der KPÖ*) Also das muss ich jetzt schon einmal klipp und klar sagen: Amazon hat Gesetze gebrochen, für den gilt das offensichtlich alles nicht, denn die Finanzpolizei hat das ja alles festgestellt, das erfinde ich ja nicht oder das ist ja jetzt nicht irgendeine Mär. Das ist ein klares Vergehen. Jetzt erwarte ich mir schon einerseits als Sozialdemokratin, aber andererseits auch als Umweltlandesrätin, dass man sagt: „Ja, so etwas wollen wir eigentlich nicht dahaben und ich suche nach Möglichkeiten, wie ich rechtsstaatlich konform selbstverständlich, aber auch etwas tun kann.“ Für mich ist z. B. die Frage: Was wurde denn mit den Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene besprochen?

Inwieweit haben die SPÖ-EU-Abgeordneten schon irgendetwas in diese Richtung gemacht? Ich weiß es nicht. Das ist wirklich eine ehrliche Frage. Wenn man sagt: „Eigentlich wollen wir das nicht haben. Was tun wir in unseren Reihen dagegen? Was können wir machen?“, dass es nicht genügt, einfach nur zu sagen: „Uns interessiert das nicht“, das ist mir auch klar und dass der Landtag keinen Beschluss brechen kann, ist mir auch klar. Aber da geht es ja nicht um irgendetwas. Also jetzt so zu tun, wie schon Lambert gesagt hat: „Ja, puh, ist uns eh nicht recht, aber uns sind die Hände gebunden“, also das kann man nicht gelten lassen, meiner Meinung nach.

Ich möchte noch zu den Entschließungsanträgen sagen: Es gibt eine Menge und wir werden allen unsere Zustimmung geben. Das ist jetzt auch wieder so ein Punkt, wo ich sage: In der Opposition habe ich nur die Möglichkeit so zu arbeiten. Ich kann hergehen und mir überlegen: Ich mache einen Entschließungsantrag, ich fordere dieses oder jenes, ich finde vielleicht eine Mehrheit. Da in dem Haus herinnen nicht, aber ich kann es zumindest trotzdem versuchen, weil, ich gebe ja nicht auf und lehne mich zurück und sage: „Na ja, die tun ja eh, was sie wollen!“ Damit würde ich mein politisches Mandat nicht mehr wahrnehmen und das tue ich, ob ich eine Chance habe oder nicht und das tun auch andere hier herinnen. Das ist die eine Sache. Also da erwarte ich mir wirklich etwas.

Jetzt zum Kollegen Swatek: Also das war ja wirklich ein Referat des neoliberalen Gedankengutes par excellence. Schlecht ist es mir geworden, Niko, es tut mir leid, wirklich. Allein wenn ich - und jetzt wirklich, ich habe nur die Schmankerln herausgenommen: „250 Arbeitsplätze“, und kein Satz darüber, welche, in welchen Beschäftigungsverhältnissen die Leute dort sein werden, wir wissen, wie Amazon arbeitet, ob die Leute davon leben können. Und ich muss dir ganz ehrlich sagen, Niko, dafür bin ich wahrscheinlich schon zu alt, aber ich lass mich auf diese Debatten überhaupt nicht mehr ein, wenn irgendjemand mit dem Totschlagargument „Arbeitsplätze“ kommt. Das geht nicht. Wenn wir von Arbeitsplätzen reden, dann reden wir immer bitte von Arbeitsplätzen, wo Menschen davon leben können, gerade in der heutigen Zeit, das wäre das Allerallerwichtigste. Zweites Schmankerl: „Amazon ist so super und beauftragt eine österreichische Logistikfirma“, yeah Amazon, danke! Aber die Steuern nicht in Österreich zahlen, das goutieren wir, weil sie eine österreichische Logistikfirma angestellt haben? Ich meine, so naiv, Niko, hätte ich dich nicht eingeschätzt. Letzter Punkt: „Die EU ist gar nicht böse, böse sind die einzelnen Nationalstaaten, die immer wieder für sich das Beste herausholen.“ Ja, jetzt sage ich dir etwas: Die EU ... ich will jetzt überhaupt keine EU-Diskussion hier anleiern, weil, das würde Stunden dauern, aber nur die Erfahrung der letzten, sagen wir einmal fünf, sechs Jahre, hat deutlich gezeigt – da geht es

jetzt gar nicht darum, welche Haltung ich habe zur EU – es hat deutlich gezeigt: Weder 2015, als wir ganz, ganz viele Menschen hatten, die zu uns flüchten mussten, ist es der EU gelungen eine Lösung zu schaffen, die für alle gut war. So, nächster Punkt: Pandemie, haben wir gerade heute diskutiert. Ich sehe keine gute Lösung, die die EU jetzt geschafft hat, vielleicht schafft sie es noch, ich glaube eher nicht, aber ich will jetzt nicht Wahrsagerin spielen, wie wir z. B. den Impfstoff verteilen. (*LTabg. Dirnberger: „Die Verteilung ist ja eh geregelt!“*) Also, langer Rede, kurzer Sinn, es geht hier nicht um Schuldzuweisungen, aber du bist damit gekommen. Vorletztes Schmankerl, wenn du uns hier erklärst: „Das ist in der Lebenswelt der Menschen angekommen“, und ich gebe dir vollkommen recht und ich kann gar nicht mit dem ersten Stein werfen, denn ich habe auch irgendwann einmal ein Buch über Amazon bestellt, weil ich zu ungeduldig war, Asche auf mein Haupt, aber es geht gar nicht um das. Gehen tut es darum, dass ich nicht hergehen kann und sagen kann: „Ja, liebe Leute, das ist in eurer Lebenswelt angekommen, jetzt kann man es nicht mehr ändern!“ Nein, gerade jetzt müssten wir uns alle bei der Nase nehmen und ich bin die Erste, die das tut. Nie mehr werde ich jetzt etwas bestellen, weil ich schauen will, dass ich die heimischen Unternehmen und den Handel hier stütze. Und ich schwöre: Von mir ist da beim Portier noch nie ein Amazon-Packerl unten gelegen, das kann ich dir zu 100 % sagen. Und ein letztes Schmankerl noch von deiner neoliberalen Rede, wo ich dir entgegenhalten möchte: Nur weil irgendetwas immer schon so war, heißt es noch lange nicht, dass es auch immer so bleiben muss. Weil, wenn man diese Logik verfolgen würde, dann würden Frauen wahrscheinlich noch nicht einmal das Wahlrecht haben, gell? Gut.

Abschließend: Es geht hier nicht um Wähler- und Wählerinnenstimmen, ich weiß nicht, egal, (*KO LTabg. Schwarz: „Das glaubt dir keiner!“*) mich hat es schon gewundert, lieber Kollege Schwarz, dass du nicht das Thema irgendwann aufrollst, weil immer, wenn etwas nicht so ganz in dein Konzept passt, weil du jetzt eigentlich dafür sein müsstest, aber jetzt kannst nicht gleich reden, wie die Kommunistin, dann kommst mit dem großen „Fahnderlwacheln“ und sagst: „Oh, alles Wahlkampf, alles Wahlkampf!“ Nein, wenn du ehrlich bist, dann wirst du dir selbst eingestehen müssen: Die KPÖ hat sich immer schon für die Einhaltung der Arbeitnehmer_innenrechte eingesetzt, egal ob gerade eine Wahl ins Haus gestanden ist oder nicht, die KPÖ hat sich immer dafür eingesetzt, dass Betriebe ihre Steuern in Österreich zahlen, die hier ansässig sind. Das gilt im Übrigen, Niko, für die Kleinen wie für die Großen. Und das kann ich dem Kollegen Hermann garantieren: Alles, was wir als KPÖ tun können in der Stadt Graz, werden wir machen. Das ist nur leider nicht sehr viel. Dabei sei auch erwähnt, dass dieser Bebauungsplan nicht mit den Stimmen der KPÖ 2011 beschlossen wurde.

Aber, wie gesagt, ich möchte jetzt, um das zum Abschluss zu bringen, unsere Entschließungsanträge einbringen. Der eine lautet wie folgt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Strategien zu entwickeln, wie der heimische Handel gegen die Verdrängung durch global agierende Online-Konzerne geschützt und der Ausbreitung von prekären Arbeitsplätzen und Scheinselbstständigkeit entgegengewirkt werden kann.

Und der Zweite lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das genannte Bauprojekt eines Amazon-Logistikzentrums einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wird.

Denn, wie gesagt, man kann sich natürlich hinstellen und auf Instagram posten, wie schlimm das mit der Steuergeschichte ist. Man kann sich auch hinstellen als Landesrätin und wenn wir über den Klimaschutz, über die Klimastrategie oder über den Klimabericht reden, sagen, wie wichtig das ist und wie ernst man das nimmt und dann kann man auch handeln. Und ich würde mir schon erwarten und wünschen, dass man überall dort, wo es Möglichkeiten gibt, sich dann auch für diese Inhalte einsetzt, die man auch kundtut. Denn eigentlich sollten Wort und Tat im Einklang sein, besonders, wenn man im Landtag ist oder in der Landesregierung. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ - 18.31 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Johannes Schwarz. Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (18.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kollege Swatek hat die, meines Erachtens nur rhetorische Frage in den Raum gestellt, warum wir uns mit diesem Thema hier im Landtag Steiermark auseinandersetzen. Dankenswerter Weise hat die Claudia Klimt-Weithaler diese Frage schon beantwortet, nämlich es stehen offenbar Gemeinderatswahlen in Graz in nächster Zeit ins Haus und da versucht die kommunistische Fraktion, hier politisches Kleingeld auf Landesebene zu wechseln. Ein Versuch, den wir, aus meiner Sicht, hier nicht durchgehen lassen können. Aber diese Frage ist damit beantwortet: Die KPÖ will hier Grazer Gemeinderatswahlkampf in diesem Haus machen, das ist meines Erachtens unlauter, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Also auf die Abhandlungen der Europäischen Union, die Claudia Klimt-Weithaler hier von sich gibt, möchte ich gar nicht eingehen, weil eine Fraktion, die die Europäische Union grundsätzlich ablehnt und für den Austritt aus dieser Europäischen Union

ist und die Errungenschaften, die die Europäische Union nicht zuletzt auch für Österreich in den letzten Jahrzehnten gebracht hat, eine Partei, die das ignoriert und offenbar der Meinung ist, z. B. beim Impfmittleinkauf sollte jedes Land gegeneinander bieten, der, der am meisten zahlt, sollte die meisten Impfmittel bekommen, also das kann ja nicht einmal mit der Ideologie der Kommunisten zusammenhängen, deswegen kann ich auf diese Argumente hier gar nicht eingehen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und noch eine einleitende Bemerkung möchte ich machen zum Rechtsverständnis der KPÖ in diesem Zusammenhang: Selbst, wenn jemand Recht bricht, selbst, wenn jemand für etwas verurteilt wurde, hat er auch in einem anderen oder in einem weiteren Verfahren trotzdem das Recht, hier fair behandelt zu werden. Wir sind doch noch nicht so weit: Nur weil jemand einmal eine Übertretung begangen hat, hat er oder sie dann nicht mehr das Recht in weiterer Folge auf ein faires Verfahren. Also diesen Schluss weise ich auf das Schärfste zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren und das hat mit einem Grundrechtsverständnis und mit einem Verständnis eines Rechtsstaates nichts zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich bin der Meinung, wir müssen bei dieser Sache – und die Frau Landesrätin hat es ja auch bereits angesprochen und andere Rednerinnen und Redner auch im Vorfeld bereits auch -, wir müssen das auseinanderhalten. Selbstverständlich stehe ich dazu, dass Amazon dafür zu verurteilen ist, dass sie nicht entsprechend Steuern in Österreich zahlen. Selbstverständlich verurteile ich, dass hier die Arbeitnehmer_innenrechte nicht entsprechend eingehalten werden. Und wir müssen auf den zuständigen Ebenen – Claudia Klimt-Weithaler hat das bereits angesprochen, und das sind in diesem Zusammenhang auch Nationalratsebene, auch europäische Ebene - dafür sorgen, dass diese Steuern gezahlt werden und dass die Arbeitnehmer_innenrechte auch eingehalten werden. Dafür stehen wir. Und wenn man schaut, was die Sozialdemokratie auf diesen Ebenen eingebracht hat, dann stehen wir auch mit den Beschlüssen, mit unseren Anträgen für diese Vorgehensweise, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Davon müssen wir aber auch unterscheiden, wofür der Landtag Steiermark zuständig ist. Es wurde bereits gesagt: Für die Flächenwidmung ist die Stadt Graz zuständig, die vor über 20 Jahren, ja bald 30 Jahren dafür gesorgt hat, dass das ein Bauland ist, ein gewidmetes Bauland mit einem Bebauungsplan, Kollege Swatek hat das bereits angesprochen. Wenn man dort wohnt, und ich kenne auch andere, die in der Gegend wohnen, die rechnen doch seit Jahren damit, dass dort einmal gebaut wird. Weil, warum widmet man eine Fläche so? Wenn die Stadt Graz der Meinung gewesen wäre oder der Meinung ist: „Dort soll kein Bauland sein“, dann hätte man eine andere Widmung machen müssen, eine andere Widmung beschließen müssen. Aber das Land

Steiermark kann doch nichts dafür, wenn die Stadt Graz der Meinung ist: „Dort soll Bauland gewidmet werden.“ (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Wir sind zuständig, das Land Steiermark ist zuständig für ein mögliches etwaiges Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren. Und weil du, Lambert, gesagt hast, die Frau Landesrätin hätte gesagt: „Da kann man nichts machen“, u.dgl. – die Frau Landesrätin hat gesagt, sie wird dafür sorgen oder ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass hier ein ordentliches Verfahren abgewickelt wird. In diesem Zusammenhang sind wir ja durchaus einer Meinung: Das Land Steiermark, die zuständigen Behörden haben dafür zu sorgen, dass hier ein ordentliches Verfahren abgewickelt wird. Und die Frau Landesrätin hat das zugesagt und dafür hat sie auch unsere volle Unterstützung, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) In diesem Sinne, glaube ich, dass es zwar vielleicht politisch dem einen oder anderen etwas bringt, diese Dinge miteinander zu vermischen, aber, wenn man eine Fraktion ist oder wenn wir Fraktionen sind, die in politischer Regierungsverantwortung stehen, können wir nicht sagen: „Einmal halten wir uns an das Gesetz und einmal interpretieren wir das Gesetz je nach Sympathie.“ Also meine Sympathien für Amazon halten sich auch in engen Grenzen, glauben Sie mir das. Nur auch Menschen, die mir nicht sympathisch sind, Unternehmen, die mir nicht sympathisch sind, da haben wir aufgrund dieses Rechtsstaates die Verpflichtung, ihnen ein ordentliches Verfahren zuzuerkennen. Das machen wir. Und wenn wir Rechtsstaat so verstehen: Einer ist mir sympathisch, da bin ich vielleicht ein bisschen lockerer, der andere ist mir nicht so sympathisch, da mache ich es anders, also das wäre meines Erachtens das Ende des Rechtsstaates und das wollen wir nicht haben. Deswegen denke ich, dass es hier notwendig ist, dieses Verfahren abzuwarten und dann wird man die entsprechenden Entschlüsse und Beschlüsse aufgrund dessen treffen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Weil da ein bisschen die Frage der Entwicklung, dass diese Online-Geschichten sich jetzt in den letzten Wochen und Monaten des Lockdowns in eine Richtung entwickelt haben, na ja, das ist ja klar, weil, irgendwo ist von Flanieren gesprochen worden, also das war in letzter Zeit relativ schwierig, außer man sagt: „Im Internet kann man auch flanieren“, aber jedenfalls hat sich das so entwickelt. Und ich bin der Meinung, wir müssen halt auch schauen, dass es europäische Konzerne gibt, dass es steirische, dass es österreichische Konzerne gibt, die auch online anbieten. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, weil es die Conny Schweiner heute auch in der Klubsitzung gesagt hat, z. B. niceshops in Paldau. Wir haben das auch vor ein paar Jahren besucht mit dem Landtagsklub gemeinsam, wo über 450 Arbeitsplätze geschaffen wurden im Bereich dieser Online-Shops, ein Unternehmen das klimaneutral produziert, ein Unternehmen, dass auf die

Arbeitnehmer_innenrechte schaut, das über dem Kollektivvertrag hier bezahlt. Deswegen denke ich, dass wir hier auch schauen müssen, dass wir ein europäisches, ein steirisches, ein österreichisches Gegenstück auch unterstützen, dass wir nicht nur von diesen großen internationalen Konzernen auch abhängig sind. Deswegen glaube ich, wir dürfen die Augen nicht verschließen vor der Entwicklung, wir müssen schauen, dass wir unsere heimischen Online-Shops auch in diesem Zusammenhang unterstützen, wir müssen dafür sorgen, dass die Steuern gezahlt werden, wir müssen schauen, dass Arbeitnehmer_innenrechte entsprechend eingehalten werden. Wir müssen aber auch als Republik, als Land Steiermark dafür sorgen, dass auch dem Rechtsstaat Genüge getan wird. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf!
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.38 Uhr)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Dritter Landtagspräsident Gerald Deutschmann. Bitte, Herr Präsident.

Dritter Präsident LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (18.39 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Es ist ein schwieriges Thema, weil wir hier zwei Dinge verknüpfen. Das eine ist das Arbeitsthema, Art der Arbeit, das Zweite ist ein klares Thema, das ist hier anzugehen und da hat die Frau Landesrätin in ihrer Beantwortung völlig recht: Das ist das Raumordnungsthema. Geschätzte Damen und Herren, wenn wir hier im Landtag hergehen und Unternehmungen, die hier Anträge stellen und was unternehmen wollen, keine Rechtssicherheit mehr geben können, dann werden wir in Zukunft keine Unternehmungen mehr haben. Wenn wir keine Unternehmungen hier mehr haben, haben wir auch keine Arbeitsplätze und dann, geschätzte Damen und Herren, weiß ich nicht, wie es mit dem Land weiter aussehen wird. Denn, wenn hier behauptet wird: „Der Flächenwidmungsplan ist 30 Jahre alt“, dann muss ich jenen geschätzten Damen und Herren ins Stammbuch schreiben: Der Steiermärkische Landtag beschließt das Raumordnungsgesetz und hier steht drinnen, wie lang und wie alt Flächenwidmungspläne sein dürfen. Wir alle wissen, die in den Kommunen arbeiten, die auch im Land arbeiten und die sich auch mit Raumordnung beschäftigen: Kein Flächenwidmungsplan dieser Steiermark ist 30 Jahre alt, geschätzte Damen und Herren. Das Raumordnungsgesetz gibt es uns vor, wir haben Instrumentarien, wie wir das eine oder das andere genehmigen oder nicht genehmigen sollen. Das hat aber damit nichts zu tun, wer diesen Antrag stellt, geschätzte Damen und Herren, denn das hat in der demokratischen Beurteilung gar nichts verloren. Wir haben zu beurteilen, ob das, was hier eingereicht ist, den

Raumordnungsgrundsätzen, dem Raumordnungsrecht und auch den anderen Verfahren entspricht oder nicht. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Frau Landesrätin hat völlig recht, wir haben hier in erster Linie eine Zuständigkeit der Stadt Graz. Die Stadt Graz hat einmal zuerst das Stadtentwicklungskonzept, das ist einmal das Erste, wo wir überhaupt Raumordnung betreiben. Dann folgt, wie wir wissen, der Flächenwidmungsplan mit Wortlaut und Erläuterungsbericht, dann die Bebauungspläne zu jedem dieser Projekte und vor allem für Projekte ab einer gewissen Größenordnung. Und glauben Sie mir – ich sage es jetzt ein bisschen polemisch als selbst leitgeplagter Architekt und Unternehmer –, jeder Wohnbau wird abgeklopft auf diese Art und Weise auch in Verkehrsfragen, jeder Wohnbau wird perlustriert, ob ab Zufahrt Stellplätze, Tiefgaragenplätze etc. genehmigt werden kann oder nicht. Na, da werden sie bei einem Verteilungszentrum nicht darauf schauen bei einem Feststellungsverfahren, das glaubt ja wohl niemand hier im Land, oder? *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn du, lieber Lambert – und ich weiß, wir zwei sind ja alte Raumordnungskenner und haben uns schon des Öfteren hier unterhalten – sagst ... was mir gefallen hat am Anfang, das muss ich jetzt einblenden, dein Freud'scher Versprecher vom Sinken und Steigen, ich bin zwar kein Luftmensch, ich bin eher der Bergsteiger und der Segler, aber das Sinken und Steigen hat mit der Luft was zu tun. Vielleicht sollten wir wieder einmal lüften, dann wissen wir, was Steigen und Sinken bedeutet. *(Beifall bei der FPÖ)* Aber bleiben wir bei der Sache. Die überörtliche Raumplanung, selbstredend, gar keine Frage, die überörtliche gibt auch gewisse Dinge vor in den regionalen Entwicklungsprogrammen, wo genau die Dinge ja in weiterer Folge und auch in den, sage ich einmal, Räumen vorgesehen sind, aber – da bin ich bei dir –, das ist ja das Instrumentarium dann, dass wir hier in diesen regionalen Entwicklungskonzepten in die weitere Raumplanung einschreiten. Und wenn dann in dieser Kettenreaktion, in diesem Voranschreiten es am Ende herauskommt, dass so ein Projekt – ich sage jetzt gar nicht ... ich verknüpfe das jetzt nicht, ich bleibe nur bei der Raumordnung – machbar ist, dann gebe ich dem Investor, dem Antragsteller Rechtssicherheit, na, dann ist es machbar. Wenn das nicht machbar ist, das sind nämlich unsere Instrumentarien, ist es nicht machbar. Und ich kann jetzt nicht hergehen – und da muss ich jetzt der Frau Landesrätin die Mauer machen – und der Politik einen Auftrag geben: „Jetzt schaut mir aber, dass wir das verhindern, weil das gefällt uns nicht!“ Also das, geschätzte Damen und Herren, wenn das der Wunsch war, aber das glaube ich gar nicht, das ist klassischer Rechtsbruch, das geht überhaupt nicht. Das wollen wir hier gar nicht gehört haben, geschätzte Damen und Herren. Also die Raumordnung, geschätzte Damen und Herren, hat hier ihre Arbeiten zu tun und das wird sie auch machen. Dafür haben wir in der Stadt Graz eine Stadtplanung, dafür haben wir

gescheite Beamte, dafür gibt es Gutachter, Sachverständige, wo ich glaube, dass dieser Feststellungsbescheid natürlich in einem UVP-Verfahren enden wird. Ich kann es mir nicht anders vorstellen, aber ich will dem nicht vorgreifen, könnte sein. Dann läuft ohnehin die komplette Maschinerie ab. Dass man dem Kollegen Swatek jetzt vorwirft, er trenne sich von seinem neoliberalen Gedankengut, das lasse ich jetzt hier so stehen, das will ich hier auch nicht dokumentieren. Wenn die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler von der Scheinmoral spricht und diese Steuermodelle hier anspricht: Ja, das mag ein Problem sein, aber das sind trotzdem zwei verschiedene Paar Schuhe. Das eine ist die Raumordnung, das ist ja wieder das föderalistische Prinzip, das ist unsere Steiermark, wo der Unternehmer etwas unternimmt – und ich sage jetzt nicht, dass der Angestellte was anstellt, sondern ich sage, der Unternehmer unternimmt etwas und die andere Seite ist die Steuergeschichte. Das ist nicht Land Steiermark, das ist wo anders angesiedelt. Jetzt könnte man natürlich transportieren und sagen: „Wollen wir in der Landeshauptstadt ein Projekt haben, wo vielleicht ...“, und da muss man ein bisschen aufpassen, die Dinge so ablaufen, wie Sie es skizziert haben? Trotz allem, geschätzte Damen und Herren, bitte hier aufpassen, wir sind immer noch da in der örtlichen Raumordnung und sonst gar nirgends, weil das wird da diskutiert in diesem Antrag – bitte aufpassen! Eines ist einmal sicher, egal ob da viele oder wenige Beschäftigte sind, wie sie beschäftigt sind, das kann ich nicht beurteilen, aber es kommen Arbeitsplätze her. Ich bin bei Ihnen, geschätzte Klubobfrau, dass man von seiner Arbeit und von seinem Lohn leben muss, da sind wir d'accord. Das möchte ich dem Antragsteller nicht apostrophieren, dass es nicht so sein kann, ich weiß es nicht. Aber eines weiß ich: Nichts unternommen ist auch verkehrt, Entscheidung nicht getroffen ist immer falsch. Es kann eine Entscheidung richtig oder falsch sein, aber eine nicht getroffene Entscheidung ist per se falsch. Und eines muss ich euch ins Stammbuch schreiben, geschätzte Kritiker dieser Geschichte: Lassen wir einmal an diesem Projekt unsere Beamten und unsere Politik, die jetzt zuständig ist – in dem Fall die Frau Landesrätin, oder in dem Fall in Wahrheit die Stadt Graz in erster Linie –, arbeiten und schauen wir uns das einmal an, wie dieses Genehmigungsverfahren abläuft, das können wir hier im Landtag nicht abstecken, unmöglich. Das würde hier niemand zulassen, das ist ein Unding. Ich würde euch bitten, solche Debatten anders zu führen, denn eines glaubt mir: Wenn wir beginnen, mit einer schwankenden Rechtssicherheit den Antragstellern und Unternehmerinnen und Unternehmern, die hier im Land etwas tun wollen, diese Prügel zu schmeißen, dann werden wir bald keine mehr haben. Und ich sage euch eines: Die Stadt Graz ist in diese Richtung eh schon am Wanken, darum wandern ja alle nach Graz-Umgebung aus. Danke. *(Beifall bei der FPÖ - 18.46 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Herr Präsident. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlef Eisel-Eiselsberg. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg - ÖVP (18.47 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Auch von meiner Seite noch ein paar Worte zu diesem Dringlichen Antrag. Vorweg vielen Dank, Frau Landesrätin, für die klare rechtliche Darstellung der Situation und auch – no na – das Zugeständnis, die Zusage, dass hier natürlich darauf geachtet wird, dass das rechtlich genauso abgehandelt wird, wie es abzuhandeln ist. Und es wurde erwähnt: Seit Jahrzehnten ist dieses Grundstück als Bauland gewidmet, zuerst als Industriegebiet und seit ca. 20 Jahren als Gewerbegebiet. Seit 1998 – auch das haben wir in der Beantwortung gehört –, gibt es einen Bebauungsplan, der ein, zwei Mal auch geringfügig adaptiert wurde. Wie kam es nun zu diesem Bebauungsplan? Da ein Wort an die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler: Beschlossen wurde dieser Bebauungsplan im Bau- und Raumordnungsausschuss der Stadt Graz am 01. Juli 1998 einstimmig. In der Gemeinderatssitzung am folgenden Tag, am 02.07.1998 ebenfalls ohne Gegenstimme beschlossen. Ich habe einmal in den Medien in den letzten Tagen gelesen, dass die KPÖ da dagegen war, das hat mich per se nicht überrascht, (*KO LTAbg Klimt-Weithaler: „2011!“*) ich habe das sehr oft erlebt, dass man bei manchen Projekten fast schon eine Bestemmhaltung eingenommen hat, aber ich habe mir die Mühe gemacht und habe mir die Protokolle ausgehoben und eine Gemeinderätin, Frau Elke Kahr, war bei diesem Bau- und Raumordnungsbeschluss anwesend und hat dort mitgestimmt. Auch im Gemeinderat am folgenden Tag gab es keine Gegenstimme. Du hast dich jetzt hierhergestellt und hast gesagt: „Die KPÖ war dagegen!“ (*KO LTAbg Klimt-Weithaler: „2011!“*) Dokumentiert ist das bei dieser Beschlussfassung des Bebauungsplanes jedenfalls nicht. (*KO LTAbg Klimt-Weithaler: „Aber 2011 wurde er geändert, oder? Weil man aus Fehlern lernen kann!“*) Nein, das ist jetzt lustig, weil bei diesen Adaptierungen und Veränderungen, die angesprochen wurden, wurden eigentlich nur begleitende Schutzmaßnahmen beschlossen, wie ein Wall gegenüber der Siedlung, eine Begrünung, mehr Grünflächen, also am Bebauungsplan selbst hat sich da nichts mehr geändert, der war 1998 so fixiert, mit offensichtlich den Stimmen der KPÖ. Nur, damit wir das auch hier protokolliert haben.

So, damals war es auch noch nicht Standard, dass bereits in solchen Verfahren Zufahrtsangelegenheiten genau im Detail geklärt wurden, auch der Stellplatzschlüssel nicht geklärt wurde. Das ist jetzt im Zuge des Bauverfahrens notwendig und das wird auch gemacht

werden. Hier geht es insbesondere darum: Wie beurteilt das die Verkehrsplanung der Stadt Graz? Wie beurteilt das das Straßenamt der Stadt Graz? Und nur der Ordnung halber: Hier ist jetzt die Frau Stadträtin Elke Kahr zuständig und ich bin überzeugt davon, dass die Ämter, die ihr politisch zugeordnet sind, das auch sehr korrekt abhandeln werden. Auf Basis dieser Stellungnahme wird es dann Entscheidungen geben: Ist dieses Projekt in diesem Umfang, in dieser Art und Weise möglich oder nicht? Und wenn im Dringlichen Antrag, auch in dem einen oder anderen Entschließungsantrag behauptet wird, dass da viel zu viel Verkehr ist für die örtliche Situation, weil ein ohnedies so belastetes Gebiet bereits dort vor Ort ist, dass die Parkplatzsituation dort unerträglich sein wird, weil es so viele Stellplätze sind, dann wird das Straßenamt, dann wird möglicherweise die Verkehrsplanung zu diesem Ergebnis kommen – oder auch nicht. Wir können hier nur mutmaßen, ihr mutmaßt in eurem Dringlichen Antrag. Und der Kollege Schwarz hat es angesprochen, also ich habe es schon so verstanden, du hast gemeint, es war nicht so gemeint, ich habe es schon so verstanden: Ein Unternehmen, das in anderen Verfahren – Steuerrecht, Arbeitsrecht, Finanzrecht – Probleme mit dem Staate Österreich hat, möglicherweise verurteilt wird in dem einen oder anderen Verfahren, eben im Finanzbereich, im Steuerbereich, im arbeitsrechtlichen Bereich, dann zu sagen: „Die wollen wir eigentlich nicht, und egal, was die jetzt beantragen, da schauen wir, dass die keine Bewilligung bekommen!“ Das geht doch nicht, das geht doch bitte nicht. Das ist ein Rechtsverständnis, dem ich schlichtweg nicht folgen kann. Das macht mir fast ein bisschen Angst, wenn ich so eine Haltung höre, dann bin ich eigentlich froh, muss ich sagen – auch aus anderen Gründen, aber gerade in so einem Fall dann –, wenn die KPÖ nicht mehr Verantwortung oder gar Regierungsverantwortung hat, wenn da fast schon, ich will nicht sagen willkürlich, aber doch sehr einseitig dann vorgegangen wird. Jetzt bin ich auch nicht der ausgewiesene Wirtschaftsexperte, aber zu glauben, wenn wir dieses Logistikzentrum in Graz verhindern oder es kommt einfach nicht, dass es dem Innenstadthandel in der Stadt Graz in irgendeiner Form besser geht: Die bauen ein Logistikzentrum dorthin, wo sie wahrscheinlich möglichst viele Kunden haben, die ihre Packerl bestellen. Und es ist für den Händler in der Herrengasse wahrscheinlich kein Vorteil oder Nachteil, ob dieses Logistikzentrum in Mureck, in Mariazell oder in Graz steht. Möglicherweise kann sich Amazon Lieferkosten ersparen und auch sonstige Vorteile dadurch erhoffen, sonst würden sie das nicht bauen, aber sie gehen dorthin, wo ihre Kunden sind. Und kein einziger Teller wird wahrscheinlich dann nicht bei Amazon bestellt, nur weil Amazon sein Logistikzentrum nicht in Graz errichten kann.

Abschließend eine Anmerkung: Ich beobachte ja immer wieder, dass die Klubjuristen und auch die Juristen der Landtagsdirektion über den einen oder anderen Fall sich austauschen und darum ringen: „Ist das zulässig? Muss man das anders formulieren?“ Mein Rechtsverständnis sagt mir, dass eigentlich es mehr als seltsam ist, wenn ihr einen Entschließungsantrag einbringt, der eben lautet, dass die Landesregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, dass das genannte Bauprojekt eines Amazon-Logistikzentrums einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wird. Dass ihr den Landtag, die Landesregierung – in dem Fall die zuständige Landesregierung – zu Rechtsbruch auffordert. Für mich ein klarer Fall eines unzulässigen Antrages. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.53 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Herr Abgeordneter. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1111/2, betreffend Amazon-Bauprojekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterziehen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ, der Grünen und der Freiheitlichen Partei nicht die Zustimmung gefunden.

Ich komme zum zweiten Entschließungsantrag.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1111/3, betreffend Schulterschluss gegen Turbokapitalismus, Sozialdumping und Steuervermeidung von Amazon und Co. ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Beim dritten Entschließungsantrag ist eine punktuelle Abstimmung gefordert.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1111/4, betreffend Mehr Fairness bei Steuern und Konzernen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Punkt 1: Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei, der Grünen, und der nicht die erforderliche *Mehrheit* gefunden.

Punkt 2: Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 3: Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum vierten und letzten Entschließungsantrag dieser Dringlichen Anfrage. Auch hier ist eine punktuelle Abstimmung eingebracht worden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1111/6, betreffend Amazon muss ordnungsgemäß geprüft werden! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Punkt 1: Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, und der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 2: Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zur **6. Dringlichen Anfrage** des heutigen Sonderlandtages:

Am Freitag, dem 29.01.2021 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 1129/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß, betreffend „**Verschiebung der Semesterferien als Gipfel des fortwährenden Bildungschaos**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß und verweise darauf, dass die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten hat. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (18.57 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Zuseher!

Ja, schon wieder das Thema Bildung ganz oben auf der Agenda einer Landtagssitzung. Das wäre ja grundsätzlich positiv, weil für mich Bildung immer auch mit Zukunft assoziiert ist, jetzt in dem Fall ist es leider schlimm, dass wir von Landtagssitzung zu Landtagssitzung über die Verfehlungen, über die Missstände und über das Chaos, das im Bildungsbereich herrscht, immer und immer wieder sprechen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe, als wir diese Anfrage am Freitag eingespielt haben und dann am Wochenende die ersten Zeitungsmeldungen aufgepoppt sind, was denn nicht so alles gelockert werden soll und was die Bunderegierung alles plant, habe ich mir gedacht: „Hm, wird diese Anfrage noch aktuell

sein? Wird es da viel zu ändern geben? Kann man das in der Form überhaupt noch halten?“
Leider bin ich negativ überrascht worden, ich hätte mir gewünscht quasi, ich könnte sie zurückziehen. Aber wenn man denkt, es geht nicht schlimmer, dann kommt die nächste Maßnahme der Bundesregierung daher, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Was ist in der letzten Zeit passiert? Wir haben diese Semesterferienverordnung vom 19.01. gehabt, wo die Bundesregierung für mehr Ungewissheit gesorgt hat, als sie Klarheit geschaffen hat, wir haben dann die Ferien auch in der Steiermark vorverlegt und was den Ergänzungsunterricht in der schulfreien Woche von u. bis 12. Februar für Kinder mit Förderbedarf angeht, hat es auch massive Unsicherheiten gegeben. So werden die gesetzlichen Bestimmungen von Eltern und Lehrern unterschiedlich gedeutet und auch der Gesetzestext steht im starken Widerspruch zu Aussagen, die seitens des Bundesministeriums – insbesondere von Faßmann – getätigt wurden. Und nicht nur Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen stehen vor einem großen Rätsel, auch Eltern und Gemeinden. So ist es so, dass natürlich der Betreuungsbedarf in Kinderbetreuungseinrichtungen in den Ferien Neu höher ist als in der regulären schulfreien Zeit. Was mich auch sehr verwundert hat – ich habe es selbst überlesen gehabt und ich bin eigentlich ein aufmerksamer Zeitungsleser –, bis heute war die Frage: Wer trägt denn die Kosten für den Kinderbetreuungsbereich in diesen neuen Semesterferien, wenn die Eltern gezwungen sind, diesen in Anspruch zu nehmen? Wer trägt die Kosten, wenn Kinderbetreuungseinrichtungen nicht genützt werden können und die Eltern ihre Kinder zuhause erziehen? Bis jetzt war es so, dass das Land diese Beiträge ersetzt hat. Heute liest man in einem Halbsatz in der Kleinen Zeitung, dass das nicht mehr der Fall ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann wird noch in einem Halbsatz erwähnt, man hätte bereits einen Beitrag geleistet, der groß genug ist. Das wundert mich sehr, vor allem, wenn wir heute in der Früh über den Härtefallfonds diskutiert haben, wo 700.000 Euro und weit mehr, die nicht abgeholt worden sind, dann wäre das eine Möglichkeit, dieses Geld dafür zu verwenden. Die Familien im Land würden es uns danken, meine sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und auch die Tagesmütter Steiermark haben ein Schreiben an Eltern gerichtet, wo sie in einem Absatz festhalten: „Sehr geehrte Eltern! Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass trotz großer Bemühungen aller Träger von Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, sowie aller Arbeitgeber von Tagesmüttern und –vätern es nicht gelungen ist, dass auch in diesem Lockdown die Elternbeiträge vom Land Steiermark übernommen werden.“ Also, es hat sehr wohl intensive Verhandlungen gegeben, das Problembewusstsein seitens der Landesregierung muss da gewesen sein und leider hat man sich nicht dazu entschlossen, die Familien in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen, meine

sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Eltern haben sich auf jeden Fall Sicherheit verdient, klare Regeln verdient und wir haben uns auch endlich nach einem Jahr der Desinformation und der Unsicherheit ein klares Vorgehen verdient. Was meine ich damit? Alleine in diesem Jahr – und jetzt sind wir im Februar – hat sich der Öffnungstermin der Schulen, der da medial kommuniziert wird, mehrfach geändert. Einmal hat man vom gestaffelten Unterricht gesprochen, dann wieder davon, dass die Schulen am 11. Jänner öffnen, dann war es der 18. Jänner, jetzt ist es wieder später, und die Eltern waren wieder vor der Situation, neben dem Homeoffice Aushilfslehrer zu sein, was schon schwer möglich ist. Das haben wir eh schon öfters diskutiert. Auch in den Kindergärten und Kinderkrippen war es so, dass ja aufgrund von einem gewissen sozialen Druck, der auch ausgeübt wurde aufgrund von Aussagen von Politikern viele Eltern ja quasi genötigt wurden, ihre Kinder zuhause zu lassen und sie neben dem Homeoffice auch zu betreuen. Da stellt sich für mich immer die spannende Frage: Wie schaut es in so einer Situation mit einer Aufsichtspflicht aus? Denn man sagt das immer so leicht: „Sie sind eh im Homeoffice, dann können Sie Ihr Kind auch betreuen!“ Ich denke an meine zweieinhalbjährige Tochter, wenn man dann im Homeoffice konzentriert arbeitet und gleichzeitig sein Kind beaufsichtigen muss, dann hat man da ein massives Problem, das wird nicht machbar sein. Und Gott bewahre, es passiert irgendetwas mit dem Kind, dann stehen auf der einen Seite die Pflichten, die man seinem Dienstgeber gegenüber zu erfüllen hat, weil, ich bin ja im Homeoffice in der Regel in der Arbeit, auf der anderen Seite meine Aufsichtspflichten und dieses Problem möchte ich nicht ausstreiten müssen. Das haben sich auch die Eltern nicht verdient, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf jeden Fall hat der Druck, der auf die Regierung ausgeübt wurde von Psychologen, z. B. von der Bildungspsychologin Christine Spiel, die meinte: „Dieser Lockdown im Bildungsbereich, dieses Sperren der Schulen hat massive Auswirkungen auf die Psyche der Kinder.“ Oder wenn Psychotherapeuten im ORF Alarm schlagen, dass – das haben wir heute schon gehört – es zu depressiven Verstimmungen kommt während des Lockdowns, zu Essstörungen und dass depressive Erkrankungen bis hin zu Suizidgefährdungen massiv zunehmen, dann ist das eine bedenkliche Entwicklung. Und da hat man zum Glück jetzt reagiert und hat man sich dazu durchgerungen, die Schulen zumindest teilweise zu öffnen, ohne noch weit ... wir sind noch immer weit von einem Normalbetrieb weg. Was jetzt im Zuge dieser Öffnungen passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, das schlägt dem Fass den Boden aus. Vor Wochen hat man diskutiert über Tests an Schulen, an verpflichtende Tests, da hat es dieses verwirrende Informationsschreiben seitens der Bildungsdirektion gegeben, wo alle Eltern auf die

Barrikaden gestiegen sind. Da ist man zurückgerudert. Auch Faßmann hat am 09. Jänner zu dem Thema Zwangstest an Schulen gesagt: „Es wird sicher nicht Zuckerbrot und Peitsche geben“, er spricht sich klar gegen Zwangstestungen aus – Bundesminister Faßmann, 09. Jänner. Jetzt ist alles anders. Jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir eine Bevölkerungsgruppe in diesem Land, die zwei Mal in der Woche zwangsgetestet wird und das sind die eine Million Schüler im Land und das ist eigentlich ein Skandal, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und die Kleine Zeitung hat heute berichtet über die Pressekonferenz des Bundesministers für Bildung Faßmann, und ich darf da einen Ausschnitt kurz vorlesen, weil er das sehr gut auf den Punkt bringt: Ihm, Faßmann, sei wichtig gewesen, dass die Tests bei allen Schülern freiwillig bleiben, sagt Faßmann. Dann schreibt die Kleine Zeitung: „Eine eher eigentümliche Auslegung von Freiwilligkeit. Denn wie der Minister wiederholt, Kinder, deren Eltern den Tests die Zustimmung verweigern, müssen zuhause bleiben und bekommen eine rudimentäre Form des DistanceLearnings. Sie müssen Arbeitspakete abarbeiten, für Rückfragen sollen Lehrer zur Verfügung stehen. Eine aktive Betreuung ist aber nicht vorgesehen.“ So, Kinder, die sich einem freiwilligen Test verweigern, müssen zuhause bleiben. Eine rudimentäre Form des DistanceLearnings – ja, um Gottes Willen, was soll das sein? Ein sechsjähriges Volksschulkind; eine aktive Betreuung ist nicht vorgesehen, es sind Arbeitsblätter, die ausgegeben werden. Mehr Zwang, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht doch bitte nicht. Das ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist ein massiver Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte und das ist ein Anschlag auf die allgemeine Schulpflicht. Und die allgemeine Schulpflicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist wohl eine der größten Errungenschaften, die unsere Republik Österreich in den letzten Jahren zusammengebracht hat. *(Beifall bei der FPÖ)* Leider haben sich auch unsere Befürchtungen, was die Zwangstests angeht, bewahrheitet und zur Durchführung der Zwangstest meinte Faßmann heute in seiner Pressekonferenz: „Die Tests sollen in der Regel von Klassenlehrern oder Erste-Hilfe-Lehrern durchgeführt werden. Beim ersten Mal dürfen auch Eltern anwesend sein und diese Tests haben im Freien stattzufinden oder im Turnsaal oder im Eingangsbereich.“ So, jetzt weiß ich, dass z. B. mein Schulzentrum in Feldkirchen 400 Schüler – die halbe NMS schon weggerechnet im Schichtbetrieb – beherbergt. Jetzt schau ich mir an, wie da zwei Mal in der Woche 500 Schüler in der Früh vor dem Gebäude im Februar oder in einem Turnsaal, der überhaupt nicht dazu ausgelegt ist, wie das funktionieren soll, das kann uns keiner erklären. Diese Antworten ist auch die Bundesregierung schuldig geblieben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und jetzt, was auch so spannend war in dieser

Pressekonferenz – Faßmann auf die Frage: „Wie hoch ist denn die Fehlerquote dieser Tests?“, er meinte: „Die Fehlerquote liegt bei 0,74 %, was falsch positive Resultate anbelangt.“ Jetzt kann man meinen, das ist ein vernachlässigbarer Prozentsatz. Wenn ich aber eine Million Schüler pro Woche teste, dann habe ich 7.400 falsch positive Ergebnisse pro Woche, d.h. 7.400 Kindern wird das Recht auf Bildung entzogen, ihr Recht auf die allgemeine Schulpflicht genommen. Daneben beginnt dann dieser ganze Contact-tracing-Zirkus, sage ich jetzt einmal vorsichtig, die Eltern und das Umfeld werden auch noch isoliert, ein Wahnsinn. Und das steht in absolut keinem Verhältnis zu den Zahlen und Infektionszahlen, die wir an Schulen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Neben dem Chaos an Schulen ist die Situation an Kinderbetreuungseinrichtungen nicht besser: Da gibt es widersprüchliche Masken, Regelungen, keine Information an Eltern, keine Information über die Elternbeiträge bis heute und teilweise haben wir die Situation, dass aus den ersten Lockdowns Beiträge noch immer nicht rückvergütet wurden. Jetzt bin nicht nur ich als da laut emotional herumbrüllender Oppositionspolitiker verwirrt von diesen Maßnahmen und kann sie nicht deuten und wünsche nur Unterstützung der Bundesregierung, auch viele Bürgermeister melden sich mit deutlichem Schreiben auch zu Wort. Denn, es waren wieder die Gemeinden, die alleine gelassen worden sind damit, den Bedarf zu erheben für die Kinderbetreuungseinrichtungen, dafür zu sorgen, dass Personal dort ist, dafür zu sorgen, dass dort offen ist, etc. Und weil es sinnbildlich ist für die Unsicherheit, die bei Bürgermeistern vorherrscht, möchte ich ein Schreiben vorlesen, dass der Bürgermeister der Marktgemeinde Kalsdorf, also eine fast 10.000-Einwohner-Gemeinde im Süden von Graz, Manfred Komericky, den ich sehr schätze, geschrieben hat, der es einfach so schreibt, wie es ist: „Sehr geehrte Erziehungsberechtigte! Wir möchten Sie darüber informieren, dass es bezüglich des dritten Lockdowns noch keine Lösung der Regierung für die Refundierung der Elternbeiträge gibt. Sobald wir neue Informationen erhalten, werden Sie informiert. Die Gemeinde ist bemüht, eine schnelle Lösung zu finden.“ Das war Mitte letzter Woche und es erzeugt natürlich Verunsicherung bei den Eltern. Jetzt habe ich mir gestern diese Pressekonferenz angeschaut, so wie viele andere Menschen auch, wieder die mediale Inszenierung, dass man zwei Stunden wartet und die Spannung noch steigt – alles schön und gut – und was ist wirklich neu? Was war die Neuerung an dieser Pressekonferenz? Die Neuerung war, dass wir jetzt an den Schulen alle Kinder zwei Mal in der Woche zwangstesten. Jetzt habe ich mir erwartet, dass dort neben dem Kanzler nicht zwei Landeshauptleute stehen – das ist nett, aber die haben dort nicht unbedingt einen großen Informationsgehalt –, ich hätte mir gewünscht, dass dort der Bildungsminister steht und genau auf die Fragen, die den Bürgern unter den

Nägeln brennen, zu Recht unter den Nägeln brennen ... (*LTabg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Das war heute!“*) nein, da sagt der Kurz in einem Halbsatz, man wird am nächsten Tag informieren. Das weiß ich schon, dass es heute war, Kollege Kinsky, aber warum nicht gleich? Warum nicht gleich? Das ist wieder ein Ausdruck dafür, dass die Regierung die zahlreichen Familien in diesem Land einfach nicht am Radarschirm hat und ihnen keine Wertschätzung entgegenbringt und das ist eigentlich ein Skandal, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Wie gesagt, es kann nicht sein, dass die zahlreichen Eltern im Land aufgrund des Chaos, das da vorherrscht und für Kinderbetreuungseinrichtungen noch zahlen müssen, die sie nicht in Anspruch nehmen. Und Eltern, Schüler, Elementarpädagogen haben ein Recht auf Antworten, auch die Steirer haben ein Recht auf Antworten und deshalb darf ich jetzt folgende Fragen an Sie richten, meine sehr geehrte Frau Landesrätin:

1. An wie vielen Schulstandorten in der Steiermark kann ein sogenannter Ergänzungsunterricht in der vorverlegten Semesterferienwoche stattfinden? Bitte um Angabe von Schulart und Bezirk.
2. Wie viele Schüler wurden bis zur Anmeldefrist am 29. Jänner 2021 für den Ergänzungsunterricht angemeldet? Bitte um Angabe von Schulart und Bezirk.
3. Wie viele Schulstandorte in der Steiermark bieten überhaupt einen Ergänzungsunterricht an und wie viele davon bieten zudem Nachmittagsbetreuung bzw. Ganztagesbetreuung an? Bitte um Angabe von Schulart und Bezirk.
4. Wie wird gewährleistet, dass für alle Schüler, die Bedarf haben, entsprechender Ergänzungsunterricht auch wohnortnah angeboten wird und diese notfalls auch die Schule der Nachbargemeinde besuchen können?
5. Welche Maßnahmen werden getroffen, damit für möglichst alle Schulstandorte, an denen Bedarf an Ergänzungsunterricht gemeldet wurde, entsprechend ausgebildetes Lehrpersonal zur Verfügung steht?
6. An wie vielen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Steiermark wird eine Sonderbetreuung in der vorverlegten Semesterferienwoche angeboten? Bitte um Angabe von Schulart und Bezirk.
7. Wer trägt die Kosten für die Sonderbetreuung in der verschobenen Ferienwoche und ist eine entsprechende Refundierung der Elternbeiträge vom Bund vorgesehen?
8. Welchen Informationsstand haben Sie als zuständiges Regierungsmitglied bezüglich der noch ausstehenden Refundierungen der Elternbeiträge des vergangenen Jahres bzw. jener des dritten Lockdowns?

9. Welche Bemühungen unternehmen Sie als zuständiges Regierungsmitglied, um Elementarpädagogen – auf die in Zeiten der Pandemie nahezu vergessen wurde – bestmöglich zu unterstützen?
10. Wie rechtfertigen Sie Ihren Appell an Eltern, ihren Nachwuchs weiterhin zuhause zu betreuen, wo doch berufstätige Eltern im fortwährenden Bildungs-Lockdown ohnehin massiv gefordert sind und bei einer allfälligen Homeoffice-Lösung eigentlich gearbeitet werden muss?
11. Werden Sie sich – unter anderem aufgrund der massiven psychischen Belastungen von Schülern im Heimunterricht – auf Bundesebene für die raschestmögliche Wiederaufnahme des regulären Präsenzunterrichts an Schulen einsetzen und welche dahingehenden Maßnahmen haben Sie bereits eingeleitet?
12. Werden Sie sich gegen die im Raum stehende Tragepflicht von FFP2-Masken für Schüler (egal welchen Alters) einsetzen und wenn ja, welche Anstrengungen gedenken Sie dahingehend zu unternehmen?
13. Werden Sie sich gegen die im Raum stehenden verpflichtenden Corona-Testungen für Schüler egal welcher Schulstufe einsetzen und wenn ja, welche Anstrengungen gedenken Sie dahingehend zu unternehmen?
14. Wie beurteilen Sie aus fachlicher Perspektive die Meinung von Lehrgewerkschafter Herbert Weiß, der Schüler vom Präsenzunterricht ausschließen will, die sich weigern, eine FFP2-Maske zu tragen bzw. keine Corona-Tests über sich ergehen lassen wollen?

Danke für die Aufmerksamkeit und ich bitte um Beantwortung. (*Beifall bei der FPÖ - 19.13 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Ich erteile nun Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß - ÖVP (19.13 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Abgeordnete!

Die Frage 1 beantworte ich wie folgt:

Insgesamt wird, angepasst an den Bedarf, an 47 Standorten ein Ergänzungsunterricht angeboten. Aufgeteilt auf die sieben Bildungsregionen ergibt sich folgendes Bild:

- Steirischer Zentralraum: 7 Volksschulen, 9 Mittelschulen, 5 AHS;
- Obersteiermark Ost: 5 Volksschulen, 4 Mittelschulen;

- Liezen: 2 Volksschulen, 1 Mittelschulen, 1 AHS;
- Obersteiermark West: 1 Volksschulen 1 Mittelschule, 1 AHS;
- Südweststeiermark: 2 Volksschulen, 2 Mittelschulen.

Zur Frage 2:

Insgesamt haben sich rund 1.000 Schülerinnen und Schüler für den Ergänzungsunterricht angemeldet, wobei es im Schnitt pro Tag rund 860 Schülerinnen und Schüler anwesend sein werden, die Anzahl der Anmeldungen schwankt nämlich je nach Wochentag. Im Bundesländervergleich – und das möchte ich hier schon erwähnen – steht die Steiermark ganz gut da. Vergleichen wir es mit Wien, wesentlich einwohnerreicher, wesentlich mehr Kinder: Dort haben sich auch 1.000 Schülerinnen und Schüler angemeldet haben.

Zur Frage 3:

Wie schon erwähnt, an 47 Standorten wird aufgrund der Bedarfserhebung der Ergänzungsunterricht angeboten. Die Nachmittagsbetreuung wird von den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Aber auch da wurde der Bedarf vorab abgefragt und es konnte ein dementsprechendes Angebot sichergestellt werden. Ein danke an die Gemeinden und an die Städte.

Zur Frage 4:

Im Vorfeld des Ergänzungsunterrichts ist eben eine umfassende Erhebung durchgeführt worden, und zwar von der Bildungsdirektion und die Eltern bzw. Erziehungsberechtigte haben die Möglichkeit dazu gehabt, ihre Kinder dafür anzumelden. Mit Erlaubnis des jeweiligen Schulerhalters, also mit den Gemeinden, konnte oder kann auch eine Nachbargemeinde aufgesucht werden.

Zur Frage 5:

Wie schon erwähnt, gab es eine umfassende Erhebung durch die Bildungsdirektion unter den Lehrerinnen und Lehrern, sowie den Studierenden. Auf der einen Seite haben wir die Erhebung der Eltern und Erziehungsberechtigten gehabt, wo sich eben 1.000 Schülerinnen und Schüler zum Ergänzungsunterricht angemeldet haben. Auf der anderen Seite ist die Erhebung bei den Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt worden von der Bildungsdirektion. Eine Betätigung in den Semesterferien wäre mit entweder mit Mehrdienstleistungen bzw. für Studierende mit ECTS-Punkten vergütet worden. Und es hat sich von mehr als 50 % der Schulen Personal gemeldet, aber wie ich schon gesagt habe, die Anmeldezahlen der Schülerinnen und Schüler waren wesentlich geringer und deshalb findet eben an den – ich muss nachschauen – 47 vorher erwähnten Standorten der Ergänzungsunterricht statt, obwohl sich für 50 % der Schulen Lehrerinnen, Lehrer bzw. Studierende gefunden hätten.

Zur Frage 6:

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass in den Semesterferien rund 30 % aller Einrichtungen geöffnet hatten. Dabei möchte ich noch einmal erklären: Ganzjahresbetrieben haben sowieso immer in den Ferien offen und dann gibt es Jahresbetriebe, die grundsätzlich in den Ferien geschlossen haben. Diese Betriebe können aber auch bei Bedarf in den Ferien geöffnet werden. Wenn man dieses Ganzjahrespaket und das Jahresbetriebspaket zusammennimmt, waren es eben in den letzten Jahren 30 %, die offen hatten. Wie schaut es heuer aus? Großartig: 60 % haben offen. Das heißt, wir haben hier eine Verdoppelung der geöffneten Einrichtungen nach der Bedarfserhebung. Und auch da noch einmal ein danke an die Gemeinden und Städte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die tatkräftig dazu beigetragen haben, hier eine Erhebung zu machen und eben doppelt so viele Einrichtungen wie in den letzten Jahren in diesen vorverlegten Semesterferien offen zu halten. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zur Frage 7:

Wie schon zuvor erwähnt, können die Erhalterinnen/Erhalter von Jahresbetrieben, wie schon bisher, in den Semesterferien je nach den örtlichen Bedürfnissen, das heißt eben abhängig vom eingemeldeten Betreuungsbedarf der Eltern, den Betrieb weiterführen. In Ganzjahresbetrieben gibt es eben keine Semesterferien. Der Begriff „Sonderbetreuung“ ist in diesem Fall daher absolut nicht zutreffend, da in dieser Woche in einem Großteil der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen das Betreuungsangebot weitergeführt wird. Es fallen dabei für die Eltern keine Zusatzkosten an, weil der monatliche Elternbeitrag im Februar die Semesterwoche mitumfasst. Auch für die Erhalterinnen/Erhalter der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen entsteht kein Nachteil, weil auch die Förderungen des Landes, also die Personalförderungen, unvermindert weiterlaufen. Da also für die Eltern keine Mehrkosten entstehen, stellt sich die Frage nach einer Refundierung der Elternbeiträge für die vorverlegte Semesterferienwoche nicht.

Zur Frage 8:

Die Ersatzleistungen für die ausgesetzten Elternbeiträge im 2. Lockdown wurden bereits am 28. Jänner 2021 in der Höhe von 872.151,74 Euro an die Träger ausbezahlt. Und da spreche ich jetzt bereits von den Ersatzleistungen des 2. Lockdowns, auch die wurden bereits ausbezahlt. Das Land Steiermark hat den Trägern freiwillige Ersatzleistungen für die nicht eingehobenen Elternbeiträge im 1. und 2. Lockdown gewährt, das war – und ich vergleiche mich da gerne mit anderen Bundesländern – vom Land Steiermark ein sehr großzügiges Ersatzleistungsangebot. Wir haben hier sieben Millionen Euro zur Auszahlung gebracht. Und

zwar – das möchte ich auch dazusagen – obwohl das Land Fördergeber und nicht Erhalter ist. Ohne Unterstützung des Bundes, ganz offen gesprochen, wird aber eine weitere Übernahme von Elternbeiträgen nicht finanzierbar sein.

Zur Frage 9:

Seit gut einem Jahr beschäftigt uns nun schon die Covid-19-Pandemie und es war von Anfang an mein Bestreben, den Beschäftigten in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Bereits im Frühjahr 2020 wurde ein umfassender Hygieneleitfaden ausgearbeitet, der den Alltag in den Einrichtungen möglichst sicher gestalten soll. Begleitend dazu gab es sowohl vom Land, aber auch von den Gemeinden und den Städten Desinfektionsmittel, Mund-Nasen-Schutz und wiederverwendbare Stoffmasken, die an die Einrichtungen verteilt wurden. Ergänzend dazu erstellte die Abteilung 6 eine Onlineplattform zur Unterstützung und Begleitung des Fachpersonals rund um den von Corona-geprägten Alltag in Kinderbildungs- und -betreuungs-einrichtungen. Einzelpersonen, Teams sowie Gruppen konnten hier auf einfachem Wege fachlichen Austausch und Vernetzung online finden. Coaches, Lebens- und Sozialberater_innen, Mediator_innen, Psycholog_innen, aber auch Jurist_innen haben fachkundige Unterstützung angeboten. Zusätzlich wurden auf dieser Plattform laufend Informationen zu Hygienemaßnahmen, konkrete pädagogische Anregungen und Kontaktdaten zu Netzwerkpartner_innen gegeben, und häufig gestellte Fragen wurden entsprechend abrufbar gemacht und online gestellt – natürlich deren Antworten. Über den Herbst wurden alle Hygieneleitfäden überarbeitet und im Herbst wurde auch ein neues Sicherheitskonzept vorgestellt. Um einen guten Spagat zwischen Alltag in den Einrichtungen und Schutz der Beschäftigten ermöglichen zu können, ist zurzeit, wie Sie wissen, den meisten externen Personen der Zutritt in die Einrichtungen nicht gestattet. Erlaubt ist nur noch, was für die körperliche, für die sprachliche und für die psychische Entwicklung der Kinder notwendig ist. Zusätzlich wurden 100.000 FFP2-Masken angeschafft, letzte Woche nämlich, die sich bereits in den Einrichtungen befinden oder gerade ausgeteilt werden. Außerdem hat das Land Steiermark 21.000 anterio-nasale Kits bestellt zur Selbsttestung des Personals in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen. Da geht es um die Sicherheit und da kann zusätzlich zur 7-tägigen Berufsgruppentestung auch in den Einrichtungen ein Test durchgeführt werden. Wichtig war aber auch die Aufnahme der Elementarpädagog_innen und Betreuer_innen eben in diese Berufsgruppentestung, weil wir wollen dieses Sicherheitsnetz so eng wie möglich spannen.

Zur Frage 10:

Die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen – und das haben wir in den letzten Wochen und Monaten oft betont – stehen prinzipiell allen Kindern zur Verfügung, unabhängig vom beruflichen Hintergrund der Eltern. Neben dem Schutz der Kinder – und das haben Sie ja selbst in der Anfrage angemerkt – ist aber wichtig, mehr als wichtig, die Pädagog_innen und Betreuer_innen zu schützen. Auch eine Ansteckung ist mit den besten Sicherheitsvorkehrungen nicht ausgeschlossen. Deshalb bitten wir natürlich nach wie vor die Eltern darum, vor allem jene Kinder, die kränklich sind, egal ob es jetzt ein Schnupfen ist, ob es Kopfweh ist, weil man inzwischen auch weiß, dass das Symptome für eine Covid-Infektion sein können, diese Kinder auf keinen Fall in die Einrichtung zu bringen. Natürlich dient es der Ausdünnung und der Eindämmung des Infektionsgeschehens, wenn Kinder, die zu Hause betreut werden können, auch zu Hause betreut werden.

Zur Frage 11:

Ich habe es öfter gesagt und ich habe mich auch jetzt wieder dafür eingesetzt, aber es ist immer ein Balanceakt zwischen dem Infektionsgeschehen und dem Präsenzunterricht. Aber ich habe mich auch diesmal für den Präsenzunterricht eingesetzt. Die Zahlen gehen zurück, aber sie gehen leider langsam zurück – um nicht zu sagen: Eigentlich stagnieren sie auch in der Steiermark. Und die Mutation macht uns das Leben nicht leichter, weil wir sehen, wir haben inzwischen in allen Bundesländern auch Mutationen. Wir wissen: Diese Mutation ist einfach ansteckender und das dürfte auch der Grund dafür sein, warum das Infektionsgeschehen nicht im erwartenden Ausmaß zurückgeht. Die gestern vom Bund und auch heute von Bundesminister präzisierten Maßnahmen sind, meiner Meinung nach, eine gute und sichere Möglichkeit, um die Schulen wieder im Präsenzunterricht zu öffnen. Die psychische Gesundheit – das haben wir gerade vorher in der vorletzten Dringlichen besprochen – ist sicherlich ein ganz wichtiger Faktor, aber auch das soziale Umfeld. Ich weiß es von meinen Kindern, denen fehlten einfach die Freunde und Freundinnen, die brauchen die Pausen zwischen dem Lernen und den Austausch, den Spaß, das Zusammensein. Was die zahlreichen Maßnahmen eben zur psychischen Gesundheit angeht, so glaube ich, haben wir in der Steiermark wirklich ein gutes Paket geschnürt in den letzten Wochen und Monaten, das auch gut angenommen worden ist.

Was die Frage 12 angeht:

Heute, ja, die Pressekonferenz von Bundesminister Faßmann, das Tragen einer FFP2-Maske ist in den Oberstufen vorgesehen, somit also nur – unter Anführungszeichen – für Jugendliche. Aber ich bin mir sicher, das ist eine Maßnahme, die eigentlich ein gelindes Mittel ist. Warum sage ich „gelindes Mittel“? Auch wir, zumindest die meisten von uns tragen den ganzen Tag hier im Landtag eine FFP2-Maske. Und ich denke, das kann man den Jugendlichen zutrauen. Es ist ja immer ein Abwägen: Präsenzunterricht versus Sicherheitsnetz. Und da wird genau den Altersgruppen entsprechend abgestellt, was man welchen Altersgruppen zutrauen kann, um in den Präsenzunterricht zu gehen. Und der Präsenzunterricht wurde ja auch von den Freiheitlichen vehement gefordert, aber wir müssen uns bewusst sein: Wir müssen ihn so sicher wie möglich gestalten.

Zur Frage 13:

Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Auch die anterio-nasalen Tests, die den Schülerinnen und Schülern, die mit den Schüler_innen und dann selbst von den Schülerinnen und Schülern durchzuführen sind, sind, meiner Meinung nach, ein sehr gelindes und minimal invasives Mittel, wie es auch die Ärztinnen und Ärzte bestätigen. Aber ich bin der Meinung, dass sie neben den Masken auch wirklich den Präsenzunterricht wesentlich sicherer gestalten können.

Zur Frage 14:

Ich habe es jetzt schon in zwei Fragen gesagt, es ist immer ein Abwägen, ein Ausbalancieren: Was ist möglich und wie eng kann ich trotzdem das Sicherheitsnetz spannen? Weil, was wollen wir alle sicher nicht? Dass der Präsenzunterricht jetzt nach den Semesterferien startet und aufgrund des Infektionsgeschehens dann nicht besonders durchgeführt werden kann. Das heißt, wir müssen hier eine Balance finden. Es ist nicht alles schwarz und weiß. Ich glaube wirklich – und dessen müssen wir uns gemeinsam gewusst sein, gerade in der Pandemie: Man muss hier Kompromisse eingehen. Wie gesagt, es ist nicht alles schwarz und weiß. Und ich glaube, gerade in der Pandemie müssen wir wirklich von der Ich-AG abgehen und wirklich darauf achten, dass wir mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und ich weiß schon, dass man das altersentsprechend abstufen muss, deshalb wurde es auch altersentsprechend abgestuft. Was ist gelinde und was kann trotzdem die Sicherheit gut erhöhen? Das wurde, meiner Meinung nach, gemacht. Das Bildungsministerium hat hier ein breites Paket geschnürt, Präsenzunterricht soll stattfinden, unsere Kinder freuen sich darauf, aber wir müssen sie schützen: Unsere Kinder, die Pädagoginnen, die Pädagogen, aber im weitesten Sinn natürlich auch die Eltern und vor allem

all jene, die mit diesen Kindern unter einem Dach leben. Gerade im ländlichen Raum gibt es noch sehr, sehr viele Drei-Generationen-Haushalte mit betagten älteren und auch gefährdeten Menschen. Deswegen sollten wir wirklich alles tun, um diese zu schützen und entsprechend dem Alter ein Sicherheitsnetz spannen. Das ist unsere Aufgabe und gehen wir es doch gemeinsam an. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 19.30 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke Frau Landesrätin. Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und als Erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Stefan Hermann. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (19.31 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Zuseher!

Sehr geehrte Frau Landesrätin, einmal danke schön für die ausführliche und sachliche Beantwortung, es sind ja auch durchaus positive Dinge zu bemerken. Man muss ja auch einmal danke sagen für die positiven Maßnahmen, die im Sicherheitsbereich geleistet wurden an Pflegeeinrichtungen. Es ist auch positiv, das hat mich echt gefreut, dass 30 % mehr Öffnungen von Kinderbetreuungseinrichtungen jetzt da sind, dass wir auf 60 % sind, das ist positiv, zeigt aber auch auf, dass wir mit unserer Kritik, nämlich, dass die Familien schön langsam daheim überfordert sind und dass es schwierig ist, in dieser neuen Ferienwoche entsprechend Betreuung zu sichern, dass wir mit dieser Kritik recht haben. Was ich als sehr, sehr negativ beurteilen muss, ist die Tatsache, dass das Land Steiermark offensichtlich nicht bereit ist, in weiterer Folge diese Kinderbetreuungsbeiträge zu ersetzen, nicht nur für zukünftige Lockdowns, die vielleicht folgen. Ich denke da auch an Kinder, die aufgrund der Massentests, die jetzt stattfinden, dann vielleicht fälschlicherweise auch abgesondert werden etc., Klassenkameraden, die als Kontaktpersonen ohne irgend einem Verschulden – gut, Verschulden, hat ja eh keiner an einer Krankheit –, aber die noch zum Handkuss kommen, zuhause sind, die Betreuungseinrichtung nicht genutzt werden kann von den Eltern, also da sehe ich schon ein Problem.

Ich darf daher einen entsprechenden Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Elternbeiträge jener Betreuungseinrichtungen, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, schnellstmöglich an die betroffenen Erziehungsberechtigten zurückzuerstatten,

2. zu erheben, wie viele Elternbeiträge aufgrund der Nichtinanspruchnahme der Betreuungsleistung im vergangenen Jahr sowie im derzeit andauernden Lockdown bereits rückerstattet wurden und
3. dafür Sorge zu tragen, dass Erziehungsberechtigten die angefallenen Beiträge – auch im Hinblick auf die anstehenden Semesterferien – möglichst rasch refundiert werden.

Geschätzte Frau Landesrätin, Sie haben sehr viel dazu gesagt und ausgeführt. Ich glaube, dass es da vielleicht auch an der Kommunikation scheitert. Ich werde sehr oft von Eltern in meinem Bekanntenkreis angeredet, bekomme Zuschriften: Wie schaut es denn aus? Teilweise wird es gutgeschrieben, teilweise wird es direkt refundiert, vielleicht sollte man da einmal auch klar informieren, um aufzuzeigen, was bis jetzt passiert ist, aber man sollte auf jeden Fall auch in Zukunft die Beiträge übernehmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, komme ich zum eigentlichen Thema, das mir unter den Nägeln brennt, nämlich zu diesen Tests, zu diesen Zwangstests an Schulen, an Volksschulen. Sie haben immer von Verhältnismäßigkeit, Sie haben von einem Balanceakt gesprochen und genau um das geht es, es geht um Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen. Jetzt noch einmal, weil ich die Kritik schon höre: Keiner von uns leugnet, dass es den Corona-Virus gibt, keiner von uns streitet ab, dass es gewisse Maßnahmen braucht, aber diese müssen situationsangepasst und verhältnismäßig sein. Und, man darf nicht vergessen, zu Beginn der Pandemie letzten Jahres hat die WHO, glaube ich, gesagt: „Wir haben eine Sterblichkeit von drei, vier Prozent.“ Das wäre ein Wahnsinn gewesen. Mittlerweile wurde diese Zahl auf 0,2/0,3 % revidiert. Das heißt, wir haben jetzt auch eine andere Ausgangslage, der wir uns stellen müssen. So, und jetzt sind wir bei der Verhältnismäßigkeit. Zahlen des Landes Steiermark, ausgesandt am 29. Jänner, da hatte man 2.199 aktive Corona-Fälle in der Steiermark und die sind dort auch nach Altersfeldern aufgeschlüsselt. Von den null- bis vierjährigen Kindern in der Steiermark waren von diesen 2.200 Infizierten 31 null- bis vierjährige Kinder, das sind 1,4 %. Und diese 31 sind nicht in einem Kindergarten oder in einer Schule, das ist kein Cluster, das ist in der ganzen Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren. Von den Fünf- bis 14-Jährigen waren 55 Kinder aktiv infiziert, das sind 4,5 %, das ist eine verschwindend geringe Zahl, wenn man das gesamte Infektionsgeschehen anschaut. Sie haben von gelinden Mitteln gesprochen, meine sehr geehrte Frau Landesrätin, ich finde es unverhältnismäßig, alle Volksschulkinder zwei Mal in der Woche einem Zwangstest zu unterziehen. *(Beifall bei der FPÖ)* Hinzu kommt die vielzitierte Fehlerquote, die ja auch noch da ist. Und wir haben in der Früh diskutiert, Herr Abgeordneter Fartek, vielleicht tust du das Handy weg und hörst mir kurz zu. *(LTAbg. Fartek: „Ich kann beides!“)*

Du kannst beides machen, das glaube ich. Du hast mich bei den Frisören empört angerufen: „Der zeigt dann einen Zettel her, so funktioniert das“, weil ich gefragt habe, wie das funktionieren soll, wie das praktikabel ist. Okay, jetzt lasse ich es mir beim Frisör noch einreden, aber jetzt frage ich dich: Wie soll das geplante Konzept, wenn dann am 15. alle in die Schule gehen, also Volksschule komplett, von den Mittelschulen nur die Hälfte der Belegschaft, wie soll das in der Praxis funktionieren? Das wäre, Volksschule Feldkirchen, da habe ich 290 Volksschulkinder mit Tag heute und an der Mittelschule sind 198, gut, die Hälfte sind 99, macht gemeinsam 389 Schüler, die da zwischen 7.00 und 7.30 Uhr in der Früh in Feldkirchen bei Graz vor diesem Schulzentrum aufschlagen. Da ist die Volksschule direkt an die MS angebaut, da gibt es einen gemeinsamen Turnsaal, eine gemeinsame Aula, einen sehr, sehr engen Eingangsbereich – wir sind gerade dabei, den entsprechend auszubauen, es wird ja viele Schulen geben, wo es so ist. So, jetzt kommen die dort hin und dann erklärte Faßmann heute: Getestet werden soll am besten in großen Räumen oder in Freien. So, 15. Februar, 7.00 Uhr in der Früh, Nebel, Regen, 389 Kinder strömen gemeinsam in ein Schulgebäude, das man in der Regel durch die Garderoben betritt, wo ich ja schon eine Engstelle habe. Gut, nehmen wir an, ich hätte einen Turnsaal, der so groß ist, dass ich dort diese 400 Kinder hineinbringe und ich mache dort Teststraßen. Ich muss 389 Kinder testen, jetzt weiß ich, dass dieser Nasenbohrertest – so ist es kommuniziert worden – ja relativ einfach anzuwenden ist, das hätte man vielleicht auch erklären können, dann hätte man sehr viel Emotion und Angst herausgenommen. Nehmen wir an, ich brauche für einen Test fünf Minuten, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann würde es 32 Stunden dauern, alle durchzutesten. Selbst wenn ich 20 Teststraßen mache, das ist logistisch schon gar nicht möglich, würde es noch immer 1,6 Stunden dauern, diese ganzen Kinder entsprechend durchzutesten. Also das ist alles andere als praktikabel und wird nicht funktionieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Zusätzlich noch, dass ich der festen Überzeugung bin, dass es nicht durchführbar ist, nicht praktikabel ist und ich wiederhole noch einmal: Das ist ein massiver Anschlag auf das Recht auf Bildung und auf die allgemeine Schulpflicht.

Deshalb darf ich folgenden Antrag einbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, von den verpflichtenden Corona-Tests an Schulen abzusehen und weiterhin auf das Prinzip der Freiwilligkeit zu setzen.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ - 19.38 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlev Eisel-Eiselsberg. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg - ÖVP (19.38 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Frauen Landesrätinnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich dir, Frau Landesrätin, sehr herzlich danken für die ausführliche Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Ich denke, da wurden schon sehr wichtige und auch eindrucksvolle Antworten gegeben und die Zahlen sprechen für sich. Ich möchte dir und deinem Team, vor allem aber auch den Pädagoginnen und Pädagogen, den Studierenden, die an den Schulen tätig sein werden, den Gemeinden, auch als Träger und Erhalter von Kinderbetreuungseinrichtungen an dieser Stelle sehr herzlich danken, dass es anscheinend in der kommenden Semesterwoche dann sehr, sehr gut funktionieren wird, dass all jene, die einen Bedarf angemeldet haben auch in die Schule gehen können, Ergänzungsunterricht besuchen können, Betreuung haben. Ein herzliches danke an alle Beteiligten dafür. (*Beifall bei der ÖVP*) Weißt du, Herr Kollege Hermann, und das ist halt der Unterschied zwischen jenen, die draußen an der Front, wenn ich so sagen darf, Tag für Tag, egal welche neue Herausforderung – und es sind viele gewesen in den letzten Monaten – auf sie zukommt, anpacken und versuchen, das Problem, die Probleme bestmöglich zu lösen. Und du stellst dich da her, so wie in so vielen anderen Fragen – und wir hatten letzte Landtagssitzung eine ähnliche Debatte, wie es um die Sommerbetreuung gegangen ist, wo es geheißen hat: „Das wird nicht funktionieren“, und es hat funktioniert – und du stellst dich da her und sagst: „Wie soll das in Feldkirchen funktionieren? Wie sollen die fast 400 Kinder ... wann soll der Test stattfinden?“ (*LTAbg. Mag. Hermann, MBL: „Kannst du mir das erklären?“*) Ich kann es dir nicht erklären, weil ich mich auch nicht sehr damit beschäftigt habe, aber – und das biete ich dir einfach, bevor du immer diese Horrorszenarien malst, das Chaos herbeiredest – verlass dich darauf, dass so wie alle anderen und viele anderen Probleme so gut gelöst wurden von den wirklich Verantwortlichen ... (*Beifall bei der ÖVP*) ... von den wirklich Verantwortlichen vor Ort bestmöglich umgesetzt werden. Ja, und da wird es vielleicht da oder dort noch Nachbesserungen geben müssen, weil man nicht weiß, wie man das genau angehen wird. Aber ich vertraue darauf, dass unsere Schulleiterinnen und –leiter, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kinderbildungs- und –

betreuungseinrichtungen wiederum alles daransetzen werden, dass das funktioniert im Interesse der Kinder, im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und sie haben genau Null davon, wenn du dich da herstellst und wieder sagst: „Das funktioniert alles nicht!“ (*Beifall bei der ÖVP*) Ich habe sowieso manchmal bisweilen den Eindruck, dass wir nicht alle im selben Universum leben, (*LTAbg. Mag. Hermann, MBL: „Nein, ihr lebt in einer Blase!“*) oder dass Teile hier in diesem Haus in einer Parallelwelt leben oder zumindest eifrig daran bauen. Weil es wird so oft alles schon im Vorfeld niedergeredet, schlechtgemacht, es wird prophezeit, dass das alles nicht funktionieren wird und ich weiß nicht, welchen inneren Antrieb man hat, außer die politische Agitation, alles immer so zu zerreden. Ich höre so wenige konstruktive Beiträge gerade auch von euch, gerade auch in diesen Fragen, in Fragen der Pandemiebekämpfung, wo wir gemeinsam anpacken müssten, wo jeder seinen Beitrag leisten sollte, damit wir das endlich einigermaßen in den Griff bekommen. Ich höre nur leider von euch nichts. Ich höre aber, wie viele Anrufe und Mails du bekommst oder ihr bekommt, wo Eltern sich beschweren, (*LTAbg. Mag. Hermann, MBL: „Das ist die Wahrheit!“*) der Frisör sich beschwert und alle. Witzig ist nur, ich bekomme die auch, aber die sind anderslautend. Und seit gestern, seit dieser Pressekonferenz habe ich ausschließlich Anrufe bekommen und Mitteilungen, die froh sind, dass wir, wenn auch mit diesen Einschränkungen, in den Präsenzunterricht kommen. Aber ihr fordert auf der einen Seite den Präsenzunterricht, aber keine Maßnahme ist passend, weil das ist alles unzumutbar. (*Beifall bei der ÖVP*) Jetzt sage ich aus der Erinnerung eines Vaters und einer der wahrnimmt, wie das mit den Enkeln ist: Also welcher Vater, welche Mutter hat ein Interesse daran, dass sein Kind in die Schule geht und infiziert ist, die zeigst du mir. Welcher Vater, welche Mutter hat Interesse daran, dass sein Kind infiziert in die Schule geht und ein anderes Kind ansteckt, die zeig mir. Und dann zeigst du mir, wenn du ein Kind hast, ob du ein Interesse hättest als Vater, dass dein Kind neben einem infizierten Kind sitzt. So, jetzt sind diese Tests so unmenschlich – ich meine, da wird einem ja schummrig bei dieser Formulierung, anstatt Kinder zu unterstützen und auf die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts vorzubereiten, steht im Entschließungsantrag, werden diese samt ihren Familien in Angst und Schrecken versetzt. Boah, in Angst und Schrecken, weil man so einen Nasentest macht, der schmerzlos ist, der flott über die Bühne geht und Sicherheit gibt, Sicherheit für alle Beteiligten. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und ich habe unlängst ein doppelseitiges Interview, ich glaube, in der Kleinen Zeitung gelesen, wo eine Kinderpsychologin vieles Wichtiges und Richtiges gesagt hat, aber vor allem die Überschrift ist mir hängen geblieben: „Was brauchen Kinder in so einer Situation? Sicherheit!“ (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) So, und jetzt kann ich als Vater, als

Mutter mein Kind ermutigen, mein Kind aufklären, erklären, was da jetzt in der Schule passiert mit diesem Test, wie das über die Bühne geht: „Brauchst keine Angst haben, das ist super und das hilft dir und das hilft uns allen“, das ist Sicherheit geben, aber nicht immer nur toben und schreien, was alles schlecht ist und was nicht funktionieren wird, was am Ende des Tages ohnedies funktioniert. Und du bist halt auch in deiner Wiedergabe von Zitaten immer sehr beschränkt auf die, die dir passen – eh klar, dass würden wir nicht anders machen –, aber weil du heute die Kleine Zeitung im Nachhall dieser Pressekonferenz zitiert hast und auch deren Meinung, was jetzt Zwang ist und was nicht Zwang ist: Ja, Schülervereine von der AHS, von der BHS, alle haben gesagt: „Super, gut, dass wieder Schule ist. Wir sind positiv überrascht!“ Die sehen das durchaus positiv, nur ein paar Zitate, das sind Schritte in die richtige Richtung. Also, bitte gehen wir es doch gemeinsam an, versuchen wir alles, damit wir diese Pandemie schnellstmöglich hinter uns lassen im Zusammenwirken aller Maßnahmen, die wir setzen können und malen wir nicht den Teufel an die Wand. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 19.45 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Reif. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Reif - NEOS (19.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer!

Zum Schluss der Sitzung kommen wir endlich einmal auch auf ein wesentliches Thema zu sprechen, und zwar die Bildung. Vielen Eltern ist gestern, glaube ich, ein Stein vom Herzen gefallen, als verkündet wurde, dass als Maßnahmen der Lockerung der Präsenzunterricht wieder stattfinden kann. Viele Expertinnen und Experten, viele Eltern, Schülerinnen und Schüler, Pädagoginnen und Pädagogen haben genau das gefordert und auch für uns NEOS war von Anfang an klar, dass Schulschließungen immer nur das letzte Mittel einer Pandemiebekämpfung sein dürfen. Corona wird uns weiterbegleiten und das Virus wird auch den Schulalltag leider noch länger begleiten, da wir nicht wissen, wann und wie ein Impfstoff in Europa erhältlich sein wird. Deshalb brauchen wir als Sofortmaßnahme eine funktionierende Teststrategie um die Bildungseinrichtungen und die von Minister Faßmann präsentierten Tests sind ein sinnvoller erster Schritt. Aber es kann nur ein erster Schritt sein. Genauso wichtig wie die Teststrategien brauchen wir in den Schulen auch sinnvolle Lüftungsanlagen, um die Aerosolverbreitung zu vermindern. Wieso ist es möglich, dass in Schweden z. B. fast alle Klassenzimmer mittlerweile mit Filtersystemen ausgestattet sind,

aber in Österreich leider immer noch nicht? Wir brauchen endlich eine Strategie, die auch langfristig die Bildung in Österreich Corona-fit und zukunftsfit macht. Aber wir müssen auch sicherstellen, dass das jetzige System als Mischung von Distance- und Präsenzlehre kein Kind zurücklässt. Gerade jetzt in dieser Zeit brauchen wir den verstärkten Blick auf die Kinder, die Probleme in der Schule haben. Die Fördermaßnahmen müssen ausgebaut und umgesetzt werden. In der Bekämpfung der Pandemie ist es richtig, dass ungetestete Kinder zuhause bleiben, aber als Gesellschaft dürfen wir Kinder nicht für Vorurteile ihrer Eltern bestrafen. Das heißt, wir müssen sicherstellen, dass das Homeschooling auch weiterhin ein adäquater Ersatz für den Präsenzunterricht ist. Und während die FPÖ sich hier hinstellt und gegen einen Testzwang an Bildungseinrichtungen wettet, sagen wir: Endlich! Endlich werden die Schulen wieder geöffnet und endlich gibt es eine Perspektive, Zeit ist es geworden. *(Beifall bei den NEOS)* Zeit ist es wirklich geworden. Ich kann aus meiner persönlichen Erfahrung von meiner Schwester berichten. Meine Schwester geht in die HLW in Murau und die hat mich gestern angerufen und war hellauf begeistert und hat gesagt: „Bitte, ich trage alles mit. Mir ist das wurscht, ich tu testen, ich trage die Masken, ich will einfach nur in die Schule gehen und will meine Schulkolleginnen und meine Schulkollegen wieder treffen!“ Und ich finde, wenn man solche Anrufe bekommt, ist das Zeichen genug. Da könnt ihr euch herausstellen und sagen: „Testzwang“, hin oder her, wenn man mit den Kindern redet und den Kindern einmal zuhört, hört man etwas Anderes. Weil, die sind sehr wohl bereit, dass sie sich testen lassen, Hauptsache, sie dürfen sich wieder mit ihren Schulkolleginnen und Schulkollegen treffen. Und wenn das auch bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler oder Pädagoginnen und Pädagogen sich regelmäßig freiwillig testen lassen, dann ist das ja aus unserer Sicht auch gerechtfertigt. Denn, über die psychischen Folgen, die der lange Lockdown auf Kinder und Jugendliche hatte und hat, haben wir heute eh schon ausführlich gesprochen. Dass Schulen teils im Schichtbetrieb, teils vollständig geöffnet werden, das war eh schon lange überfällig und dass man alles daransetzen muss, Schulen langfristig offen zu halten, ist für uns unabdingbar. Dazu gehört natürlich testen, testen, testen, denn was auf keinen Fall passieren darf ist, dass es nach der Öffnung wieder zurückgeht in die Zeit des „Wickel-Wackels“ und der Perspektivenlosigkeit. Weil Kinder sind unsere Zukunft und auch wenn es viele engagierte Lehrkräfte gibt, die alles darangesetzt haben und nach wie vor daransetzen, unseren Kindern so viel beizubringen wie möglich, der Bildungsverlust, der in der Zeit des Distance Learnings mit Sicherheit stattgefunden hat, ist leider nicht zu leugnen. So etwas darf nicht mehr vorkommen. Kinder und Jugendliche haben aber nicht nur das Recht auf beste Bildung, sie befinden sich auch mitten in ihrer Entwicklung und brauchen vor allem eines:

Stabilität und Kontinuität. Was sie auch brauchen, ist ein soziales Umfeld. Sie brauchen den Umgang mit Freunden und Gleichaltrigen. Fällt die Schule weg, fällt vielfach das ganze soziale Umfeld weg und es fehlt die Stabilität. Apropos Stabilität: Immer wieder hat es in der Vergangenheit Fälle gegeben, in denen Eltern, die ihre Kinder in Betreuung geben wollten, darum gebeten wurden, die Kinder doch zuhause zu betreuen. Und es hat genügend Eltern gegeben, die diesem Ersuchen auch nachgekommen sind, die vielfach jongliert haben zwischen Homeoffice, Homeschooling, die enormen Belastungen ausgesetzt waren, aber trotzdem vieles auf sich genommen haben, um einen Beitrag zu leisten. Und haben Eltern im vergangenen Jahr ihre Kinder daheim betreut und nicht in eine Kinderbetreuungseinrichtung gebracht, dann wurde ihnen die zu zahlenden Elternbeiträge ersetzt. Das war eine richtige und wichtige Maßnahme. Doch was ist 2021 passiert? Die pandemische Situation hat sich nicht groß geändert, die Meinung der Landesregierung aber leider schon. 2021 bezahlen jene Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen, trotzdem für die Kinderbetreuungseinrichtung. Das ist falsch. Und daher fordern wir auch in diesem Jahr die Übernahme oder Rückerstattung von Elternbeiträgen.

Ich stelle daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kosten für Elternbeiträge im Jahr 2021 während Lockdownzeiten zu übernehmen.

Wir glauben, das ist das Mindeste und ich hoffe, die Landesregierung kommt dieser Forderung nach, denn was im letzten Jahr richtig und möglich war und auch wichtig war, ist es auch heute noch. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 19.53 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Cornelia Schweiner. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTabg. Schweiner - SPÖ (19.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Vielen Dank für deine Ausführungen und für diese durchaus positive Nachricht, dass viel gelungen ist in dieser kurzen Zeit, für die Semesterferien Betreuung anzubieten und auch vielen Dank an alle Studierenden und Lehrkräfte, die sich bereit erklärt haben, von sich aus diese Betreuung auch anzubieten. Ich denke, auf diese Menschen können und sollen wir auch stolz sein, denn sie gehen über ihre eigenen Kräfte hinaus und bringen in dieser schwierigen Zeit noch etwas ein für die Kinder. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Meine große Bewunderung gilt den Lehrerinnen und Lehrern in diesem Land, denn das wird auch nicht

einfacher, auf jeden Fall nicht bis Ostern. Denn einen Teil im Homeschooling, einen Teil in der Schule und gleichzeitig immer ein Tag die ganze Klasse im Homeschooling, das ist natürlich eine ganz große Herausforderung. Viele Jonglierbälle, die es da gleichzeitig gilt, in der Luft zu halten, damit möglichst wenig keine Kinder hier zurückbleiben, auch wenn sie sozusagen zu Hause gelassen werden von den Eltern. Eine schwierige Herausforderung, vor der ich meinen Hut ziehe. Ich bin ganz beim Kollegen Detlef Eisel-Eiselsberg, der hier für Sicherheit plädiert hat. Ich bin auch dafür, dass wir wirklich diesen Tests eine Chance geben und die können wir ihnen eben nicht geben, wenn wir hier schon ganz viele Ängste davor bestärken und die nochmal bekräftigen. Diese Nasenbohrtests, und wer das schon mit seinen Kindern oder wer das schon selbst ausprobiert hat, das ist wirklich „watscheneinfach“. Das ist mit einer Teststraße und mit all dem, was wir hier auch schon erlebt haben, gar nicht vergleichbar. Und ich bin zuversichtlich, dass das die Pädagoginnen mit ihrem Fachwissen, mit ihrem Geschick, mit ihrer Kompetenz auch gut, sicher und vertrauensvoll mit den Kindern machen werden und sie sind ein richtiger Schritt in die Richtung zur Normalität. Ob mir das jetzt so gefällt oder nicht, es hilft uns. Deswegen ist das jetzt gut und richtig, so wie ich und wie wir finden. Aber ich glaube, wir müssen eines ganz ehrlich sagen: Die 100%ige Sicherheit gibt es in einer Pandemie nicht und man kann nur ganz viel versuchen, bestmöglich für Sicherheit zu sorgen, aber wir müssen anerkennen seit einem Jahr, dass diese 100%ige Sicherheit, nach der wir uns alle sehnen, einfach nicht da ist und dass dieses Quäntchen Unsicherheit zu unserem Leben dazugehört. Und mit diesem Mut sollten wir diese Schulöffnung vollziehen, soviel für Sicherheit zu tun, wie möglich und diese Variable, die es einfach gibt im Leben, auch miteinzubeziehen oder sie auch anzuerkennen, dass sie ist. Als Letztes möchte ich noch auf Kinder ... und du, Stefan, hast zitiert, wie viele Kinder gerade aktuell infiziert sind. Ich glaube, dass das ein totaler Trugschluss ist. Wir haben das in Fehring miterlebt: Der Kindergarten und die Kinderkrippe Fehring – das ist ja kein Geheimnis, war ja auch in der Zeitung – ist aufgrund eines Clusters gesperrt. Der ist aufgrund ganz, ganz vieler Kinder, die infiziert waren – symptomlos – zustande gekommen. Und hätte man die alle – danke Frau Landesrätin für die Testung von K1-Personen – nicht getestet, wäre man gar nicht draufgekommen, wie viele Kinder ... auch meine Nachbars-Zwillingsbuben sind infiziert, die haben schon die Oma, den Papa und die Tante angesteckt. Also, das geht so schnell und diese zwei kleinen Kerle, 4-jährige Zwillinge, sind absolut quietschfidel und symptomlos. Niemand wäre auf die Idee gekommen, dass die derzeit infiziert sein könnten. Und dieser große Cluster, der sich da gebildet hat – man kann ja die Zahlen in Fehring lesen und jeder fragt mich: „Ja, was habt ihr denn da? Wir kommt ihr zu diesen Zahlen?“ –, ist auf diesen wirklich

großen Kindergartencluster zurückzuführen. Wir haben aber auch wieder das Problem, dass ein nicht so kleiner Teil der Eltern beim Contact Tracing angegeben hat, dass sie ihr Kind sicher nicht testen lassen. Jetzt will ich das gar nicht so schlechtmachen, es ist nur de facto so, dass die sich in einer großen Unsicherheit befinden mit ihren ganzen Verwandten, weil die nicht wissen, ob ihr Kind infiziert ist und womöglich andere anstecken kann. Und so ist es einfach auch von uns Eltern derzeit gefragt, diesem Vorgehen auch zu vertrauen. Es gibt ja keinen Grund, den Tests und diesen Maßnahmen nicht zu vertrauen, denn es geht ja nicht nur um mich und um meine Kinder, sondern eben um uns alle, die wir uns hier versuchen, gemeinschaftlich zu schützen. Also, mein Appell an alle, wachsam zu bleiben, auch wenn es kleine Kinder sind, können sie symptomlos sehr wohl als Überträger dieser Krankheit fungieren, wie wir leider in meinem Heimatort sehen. Bei den Masken bleibe ich skeptisch, weil ich einfach die große Sorge habe, dass 15-Jährige mit einer FFP2 Maske, wenn ich den Stundenplan meines Sohnes anschau, der hat einfach acht Stunden durchgehend Schule, da sehe ich die Verhältnismäßigkeit nicht. Da kontaktieren mich viele Eltern, die hier Sorge haben. Erwachsene mit einer FFP2-Maske, wissen wir, ist schwierig, aber das können wir stemmen, wir sind erwachsen, wir sind in einer anderen Konstitution als Kinder und Jugendliche, aber ich hoffe, wir schaffen es bald, auch diese Maske loszuwerden und schaffen es zu noch mehr Normalität. Aber der richtige Schritt in die richtige Richtung wird nach den Semesterferien mit den Öffnungen der Schulen sein – und zwar aller Schulen – und wird uns weiterhelfen. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.29 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Stefan Hermann. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL - FPÖ (19.59 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Zuseher!

Ja, wo fange ich an? Herr Kollege Reif, ja selbstverständlich ist es uns recht, dass die Schulen wieder aufsperrten, ja um Gottes Willen, wenn es nach uns ginge, wären wir sogar einen Schritt weitergegangen, man hätte nämlich einen Regelschulunterricht, einen normalen Unterricht, wo ich nicht symptomlose Kinder teste, einen normalen Unterricht, wo die Klassen zusammen sind und einen normalen Unterricht, wo ich auf andere Maßnahmen wie Luftreinigungssysteme, wie du richtig gesagt hast, vielleicht regelmäßiges Lüften setze und vor allem auf verhältnismäßige Maßnahmen. Es wundert mich schon, Herr Kollege Reif, dass du hier abfeuerst als NEOS-Mandatar – ich glaube, ihr hab ja außer Bildung nicht viel im

Portefeuille – von Normalität spricht, wenn ich sechsjährige Kinder zwei Mal in der Woche einer Zwangstestung unterziehe und das kann ja bitte nicht in eurem Sinne sein. Also vielleicht habe ich dich ja auch falsch verstanden, davon gehe ich aus.

Und liebe Conny Schweiner – jetzt ist sie weg, ah, dort bist du – ja, in Fehring ein Cluster, d.h. das relativiert ja die Zahlen, wenn man das auf die Steiermark umlegt, ja in Wirklichkeit auch wieder. Und es gibt Studien aus Wien, wie du sicher weißt, wo man im Herbst/Winter letzten Jahres an Kindergärten untersucht hat und dort auch eine breite Masse getestet hat und draufgekommen ist, dass Kinder eben nicht diese Superspreader, diese Überträger waren. Das haben sogar Sie, geschätzte Frau Landesrätin, mehrfach bestätigt. Und es geht um Verhältnismäßigkeit. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und Herr Kollege Eiselsberg, ein Wort oder ein paar Worte auch zu dir: Du hast zu mir gesagt, ich wäre in einem anderen Raum hier herinnen, du weißt nicht, wo wir sind, teilweise inhaltlich oder wir generell. Ich glaube, ihr als ÖVP seid da in einer eigenen Blase, auf einem anderen Planeten, vielleicht in einem Paralleluniversum. Ich weiß es nicht. Du hast schon wieder das getan, was du jedes Mal tust, wenn ein Freiheitlicher Abgeordneter oder die Opposition hergeht und politische Fehlentscheidungen kritisiert. *(LTAvg. Eisel-Eiselsberg: „Aus deiner Sicht sind es Fehlentscheidungen!“)* Aus meiner Sicht sind es Fehlentscheidungen, das wird mir als Oppositionspolitiker wohl zustehen und die 10.000 Menschen, die in Wien auf der Straße waren haben es wohl auch nicht als richtig empfunden. *(Beifall bei der FPÖ – Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der ÖVP)* Aber Herr Kollege Eiselsberg, wir können hier politisch diskutieren, aber was ich nicht zulasse, dass du dich dann hinstellst und sagst, wir würden wieder einmal die Bediensteten schlechtmachen. Das hast du ja wieder gesagt – und das ist auch wieder typisch für die ÖVP-Denkweise: „Herr Abgeordneter Hermann, jene, die wirklich Verantwortung tragen, werden das Problem schon lösen, verlassen Sie sich darauf!“ Ja wohl, die Bürgermeister machen das, alles andere ist eh egal. Und ich weiß, dass die Schuldirektoren und die Schulleiter das Problem lösen werden, ja, das werden sie machen und sie müssen wieder improvisieren, weil sie nicht die richtigen Vorgaben von der politischen Führung bekommen. Das ist ein Versäumnis, das ich der Politik sehr wohl ankreiden kann. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich lade Sie herzlich ein, wenn ich diese Vorgaben, die ich heute medial gehört habe – mehr habe ich nicht, vielleicht haben Sie mehr Informationen, dann bitte – nämlich, dass am Montag die Kinder zu testen sind, wenn sie in die Schule kommen, das wären in Feldkirchen diese 380, dann haben diese Testungen im Freien stattzufinden oder in einem großen Raum – *(Landesrätin Dr. Bogner-Strauß: „Die Kleinen, wenn die Eltern dabei sind!“)* den gibt es dort nicht. Es ändert nichts, das wird

logistisch nicht funktionieren. Und ich kann nicht 400 Kinder – und wenn dieser Nasenbohrertest nur zwei Minuten dauert, dauert das eineinhalb Stunden – dort draußen testen, die müssen auf das Ergebnis warten. Wie trenne ich sie voneinander? Es funktioniert schlicht und ergreifend organisatorisch nicht. *(Beifall bei der FPÖ)* Da können die Lehrer nichts dafür, da können die Direktoren nichts dafür, da kann der Bürgermeister nichts dafür. Da können die politischen Verantwortungsträger auf Bundesebene etwas dafür, die solche irrwitzigen Vorgaben machen. Das habe ich kritisiert und das wird mir wohl als Oppositionspolitiker zustehen und hör bitte damit auf, hör bitte damit auf, sofort herzugehen und zu sagen ... *(LTabg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Warum sollen wir aufhören, die Regierung zu verteidigen?“)* Nein, du kannst die Regierung verteidigen, wie du willst. *(Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der ÖVP)*. Ja, du unterstellst mir, ich würde die Lehrer schlechtmachen und ich würde sagen, dass die das nicht schaffen, das hast du doch gesagt bitte. *(LTabg. Eisel-Eiselsberg: „Du widersprichst dich ja!“)* Du hast gesagt, dass die Direktoren ... *(Unruhe und Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der ÖVP)*. Noch einmal, du hast wortwörtlich gesagt: „Die, die wirklich Verantwortung haben, werden das lösen. Mach das nicht alles schlecht. Die haben das immer gut gemacht und du schreist jetzt schon von Chaos!“ *(LTabg. Eisel-Eiselsberg: Unverständlicher Zwischenruf)* Selbstverständlich, jedes Mal, ob das vorher beim Hofrat Eitner war usw., es ist euer Spiel. Ich verstehe es ja, aber es ist einfach schäbig. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 20.04 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, als Letztes zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß - ÖVP (20.04 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin!

Wie man so schön sagt: In der Kürze liegt die Würze. Und ich möchte eigentlich nur ganz kurz zur Entemotionalisierung dieser Debatte beitragen und vielleicht ein Stückweit aufklären. Die meisten hier in diesem Raum wissen, ich habe drei Kinder zuhause. Einer ist mehr oder minder erwachsen, die Mittlere ist zwölf Jahre alt, hat bereits einige Male den antero-nasalen Test angewendet, von Anfang an selbst. Ich glaube, man kann jedes Kind, das in der SEK 1 ist, zutrauen, von Anfang an den Test selbst anzuwenden indem es jemand vorzeigt. Und was ist das Vorhaben in den Volksschulen? Dass, wenn der Test das erste Mal durchgeführt wird, der sozusagen von den Pädagoginnen, von den Pädagogen vorgezeigt wird, auch Hilfestellung gewährleistet wird, vor allem wenn man den Test dann wieder ins Kuvert hineinschiebt und wenn die Eltern und Erziehungsberechtigten es möchten, diese beim ersten Mal mit in die Schule kommen. Da brauchen wir dann größere Räume und eventuell auch einen Gartenbereich oder dgl., aber es ist davon auszugehen – und ich weiß nicht, wer von Ihnen diesen Test schon selbst einmal ausprobiert hat –, wie sagt mein Neunjähriger immer und ich traue mich, das wirklich im Landtag zu wiederholen: „Mami, jedes Kind kann mit den Fingern in der Nase bohren. Wir können es auch mit dem Wattestäbchen!“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 20.02 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank Frau Landesrätin. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun nur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1129/2, betreffend Rasche Übernahme der Elternbeiträge durch die öffentliche Hand sicherstellen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 1129/3, betreffend Elternbeiträge 2021 übernehmen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der Freiheitlichen Partei und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum letzten Entschließungsantrag des heutigen Tages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1129/4, betreffend Kein Corona-Testzwang an Schulen! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Aufgrund der Terminplanung findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 23. Februar 2021 mit Beginn um 10.00 Uhr statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen. Ich wünsche einen schönen Abend. Kommen Sie gut nach Hause und bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist beendet.

(Ende der Sitzung: 20.08 Uhr)